

03/27/2012 05:49 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## Parties Reach Compromise

### *German Parliament to Get Greater Say in Euro Bailouts*

Under a compromise reached between the ruling parties and the opposition on Tuesday, Germany's parliament will decide on future measures to release billions of euros to bail out troubled EU member states. The deal fulfills a requirement for greater parliamentary powers stipulated by the country's highest court.

Chancellor Angela Merkel's center-right coalition reached a compromise with opposition parties on Tuesday to give the Bundestag lower house of parliament a greater say in euro bailout decisions, in line with a requirement by the country's highest court for stronger parliamentary involvement.

According to legislation drafted by the ruling conservative Christian Democrats and Free Democrats, along with the opposition Social Democrats and Greens, the whole parliament will decide on bailouts, even in urgent cases, contrary to earlier plans for a small parliamentary panel to give swift approval.

Only when secret steps need to be taken, such as the purchase of government bonds in the secondary market to aid troubled states, will approval be left to a small panel representing parliament. That will ensure the confidentiality required for the operation to have the desired impact on financial markets.

The SPD and Greens said the coalition parties had bowed to their demands. "This is a success for parliamentary democracy," said Volker Beck, a senior member of the Greens' parliamentary group. After initial resistance, said Beck, the coalition "gave in to the Greens' demands on virtually all points."

The list of cases in which a plenary session of parliament would be required to give its approval had been extended, said Beck.

"I'm pleased that the coalition now supports the SPD's proposals on strengthening the rights of parliament concerning the euro bailout fund," said SPD parliamentary manager Thomas Oppermann. He welcomed that "as a rule the whole Bundestag will decide on providing billions for the rescue of the euro." The measures would become "more transparent and easier to understand for people," he said.

Last month, the Federal Constitutional Court ruled that a planned nine-member special panel of lawmakers created last year to approve quick bailout decisions [did not provide sufficient parliamentary involvement](#).

### **Opposition Delays German Vote on Fiscal Pact**

Separately, the main opposition parties on Tuesday rejected plans by Merkel's government to push a European pact on budget discipline, the so-called fiscal pact, through parliament by June, saying more time was needed to complement it with measures to boost growth.

The pact, agreed on by the leaders of 25 of the 27 EU countries to tackle the debt crisis by ensuring long-term budget discipline, requires a two-thirds majority in the German parliament to pass, meaning Merkel is [dependent on the opposition](#).

Merkel's original plan was to link the vote on the pact to legislation authorising Europe's permanent bailout facility, the European Stability Mechanism (ESM), with both going to the Bundestag in May and the Bundesrat upper house in June.

But opposition parties said Merkel had put too much emphasis on austerity in her euro rescue strategy, and had not focused enough on getting struggling countries such as Greece out of their deep recessions. They are pushing for additional policies to stimulate growth as a condition for approving the pact.

*cro -- with wire reports*

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,824104,00.html>

### Wir haben uns zusammengelebt

FAZ 26.03.2012 · Pessimismus ist hier fehl am Platz: Deutsche und Franzosen verstehen sich auch in einer zunehmend komplexen Welt noch gut. Eine Antwort auf Pierre Nora.

Von Erwin Teufel und Frank Baasner Pierre Nora, der große alte Mann der französischen Geschichtswissenschaft, hat [am 17. Februar im Feuilleton dieser Zeitung](#) in einem Interview seiner Sorge um die „fragile Grundlage“ der deutsch-französischen Verständigung Ausdruck verliehen. Die von ihm vorgebrachten Argumente sind ernst zu nehmen, und der Grundtenor seiner Analyse ist besorgniserregend - wenn sie denn zutrifft. Viele seiner Argumente halten einer Analyse der empirisch belegbaren aktuellen Situation der deutsch-französischen Zusammenarbeit nicht stand, andere können völlig anders als in der von ihm gewählten nostalgischen Perspektive gelesen werden.

Im Kern seiner skeptischen bis pessimistischen Analyse steht der vermeintliche Schwund der wechselseitigen Sprachkenntnisse. In der Tat stagniert die Anzahl französischer Deutschschüler auf vergleichsweise niedrigem Niveau, in Deutschland sind die Französischlehrer auf etwas höherem Niveau stabil. Aber die sprachliche Realität ist heute viel komplexer. Sprachkompetenz wird heute oft in der nachschulischen Arbeitswelt erworben, und häufig finden wir sehr unterschiedliche Niveaus von passiven und teilweise aktiven Kenntnissen der deutschen beziehungsweise französischen Sprache vor. Wer nach der kommunikativen Leistung von Sprache fragt, der kann heute viele positive Phänomene zwischen Deutschen und Franzosen beobachten, bis hin zur Benutzung der globalen Verkehrssprache Englisch.

Nora beklagt besonders den schwindenden Grad deutsch-französischer Verständigung in akademischen Kreisen, also in der geistigen Elite unserer Länder. Als Beleg führt er die gekürzten Zuschüsse für das sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Centre Marc Bloch in Berlin an. Dabei übersieht er eine ganze Reihe von erfolgreichen Initiativen, die zu einem ganz erheblichen Zuwachs an Austausch geführt haben.

### ***Faszination ist nicht gleichbedeutend mit Kenntnis und Verständnis***

Als ich in meiner Zeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg vier Jahre Kulturbeauftragter Deutschlands mit Frankreich war, habe ich mich neben einer Förderung der Sprache des Nachbarn im Schulsystem vor allem für eine Deutsch-Französische Hochschule eingesetzt. Sie kam in mehreren Gesprächen mit den französischen Ministern und auf den halbjährigen Treffen des französischen Präsidenten mit dem deutschen Bundeskanzler zustande. Unter dem Dach der 2000 gegründeten und von beiden Staaten massiv geförderten Deutsch-Französischen Hochschule werden deutsche und französische Akademiker in Doppeldiplom-Studiengängen ausgebildet, und niemals haben so viele deutsche Studenten an französischen und französische an deutschen Hochschulen studiert, und zwar in einem ausgeglichenen Verhältnis.



© Jens Gyarmaty

Erwin Teufel: An Einsatz von Steuergeldern und innovativen Ansätzen fehlt es nicht

Für die Geistes- und Sozialwissenschaften, zu denen auch Philosophie und Geschichtswissenschaft gehören, sind spezielle Förderprogramme aufgelegt worden. Im Ciera (Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne) werden zahlreiche an Deutschland interessierte französische Institute und Universitäten zusammengeführt und der Austausch mit deutschen Partnern gefördert. Und die vor wenigen Jahren in Frankreich neu gegründete Agence Nationale pour la Recherche (ANR) hat mit der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein gemeinsames Förderprogramm für die Geistes- und Sozialwissenschaften aufgelegt. An Einsatz von Steuergeldern und innovativen Ansätzen fehlt es also wirklich nicht, auch wenn der etwas reduzierte Zuschuss zum Centre Marc Bloch bedauerlich ist. Beide Regierungen haben sich in der sogenannten Agenda 2000 für eine Aufstockung der Mittel für die Deutsch-Französische Hochschule ausgesprochen. All dies ist genau in jener Epoche nach dem Fall der Mauer geschaffen worden, die Nora als in besonderem Maße desengagiert sieht.

Im zweiten Teil des Interviews beklagt Nora den Mangel an Faszination und den allgemeinen Verfall dessen, was man die traditionelle, auf den Humanismus zurückgehende Geisteswissenschaft nennen könnte. Der Titel des Beitrags ("Man hat sich auseinandergelebt") suggeriert hierbei ebenso wie manche Aussage Pierre Noras, dass es „früher besser gewesen ist“. Richtig ist sicher, dass in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten die bis zur Fixierung reichende Faszination für den jeweils anderen Staat und Kulturkreis größer gewesen ist. Richtig ist aber auch, dass diese Faszination nicht gleichbedeutend mit Kenntnis und Verständnis war, im Gegenteil. Wer aus vielleicht ganz rationalen Gründen im anderen Land studiert und gearbeitet hat, wer zu seinem persönlichen Freundeskreis ganz selbstverständlich Franzosen beziehungsweise Deutsche zählt, bei dem stehen persönliche subjektive Kenntnis ebenso im Vordergrund wie die rationale Erkenntnis, dass Deutsche und Franzosen trotz aller strukturellen Unterschiede ihrer politischen Rahmenbedingungen heute viel mehr Gemeinsamkeiten haben als vor fünfzig Jahren. Die aktuelle Schuldenkrise in Europa zeigt doch, dass die wechselseitigen Abhängigkeiten größer sind als alle Versuchungen, in nationalen Kategorien zu denken, auf die Nora zu Recht warnend hinweist.

### ***Der schönste Beweis für das zusammenwachsende Europa***

Natürlich kann man bis heute nicht von einer deutsch-französischen Gesellschaft oder deutsch-französischen Kultur sprechen. Aber ist das überhaupt wünschenswert? Sicherlich sind heute die Verflechtungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, und eben nicht im elitären Zirkel der akademischen Eliten, um ein Vielfaches stärker als früher. Dabei braucht man nicht einmal auf die einmalig dichte Verflechtung der Volkswirtschaften zu verweisen. Ein Blick auf die Entwicklungen der Städtepartnerschaften zeigt dies genauso deutlich: Von den heute ungefähr 2400 Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Gemeinden sind zwar viele in den sechziger Jahren entstanden, genauso viele aber in den vergangenen zwanzig Jahren. Und die deutsch-französischen Gesellschaften, die oft als verstaubtes Relikt aus Nachkriegszeiten belächelt werden, sind heute von hoher Professionalität und pragmatischer Kooperationsdynamik gekennzeichnet. Natürlich gilt dies immer nur für einen Teil der Gesellschaft, oft für die sogenannte Elite.

Aber im Unterschied zu früher ist auch der Blick der Durchschnittsbürger auf das jeweils andere Land befriedet und wohlwollend. Zahlreiche Umfragen zeigen übereinstimmend, dass für Deutsche und Franzosen ihr engster Nachbar keine Bedrohung mehr darstellt, als grundsätzlich positiv wahrgenommen und mit großer Mehrheit geschätzt wird. Für das zusammenwachsende Europa, dessen bedeutender Ausdruck die deutsch-französische Verständigung und Kooperation sind, kann es eigentlich keinen schöneren Beweis geben.

**Frank Baasner** leitet das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg, **Erwin Teufel** war Ministerpräsident in Baden-Württemberg.

Quelle: F.A.Z.

## Man hat sich auseinandergeliebt

FAZ 16.02.2012 · Lässt sich dem recht bescheiden gewordenen kulturellen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland aufhelfen? Der prominente Historiker Pierre Nora bleibt skeptisch.



© Garrault/Le Figaro Magazine/laif Der Historiker als Intellektueller und Verlagsmann: Pierre Nora in seinem Büro im Hause Gallimard

**Pierre Nora, das deutsch-französische Paar durchlebt gegenwärtig eine schwierige Phase, trotz beständigen Lächelns und der gegenseitigen Umarmungen führender Politiker. In Wirklichkeit scheint die deutsch-französische Verständigung auf einer recht fragilen Grundlage zu stehen. Wie erklären Sie sich das?**

In erster Linie durch wachsende Kommunikationsschwierigkeiten. Die Grundlage einer Beziehung ist eine gemeinsame Sprache, und ich irre mich wohl nicht, wenn ich behaupte, dass immer weniger junge Franzosen Deutsch lernen und immer mehr sich stattdessen für das Spanische oder Chinesische entscheiden. Ich nehme an, in Deutschland ergeht es der französischen Sprache ganz ähnlich. Französisch und Deutsch lassen sich nicht improvisieren. Man kann darin nicht radebrechen, wie es im Englischen möglich ist, zumindest in einem schlechten, in drei Monaten zu erlernenden Englisch. Ich glaube, diese sprachliche Distanz hat symbolische Bedeutung. Diese Entfernung drückt etwas aus: Ohne sprachliche Annäherung kann man Nähe oder intime Kenntnis nicht verstärken und nicht einmal ernsthaft angehen.

**Wie steht es um die kulturellen Eliten und die akademischen Kreise? Sind hier dieselben Defizite in der deutsch-französischen Integration zu beobachten?**

Leider ja. Ich habe in den letzten Jahren keinerlei Annäherung feststellen können. Weder auf kulturellem noch auf intellektuellem Gebiet und auch nicht im Bereich der Universitäten. Es fehlt an Mittlern, und den wenigen, die es gibt, stutzt man die Flügel, indem man ihnen das Budget zusammenstreicht. So wie im Fall des Centre Marc Bloch in Berlin, eines der wichtigsten Zentren des intellektuellen Austauschs zwischen beiden Ländern, wo über die deutschen Erinnerungsorte diskutiert wurde. Ein weiterer exemplarischer Bereich ist die Philosophie. In Frankreich sind die deutschen Philosophen - von jeher Leitfiguren des nationalen Bewusstseins - weitgehend unbekannt, einmal abgesehen von Habermas und Sloterdijk, die nicht mehr ganz jung sind. Selbst ein Soziologe wie Ulrich Beck, der in den angelsächsischen Ländern recht bekannt ist, findet in Frankreich nicht wirklich Anerkennung. Was mich betrifft, so habe ich das Gefühl, dass mir die deutsche Kultur relativ fremd ist. In meinem Fall hat das wahrscheinlich mit der Generation zu tun, der ich angehöre, und auch mit dem schweren Erbe des Krieges. Das ist bedauerlich und, wie ich gern zugebe, vielleicht sogar blamabel, aber es ist so. Ganz allgemein glaube ich, die Zeit ist in kultureller und geistiger Hinsicht nicht sonderlich fruchtbar in unseren beiden Ländern.

**Sie meinen also, dass es nicht gelungen ist, eine gemeinsame französisch-deutsche Kultur zu schaffen. Wie erklären Sie sich dieses Scheitern?**

Als nach dem Krieg der Wille bestand, den Nazismus auszulöschen, gab es eine deutsch-französische Annäherung, das ist unbestreitbar. Europa war damals eine unabwendbare Notwendigkeit. Doch dieses Europa ist letztlich sehr abstrakt geblieben - außer für Geschäftsleute und Juristen. Zu dieser Zeit gab es ein

Miteinander. In der Folgezeit verlangsamte sich der Integrationsprozess. Heute scheint mir - und das ist gravierend und besorgniserregend - der Wille zur Abgrenzung beider Nationen stärker zu sein als der Wille zur Annäherung.

### **Was sind die Gründe für diese zunehmende Distanz?**

Die Übersetzungs- und Kommunikationsschwierigkeiten, von denen schon die Rede war. Es gibt auch strukturelle Gründe, vor allem die Art und Weise, wie das geistige Leben in Frankreich und Deutschland strukturiert ist. Deutschland, das Reich der vollkommenen Dezentralisierung, gewährt den Universitäten eine weit größere Autonomie, als die französischen Hochschulen sie besitzen. Aber sie entwickeln sich in einem relativ abgeschotteten Raum. In Frankreich ist es genau umgekehrt, dort ist alles zentralisiert, und die Intellektuellen stehen in ständigem Kontakt mit den Medien und der Politik. In Deutschland gibt es zu wenig Staat, in Frankreich dagegen zu viel. Diese strukturellen Unterschiede erleichtern nicht gerade die Annäherung der intellektuellen und akademischen Eliten beider Länder. Aber wichtiger noch ist die Tatsache, dass der kulturelle Austausch auf der Stelle tritt, weil es nicht mehr sonderlich viel auszutauschen gibt. Was könnte das heutige Frankreich denn auf intellektuellem Gebiet exportieren außer einem gewissen Houellebecq'schen Unbehagen? Die Zeiten großer kultureller Gärung in Frankreich sind längst Vergangenheit: die Zeit nach 1789, die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg - man denke an den Surrealismus der zwanziger Jahre -, die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Dekolonisierung. Also alles Zeiten, die auf große historische Erschütterungen folgten. Selbst die fruchtbare Zeit der „French Theory“ und die der Annales-Schule Fernand Braudels ist vorbei. Letztlich ist das ganz einfach: Wenn Sie nichts zu exportieren haben, gibt es auch nichts auszutauschen.

### **Sie gehen nicht gerade freundlich mit der französischen Kultur um.**

Ja, und ich gebe zu, das ist etwas ungerecht, denn im Grunde betrifft diese Erscheinung die gesamte westliche Welt und vor allem die Vereinigten Staaten. In meiner Jugend badeten wir in der Kultur und Mythologie, der Literatur, dem Kino, der Soziologie Amerikas. Heute kommt aus Amerika nicht mehr viel, abgesehen von immer mehr Massenkultur.

### **Wie erklären Sie sich eine solche Entwicklung?**

In den letzten Jahrzehnten haben wir eine Verlagerung der Kultur auf andere Gebiete erlebt, insbesondere auf Unterhaltung und profitable Branchen. Man verachtet Intellektuelle und Künstler zunehmend, weil ihre Arbeit, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts oder nur wenig einbringt. Der Erfindungsgeist hat sich auf die Schöpfung von Werten verlagert oder auf das Geldverdienen, wenn Sie so wollen. Der Aufstieg des Individualismus ist eine logische Folge der Ideologie der Menschenrechte. Die Gegenwart ist wichtiger als Vergangenheit und Zukunft, das Individuum will den unverzüglichen Genuss und glaubt, ein Recht auf ihn zu haben. Ein Buch zu schreiben erscheint heute ein wenig verrückt, wenn man bedenkt, wie viel Zeit man dafür braucht und wie wenig diese Arbeit dem Autor einbringt. Unsere Gesellschaften verdammen oder verachten solche Tätigkeiten inzwischen. Statt einen Roman zu schreiben, sollte man besser Geld verdienen. Die Gesellschaft drängt uns, möglichst viel Geld zu verdienen. Man wird heute nach dem Gehaltszettel beurteilt. Alles muss sich rentieren, vor allem auch das Bildungssystem, das sehr teuer ist und die Pflicht hat, produktive Individuen hervorzubringen.

### **Kommen wir auf das deutsch-französische „Paar“ zurück. Wie könnte man wieder eine kulturelle Dynamik zwischen beiden Ländern hervorbringen?**

Das ist schwer zu sagen, denn wir erleben heute eine Renationalisierung aller europäischen Kulturen. Vor allem deshalb, weil die großen ideologischen Themen verschwunden sind, die einst grenzüberschreitende Bedeutung besaßen. Bis zum Fall der Mauer gab es große intellektuelle Gemeinschaften, die zwar ihre nationalen Besonderheiten hatten, aber letztlich doch transnationale Gemeinschaften waren, weil sie sich einer großen gemeinsamen Sache verpflichtet fühlten. Der kulturelle Austausch innerhalb der großen linken, marxistischen oder liberalen Familie war intensiver. Europa und die einzelnen europäischen Nationen bildeten gleichsam eine

Schicksalsgemeinschaft, die vor sehr ähnlichen Problemen stand. Seit zwanzig Jahren und vor allem in letzter Zeit erleben wir, dass die verschiedenen Kulturen sich auf ihren nationalen Raum zurückziehen.

### **Und zwischen Frankreich und Deutschland?**

Der Krieg bildete die gemeinsame Grundlage. Doch mit der Zeit und trotz des politischen Willens in Paris und Bonn, später dann Berlin wurden die Probleme renationalisiert. Deutschland brauchte sich nicht der Dekolonisierung zu stellen. Frankreich und Deutschland erlebten die trente glorieuses, die „glorreichen drei Jahrzehnte“ nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und mehr noch die darauf folgende Zeit ganz verschieden. In Frankreich markierte das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit eine bedeutsame Wende im kollektiven Bewusstsein, den Abschluss einer Phase uralter Stabilität, das endgültige Ende all dessen, was vom christlichen, mittelalterlichen, ländlich geprägten Frankreich noch lebendig war. Ab der Mitte der siebziger Jahre wechselte das Land von einem traditionellen zu einem neuen Modell der Nation. Nach dem Solschenizyn-Effekt und mehr noch nach 1989 führte das Ende der Revolutionsidee in Frankreich zu allen erdenklichen Formen einer erneuten Anknüpfung an die nationale Vergangenheit. In Deutschland machte sich die Krise der siebziger Jahre nicht so stark bemerkbar. Im Gefolge des Ölshocks entfernte sich die deutsche Wirtschaft von der französischen. Und vor allem musste Deutschland später dann mit der Wiedervereinigung fertig werden, einem Ereignis, das für den gesamten Kontinent beträchtliche Bedeutung besaß, aber das Land von seinem französischen Partner der Nachkriegszeit entfernte. So kam es denn auch in Deutschland nach 1990 zu einer Renationalisierung der Politik und der Debatten. Insgesamt sorgte jede historische Erschütterung dafür, dass die beiden Partner sich voneinander entfernten. Beide konzentrierten sich auf stärker national ausgerichtete Ziele, die Bevölkerungen, zwischen denen es nie zu einer wirklichen Annäherung gekommen war, entfernten sich gleichfalls voneinander - und niemals entstand zwischen ihnen ein gemeinsames Denken.

### **Aber in Europa und vor allem in Deutschland und Frankreich gibt es doch trotzdem eine gemeinsame Grundlage, eine seit mehreren Jahrhunderten bestehende gemeinsame Zivilisation.**

Sicher, aber auch diese gemeinsame Zivilisation befindet sich in einer Krise. Die humanistische Kultur - Latein, Griechisch, Geschichte, Philosophie, Sprachen - ist am Ende. Sie einte einst die europäischen Eliten, aber sie ist im Verschwinden begriffen. In Frankreich, in Deutschland und im übrigen Europa. All das hat zur Zersplitterung der kulturellen Landschaft Europas geführt. Es gibt viele lokale und nationale Erfolge, aber es gibt keine europäische Öffentlichkeit, weil eine echte, von der Mehrzahl der Europäer geteilte Wertegemeinschaft fehlt. Die hochgradige Spezialisierung trägt gleichfalls dazu bei. Die "Spezialisten" sind immer weniger in der Lage, ihre Erkenntnisse allgemeinverständlich darzustellen. Die Wissenschaft verliert den Zugang zum breiteren Publikum, weil ihr eine gewisse Grammatik des Geistes fehlt, die einst von der humanistischen Bildung bereitgestellt wurde.

Pierre Nora, Jahrgang 1931, ist Historiker, einflussreicher Reihenherausgeber auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften und Herausgeber der Zeitschrift „Le débat“. Seit 2001 ist er Mitglied der Académie française. Zuletzt erschienen Aufsätze, „Présent, nation, mémoire“, und ein Sammelband, der Noras intellektuellen Weg vor Augen führt: „Historien public“ (beide bei Gallimard).

Die Fragen stellte Olivier Guez. Aus dem Französischen übersetzt von Michael Bischoff.

Quelle: F.A.Z.

NYT March 27, 2012

## O.E.C.D. Chief Urges Europe to Increase Euro Firewall to 1 Trillion Euros

By [JAMES KANTER](#) and MELISSA EDDY

BRUSSELS — The [European Union](#) must increase its financial firewall to €1 trillion to restore market confidence in the euro zone and prevent the spread of fiscal contagion, the head of the Organization for Economic Cooperation and Development, Angel Gurría, said Tuesday.

Mr. Gurría's comments came a day after Germany took a big step toward building a bigger financial firewall by dropping its opposition to bringing the Continent's total bailout capacity to more than €690 billion, or \$916 billion. That could help stop the spread of the crisis to major economies like Spain.

"The mother of all firewalls should be in place," Mr. Gurría told a news conference Tuesday morning in Brussels.

Even so, Mr. Gurría warned that the current level of political commitment to the rescue funds was not enough.

He also called for a more ambitious program of changes in product and labor markets, tax systems and education, and he said many such changes would stimulate growth in the short term.

"Decisive action to restore confidence and support demand is needed now," Mr. Gurría said in a statement issued ahead of his presentation of an [O.E.C.D.](#) survey of [the euro](#) area in Brussels.

"Europe is stalling," he said in the statement. "It needs to get out of first gear and make growth the number one priority."

Angela Merkel, the German chancellor, said Monday at a news conference in Berlin that her government remained determined that a permanent European rescue fund should be capped at €500 billion.

But in a big concession, she said Germany would not oppose letting that fund operate alongside a temporary fund that has aided Greece, Ireland and Portugal but still has money to lend.

German officials cautioned that many details needed to be negotiated at a two-day summit meeting of European Union finance ministers that starts on Friday in Copenhagen.

But Ms. Merkel's statement effectively gives the green light to expanding the size of the firewall, as the United States and others have been urging.

It also shows renewed determination to shore up the stability of the euro zone while the overall European economy remains fragile and concerns are mounting about the Spanish government's rising costs of borrowing.

Ms. Merkel and her finance minister, Wolfgang Schäuble, have long opposed expanding the bailout fund any further, as they seek to shield German taxpayers from higher liabilities. There is already widespread discontent among Germans about shouldering most of the cost of rescuing weaker European partners like Greece.

Germany also was hesitant to commit more money before countries that might eventually need assistance, including Italy and Spain, showed they were serious about removing barriers to competition and other impediments to growth, said Silvio Peruzzo, an economist at the Royal Bank of Scotland.

"The German strategy has been pretty clear," he said. "They wanted to keep the pressure on some euro zone member states in terms of reforms."

The money already given out in loans by the temporary bailout fund — known as the European Financial Stability Facility — was originally supposed to count against the lending power of the permanent fund when it goes into effect this summer.

But under the new flexibility indicated by Ms. Merkel, the temporary fund's lending program might be allowed to continue without counting against the new €500 billion fund, known as the European Stability Mechanism, when it goes into operation in July.

The new fund will spread the risk more evenly among the participating nations than the temporary fund, which left German taxpayers more exposed.

Deploying unused sums from the temporary fund, and not counting its outstanding loans against the new fund would effectively bring total lending power to about €692 billion.

Under existing plans, the temporary fund “will run out in the middle of next year, just as planned,” Ms. Merkel told reporters at her party headquarters.

“But €200 billion have already been handed out there, and we could imagine that these €200 billion run in parallel to the E.S.M. until the program countries have paid it back,” she said. “That will take a few years and then the E.S.M. will stand alone again.”

Just how all this might work is something the finance ministers will very likely wrestle with in Copenhagen on Friday. The discussion will involve whether the two funds “are able to run parallel to one another, what their relationship is to one another,” said Martin Kotthaus, a spokesman for the German Finance Ministry.

But he said the discussion would not be about “whether to increase the” size of the new fund.

Mr. Peruzzo, the Royal Bank analyst, said Ms. Merkel would probably need approval from the German Parliament to move ahead with the strategy. “In a way, it's just a political commitment,” he said. “It's a signaling device, which is very important at this stage for the crisis.”

The idea of allowing the two funds to run in parallel apparently emerged during a meeting last month of the Group of 20 finance ministers in Mexico City, as a way of overcoming German opposition to increasing the firewall while satisfying the demands of Germany's partners in the Union and the G-20.

Upon his return from the G-20 meeting, Mr. Schäuble, the German finance minister, began discussions among leaders of Ms. Merkel's Christian Democrats, as well as its sister party, the Christian Social Union in Bavaria, said a party official who declined to give his name because he was not authorized to speak about the talks. Party leaders met separately in Berlin and Munich on Monday to agree to the proposal.

Ms. Merkel emphasized that if euro zone governments reached agreement on the new strategy, it “could be the basis” for the International Monetary Fund to use more resources to help contain financial turmoil in Europe.

The I.M.F. has contributed to the bailouts of Greece, Portugal and Ireland.

Olli Rehn, the European Union commissioner for economic and monetary affairs, said Monday in Helsinki that he expected a sufficiently strong plan to be mapped out on Friday in Copenhagen for the I.M.F. to increase its contribution to the European effort. The I.M.F. is to hold its annual meeting in late April.

“Negotiations are ongoing, and my aim is to secure that a strong enough stability fund can be created to convince our partners they should reinforce the I.M.F.'s resources,” he said.

*Melissa Eddy reported from Berlin. Jack Ewing contributed reporting from Frankfurt.*

03/26/2012 01:22 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## The President and the Terrorist

### *Toulouse Attacks Boost Sarkozy's Election Chances*

By Mathieu von Rohr

The deadly attacks in Toulouse have not only shaken France, but have also changed the course of the presidential election campaign. Before the brutal murders, President Nicolas Sarkozy was struggling in the polls. But calling for unity in reaction to the crisis, he's now gained new momentum and confidence.

There is a television image that encapsulates the whole surreal hunt for Mohamed Merah, the man who committed a series of murders in Toulouse. Last Wednesday BFM TV, a French news channel, divided its screen in half to convey the full dramatic impact of the events it was covering.

On the left was the video image, filmed from a distance, of the scene surrounding the apartment building where Merah was holed up, a cordoned-off disaster zone with police, firefighters and cameras. Somewhere in that scene was the killer.

On the right side was a video of [French President Nicolas Sarkozy](#) attending the funeral for the three soldiers Merah had allegedly killed. The French flag was flying behind him as he faced the coffin. "This man wanted to bring the Republic to its knees, but the Republic did not yield," Sarkozy said.

The candidate had become the president once again, and someone he had rarely been before: a dignified father of all Frenchmen appealing to the nation to pull together. Meanwhile, Sarkozy's challenger, the Socialist candidate François Hollande, stood among the mourners, condemned to silence.

The stories of two Frenchmen, [Mohamed Merah](#) and Nicolas Sarkozy, intertwined fatefully last week. The man on the right side of the screen was protecting the nation from the man on the left side, invoking one of the central ideals of the French Republic, "unité," or unity.

### **An Opportunity for Sarkozy**

On the one side was Merah, 23, a petty criminal from a low-income housing project in Toulouse, suspected of brutally shooting and killing three soldiers of North African origin, as well as a rabbi and three Jewish children aged four, five and seven.

On the other side was Sarkozy, the president, who was given the opportunity this week to turn things around before the first round of elections on April 22. The important thing, though, was that no one should notice he was in fact taking advantage of that opportunity.

On Thursday evening, after a sniper had shot Merah in the head following a 32-hour standoff, the election campaign was officially resumed. "These crimes were not the work of a madman," Sarkozy said, but those of a "monster."

**There is no doubt that Merah's crimes were monstrous. But the eerie aspect of this case is that the killer, contrary to what the president said, was not a monster. Among the few photos of him that exist, he looks like an ordinary man from the French suburbs, a smiling, handsome young man with a shaved head, who liked cars and motorcycles. His biography, at least at the beginning, reads like the classic tale of someone from his world. It's a place that is home to thousands of young men like him, second and third-generation immigrants living in the**

suburbs of French cities, often cut off from the rest of society and, as a result, from education and work. Some are men whose anger eventually turns them against the system, albeit not as radically as Merah did.

His parents came from Algeria, and he grew up without a father, living with his mother and four siblings in the low-income housing projects in Toulouse known as the Cités. They are places with names like Bellefontaine and Les Izards, giant apartment-block districts on the outskirts of the major cities, places the rest of the French perceive as threatening.

### **Problems in the Suburbs**

This is why Merah's story is also the story of a French society that still hasn't found answers to the problems of the suburbs, or banlieues. In general, politicians pay little attention to the Cités, except when they are trying to score points with the majority of voters.

When Sarkozy was the interior minister in 2005, he raged against the "rabble" who were setting cars on fire, and suggested that the banlieues be cleaned out "with a Kärcher" (a brand of high-pressure water cleaner). As president, he announced a "Marshall Plan for the banlieues," but nothing came of it.

The banlieues are making headlines once again, as they have for decades. In Marseille, there have recently been battles in broad daylight between gangs carrying Kalashnikovs. A few months ago, a study by sociologist Gilles Kepel reached the conclusion that immigrants and their children are losing a sense of belonging to the French Republic, and that they perceive the promise of meritocracy, that anything can be achieved, as an illusion. The study also found that, as a result, there is growing support for Islamism in the banlieues.

Merah was a "petit arabe," or little Arab, a term still used in post-colonial [France](#) today to describe the children and grandchildren of immigrants from the Arab world.

Merah slipped into delinquency at an early age. His crimes began with throwing rocks at a bus, but were soon followed by thefts and muggings, and he had friends who were dealing drugs. Although he started a training program in an auto repair shop, he was sentenced to a year and a half in prison for stealing a woman's purse in a bank.

After trying to commit suicide in prison, Merah was sent to a psychiatric hospital. Doctors recommended prolonged psychotherapy, but he was sent back to prison after two weeks. It was during this time that he apparently began reading the Koran and embarked on a process that the public prosecutor would later characterize as "atypical Salafist self-radicalization."

### **Unified France in Question**

His problems became even more serious after he was released from prison. When he tried to enlist in the army, he was turned down because of his criminal record. He signed up for the Foreign Legion instead, but then he changed his mind. He did not lead a particularly religious life, continuing to spend time in clubs, flirt with girls and flaunt his BMW.

He traveled to Kabul in November 2010 but was picked up by Afghan police in Kandahar only nine days later. Back in France, he attracted the attention of neighbors when he began carrying a sword in public. He went to Pakistan in the fall of 2011, but contracted hepatitis A and returned after two months. Apparently he was even inept at becoming a jihadist.

He began his vicious and mysterious crimes on March 11. He filmed the killings with a small camera, staging them as if they were part of an action film. His actions were more reminiscent of the July 2011 killing spree by Norwegian far-right militant Anders Behring Breivik than those of an al-Qaida terrorist. But somewhere between Toulouse and Pakistan, he had, for the first time, found a way to inflate the importance of his actions.

He used the terrorist network's ideology like the directions to a computer game, killing both Jews and Muslim soldiers who had fought for France.

Merah later told a journalist and the police that he had committed the murders to avenge Palestinian children. Suddenly he was no longer a petty thief but a political terrorist. But there was nothing to suggest that he had acted on behalf of a terrorist organization. Instead, it seemed much more likely that he was a lone perpetrator. Over the weekend, however, police announced that his older brother, Abdelkader Merah, was also a suspected accomplice in the killings, describing him as a "radical Salafist."

Last week, hardly anyone was asking what the story of this young man says about France -- even though it clearly demonstrates that the frequently invoked concept of "unité," a unified France for all Frenchmen, doesn't exist.

### **Sarkozy Gains Momentum**

Marine Le Pen, the right-wing populist candidate for the National Front, did not interrupt her campaign after the killings, unlike Hollande and Sarkozy. She promptly went on television when it was revealed that the killer was an Islamist -- to constantly remind the French that she was the one who had been warning them all along.

A few weeks before the killings of the soldiers and the Jewish children, the campaign reached a low point when it was dominated by an absurd debate. Le Pen had complained about all of the meat in the Paris metropolitan area being "halal," meaning that it is slaughtered in accordance with Islamic rituals.

Instead of ignoring the issue, [President Sarkozy](#) continued the discussion. First he corrected Le Pen's figures, but then he called for regulations requiring halal meat to be labeled. In a television appearance in early March, he said: "There are too many foreigners on our territory."

In the wake of the Toulouse killings, the political world is hardly expected to pay more attention to the causes for problems in banlieues. Sarkozy would like to see a law enacted, preferably before the elections, that makes it illegal to "regularly" visit Islamist websites. Although this wouldn't stop killers like Mohamed Merah, it might impress a few voters.

Polls taken at the end of last week showed for the first time that the gap between the candidates was narrowing. Some even predicted the president being ahead after the first round of elections. Nevertheless, the polls also showed Hollande retaining his edge in the likely runoff election.

The way authorities handled the Toulouse killings now also raises a number of questions. How is it possible that the domestic intelligence service did not take steps to stop Merah earlier? Did the special forces mission, which was intended to capture him alive, really have to end with his death?

Nevertheless, Sarkozy seems to believe he is on top of things once again after last week's events. Following a campaign appearance on Friday, he turned to a journalist with the leftist daily newspaper *Libération*, smiled broadly and asked: "Still confident?"

*Translated from the German by Christopher Sultan*

### **URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,823734,00.html>

**SPIEGEL ONLINE** By [Christian Rickens](#)

## European Debt Crisis

### *The Hidden Risks Lurk in ECB's Accounts*

Some economists warn that the German central bank faces hidden liabilities of 500 billion euros in the form of unsettled claims within the European payments settlement system, and could lose that sum if the euro zone breaks apart. According to SPIEGEL, the German government has said it sees no such risks. But a Greek euro exit could still cost the German central bank billions.

The federal government in Berlin has denied a warning from the president of Germany's Ifo economics institute, Hans-Werner Sinn, that the German central bank, the Bundesbank, may face [hidden risks](#) of half a trillion euros (\$660 billion) in the form of claims amassed under the Target2 European interbank payments system.

Sinn and other critics have been arguing that the Bundesbank has extended that sum in loans to southern countries within the euro zone and that the bank could be left with claims on its books if a country like Greece were to leave the euro zone.

But SPIEGEL has learned that the German government doesn't see the Target2 liabilities as a problem. "The German government doesn't share this view," the German Finance Ministry said in a written response to a question submitted by Peter Gauweiler, a euroskeptic member of parliament with the conservative Christian Social Union party, the Bavarian sister party to Chancellor Angela Merkel's Christian Democratic Union.

The claims were listed as items to balance the accounts of the European Central Bank, the ministry said. Its statement also contradicted the view of the Bundesbank which recently described the claims as a "symptom of the financial crisis."

Government experts argue that the Target system claims would remain even if a country were to leave the euro zone and introduce a new currency. In addition, the claims are secured by collateral.

### **Huge Imbalances in Payments System Since 2007**

The Target system settles payments among central banks that arise through cross-border transactions. When the economy is balanced, and goods and money are transferred in all directions, the payments always balance each other out. Even when a country imports more goods than it exports, it finances the gap with capital inflows from abroad such as bank loans. Then, too, the Target accounts are virtually balanced, as was the case until early 2007.

Because countries like Greece, Spain or Portugal have been running trade deficits for years, they were reliant on capital inflows from abroad even before the financial crisis, in order to pay for the goods and services they bought. But since the crisis erupted in 2007, this flow of capital has virtually dried up. The banks in all euro-zone member states had to keep their money together and withdrew their funds from countries they deemed insecure. Loans that expired were not renewed.

In addition, wealthy people transferred their money abroad because they were worried it would lose value. First this happened in Greece, Ireland and Portugal, then it also occurred in Spain and Italy. It meant the banks in those countries had fewer savings deposits with which to make loans. As a result, Greece and the other troubled nations didn't have enough money to finance their imports.

So if Greek banks wanted to give loans, for example to finance the purchase of imports from Germany or the Netherlands, they had to borrow the money from the Greek central bank. The central bank simply took the money out of nowhere and ran up a bill in the form of a Target liability with the euro system. "These countries are simply getting money from the printing press," complains Ifo's Sinn.

Since the 2007 financial crisis, huge imbalances have built up among the central banks of the 17 euro member countries. While the European crisis countries Italy, Spain, Ireland, Portugal and Greece have run up deficits of more than €600 billion as part of the Target2 system, the Bundesbank's claims have reached €498 billion.

### **No Formal Loan Arrangement**

Technically, the German government is correct in its answer to Gauweiler's question. Strictly speaking, there are no Target loans because a loan would involve a formal arrangement between a creditor and a debtor. No such arrangement exists -- the Target imbalances simply keep on growing as long as commercial banks in Greece and other problem countries have to get their money from their respective national central banks -- because hardly anyone else wants to lend them any money.

The Berlin government is also right in its argument that Target claims will remain in force even if Greece, for example, were to leave the euro zone. But it seems barely conceivable that the Greek central bank could ever repay its Target liabilities of some €108 billion in that case -- because Athens won't be able to print any more euros.

Besides, the collateral that supposedly backs the Target claims wouldn't be worth much if it were called on. It consists of securities that all commercial banks have to deposit with their national central bank when they borrow money from it. Those securities amount to only a small share of the central bank loans, and the quality of collateral accepted in the southern euro zone states is fairly low -- the Greek central bank, for example, accepts Greek government bonds as securities. If Greece were to leave the euro zone, a state bankruptcy would be virtually inevitable, say experts -- which means the collateral would be virtually worthless.

Sinn's reference to a €500 billion risk refers to the extreme scenario in which the entire euro zone were to break apart, no central bank were able to settle its Target liabilities and all collateral were to become worthless.

But it's not so unrealistic that Greece may quit the euro zone and that the Greek central bank would be unable to settle its Target liabilities. In that case the Bundesbank would book losses of some €30 billion.

### **URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,823872,00.html>

## German Leader Agrees to More Bailout Money for Euro Zone Nations

By [JAMES KANTER](#) and MELISSA EDDY

BRUSSELS — The European Union took a big step on Monday toward building a financial firewall strong enough to prevent the spread of fiscal contagion to major economies like Spain. The move came after [Germany](#) dropped its opposition to bringing the Continent's total bailout capacity to more than 690 billion euros ( \$916 billion).

[Angela Merkel](#), the German chancellor, said on Monday at a news conference in Berlin that her government remained determined that a permanent European rescue fund should be capped at 500 billion euros.

But in a big concession, she said Germany would not oppose letting that fund operate alongside a temporary fund that has aided Greece, Ireland and Portugal but still has money to lend.

German officials cautioned that many details needed to be negotiated at a two-day summit meeting of European Union finance ministers that starts on Friday in Copenhagen.

But Ms. Merkel's statement effectively gives the green light to expanding the size of the firewall, as the United States and others have been urging.

It also shows renewed determination to shore up the stability of the euro zone while the overall European economy remains fragile and concerns are mounting about the Spanish government's rising costs of borrowing.

Ms. Merkel and her finance minister, Wolfgang Schäuble, have long opposed expanding the bailout fund any further, as they seek to shield German taxpayers from higher liabilities. There is already widespread discontent among Germans about shouldering most of the cost of rescuing weaker European partners like Greece.

Germany also was hesitant to commit more money before countries that might eventually need assistance, including Italy and Spain, showed they were serious about removing barriers to competition and other impediments to growth, said Silvio Peruzzo, an economist at the Royal Bank of Scotland.

"The German strategy has been pretty clear," he said. "They wanted to keep the pressure on some euro zone member states in terms of reforms."

The money already given out in loans by the temporary bailout fund — known as the European Financial Stability Facility — was originally supposed to count against the lending power of the permanent fund when it goes into effect this summer.

But under the new flexibility indicated by Ms. Merkel, the temporary fund's lending program might be allowed to continue without counting against the new 500-billion-euro fund, known as the European Stability Mechanism, when it goes into operation in July.

The new fund will spread the risk more evenly among the participating nations than the temporary fund, which left German taxpayers more exposed.

Deploying unused sums from the temporary fund, and not counting its outstanding loans against the new fund would effectively bring total lending power to about 692 billion euros.

Under existing plans, the temporary fund "will run out in the middle of next year, just as planned," Ms. Merkel told reporter at her party headquarters.

“But 200 billion have already been handed out there, and we could imagine that these 200 billion run in parallel to the E.S.M. until the program countries have paid it back,” she said. “That will take a few years and then the E.S.M. will stand alone again.”

Just how all this might work is something the finance ministers will very likely wrestle with in Copenhagen on Friday. The discussion will involve whether the two funds “are able to run parallel to one another, what their relationship is to one another,” said Martin Kotthaus, a spokesman for the German Finance Ministry.

But he said the discussion would not be about “whether to increase the” size of the new fund.

Mr. Peruzzo, the Royal Bank analyst, said Ms. Merkel would probably need approval from the German Parliament to move ahead with the strategy. “In a way, it’s just a political commitment,” he said. “It’s a signaling device, which is very important at this stage for the crisis.”

The idea of allowing the two funds to run in parallel apparently emerged during a meeting last month of the Group of 20 finance ministers in Mexico City, as a way of overcoming German opposition to increasing the firewall while satisfying the demands of Germany’s partners in the Union and the G-20.

Upon his return from the G-20 meeting, Mr. Schäuble, the German finance minister, began discussions among leaders of Ms. Merkel’s Christian Democrats, as well as its sister party, the Christian Social Union in Bavaria, said a party official who declined to give his name because he was not authorized to speak about the talks. Party leaders met separately in Berlin and Munich on Monday to agree to the proposal.

Ms. Merkel emphasized that if euro zone governments reached agreement on the new strategy, it “could be the basis” for the [International Monetary Fund](#) to use more resources to help contain financial turmoil in Europe.

The I.M.F. has contributed to the bailouts of Greece, Portugal and Ireland.

Olli Rehn, the European Union commissioner for economic and monetary affairs, said Monday in Helsinki that he expected a sufficiently strong plan to be mapped out on Friday in Copenhagen for the I.M.F. to increase its contribution to the European effort. The I.M.F. is to hold its annual meeting in late April.

“Negotiations are ongoing, and my aim is to secure that a strong enough stability fund can be created to convince our partners they should reinforce the I.M.F.’s resources,” he said.

James Kanter reported from Brussels and Melissa Eddy from Berlin. Jack Ewing contributed reporting from Frankfurt.

NYT March 26, 2012

## Germany's 'Unpolitical' New President

By [JOHN VINO CUR](#)

Could you become president of the Federal Republic of Germany if you told the Germans that they have a “repulsive” inclination to hysteria and overblown fears?

Or that they have a shallower, less instinctive relationship to freedom than Poles or Americans? Or that they live in a culture of dissatisfaction, with many of them behaving as if there were a secret German constitution whose first article enunciates the unassailable protection of their living standards?

Joachim Gauck has said just that over the last few years, and didn't really let up Friday at his swearing-in as Germany's effective moral arbiter: He described the strongest country in Europe as a place where “fear sometimes so diminishes our courage and self-confidence that we could completely lose both — even to the point that we take cowardice for a virtue and regard running away as a legitimate political position.”

On the scale of genuine political novelty, Mr. Gauck being given the job of becoming Germany's official gadfly, conscience and consensual voice rates a 10-plus.

Happily, the former East German pastor, dissident and head of the commission that opened the files of the East German secret police after the fall of the Berlin Wall also retains a preacher's gift for embracing his congregation. Still, he is a man unlikely ever to speak from the summit of Mount Righteous, Germany's designated perch for its political class to scold the world on its armed interventions, economic frailties, or failure to separate its garbage correctly.

Mr. Gauck's taking office represents remarkable possibilities that new notions of honesty, empathy, responsibility and solidarity become hallmarks of German leadership in Europe.

As chief of state, the new president's powers are essentially verbal. But having no party affiliation, his will and legitimacy to speak out freely was emphasized by Chancellor Angela Merkel's resistance to his candidacy after President Christian Wulff resigned in the midst of a corruption investigation. Ms. Merkel was described as finding Mr. Gauck too “unpolitical” for the job — read that as too forthright and unbending — and too much a contradiction to her inclination to play politics with German fears. Yet she had to abandon her opposition when his book “Freiheit” (freedom) was at the top of the national best-seller list and he won the backing of all but one party in the Bundestag.

Mr. Gauck's message is clear. He stated in his inaugural speech that freedom was the central theme in his life. He has written that it is a conviction of a minority in Germany, where security, stability and social justice are more comfortable values. He insists that freedom is the most important element in democracy because “above all, freedom bestows culture, substance and content on our society.”

My reading is that Mr. Gauck believes that a lack of respect for and engagement in freedom has an overriding role in creating Germany's anxieties and self-involved focus on precaution and regulation. He thinks the country is on a continual search for its next big angst, according to a Frankfurt Allgemeine Zeitung reporter, who listed them as including a microbe causing a severe strain of diarrhea, attack dogs and Europe.

Mr. Gauck also has important observations about recent German history. He has suggested West German notions of “détente” of the 1970s and '80s resembled “appeasement” of Communist oppressors and a readiness via the “peace movement” to “disarm the democratic West mentally and militarily.”

Peace? Obviously in favor. But, he asserts in his book, “A refusal to use force in concrete situations can also mean smoothing the way for oppressors and aggressors, or tolerating their terror.”

In this light, if projected into the present, Ms. Merkel's decision a year ago to refuse to let Germany fight alongside its allies for freedom in Libya would likely have run into a strong opposing presidential voice.

As for the chancellor's sudden decision to abandon Germany's atomic energy network, Mr. Gauck has been described as noting that it came in the context of German fears of a Rhine-Main version of the Fukuyama tsunami. (And just happened to occur, I'd add, on the eve of a major regional election.)

Would this president, who emphasized last week that Europe couldn't survive without the "life-breath of solidarity," say that real German solidarity with Europe would mean a growth program that tempers its creeds of austerity and advantageous trade imbalances? Or, as Klaus Naumann, a former German Army chief of staff, argues — and Ms. Merkel ought to — that Vladimir Putin's behavior in relation to Syria means his Russia cannot be an acceptable partner for NATO?

It's not impossible.

Two fears about Mr. Gauck come to mind here. One is his recent talk of regretting that as president he will be less spontaneous and less able to make positive use of his rough edges.

There is a second, greater concern. It is that as the world comes to know a man capable of creating real hopes of Germany emerging as a fair and brave leader in Europe, the Germans themselves will find less to their liking the awkward truths Mr. Gauck insists on bringing to the nation's consciousness.

## Die rote Linie

FAZ 26.03.2012 · Die Rettungspolitiker glauben, dank ihrer Hilfen läge das Schlimmste hinter ihnen. Doch wie bei Drogen lässt die Wirkung nach, wenn die Dosis nicht erhöht wird.

Von [Holger Steltzner](#) Wer kann sich noch an alle roten Linien erinnern, welche die Bundesregierung in der Euro-Krise auf keinen Fall überschreiten wollte? Zuerst beschworen Kabinettsmitglieder die Einhaltung des Maastrichter Vertrags, dem zufolge kein Euroland für ein anderes haften darf. Dann schlossen sie Hilfe vom Internationalen Währungsfonds aus, weil Europa sich selbst helfen könne. Danach versprachen sie automatische Sanktionen beim Reißen von Schuldengrenzen. Wie wenig disziplinierend der neue Fiskalpakt wirkt, zeigt die Erhöhung des Defizitziels, mit dem Spanien gerade seine Partner überraschte.

Bankern und EU-Kommissaren galt eine Umschuldung Griechenlands als rote Linie, deren Überschreitung angeblich zum Bruch der Währungsunion und sogar in eine Weltfinanzkrise führen würde. Doch beides blieb aus. Finanzminister Schäuble (CDU) ist [im Gespräch mit der F.A.Z. sogar auf die Wette eingegangen, dass die Laufzeit des ersten Krisenfonds \(EFSF\) verlängert wird](#): „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren.“ Nun fallen die beiden roten Linien von CSU-Chef Seehofer.

Der Krisenfonds wird faktisch aufgestockt und das Versprechen zurückgenommen, die deutsche Haftung steige nicht über 211 Milliarden Euro. Frau Merkel kündigt an, die beiden Krisenfonds liefen nun „einige Jahre“ parallel - und Seehofer sagt, das sei keine Erhöhung der Haftung. Wer soll das glauben? Tatsächlich übersteigt die deutsche Haftung die vom Bundestag gezogene Grenze längst um ein Vielfaches. Aber die Risikobilanz der Europäischen Zentralbank und die unglaublichen Kredite zwischen Notenbanken sind für Berliner Politiker tabu. An diesem heißen Eisen will sich niemand die Finger verbrennen. Dank der EZB-Geldschwemme glauben die Euro-Rettungspolitiker, das Schlimmste läge hinter ihnen. Sie hoffen auf Wunderheilung durch geldpolitische Spritzen, doch wie bei Drogen lässt deren Wirkung nach, wenn die Dosis nicht erhöht wird.

Wenn rote Linien dauernd überschritten werden, dienen sie vielleicht einem anderen Zweck. Die ständige Ausweitung der Haftung für Schulden anderer Länder hat einen logischen Endpunkt: Die Vergemeinschaftung aller Schulden im Euroraum. So gesehen, führt eine rote Linie zum Ziel der Schuldensünder: Eurobonds.

Quelle: F.A.Z.

## Frankreich

### Im Schatten des Terroristen

FAZ 26.03.2012 · Frankreich tut sich schwer mit dem Erbe des Serienmörders Merah. Die Behörden wollen ihn in Algerien beisetzen lassen. Im Internet häufen sich die Solidaritätsbekundungen. Und auch in den Vorstädten wird dem Täter gehuldigt.

Von [Michaela Wiegel](#), Paris Wohin mit dem Leichnam Mohamed Merahs? Die französische Polizei hat davon abgeraten, den Mörder von Toulouse und Montauban in seiner Heimatstadt zu beerdigen, zu groß sei das Risiko, dass das Grab zu einer Pilgerstätte werde. Nach Informationen der Zeitschrift „Le Point“ haben die französischen Behörden in Algier angefragt, ob Merah, der nie in Algerien gelebt hat, in der Heimat seines Vaters beigesetzt werden könne. Mit Besorgnis verfolgt die Polizei die Solidaritätsbekundungen, die sich vor allem im Internet häufen.

Eine Seite „zu Ehren“ Mohamed Merahs auf Facebook fand spontan 435 „Freunde“, bevor sie nach einer Intervention des französischen Innenministers bei Facebook Europa geschlossen wurde. Auf einer anderen Internetseite solidarisierten sich mehr als 10.500 Besucher mit dem Mörder. Auch diese ist inzwischen von der zuständigen französischen Behörde aus dem Internet genommen worden. Die Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, beklagte, dass die Seiten verboten wurden. „Warum schließt man diese Seiten, wohl, weil man die Wahrheit nicht sehen will?“ Man wolle nicht sehen, dass es in Frankreich Hunderte von Leuten gebe, die der Meinung seien, dass die Taten Merahs Applaus verdienten, sagte sie.

Die Polizei verfolgt mit erhöhter Wachsamkeit etwaige Solidarisierungsversuche in den Vorstädten der großen Ballungszentren. Am Wochenende lösten Sicherheitskräfte einen Demonstrationzug verschleierter Frauen in dem Sozialbauviertel Les Izards in Toulouse auf, in dem Merah aufgewachsen war. Es wird vermutet, dass islamistische Prediger den Zug organisiert hatten. In Sartrouville, einer Vorstadt im Westen von Paris, wurden Graffiti mit Aufschriften „Es lebe Merah“ und „Rache“ entdeckt. Auf einem Friedhof in Nizza beschädigten Unbekannte etwa 30 jüdische Gräber. In Reims strengte der Staatsanwalt Ermittlungen gegen zwei 15 Jahre alte Schüler an, die sich geweigert hatten, an der Schweigeminute für die von Merah getöteten jüdischen Kinder teilzunehmen. Die Schüler hatten ihre Weigerung mit antisemitischen Parolen verbunden.

### ***Solidarisierungsversuche an Schulen***

Wie erst langsam bekannt wird, hat die Schweigeminute an vielen Vorortschulen zu Zwischenfällen geführt. Schüler widersetzten sich der Aufforderung ihrer Lehrer, der ermordeten Kinder mit ihrem Schweigen zu gedenken und störten den Moment durch lautes Reden. „Viele Lehrer haben auf die Schweigeminute verzichtet aus Angst vor dem Verhalten der Schüler“, schilderte ein Lehrer der Zeitung „Le Figaro“. Eine Lehrerin an einem Gymnasium in Rouen wurde vom Schuldienst suspendiert, nachdem sie ihre Schüler zu einer Schweigeminute für Merah aufgefordert hatte. Bildungsminister Luc Chatel sagte, er werde ein Disziplinarverfahren gegen die Lehrerin anstrengen.

Der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande, der am Montag die Pariser Vorstadt Bondy besuchte, hat die Solidarisierungsversuche bislang nicht kommentiert. Nicolas Sarkozy sagte am Montag, der Fall Merah sei „eine Ausnahme“ und nicht das Ergebnis einer gesellschaftlichen Entwicklung. „Das Erscheinen eines so unmenschlichen, barbarischen, monströsen Mannes hat keinen Bezug zu unserer Gesellschaft“, sagte der Präsident. Einwanderung sei nicht mit Mohamed Merah gleichzusetzen, sagte er in Anspielung auf Marine Le Pen. „Wie viele Mohamed Merahs sind auf den Booten, in den Flugzeugen, die jeden Tag voller Einwanderer in Frankreich ankommen? Wie viele Mohamed Merahs sind unter den Kindern dieser nicht assimilierten Einwanderer?“, fragte diese.

Quelle: F.A.Z.

## Ziemlich beste Freunde



© REUTERS Hollande und Gabriel bei einem Treffen europäischer Sozialisten in Paris

FAZ 26.03.2012 · Eine Premiere: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der französische Präsidentschaftskandidat François Hollande geben ein Interview. Und sie haben noch mehr vor, gemeinsam.

**Wir wollten Ihnen ein neues Wort vorschlagen und Sie fragen, was Sie davon halten? Solche Wortneubildungen sind ja in Mode, „Merkozy“ zum Beispiel. Was halten Sie von „Gablande“? Oder „Horiel“?**

*Hollande:* Ich bin gegen eine solche Verschmelzung der Nachnamen. Unter Freundschaft verstehe ich nicht die Verschmelzung von zwei Personen zu einem hybriden Wesen, das dann über Europa bestimmt, sondern die gemeinsame Arbeit an politischen Grundlagen. Jeder soll seine Identität behalten, da soll keine Verwirrung entstehen.

*Gabriel:* Diese Begriffsschöpfung hält ja der Wirklichkeit nicht stand. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Frau Merkel die antieuropäischen Stimmungen, die Sarkozy gerade verbreitet, gut findet. Es wäre spannend zu hören, was sie bei einem Besuch in Frankreich zu dem von Präsident Sarkozy angekündigten Ausstieg aus dem Schengen-Abkommen oder zu seinen protektionistischen Vorstellungen sagen würde. Darin vermute ich auch den Grund, warum sie einen zweiten Fernsehauftritt mit Sarkozy derzeit - gelinde gesagt - nicht zwingend anstrebt.

**So ein Doppelinterview ist ja eine Premiere. Würden Sie uns zu Beginn erzählen, wie Sie das Land des jeweils anderen kennengelernt haben, in Kindheit und Jugend?**

*Hollande:* Meine Eltern haben den Zweiten Weltkrieg erlebt, meine Großeltern den Ersten Weltkrieg. Ich bin also ein Kind beider Kriege. Und doch hat mir meine Familie nie das geringste antideutsche Gefühl vermittelt. Ich habe dann im Gymnasium Deutsch gelernt, wovon mir leider wenig geblieben ist - was aber nun nicht die Schuld Deutschlands ist, sondern meine eigene. Als Gymnasiast war ich mehrmals in Deutschland, damals in einem Verein, der internationale Jugendzeltlager ausgerichtet hat. Ich verbrachte einen Monat in der Nähe von Frankfurt am Main. Auch danach war ich immer wieder in Deutschland, das brachten meine Ämter mit sich. Dann kam die Wiedervereinigung. François Mitterrand hat zwar behauptet, er habe sie kommen sehen, aber ich war doch sehr verblüfft, auch von der Geschwindigkeit des Vollzugs und von den großen Anstrengungen, die unternommen wurden, damit sie gelingt. Als Lionel Jospin und Gerhard Schröder an der Spitze der Regierungen unserer Länder standen, war ich Erster Sekretär meiner Partei - das, was ihr Parteivorsitzender nennt. Die Beziehung von Schröder und Jospin war nicht schlecht. Allerdings wurde Frankreich zum damaligen Zeitpunkt in der sogenannten Kohabitation regiert, mit dem Konservativen Chirac als Präsident und dem Sozialisten Jospin als Premierminister. Und dann kam Tony Blair und versuchte, Schröder politisch an sich zu binden. Dies alles hat in einem entscheidenden Moment verhindert, eine wirklich gemeinsame Politik von Sozialisten, Sozialdemokraten und Labour für Europa hinzubekommen, was ich stets bedauert habe.

*Gabriel:* In der Familie meines Vaters gab es noch antifranzösische Ressentiments. Meine Großmutter sang noch das Lied vom „Franzos mit der roten Hos“. Früher war auch noch vom „Erbfeind“ die Rede. Gegenüber Polen waren diese Vorurteile noch stärker ausgeprägt. Ich hab mit all dem nichts anfangen können und habe, erst viel später verstanden, welche Ressentiments da eine Rolle spielten. Ich gehörte als Jugendlicher den „Falken“ an...

*Hollande:* ...les faucons rouge...

*Gabriel:* ...genau! Für die habe ich fast 20 Jahre lang Jugendzeltlager geleitet, an denen in der Regel 200 Jugendliche teilgenommen haben. Und die Mehrheit dieser Zeltlager haben in Südfrankreich stattgefunden, in St-Jean-du-Gard. Wir hatten dort immer Gäste der französischen Sozialisten zu Besuch. 1981 waren wir von dem Begriff „Union de la Gauche“ und der ersten Regierung von François Mitterrand fasziniert. Zumal wir in Deutschland damals ja schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition waren und wir jungen Leute den Eindruck hatten, es bewegt sich nichts mehr. Sehr viel später ist leider der Dialog zwischen den beiden Parteien schwieriger geworden. Das war die Phase des sogenannten Dritten Weges, von dem ich heute denke, dass er auch ein Versuch war, einen sozialdemokratischen Mantel über teils neoliberale Projekte zu breiten. Die Zeiten, in denen Sozialdemokraten und französische Sozialisten miteinander geredet und intensiv zusammengearbeitet haben, waren immer gute Zeiten. Und es waren bittere Phasen, wenn dieser Dialog abgebrochen ist. Als ich SPD-Vorsitzender wurde, habe ich deshalb großen Wert auf einen engen Kontakt mit den französischen Sozialisten gelegt und ihn intensiviert.

### **Wie sieht denn Ihre Tochter das deutsch-französische Verhältnis?**

*Gabriel:* Wenn ich meiner Tochter erkläre, wir brauchen die EU, damit es keinen Krieg mehr in Europa gibt, dann schaut sie mich ganz komisch an und sagt, sie hätte ohnehin nicht vor, in Frankreich einzumarschieren. Sie wolle eigentlich nur ihren Freund in Paris besuchen...

*Hollande:* Nun verstehe ich, warum du in Paris bist!

*Gabriel:* (lacht)

### **Wer musste auf dem Weg zu diesem neuen Konsens die größere Strecke zurücklegen?**

*Gabriel:* Ich kann nur für die deutsche Sozialdemokratie sprechen, und da stelle ich fest, dass wir Fehleinschätzungen korrigiert und uns neu ausgerichtet haben. Wir haben uns in der Vergangenheit gelegentlich zu stark an den neoliberalen Theologen orientiert. Dreißig Jahre lang galt das neoliberale Dogma, in Europa und weltweit. Heute erkennen wir den Unterschied zwischen uns und den Konservativen und Liberalen an einem Satz. Das ist der Satz von Frau Merkel, in dem sie sagt, sie sei für eine marktkonforme Demokratie. Wir glauben, das Gegenteil ist richtig: Wir müssen demokratiekonforme Märkte schaffen.

### **Es bleiben Differenzen. Die SPD unterstützt den Europäischen Stabilitätsmechanismus, die PS lehnt ihn ab.**

*Hollande:* Wenn es sich nur um den Europäischen Stabilitätsmechanismus gehandelt hätte, hätten wir zugestimmt, weil wir dieses Instrument für Länder brauchen, die in Schwierigkeiten sind, so wie Griechenland heute. Es wäre aber der Eindruck entstanden, dass unsere Unterstützung für den Stabilitätsmechanismus zugleich bedeutet, dass wir den auf Austerität ausgerichteten Fiskalpakt unterstützen. Diesen lehnen wir jedoch ab. Deshalb haben wir uns enthalten.

*Gabriel:* In Deutschland war es so, dass wir Sozialdemokraten von Anfang an für umfassende Rettungsschirme plädiert haben, die die Bundeskanzlerin zunächst ablehnte. Seitdem gilt das Merkelsche Gesetz: Alle drei Monate macht sie das Gegenteil von dem, was sie zuvor als „alternativlos“ bezeichnet hat. Insofern entspricht der Europäische Stabilitätsmechanismus unserer Position. Diese Maßnahme kam aber viel zu spät! In der Frage

des Fiskalpaktes teilen wir die Position der französischen Sozialisten. Denn es fehlt dabei eine starke Komponente für Wachstum und Beschäftigung. Und es fehlt die Besteuerung der Finanzmärkte.

**Sie, François Hollande, kommen uns vor wie ein wahrer Sozialdemokrat, vielleicht der erste Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialisten, auf den dieser Begriff zutrifft. Finden Sie das auch?**

*Hollande:* In einem Präsidentschaftswahlkampf empfiehlt es sich, ganz klar zu bleiben: Mein Projekt ist sozialistisch, und ich bin Sozialist. Ich bin weder durch den Neoliberalismus verführbar, noch möchte ich einen Staat, der alles bestimmt, über die Köpfe der Bürger, der gesellschaftlichen Kräfte und der Tarifparteien hinweg. Ich bin kein gemäßigter Sozialist, auch nicht mäßig sozialistisch - ich bin einfach Sozialist.

**Ja aber was heißt das?**

*Hollande:* Drei Punkte: Erstens, Gerechtigkeit. Unsere Gesellschaften brauchen Regeln, Reichtum muss gerecht verteilt werden. Zweitens muss sich das Wesen des Wachstums ändern, es muss solidarisch und nachhaltig werden. Und mein drittes Prinzip ist die Aufrichtigkeit. Wir sollten nicht so tun, als könne nur der gewählt werden, der viel verspricht. Bei all diesen Punkten muss die Jugend im Fokus unserer Anstrengungen stehen. Wir müssen ihre Zukunft vorbereiten, durch ökologische Politik, aber auch Anstrengungen in Bildung, Kultur, und Wissenschaft. Insbesondere müssen wir alles dafür tun, damit Jugendliche einen Arbeitsplatz finden.

**Was finden Sie an der deutschen Sozialdemokratie inspirierend?**

*Hollande:* Ich glaube zwar stärker an die strategische Rolle des Staates, aber mir gefällt am deutschen Modell die Idee des Kompromisses und der Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen. Darum will ich auch in Frankreich, vor den großen Gesetzgebungsvorhaben, den sozialen Dialog pflegen. Die hiesige Rechte macht sich ja schon lustig darüber: Sie entscheiden nicht? Sie machen erst Anhörungen? Dazu kann ich nur sagen: Ja, denn das gehört zu einem Beteiligungsprozess. Erst zuhören, dann handeln. Das heißt für mich auch Dezentralisierung, die Beteiligung der Regionen. Ich glaube fest an die Dynamik des Regionalen, darin haben die Deutschen natürlich eine viel größere Erfahrung aufgrund ihres föderalen Systems.

**Sigmar Gabriel, wozu wurden Sie durch die französischen Sozialisten inspiriert?**

*Gabriel:* In meinem Wahlkreis befindet sich eine der wichtigsten europäischen Bibliotheken der Aufklärung, Lessing war dort Bibliothekar. Das wäre ohne die französische Aufklärung und die Revolution nicht denkbar gewesen. Wenn man sich fragt: was ist links? Dann ist das nicht vorrangig die Frage, wie man eine Rentenversicherung organisiert oder ob man für oder gegen Atomenergie ist, sondern die Frage lautet: Glaubt man an die Kraft der Aufklärung? An die Kraft des Arguments? Glaubt man an die Idee der Emanzipationsfähigkeit des Menschen? Ich bin der Überzeugung, dass niemand an ein Schicksal gebunden sein darf, sondern dass man aus seinem Leben etwas machen können muss. Dass die Politik die Aufgabe hat, Bedingungen für ein gelungenes Leben zu schaffen. Das gelungene Leben kann die Politik nicht garantieren, das muss jeder selbst machen, aber die Bedingungen kann sie schaffen. Diese Idee habe ich immer mit Frankreich verbunden. François Hollande steht für ein anderes Europa, eben für eines, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Er reduziert Europa nicht auf den Binnenmarkt, sondern versteht Europa als einen Raum, in dem wir Bedingungen für ein gelungenes Leben schaffen können und wollen. Darum wäre seine Wahl zum französischen Präsidenten so ein wichtiges Signal für Europa!

*Hollande:* Zum ersten Mal seit dreißig Jahren haben wir eine derart klare Übereinstimmung in den Zielen, die wir in und für Europa gemeinsam erreichen wollen. Wir waren in der Vergangenheit kaum einmal gleichzeitig in den entscheidenden Verantwortungspositionen: Mitterrand hat lange mit Helmut Kohl und den Christdemokraten zusammengearbeitet, das war für die deutsche Sozialdemokratie schwierig. Später war Schröder an der Regierung, aber er neigte doch eher Tony Blair zu, und im Elysée residierte Jacques Chirac. Das war für uns schwierig. Dass beide Parteien, PS und SPD, sich nun einige Jahre in der Opposition befunden haben, war zum Nachdenken und für unsere Annäherung gar nicht schlecht. Wir können und müssen in dieser

tiefen Krise Europas zusammen eine Menge bewegen, selbst wenn ich - sollte ich zum nächsten französischen Präsidenten gewählt werden - auf diesem gemeinsamen Weg zunächst alleine voranschreiten müsste.

### **Am 6. Mai heißt die Bundeskanzlerin aber noch Angela Merkel!**

*Hollande:* Ich würde mit ihr gut zusammenarbeiten, ich möchte keine Missstimmung mit Frau Merkel. Aber wir haben mehr politische Überschneidungen mit der SPD! Wie allerdings die Wahlen im nächsten Jahr in Deutschland ausgehen, darüber entscheiden die Deutschen.

### **„Goldman Sachs regiert die Welt“, sagte ein Trader mal in der BBC. Können Staaten denn überhaupt noch Politik gegen die Interessen der Finanzbranche machen?**

*Hollande:* Wenn die Staaten sich einzeln und alleine gegen die Märkte stellen, werden sie die Schlacht verlieren, weil die Spekulanten die Staaten gegeneinander ausspielen. Das ist schon geschehen. Sinn der europäischen Zusammenarbeit muss sein, dass die Länder zusammenarbeiten, um sich gegen die Macht einer irrationalen, entfesselten Finanzbranche zu stellen, der es ja nicht um die Schaffung echter Werte geht, sondern um sofortige und rücksichtslose Bereicherung Einzelner. Das muss unser großes gemeinsames Projekt sein. Computer und mathematische Modelle, in den Dienst der Habgier gestellt, dürfen nicht über unsere Zukunft entscheiden. Ich zitiere Sigmar Gabriel, wenn er sagt, dass die Demokratie stärker sein muss als die Märkte, sonst werden sich die Menschen nicht von den Märkten abwenden, aber von der Demokratie!

*Gabriel:* Jeweils auf unsere Nationalstaaten bezogen, haben wir es im 20. Jahrhundert geschafft, den Kapitalismus zu bändigen. Wir haben in Deutschland wie in Frankreich soziale Rechte verankert, die Spielregeln werden von Parlamenten geschrieben. Als sich 1889 Vertreter der Arbeiterbewegung in Paris trafen, um den 1. Mai als Tag der Arbeit auszurufen, schrieben sie: Das Kapital ist national organisiert, die einzige Antwort ist die internationale Solidarität der Arbeiter. Mehr als hundert Jahre später stellen wir fest: Das Kapital ist international organisiert, Politik ist oftmals noch zu national organisiert. Das wollen wir ändern. Wir müssen international noch enger zusammenarbeiten, und in Europa müssen wir beginnen. Europa ist die Antwort auf die ungebremsten Finanzmärkte. Wir haben alle Möglichkeiten. Es ist nicht die Frage, ob man enger zusammenarbeiten kann, es ist die Frage, ob man das politisch will!

### **Bleiben wir mal beim Beispiel der Hilfe für Griechenland. Gibt es da nicht eine Divergenz zwischen ihren Positionen?**

*Gabriel:* Nein, wir sagen, dass eine ausschließlich auf Austerität ausgerichtete Politik Griechenland und anderen Krisenstaaten nur schadet. Übrigens: wir wären nicht in eine solche Krise geraten, wenn wir von Anfang an entschlossen gehandelt hätten. Das lange Warten hat aus der Krise eines Landes, das ganze 2 Prozent zum europäischen Bruttosozialprodukt beiträgt, eine Europakrise gemacht. Das ist das Ergebnis der Politik von Frau Merkel und Herrn Sarkozy. Der Kampf um Griechenland ist eine Stellvertreter-Auseinandersetzung: Wer entscheidet, wie wir in Europa zusammenleben? Die Wall Street und die City of London? Oder Bürgerinnen und Bürger mit gewählten Politikern?

*Hollande:* Das sehe ich sehr ähnlich. Weil man nicht sofort und gründlich und mit aller Kraft gegen die Krise vorgegangen ist, haben wir diesen Dominoeffekt, der ganz Europa in eine Krise befördert hat. Ohne Wachstumshilfen droht uns eine europaweite Rezession.

### **Was können Deutschland und Frankreich tun, um mehr Wachstum anzuregen?**

*Hollande:* Das erfordert neue Instrumente und neue politische Zielsetzungen. Ich habe europäische Projektbonds zur gezielten Finanzierung von Projekten vorgeschlagen sowie eine breit greifende Transaktionssteuer auf Finanzgeschäfte. Das Geld soll auf drei Gebieten eingesetzt werden: erstens im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, zweitens zur Förderung der Energiewende und drittens für Forschung und Entwicklung, dabei geht es auch um die Förderung der Zusammenarbeit der europäischen Universitäten.

*Gabriel:* Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein ganz zentraler Punkt. In meiner Jugend stand Europa für Hoffnung und für eine bessere Zukunft. Heute empfinden Jugendliche in vielen Ländern Europa aber als Bedrohung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Griechenland, Italien, Spanien, auch in Frankreich erschreckend hoch. Wir müssen die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Reihe von Maßnahmen bekämpfen, beispielsweise durch die Förderung eines großen europäischen Sonnenenergieprojekts. Wenn wir in Deutschland 350.000 Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien schaffen könnten, wie viel mehr wäre in ganz Europa möglich?

**Helmut Kohl und François Mitterrand haben Ernst Jünger besucht. Wen würden Sie gerne gemeinsam besuchen?**

*Hollande:* Ich möchte Sigmar Gabriel nicht vorgreifen, weil ich nicht weiß, wie seine Beziehung zu ihm ist, aber ich finde, Jürgen Habermas hat sehr klare und aufklärende Worte zu Europa gefunden. Ihn würde ich gern besuchen.

*Gabriel:* Da komme ich sofort mit.

*Die Fragen stellten Sylvain Bourmeau, Marc Sémo (Libération) und Nils Minkmar (F.A.Z.).*

*Gedolmetscht wurde das Gespräch von Gabrielle Wennemer.*

Im Salon Gabriel

der Assemblée Nationale in Paris trafen sich am 16. März der Kandidat der französischen Sozialisten und der Vorsitzende der SPD zum Gespräch mit Journalisten von „Libération“ und dieser Zeitung - das erste Interviewprojekt dieser Art erscheint gleichzeitig in beiden Blättern. Zwischen der Bearbeitung und der Veröffentlichung des Gesprächs kam es zu den Morden in Toulouse und Montauban, nach denen der französische Wahlkampf ruhte. Gabriel: „Die Nachricht über diesen kaltblütigen und unfassbar grausamen Mordanschlag hat mich persönlich und die deutsche Öffentlichkeit zutiefst schockiert. Eine der Lehren muss darin bestehen, dass wir im Kampf gegen den Extremismus in jeglicher Form, gegen Rassismus und Antisemitismus noch engagierter werden und noch enger zusammenstehen müssen.“

Quelle: F.A.Z.

## Bringt dieser Mann uns Inflation?

FAS 25.03.2012 · Mit einer Charmeoffensive wirbt EZB-Chef Mario Draghi um die Gunst der Deutschen. Dabei riskiert seine Geldpolitik ausgerechnet das, was die Deutschen am meisten fürchten: die Rückkehr der Inflation.



© dpa EZB-Präsident Mario Draghi

Von [Christian Siedenbiedel](#) Notenbanker sind gemeinhin verschwiegene Leute, die überaus wichtige Entscheidungen treffen, aber eher im Verborgenen wirken. Anders als Politiker oder Größen des Show-Business sieht man sie selten in Talkshows, bei Podiumsdiskussionen oder gar in Boulevardzeitungen. Um so auffälliger ist, wie Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, derzeit die Öffentlichkeit sucht. Vergangene Woche sah man ihn gleich zwei Tage lang mit ausführlichen Interviews in der „Bild“-Zeitung. Nächste Woche folgen dann Schlag auf Schlag Auftritte in Berlin beim Jahresempfang der privaten Banken am Montag und am Dienstag in Frankfurt bei der Atlantik-Brücke, einer Organisation zur Vertiefung der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Draghis Botschaft ist überall dieselbe: Der 64-jährige Italiener, seit November oberster Währungshüter der Eurozone, will die Deutschen mit einer Charmeoffensive für sich gewinnen. Er weiß: Viele Deutsche beäugen die Politik der EZB derzeit misstrauisch. Draghi will sie beruhigen. Dafür lässt er sich von der Boulevardzeitung sogar eine Pickelhaube aus dem Jahre 1871 schenken. Der Italiener beruft sich auf preußische Tugenden wie Sparsamkeit und Disziplin. Und verkündet: „Deutschland ist ein Vorbild“.

### ***Alles nur Show?***

Die spannende Frage: Ist das alles nur Show? Die Sorge ist verbreitet. Immerhin 64 Prozent der Deutschen haben bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach angegeben, sich große Sorgen um die Inflation zu machen („dass alles immer teurer wird und unser Geld an Wert verliert“). Zu Recht? Wird die Rechnung für die Euro-Rettung am Ende eine deutlich höhere Inflation in Deutschland sein?

Immerhin hat Draghi eine riskante Operation vorgenommen. Unter dem Schlagwort „Dicke Bertha“ hat der Chef der Europäischen Zentralbank den Banken Europas insgesamt mehr als eine Billion Euro zu niedrigen Zinsen geliehen. Vorher schon kaufte die Notenbank für 218 Milliarden Euro Staatsanleihen notleidender Euroländer auf. Mit beiden Schritten machte sie (indirekt) genau das, was ihr (direkt) wegen der drohenden Inflationsgefahr verboten ist: Löcher in Staatshaushalten mit der Notenpresse stopfen.

EZB-Chefvolkswirt Peter Praet beruhigt zwar, die Notenbank verfolge die Entwicklung „sehr gewissenhaft“ und sei „jederzeit bereit zu handeln“. Sein Vorgänger Jürgen Stark jedoch, der genau aus Protest gegen diese Politik zurückgetreten ist, warnt mit Nachdruck vor der Inflation. Immerhin musste die EZB ihre Prognose für die Inflationsrate 2012 gerade deutlich nach oben korrigieren - auf jetzt 2,4 Prozent. Auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann setzte seine Vorhersage für die Inflation in Deutschland auf „mehr als zwei“ Prozent hoch.

## ***Eine hohe Inflation***

Doch das ist vermutlich nur der Anfang. „Deutschland wird als Folge der Staatsschuldenkrise in Europa eine deutlich höhere Inflation bekommen“, sagt Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Erste Anzeichen könne man auf dem Immobilienmarkt beobachten: „Die Bundesbank hat einen Anstieg der Wohnungspreise um 5,5 Prozent im vorigen Jahr festgestellt.“ In Hamburg und München seien die Wohnungspreise bereits um zweistellige Raten gestiegen. „Der nächste Schritt wird sein, dass die Tarifabschlüsse auffällig hoch ausfallen werden“, sagt Mayer. Verdi und die IG Metall brächten sich ja schon in Stellung.

„Das sind alles Alarmsignale, dass eine Lohn-Preis-Spirale beginnen könnte“, meint Chefvolkswirt Mayer. Mit einer solchen Spirale hatte sich in den siebziger Jahren die Inflation ausgebreitet. Damals wurde auch zunächst das Öl teurer. Die Gewerkschaften reagierten mit hohen Lohnforderungen. Elf Prozent mehr setzte Gewerkschaftschef Heinz Kluncker 1974 im öffentlichen Dienst durch. Die Lohn-Preis-Spirale drehte sich.

EZB-Chef Draghi ist trotzdem fest davon überzeugt, die Geldwertstabilität des Euro im Griff zu haben. „Im Euroraum gibt es keine Anzeichen für inflationäre Tendenzen, eher im Gegenteil“, sagte er in seinem ersten Interview vor gut vier Wochen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Und wenn sich eine künftige Inflation abzeichnen sollte, verfügen wir über Instrumente, um die bereitgestellte Liquidität innerhalb kurzer Zeit wieder zu absorbieren.“

## ***Ein politisches Problem***

Technisch hat die Europäische Zentralbank in der Tat Möglichkeiten, das ausgegebene Geld wieder einzusammeln. Die Instrumente tragen so schöne Namen wie „liquiditätsabsorbierende Sieben-Tage-Tender“. Dahinter verbirgt sich im Grunde nichts anderes, als dass die Notenbank ihrerseits wieder Kredite bei den Banken aufnimmt. Wie ihre Kredite an die Banken zusätzliches Geld auf den Markt bringen, so entziehen Kredite von den Banken an sie wieder Geld.

Wo die Grenzen dieses Verfahrens sind, darüber streiten die Ökonomen. Martin Feldstein, Ökonom an der amerikanischen Harvard University, jedenfalls meint: „Ich fand es nicht notwendig, dass Mario Draghi den Banken ein weiteres Mal eine solche Liquiditätsspritze verabreicht hat. Aber die Europäische Zentralbank kann diese Transaktion später umkehren.“

Technisch ist die große Inflation also zu vermeiden - aber heißt das auch, dass es geschieht? Schon der Ökonom Friedrich August von Hayek wusste, als er vor 42 Jahren ein Essay („Lässt sich Inflation noch vermeiden?“) dazu verfasste: Die Inflation zu stoppen ist kein „technisches“, sondern ein „politisches Problem“. Hayek stellte damals fest, wenn die Inflation erst einmal im Gange sei, gebe es allzu viele gesellschaftliche Kräfte, die ein fundamentales Interesse daran hätten, dass die Inflation in Gang bleibe - oder sogar weiter zunehme.

## ***Auf Dauer noch mehr Probleme***

Das gilt heute für die Staaten. „Die Europäische Zentralbank finanziert de facto Staatsausgaben mit der Notenpresse“, sagt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. „Es wird für sie sehr schwierig, sich nach dem Ende der Staatsschuldenkrise den Begehrlichkeiten der Staaten wieder zu versagen.“

Die EZB hat nämlich einen folgenschweren institutionellen Wandel in der Krise mitgemacht - der unter Umständen auf Dauer noch mehr Probleme bereiten könnte als die Euroflut der „Dicken Bertha“. Während früher allenfalls noch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein konkurrierendes Ziel zur Inflationsbekämpfung war, ist die Notenbank seit der Krise auch zu einer Rettungsinstitution für schwache Eurostaaten geworden.

Das hat Folgen. „Die EZB kommt in einen Zielkonflikt“, sagt Dennis Snower, der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. „Es könnte notwendig werden, die Zinsen zu erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen.“

Zugleich könnte die Notenbank unter Druck stehen, die Zinsen niedrig zu halten, um die Finanzmärkte zu stabilisieren - und die Rückzahlung der von ihr vergebenen Kredite nicht zu gefährden.“

Das gilt für den einheitlichen Leitzins in Europa - aber auch für viele weniger auffällige Instrumente, mit denen die EZB die Geldpolitik bestimmt. Alles, was Ländern wie Deutschland hilft, Inflation zu vermeiden, schafft in den angeschlagenen südeuropäischen Staaten zusätzlich Druck. Die Geldflut derzeit macht es schließlich Banken, Unternehmen und Haushalten in Südeuropa leichter, trotz aller Schwierigkeiten weiterzumachen. Pleiten werden aufgeschoben, Arbeitsplätze zunächst erhalten. Sollte Draghi das Geld aber konsequent wieder einsammeln, knirscht es.

## ***Die Wahl zwischen Deflation und Inflation***

Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Mayer meint, im Anpassungsprozess in Europa bleibe grundsätzlich nur die Wahl zwischen Deflation (also dauerhaft sinkenden Preisen) in den Südländern und Inflation (also dauerhaft steigenden Preisen) in Ländern wie Deutschland. „Weil aber die Südländer im Rat der EZB die Mehrheit haben, wird die Inflation in den Ländern wie Deutschland tendenziell stärker ausfallen als die Deflation in den Südländern.“

Das muss allerdings keine zweistelligen Inflationsraten bedeuten: Commerzbank-Chefvolkswirt Krämer hält drei bis vier Prozent im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre für wahrscheinlicher.

Kommende Woche wird das Statistische Bundesamt die Steigerungsraten der Verbraucherpreise für März vorstellen. Noch ist zwar kein dramatischer Anstieg zu erwarten. Immerhin aber lag die Rate für Februar bei 2,3 Prozent, also klar über der angestrebten Grenze von zwei Prozent. Seither ist vor allem Benzin teurer geworden: Mit Preisen von knapp 1,70 Euro für einen Liter Super wurde vergangene Woche sogar ein Allzeithoch erreicht.

Gleichsam vorbereitet wurde diese Phase höherer Inflation durch zahlreiche Äußerungen internationaler Ökonomen. IWF-Chefökonom Olivier Blanchard regte an, das Inflationsziel der Notenbank einfach von zwei auf vier Prozent zu verdoppeln. Ihm schien nach der Bankenkrise die Deflation eine größere Gefahr als die Inflation.

## ***„Inflation ist die Lösung“***

Der amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman meint sogar: „Die Inflation ist nicht das Problem - sondern die Lösung.“ Wenn die Staaten die gewaltigen Schulden zurückzahlen wollten, die sie angehäuft haben, müssten sie die Steuern drastisch erhöhen. Ein solches Szenario ist politisch aber kaum durchsetzbar. Entsprechend könnten die Regierungen darauf setzen, die Schulden durch Inflation peu à peu zu entwerten. Das geht allerdings nur, wenn durch zusätzliche Maßnahmen, etwa Kapitalverkehrskontrollen, die Flucht der Anleger in andere Länder eingegrenzt werden kann. „Financial Repression“ ist der Ausdruck dafür, von dem seit einem Papier der Ökonomen Carmen Reinhard und Belén Sbrancia häufiger die Rede ist.

Es stellt sich allerdings die Frage: Ist das gerecht? Eine kalte Enteignung der Besitzer von Geldvermögen anstelle einer Steuer für alle? Erfahrungsgemäß trifft Inflation schließlich vor allem die Besitzer kleiner und mittlerer Vermögen - während die wirklich Reichen mit einem eigenen Family-Office sich oftmals besser zu schützen wissen. Außerdem gehört es zu den Tücken der Inflation, dass sie nicht nur Sparguthaben und Altersvorsorge entwertet. Sondern auch alle Preise in einem Land so verzerrt, dass Investitionen unterbleiben - und die Wirtschaft zu lahmen beginnt.

Mit der Wahl seiner militärischen Bilder scheint Mario Draghi übrigens nicht immer ganz glücklich zu liegen. „Dicke Bertha“ taufte der EZB-Präsident seine Geldspritze für die Banken. Nach einem 42-Zentimeter-Geschütz, produziert von Krupp im Ersten Weltkrieg. Jetzt unken die Frankfurter Banker: Nicht nur, dass die „Dicke Bertha“ teuer und militärisch nicht besonders erfolgreich war; die dicken Mauern der französischen

Festungen aus Stahlbeton durchbrach sie nicht. Nach dem Krieg sorgten die hohen Schulden Deutschlands auch für einen höchst unerwünschten Effekt: eine galoppierende Geldentwertung mit Briefmarken über Millionen Mark und Löhnen, die mit Wäschekörben voll Papiergeld gezahlt wurden.

„Wir beobachten alles genau“

### **Herr Praet, viele Menschen in Deutschland haben Angst vor der Inflation. Zu Recht?**

Was die Menschen im Moment sehen, ist vor allem der starke Anstieg der Öl- und damit der Energiepreise. Das treibt die augenblickliche Inflationsrate nach oben. Auch sind einige Nahrungsmittelpreise in den letzten Monaten witterungsbedingt angestiegen. Die Preise der meisten anderen Konsumprodukte entwickeln sich aber recht moderat. Deshalb können wir nicht von einem generellen Inflationsproblem sprechen. Nicht in Deutschland und auch nicht im Euroraum insgesamt. Für das nächste Jahr erwarten wir einen Rückgang der Preissteigerungsrate. Und die längerfristigen Inflationserwartungen sind stabil bei knapp unter zwei Prozent, sie entsprechen also unseren Vorstellungen von Preisstabilität. Aber um es klar zu sagen: Wir verfolgen die Entwicklung sehr gewissenhaft. Sollte sich der Inflationsdruck erhöhen, sind wir in der EZB jederzeit bereit, entschlossen und präventiv zu handeln. Aber alle Wirtschaftsakteure tragen Verantwortung. Zum Beispiel können die Verbraucher durch ihr Verhalten zum Eindämmen des Preisdrucks beitragen, indem sie Preise und Qualität rigoros vergleichen, also ganz bewusst auswählen und einkaufen.

### **Im Augenblick merken die Menschen, dass Wohnungen viel teurer werden, das Benzin an der Tankstelle und die Kosten fürs Heizen. Muss einen das nicht beunruhigen?**

Wie gesagt, handelt es sich bei Öl- und Energiepreissteigerungen um die Preiserhöhung einzelner Güter und nicht um ein allgemeines Inflationsproblem. Das kennen die Verbraucher bereits aus der Vergangenheit. Dies spendet zwar keinen Trost an der Tankstelle, sollte aber doch allgemeinen Inflationsängsten entgegenwirken. Bei den Preisen für Wohnimmobilien können wir gerade in Deutschland auf eine lange Periode relativ niedriger und zum Teil sogar rückläufiger Preisentwicklungen zurückblicken. Die jüngsten gegenläufigen Entwicklungen in einigen Regionen Deutschlands werden wir, wie alle anderen Wirtschaftsindikatoren, sehr genau beobachten. Wichtig ist, dass auch potentielle Käufer Vorsicht bei zu hohen Immobilienpreisen walten lassen, da ein äquivalenter Wiederverkaufswert in Zukunft nicht garantiert sein könnte.

### **Viele Ökonomen äußern Zweifel, dass die Europäische Zentralbank das viele Geld, das sie zur Krisenbekämpfung ausgegeben hat, irgendwann wieder einsammeln kann. Sind ihre Sorgen unbegründet?**

Die EZB hat den Banken vermehrt Liquidität gegen Sicherheiten zur Verfügung gestellt. Andernfalls hätte es zu enormen Refinanzierungsschwierigkeiten auf Seiten der Banken kommen können, mit sehr negativen Auswirkungen für Haushalte und Unternehmen. Dieser Vorgang treibt nicht die Inflation, aber hat eine Kreditklemme im Euroraum vermieden. Wir werden als Notenbank aber sehr genau beobachten, welche Auswirkungen dies auf die Realwirtschaft haben wird. Wir hoffen auf eine Stabilisierung und Belebung der Kreditvergabe, sind aber sehr wachsam. Im Fall des Falles haben wir alle notwendigen Instrumente, um gegenzusteuern. Unsere jetzt fast vierzehnjährige Geschichte sollte jedermann gezeigt haben, dass die EZB den Willen und die Unabhängigkeit besitzt, rechtzeitig zu handeln.

Quelle: F.A.S.

## Draghi zur Finanzkrise

### „Aus der Eurozone darf keine Transferunion werden“

FAZ 23.03.2012 · Klare Worte von EZB-Präsident Mario Draghi: Es dürfe nicht sein, dass im Euroraum „ein, zwei Länder zahlen, der Rest ausgibt und das Ganze durch gemeinsame Eurobonds finanziert wird“. Die jüngsten Notmaßnahmen der EZB verteidigte er.

Die reichen Länder Europas dürfen nach Ansicht von EZB-Präsident Mario Draghi nicht dauerhaft für hoch verschuldete Partner einstehen. „Generell gilt: Wenn wir das Geld der Steuerzahler schützen wollen, darf aus der Eurozone keine Transferunion werden, in der ein, zwei Länder zahlen, der Rest ausgibt und das Ganze durch gemeinsame Eurobonds finanziert wird. Das darf nicht sein“, sagte der Italiener der „Bild“-Zeitung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte Europas Geschäftsbanken im Dezember und Februar extrem günstige Kredite mit Laufzeiten von bis zu drei Jahren angeboten. Abgerufen wurde insgesamt etwa eine Billion Euro. Weil die Institute zum Teil Geld aus anderen Geschäften mit der EZB umschichteten, kamen nach Berechnungen von Volkswirten von dem frischen Geld netto rund 500 Milliarden zusätzlich im Finanzsystem an.



© dapd

Draghi betonte, dank der Milliardenhilfen habe Griechenland eine Chance, aus der Abwärtsspirale herauszukommen. Die EZB mache sich über den Austritt eines Landes aus dem Währungsraum „aus Prinzip keine Gedanken“

Nach Überzeugung Draghis verhinderten die Währungshüter mit der Geldflut, dass die Finanzmärkte austrockneten. Im ersten Teil seines Interviews mit der „Bild“-Zeitung, das am Donnerstag veröffentlicht wurde, hatte der EZB-Präsident zum Stand der Finanzkrise gesagt: „[Das Schlimmste ist vorüber](#), aber es gibt auch noch Risiken. Die Lage stabilisiert sich.“

### ***Stark warnt vor Inflationsgefahr***

Der ehemalige EZB-Chefökonom Jürgen Stark hielt im „Handelsblatt“ dagegen: „Historisch wissen wir, dass jede besonders starke Expansion der Zentralbankbilanz mittelfristig zu Inflation führt.“ Es sei nicht möglich, die gigantische Liquidität, rasch wieder aus dem Markt zu nehmen, sofern dies aufgrund anziehender Preissteigerungsraten notwendig werde.

Nach Ansicht Starks verbesserte die jüngste Geldflut der Notenbanken die Lage keineswegs. In vielen Volkswirtschaften könne man „keinen ernsthaften Versuch erkennen, die Fiskalpolitik in den Griff zu bekommen“, sagte Stark „Sowohl die Weltwirtschaft als auch das Weltfinanzsystem stehen heute erneut unter Drogen.“



© Röth, Frank

*„Historisch wissen wir, dass jede besonders starke Expansion der Zentralbankbilanz mittelfristig zu Inflation führt.“*

Mit Blick auf das zweite Rettungspaket für Griechenland betonte EZB-Präsident Draghi, dank der Milliardenhilfen habe Griechenland eine Chance, aus der Abwärtsspirale herauszukommen. Die EZB mache sich über den Austritt eines Landes aus dem Währungsraum „aus Prinzip“ keine Gedanken. „Ein Austritt und die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten, würden nichts verbessern“, behauptete Draghi. „Der Zwang zu Reformen würde nicht nachlassen. Auf der anderen Seite wären aber hohe Inflation und Instabilität die Folge eines Austritts - und auf unabsehbare Zeit würde niemand mehr Griechenland das nötige Geld leihen.“

Wahr sei allerdings auch, dass die europäischen Steuerzahler für Griechenland eine Menge auf sich genommen hätten. „Ihr Geld muss geschützt werden“, so der EZB-Präsident. Auch deshalb habe die EZB nicht am Schuldenerlass für das hoch verschuldete Land teilgenommen, „denn das wäre zu Lasten der Steuerzahler gegangen“.

Quelle: FAZ.NET

NYT March 21, 2012

## European Union Plans Retaliation in Public Contract Bidding

By [STEPHEN CASTLE](#)

BRUSSELS — In a move likely to increase tensions over [protectionism](#) in international trade, Chinese, American or Japanese companies could be blocked from bidding for public contracts in Europe if their home countries are thought to be excluding bids from European firms.

A plan outlined Wednesday represents a significant shift in European thinking, reflecting frustration in countries like France that the [European Union](#) does not appear to receive reciprocal treatment on public procurement contracts from non-Europeans.

Nicolas Sarkozy, the French president who is campaigning for re-election, has called for a “Buy European Act” modeled on United States laws that favor domestically made products.

But while supporters of the proposal from the bloc’s executive, the European Commission, say it is meant to end unfair competition, critics contend that the plan risks increasing protectionism and inciting trade wars.

A British official, who spoke on the condition of anonymity in line with official policy, said it was akin to “hoisting a big flag over Europe saying, ‘Closed for business.’ ”

Though [China](#) is the main target of the proposed legislation, European officials also think they face discrimination in the United States and [Japan](#), both of which are part of the General Procurement Agreement in the [World Trade Organization](#), a deal intended to create a level playing field in this area.

The measures proposed Wednesday would offer a way of dealing both with countries that are part of the procurement agreement and with developing countries that remain outside. European officials say they would be used as a lever to open markets rather than as a protectionist tool.

“Our commercial partners apply a lot of protectionist measures to their procurement market,” Michel Barnier, the European commissioner for the internal market, said at a press conference on Wednesday. “This is true of the U.S. and Japan, where we have the G.P.A. agreement. It is also true of countries that don’t fall under the G.P.A., the emerging countries where we have no secure access.”

Mr. Barnier added in a statement that the European Union “should no longer be naïve and should aim for fairness and reciprocity in world trade.”

Karel De Gucht, the European trade commissioner, said the plan would “increase the leverage of the E.U. in international negotiations.”

The reaction from Beijing was dismissive even before the formal announcement.

“The E.U.’s new pact, when adopted, won’t have an immediate effect on Chinese companies bidding for E.U. contracts and won’t scare China into making concessions over the government procurement agreement proposal, as they expect,” Suo Bicheng, director of the Department of World Trade Organization Affairs at China’s Ministry of Commerce, was quoted as saying Wednesday in the official China Daily newspaper.

He added that it was unlikely that China, which entered the W.T.O. in 2001, would join the procurement agreement this year.

Under the plan, which needs the approval of the 27 members of the European Union and the European Parliament, the authorities in Europe could exclude foreign companies from competing for contracts worth

more than 5 million euros, or \$6.5 million, if European companies are being excluded by the bidder's home country.

The European Commission, which would have to approve any exclusion, expects around 30 to 40 applications a year for contracts that would meet the criteria.

The commission would also have a broader mechanism allowing it to restrict access to the European market for countries that limit the access of European Union companies to their markets.

The office of the United States trade representative said Wednesday that it had no comment yet because it had not seen the formal European proposal.

Updated March 22, 2012 8:31 PM

# Islam in the Melting Pot of Marseille

## Debaters



•

### [A Charmed Life May Not Last](#)

Jonathan Laurence, author, "The Emancipation of Europe's Muslims"

A port city's culture of tolerance may be worn away by the reactions to immigration and shifting demographics.



•

### [When You're Here, You're Marseillais](#)

Nacira Guénif-Souilamas, Islamic Cultures Institute, Paris

Marseille may be approaching a Muslim majority, but it is not approaching an identity crisis.



•

### [A Unique Mix, Not a Model to Imitate](#)

Françoise Lorcerie, National Center for Scientific Research, Aix-en-Provence

What explains the city's peace? No single factor. It's the weather, the culture, the history. Maybe even the drug trade.



•

## [This City Has Reinvented Itself](#)

Astrid Ziebarth, German Marshall Fund of the United States

Marseille thinks of itself as a cosmopolitan city, celebrating the diversity with cultural festivities.



## [Lessons for Europe, but Not Easy Ones](#)

Jamie Bartlett, Demos in London

The trick is to make sure that birds of different feathers have reason to flock together. In Marseille, geography helps.

### Introduction



Tomas van Houtryve for The New York Times Shoppers walk through the Noailles market in Marseille, France.

The population of Marseille is changing, especially with the growing number of Muslims from North Africa and the Middle East. And yet, this demographic shift has not brought the growing pains familiar elsewhere in France, like the perennial riots in the Paris suburbs and the recent [serial killings in Toulouse](#).

Why has Marseille been [so quiet](#)? Are we seeing a model of peaceful integration that could be repeated elsewhere in Europe and globally?

[Read the Discussion »](#)

## Politique | économie « Trois ans de rigueur pour s'en sortir »

*Ancien président du Crédit Lyonnais et banquier d'affaires, Jean Peyrelevade estime que Bayrou est le mieux placé pour redresser la France.*



*Jean Peyrelevade, qui sera lundi à Metz, vient de publier France, état critique » (Plon). Photo Marc WIRTZ*

Le plus dur de la crise est-il derrière nous ?

Jean PEYRELEVADE : « Non. Nous sommes sortis de la tempête mais les problèmes de fond sont devant nous. J'en vois deux. D'abord, nous devons revenir à l'équilibre budgétaire pour redonner confiance aux prêteurs. Avec un déficit à 5,3 %, la France est l'un des pays les moins vertueux d'Europe. Ensuite, nous devons rétablir la compétitivité de notre appareil productif, ce qui prendra du temps. Le déficit du commerce extérieur continue de s'aggraver à 3,5 % du PIB, niveau jamais atteint. »

Pourquoi soutenez-vous François Bayrou ?

« En lisant le programme des deux favoris des sondages, je me dis que nous ne sommes pas sortis de l'auberge. Le projet économique de M. Hollande est une illusion. Il procède essentiellement par des hausses d'impôts et mise sur des perspectives de croissance irréalistes, sans mesure d'économie. Pire, le candidat socialiste propose 20 milliards d'euros de dépenses nouvelles. J'affirme que s'il est élu, il sera obligé de changer de politique dans les trois mois, sous la contrainte. Quant à M. Sarkozy, il ne propose rien. Aucune solution, si ce n'est quelques mesures désordonnées et inopérantes. »

Que propose-t-il ?

« Comment passer de 90 milliards de déficit annuels à zéro en trois ans ? François Bayrou propose une réduction fondée, pour moitié, sur des hausses d'impôt et, pour l'autre moitié, sur une vraie réduction des dépenses : environ 35 milliards d'économie en valeur absolue, car nous devrions tout de même avoir un peu de croissance. C'est un vrai effort mais il n'est pas inhumain.

Où réaliser ces économies ?

« **Sur 1 100 milliards de dépenses publiques, 500 milliards sont consacrés à la protection sociale (santé, retraite...) et 250 milliards aux collectivités. L'État devra On peut baisser le salaire du président de la République, diminuer le nombre des ministères mais au-delà de ces mesures symboliques, c'est sur ces deux postes que les économies pourront se faire.** exiger une réorganisation profonde de notre système de soins. On ne pourra évidemment pas revenir à la retraite à 60 ans, il faudra au contraire harmoniser les régimes et revoir le mode de calcul des pensions. L'État devra inciter enfin les collectivités à des efforts de productivité pour diminuer ses dotations. »

Vous promettez du sang, des larmes et de la sueur...

« Non, juste trois ans de rigueur. Ceux qui masquent la réalité portent une terrible responsabilité. Si nous ne faisons rien, les mesures nous seront imposées de toute façon, comme ce fut le cas pour la Grèce ou l'Italie. »

Les salariés vont payer...

« Les ménages, pas seulement les salariés. Il est clair que ce n'est pas en taxant davantage les entreprises que l'on va améliorer leur compétitivité. Salariés, professions libérales, retraités, travailleurs indépendants, bénéficiaires des revenus du capital... Les ménages, c'est tout le monde. »

Jean Peyrelevade donnera deux conférences en Lorraine : lundi 26 mars à 19 h 30 à l'Opéra-Théâtre de Metz et lundi 2 avril à 19 h 30 au Pôle lorrain de gestion, à Nancy.

Propos recueillis par Nicolas BASTUCK.

## Thilo Sarrazin : Erwachet!

Endlich kommt's raus: Der Euro ist ein gefährlicher Migrant.

© dpa



Thilo Sarrazin in Berlin

Thilo Sarrazin, der ja immer das schreibt und sagt, was andere sich entweder nicht zu sagen trauen oder aber gar nicht sagen können, weil ihr Bewusstsein durch das verweichlichte Versöhnungsgeschwätz des Mainstreams vernebelt ist; jener Thilo Sarrazin, der die ängstliche, auf falsche Toleranz gegenüber Minderheiten gepolte Integrationsdebatte durch intelligenzgenetische Überlegungen [in seinem Bestseller \*Deutschland schafft sich ab\* aufgerüttelt hat](#), jener mutige Tabubrecher, der den Problemverneinern und Wegsehern aufgezeigt hat, dass die fünf (!) Prozent Muslime an der Abschaffung Deutschlands durch fleißige Vermehrung arbeiten (sonst arbeiten sie ja leider nicht so viel), jener Thilo Sarrazin hat also endlich ein neues Buch geschrieben, das am 22. Mai erscheint. Seit Monaten wurde es gemunkelt und gesagt, jetzt ist es gewiss: Das Buch handelt vom [Euro](#) und heißt *Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat*. Der Ankündigung der DVA zufolge möchte der Autor die Euro-Debatte »vom Kopf auf die Füße« stellen. Es wurde aber auch Zeit.

Wagen wir in Unkenntnis des Buches einen kühnen Blick ins Werk: Der Euro, wir ahnten es schon, ist bei Sarrazin womöglich der neue Migrant. Der Euro ist schließlich eine Art wurzelloser Kosmopolit. Wenn uns der Migrant noch nicht ganz abgeschafft hat durch Vermehrung – der Euro, indem er sich partisanenhaft in allen Ländern einnistete, wird unseren Untergang besiegeln. Mit Stumpf und Stiel wird der Euro uns ausrotten, wenn wir nicht gegen ihn angehen und namentlich gegen jene, die ihn schützen, die Wegseher und Problemverneiner im eigenen Land, gegen die auf unsere Kosten faul vor sich hin lebenden Griechen, Portugiesen, Spanier und Italiener sowieso. Weg damit!

### Anzeige

*Europa braucht den Euro nicht* ist ein plausibler Nachfolger von *Deutschland schafft sich ab*. Dem inneren Feind muss, damit das Bedrohungsszenario komplett ist, ein äußerer beigegeben werden. Der Migrant und der Euro sind nur zwei Seiten ein und derselben finsternen Medaille. Man braucht nur wenige Worte aus den bereits bekannten geflügelten Sarrazin-Sätzen auszutauschen, dann zeigt sich der Zusammenhang aufs Schönste. Über die Griechen könnte es heißen: »Ich muss niemanden anerkennen, der von der EU lebt, diese EU ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Euro-Mädchen produziert.« Über die Italiener: »Nirgendwo schlurfen so viele Menschen in Trainingsanzügen durch die Straßen wie in Neapel.« Über Portugal: »Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen portugiesisch ist. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise nach Portugal buchen.« Über die Spanier: »Alle Spanier teilen ein bestimmtes Gen, Deutsche haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden.«

Oder lesen wir am Ende eine profunde Analyse der [Euro-Krise](#)? Auszuschließen ist es nicht. Thilo Sarrazin nämlich, was kaum jemand noch weiß, war, bevor seine Interessen sich ungut verlagerten, ein ordentlicher Volkswirt.

## A French Killer's Path to Jihadist Rampage

Wall Street Journal EUROPE NEWS, Updated March 23, 2012, 3:08 a.m. ET

By [DAVID GAUTHIER-VILLARS](#)

PARIS—The death of Mohamed Merah, the suspected French killer who met his end Thursday in a barrage of special-forces gunfire, left officials piecing together how he became the alleged homegrown terrorist behind the most violent attacks on French soil in almost two decades.



Maxppp/Zuma Press

Suspected killer Mohamed Merah, shown waving from a car in an earlier video image, died in a shootout with police.

On Thursday, a more-complete picture emerged of Mr. Merah, who police say conducted seven point-blank killings in and around Toulouse over the previous 11 days.

Over recent years, according to the emerging accounts, the French citizen of Algerian descent appeared to be looking for a place to belong—seeking twice, without success, to join the French armed services.

He had also, according to his own account, sought to belong to al Qaeda. On Wednesday, as he was pinned inside a Toulouse apartment by special forces, he told a police negotiator he had trained with al Qaeda in Afghanistan and in the Pakistani militant stronghold of Waziristan. Western intelligence agencies couldn't confirm his claims.



Dow Jones reporter Inti Landauro reports from Toulouse, France on the end of the nearly two-day standoff between police and murder suspect Mohamed Merah. Police shot and killed him as he jumped from an apartment window. REUTERS/Jean-Paul Pelissier

Controversy emerged Thursday over whether French authorities should have been watching Mr. Merah more closely. The U.S. put him on its no-fly list as a suspected terrorist, U.S. officials say, because in 2010 he had been in custody in Afghanistan and then sent back to France. France put him on a watch list of suspected Islamist militants, but stopped short of including him on a narrower surveillance list.

French Foreign Minister Alain Juppé on Thursday said authorities should investigate whether there was a failure by French intelligence gatherers. "I can't tell you what kind of failure, but we need to shed some light on that," he told French radio.

Investigators have recovered what they say are "explicit" videos of the attacks that they say Mr. Merah made using a camera strapped to his body. In a film police say is from the shooting of a soldier March 11, the gunman is heard to say: "You kill my brothers, now I'm killing you."

In his alleged attacks, Mr. Merah appeared to follow al Qaeda's founding cause of killing "Jews and crusaders." He is suspected of having shot dead three soldiers from regiments that had dispatched troops to Afghanistan, and of having opened fire on a Jewish school in Toulouse, leaving four dead, including three children.

On Wednesday, police say he told his interlocutor that he had "brought France down on its knees," expressing regret that he had failed to kill more people.

"He appears to have drifted into a parallel world where he picked and chose elements to build himself a new identity," said Jean-Pierre Filiu, a professor in the Middle East department at the Paris Institute of Political Studies.

French President Nicolas Sarkozy said the shootings in Toulouse were "the crimes of a monster and fanatic." Deborah Lutterbeck reports. (Video: Reuters/Photo: Getty Images)

French officials had hoped to detain Mr. Merah, 23 years old, alive. For more than a day, they surrounded the Toulouse apartment building where he was holed up, at one point extracting a promise that he would surrender himself.

He didn't. Late Thursday morning, 33 hours into the standoff, French special forces moved in. Mr. Merah came out of a bathroom, shooting an automatic weapon with "extreme violence," Interior Minister Claude Guéant said. After five minutes of shooting that was heard around the neighborhood, Mr. Merah jumped out of a window, firing as he fell, Mr. Guéant said. Police said they returned fire. Mr. Merah was found dead on the ground, a bullet in the head, prosecutors said.



Agence France-Presse/Getty Images

*A paratrooper shook hands with a special-forces officer after the assault on the shooting suspect in Toulouse.*

Prosecutors said their probe continued as they attempted to determine whether the suspect had accomplices. Late Thursday, his older brother, Abdelkader Merah, and their mother were still in police custody. Prosecutors didn't say on what grounds.

Mr. Merah's older brother had been on the radar of French antiterrorist agencies because he allegedly helped Islamic militants to travel illegally from Europe to Iraq in 2007, police officials said. The brother was never prosecuted or charged, they said.

Cellphone numbers for the older Mr. Merah and his mother appeared to be disconnected. No legal representatives could be reached.

Born in the Toulouse area, Mr. Merah grew up in a family of Algerian origin, with his divorced mother and four siblings, according to Marie-Christine and Christian Etelin, whose law firm defended him over the years. He attended a local school, they say, and trained as a car-body repair technician.



A 23-year-old gunman suspected of killing seven people in southwestern France jumped from a window to his death in a hail of bullets after police stormed his apartment. (Video: Reuters/Photo: AP)

Prosecutors initially said Mr. Merah was 24 years old but later amended his age to 23.

Mr. Merah was brought before a judge for the first time at age 16, for allegedly throwing a stone at a bus. Because he was a juvenile, he was given a citation but wasn't charged, Ms. Etelin said. Over the next few years, she said, he was cited 15 times in total, including on allegations that he stole a scooter, sold a motorbike that was reported stolen, fought with a rival group at an ice rink and insulted a teacher. He wasn't sent to prison because he was a minor, she said.

In 2008, Mr. Merah told Mr. Etelin that he wanted to sign up in the French army "to defend the French flag." He showed up at a recruitment center but failed to pass evaluations because of his police record, said French army spokesman Col. Bruno Lafitte.

### **Police in Standoff With Suspect**



*Reuters*

France's President Nicolas Sarkozy makes a statement after the standoff in Toulouse, France.

Soon after, Mr. Merah was sent to the Saint-Sulpice-la-Pointe prison, near Toulouse, to serve an 18-month conviction for snatching an elderly woman's handbag.

Police said Mr. Merah may have become more politicized in detention.

The website of France's Justice Ministry says the prison, with a 102-inmate capacity, is for low-security inmates. Ms. Etelin said she doubted he would have been radicalized there.

After his release, Mr. Merah made the first of what French officials say were two formative trips—one to Afghanistan in 2010 and to Pakistan in 2011.

French officials said he went to Afghanistan in late 2010 alone, without relying on any of the known Islamic networks who often help Westerners reach the area.

Mr. Merah was arrested by Afghan police during a routine identity check in Kandahar and put on a flight to Europe, prosecutors say.

After the incident, Mr. Merah was added to a U.S. no-fly list. Counterterrorism officials at the Federal Bureau of Investigation, which manages the U.S. list, also had collected information on Mr. Merah before the recent shootings in France, including the 2010 encounter, U.S. officials said.

The circumstances of his apprehension, detention and return to France weren't entirely clear. U.S. military officials said they don't have a record of his being in U.S. custody while in Afghanistan.

Later in 2010, Mr. Merah made another bid to join the army, this time applying to the Foreign Legion. "He came over but left even before the start of the evaluation program," said legion spokesman Lt. Col. Frédéric Daguillion.

From mid-August to mid-October 2011, Mr. Merah traveled to Pakistan, according to prosecutors. But he fell ill with Hepatitis A, they say.

Returning home, he was interrogated by French antiterrorism investigators.

"He said he had traveled to Pakistan for tourism, showing photos of his trip," Paris prosecutor François Molins said Thursday.

In recent months, Mr. Merah appeared to have returned to a more quiet life, living officially off a €475 (\$630) monthly government allowance.

Grigor Harutyunyan, a 16-year-old who lives in a building where Mr. Merah's mother was once registered, said he knows Mr. Merah as Momo. Mr. Harutyunyan said he last saw the suspect two months ago at a wrestling class in Toulouse. For the first time, he said, Mr. Merah had grown a beard. But he didn't speak about religion.

"He was never aggressive, or violent either," said Mr. Harutyunyan.

A contrasting picture was presented by the Paris prosecutor. On Wednesday, Mr. Molins described Mr. Merah as a lonesome man capable of spending "long hours at home, watching video footage of decapitation scenes." He didn't say how investigators knew of the videos.

The prosecutor said Thursday that during the siege, Mr. Merah told police that he had financed the acquisition of his arsenal of guns by conducting robberies.

—Noémie Bisserbe, Devlin Barrett, William Horobin and Geraldine Amiel contributed to this article.

## Ein politischer Charakter

# Die Pädagogik der Angela Merkel



© dapd Was wollen sie uns sagen? Angela Merkels Hände am Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2010

FAZ 22.03.2012 · Seit sechs Jahren nimmt das Land nun Unterricht bei der Kanzlerin. Noch sieht es nicht so aus, als habe es etwas gelernt. Dabei ist ihre Botschaft doch klar und deutlich.

Von [Marcus Jauer](#) Vor vielen Jahren eröffnete Angela Merkel in meiner Heimatstadt Leipzig einen Radweg. Sie war damals noch Bundesumweltministerin, und der Radweg führte an einem Fluss entlang, der in einem Industrieviertel lag und wegen der vielen Fabriken, die an ihm standen, lange so schmutzig gewesen war, dass er wie eine Straße wirkte. Nun war der Fluss wieder sauber, was sich zwar nicht der Arbeit Angela Merkels verdankte, sondern der Tatsache, dass inzwischen die Fabriken fast alle pleite waren. Aber damals waren die meisten Leute im Osten ohnehin gezwungen, neue Wege zu gehen. Warum sollte die Bundesumweltministerin nicht einen davon einweihen?

Zur Eröffnung waren ein paar lokale Politiker und auch der Bürgermeister gekommen, dazu ein paar Schaulustige und ein paar Menschen merkeln von der Presse. Ich war als Praktikant der „Bild“-Zeitung vor Ort, und als Angela Merkel in die große Runde fragte, ob jemand von der „Bild“-Zeitung da sei, sah ich keinen Grund, mich oder die Zeitung zu verleugnen und rief laut und ahnungslos: „Ja, hier!“

## *Sie ist nicht gefallen*

Daraufhin erzählte Angela Merkel, sie sei vor kurzem schon einmal in Leipzig gewesen, um einen Radweg einzuweihen. Es sei ein schöner Tag gewesen und sie sei den Weg gemeinsam mit ein paar Bürgern sogar noch ein Stück abgefahren. Einem Reporter der „Bild“-Zeitung sei das wohl zu langweilig gewesen, weshalb am anderen Tag in eben jener Zeitung gestanden habe, dass sie bei der Eröffnung gestrauchelt und vom Rad gefallen sei.

Ich will hoffen, sowas passiert mir mit Ihnen heute nicht, sagte Angela Merkel. Die Leute drehten sich nach mir um, und ich versuchte, ein Gesicht zu machen, als wisse ich nicht, worum es geht, was nur wirkte, als wisse ich es ganz genau. Ich wusste es aber wirklich nicht.

## *Politische Arbeit und wenig Dramatik*

Zurück in der Redaktion erfuhr ich, dass mein Vorgänger im Ressort Radwegeröffnungen, ein Praktikant wie ich, zu dem Termin erst zu spät gekommen war, danach nichts Interessantes daran finden konnte, aber auch nicht ohne irgend etwas zurückkommen wollte. Also dachte er sich eine Geschichte aus, die spektakulär genug war, um gerade noch ins Bild zu passen. Angela Merkel fällt vom Rad. Er war nicht der erste und auch nicht der letzte Journalist, dem es mit ihr so ging. Und nun war ich der nächste.

Inzwischen regiert Angela Merkel seit mehr als sechs Jahren das Land. Sie weiht keine Radwege in Leipzig mehr ein, sie baut ihre Partei um, setzt die Wehrpflicht aus, schaltet die Atomkraftwerke ab, rettet den Euro.

Manchmal wird ihre Politik heftig kritisiert, manchmal weniger heftig. Was ihr aber, egal, wie sie tut, während der ganzen Zeit immer wieder vorgeworfen wird, ist ihr Mangel an Dramatik.

### ***Brandgefährliche Langeweile?***

Angela Merkel meidet große Worte, unterläuft Auftritte, verschleift Konflikte, lässt Anfeindungen ins Leere gehen. In den Bundesländern gehen Regierungen verloren, Bundespräsidenten treten zurück, Europa türmt gipfelweise Bürgschaften aufeinander, von denen sich niemand vorstellen will, dass sie einmal fällig werden. Immer wieder heißt es, nun entscheide sich das Schicksal der Kanzlerin. Aber dann ist der Moment vorbei, und alles, was sich geändert hat, ist die Farbe ihres Blazers.

Zuletzt war es der „Spiegel“-Autor Dirk Kurbjuweit, der mehr Debatte, mehr Streit, mehr Drama von ihr verlangte, weil sich die Leute sonst aus Langeweile von der Demokratie abwenden würden. Mit ihrer Art zu regieren, schrieb er, veröde Angela Merkel das Land. Natürlich kann es tatsächlich Unvermögen sein, wenn sie etwas, das so lange von ihr schon gefordert wird, so beharrlich verweigert. Nur was, wenn es Absicht ist?

### ***Aus der Nische ihrer ostdeutschen Herkunft***

Es mag, wo ein ostdeutscher Pfarrer zum Bundespräsidenten gewählt wird, inzwischen schwer vorstellbar sein, aber als Angela Merkel nach der Wende aus dem Osten in den Westen ging, um Politikerin zu werden, brachte sie nichts mit. Die Männer, die in ihrer Partei etwas waren oder werden wollten, hatten eine Herkunft. Sie kamen aus Familien oder Regionen, die im System der Partei etwas bedeuteten, hatten Förderer, die etwas galten, und sie besaßen, obwohl einige von ihnen nicht älter waren, bereits eine Vergangenheit, die ihnen sagte, wer sie waren, und eine Zukunft, die ihnen verhieß, wer sie werden konnten. Zwischen diesen beiden Polen spannte sich ihre Identität auf, die sie als Geschichte von sich erzählten. Angela Merkel hatte nur ihre Gegenwart.

Sie hätte sich dafür entscheiden können, die Ostdeutsche zu sein, die sie war. Aber ostdeutsch zu sein, war keine Herkunft. Es war eine Nische, die man fast so schwer verlassen konnte wie einst das Land. Als Ostdeutsche reichte es für sie zur Ministerin. Vielleicht hätte sie irgendwann für den Aufbau Ost zuständig sein können wie der stille Schwanitz oder Bundestagspräsident werden wie der bärtige Thierse oder sich als moralische Instanz mit einer flammenden Rede aus dem Zirkus verabschieden, wie der traurige Werner Schulz. Aber man wird nicht Kanzlerin als Ostdeutsche.

### ***Verschiedene Adressaten, verschiedene Rollen***

Natürlich haben Journalisten ihr Leben vor der Wende recherchiert und daraus Geschichten erzählt. Das schüchterne Mädchen aus Templin, der strenge Vater, dem man es schwer recht machen konnte, das fröhliche Studium in Leipzig, die seltsam zeitlosen Jahre an der Akademie der Wissenschaften in Adlershof. Auf den Straßen wurde schon demonstriert, da saß sie noch über Experimenten. Einige Monate darauf war sie im Demokratischen Aufbruch und stellvertretende Regierungssprecherin.

Sicher gab es Leute aus dem Osten, die mehr Biographie vorzuweisen hatten, doch es wäre genug gewesen, daraus eine Erzählung von Bewusstwerdung und Selbstbefreiung zu machen und Lektionen zu formulieren, die einen das Leben gelehrt habe. Aber Angela Merkel hat öffentlich aus dieser Zeit kaum mehr als ein paar Erinnerungen verwendet, die dann auch oft noch leblos und nacherzählt klangen. Ostdeutsche ist sie bis heute nur, wenn sie nach Amerika reist, wo angeblich der Einzelne zählt und doch jeder immer bloß ein Beispiel ist. Frau ist sie nur, wenn sie im Wahlkampf die Rezepte für Rouladen und Kuchen auspackt, die sie für ihren Mann macht. Und Physikerin war sie ohnehin nur für die Journalisten, die glauben wollten, Politik sei ein Experiment, dessen Ausgang sich exakt berechnen ließe.

## ***Die eigene Geschichte als politisches Risiko***

Angela Merkel hat darauf verzichtet, sich eine Geschichte zu geben, wohl weil sie spürte, dass sie einen einengt und unbeweglich werden lässt, weil sie das Denken und das Handeln begrenzt, bis man sich mit ihr verwechselt und schließlich ganz in ihr gefangen hat. Das konnte sie jeden Tag um sich herum beobachten.

Der emsige Stoiber, der nie eine Zahl vergessen durfte. Der gerissene Koch, der stets den Anschein von Gefährlichkeit wahren musste. Der souveräne Merz, der keine Kränkung verwinden konnte. Der frühreife Westerwelle, der nicht alt werden wollte. Der selbstgewisse Schröder, der nicht einmal merkte, dass er die Wahl verloren hatte, als ihm Millionen Menschen im Fernsehen dabei zusahen. Was haben all diese Männer unternommen, um ihre Geschichte zu wahren, weil sie glaubten, dass sich darin ihre Identität ausdrückte? Und wo sind sie jetzt?

### ***Es ist, wie es ist***

Stoiber hat es auf eigene Faust mit der gesamten Bürokratie in Brüssel aufgenommen, Koch ist der Vorstandschef eines Baukonzerns, Rüttgers sitzt als einfacher Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag, Schröder macht Lobbyarbeit für eine Erdgaspipeline, Wulff geht jetzt ins Kloster.

Nichts davon kann man sich für Angela Merkel vorstellen. Man kann sich nicht vorstellen, dass sie ihre Doktorarbeit bei anderen Leuten abgeschrieben hat, ihr Wochenendhaus in der Uckermark von einem örtlichen Klempnermeister vorfinanzieren ließ oder die Karten für die Bayreuther Festspiele nicht selbst bezahlt. Man kann sich auch nicht vorstellen, dass ihr schweigsamer Mann sich einen Forschungsauftrag von ihr zuschustern lässt, damit er sich häufiger mit ihr in der Öffentlichkeit zeigt. Sie gibt sich nicht den Anschein, so muss sie auch keinen Abstand zum Sein überbrücken. Es ist, wie es ist und was es ist. Allein, das zu akzeptieren, macht einen frei, es auch zu verändern.

Angela Merkel fuhr zu Stoiber, um ihm beim Frühstück die Kanzlerkandidatur anzutragen, als es für sie aussichtslos war, und bekam sie dafür beim nächsten Mal. Sie ließ sich am Wahlabend im Fernsehen stumm von Schröder beschimpfen, aber am Ende fiel sein Auftritt auf ihn zurück. Sie ließ die Wehrpflicht und den Atomstrom auslaufen, obwohl ihre Partei sehr lange für beides einstand, aber nichts passiert. Nun ist Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt worden, obwohl er nicht ihr Kandidat war. Ist das eine Niederlage? Vielleicht. Hat es ihr geschadet? Nein.

Quelle: F.A.Z.

## Serienmörder von Toulouse

### Tod eines Terrorreisenden



© dpa Mohamed Merah: „Höflicher und netter Junge mit einer fragilen Persönlichkeitsstruktur“ - so beschrieb ihn sein Anwalt in früheren Verfahren vor Gericht

FAZ 22.03.2012 · „Salafistischer Autodidakt“, so beschreibt die französische Staatsanwaltschaft den mehrfachen Mörder in Toulouse. Mohamed Merah hatte sich wiederholt auf eigene Faust ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet aufgemacht. Der Geheimdienst wusste das. Sein Weg weckt böse Erinnerungen.

Von [Michaela Wiegel](#), Paris

An Vorzeichen hatte es nicht gefehlt. 15 Mal wurde Mohamed Merah wegen Diebstahls und Betrugs vor das Jugendgericht von Toulouse geladen, noch bevor er volljährig war. Der Pariser Staatsanwalt François Molins spricht von „frühen Verhaltensstörungen“, die im Einklang mit der „extremen Gewalt“ ständen, die er später entwickelte.

Am 10. Oktober 1988 in der Cité du Mirail in Toulouse geboren, wuchs Mohamed im Sozialbauviertel Les Izards ohne Vater auf. Für seine Erziehung waren die beiden großen Schwestern zuständig, seine aus Algerien stammende Mutter galt bei den sozialen Dienststellen als überfordert. Auch der ältere Bruder von Mohamed, Abdelkader Merah, glitt als Jugendlicher in die Kriminalität ab. Nur der jüngste Bruder der fünf Kinder zählenden Familie soll nach Angaben des Innenministers bislang nicht in Konflikt mit der Justiz geraten sein.

Der Anwalt Christian Etelin, der Mohamed Merah seit dessen 14. Lebensjahr ein Dutzend Mal vor Gericht verteidigte, bezeichnete seinen Mandanten als „höflichen und netten Jungen mit einer fragilen Persönlichkeitsstruktur“. In seinem Sozialbauviertel habe er den Spitznamen „Robin des Beurs“ getragen, als Verteidiger der Söhne der zweiten oder dritten Einwanderergeneration aus Nordafrika gegolten, sagte Anwalt Etelin.

### ***Beeinflusst vom salafistischen Bruder***

Der Schulabbrecher entkam einer Jugendhaft nur, weil er in eine Ausbildung zum Karosseriebauer einwilligte. Doch 2006 und 2007, er war inzwischen voll strafmündig, häuften sich seine Straftaten, insgesamt 18 Delikte. In einer Bank entriss er einer Kundin ihre Handtasche. Dieses Mal wurde Merah wegen Diebstahls unter Gewaltanwendung zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Im Gefängnis soll sich seine islamistische Radikalisierung vollzogen haben.

Die französischen Haftanstalten sind seit langem als bevorzugte Orte der Ausbreitung eines islamischen Integritismus bekannt. Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat daher am Donnerstag seinen Justizminister aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, mit dem die Verbreitung von extremistischer Hasspropaganda in den Haftanstalten unterbunden werden kann.

Aber auch der ältere Bruder Abdelkader, in dessen Auto die Polizei Sprengstoff sicherstellte, soll Mohamed Merah beeinflusst haben. Er ist dem französischen Geheimdienst DCRI als einer salafistischen Gruppe zugehörig bekannt und hat sich längere Zeit in Ägypten aufgehalten. 2006 und 2007 ermittelte die Antiterrorereinheit des Geheimdienstes gegen die „Gruppe von Toulouse“, ein Netz, das junge Leute für den Dschihad, den Heiligen Krieg im Irak anwarb. Abdelkader Merah soll der Gruppe angehört haben.

Zwei Mitglieder der „Gruppe von Toulouse“ wurden in Syrien festgenommen, die anderen stehen seither unter Überwachung. Ausgangspunkt für die salafistische Propaganda soll die Moschee Bellefontaine in Toulouse gewesen sein. In Frankreich wird seit langem mit Sorge die Anziehungskraft salafistischer Prediger verfolgt, deren Propaganda besonders in den von Drogenkriminalität und Arbeitslosigkeit geprägten Vorstädten zieht. Die Polizei will mögliche Verbindungen Mohamed Merahs zu der Gruppe von Toulouse überprüfen. Abdelkader Merah befindet sich seit Mittwoch in Polizeigewahrsam.

## ***Reisen ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet***

Zwei Mal soll Mohamed Merah versucht haben, in die französische Armee aufgenommen zu werden. Seine Bewerbung beim Heer wurde mit Verweis auf sein Strafregister abgelehnt. Eine Aufnahmeprüfung bei der Fremdenlegion in Toulouse brach er im Juli 2010 auf eigenen Wunsch ab. Kurze Zeit später reiste der arbeitslose junge Mann zum ersten Mal nach Afghanistan.

Nach den Worten des zuständigen Staatsanwaltes Molins wurde er nicht über islamistische Netze in das Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan geschleust, sondern er reiste auf eigene Faust. Er sei ein „salafistischer Autodidakt“ gewesen, der sich eigenständig radikalisiert habe, „ein atypischer Fall“, so der Staatsanwalt.



© AFP

Der französische Innenminister Guéant: Konfrontiert „mit äußerster Gewalttätigkeit“

Dennoch weckt Mohamed Merahs Weg vom Vorstadtganoven zum islamistischen Serienmörder unangenehme Erinnerungen. Mitte der neunziger Jahre hatte der Fall Khaled Kelkal Frankreich erschüttert. Kelkals Weg führte aus einem Vorstadtgetto von Lyon über das Gefängnis zur Moschee und zum Terrorismus. Kelkal war als mutmaßlicher Bombenleger an der Anschlagsserie auf Nahverkehrszüge in Paris beteiligt, bis er in einem Feuergefecht mit der Polizei getötet wurde.

Damals war es die algerische Terrororganisation GIA gewesen, die Terror auf dem französischen Staatsgebiet verbreitete. Heute ist die GIA in der Organisation „Al Qaida im islamischen Maghreb“ (Aqim) aufgegangen. Zu Aqim, das zeigte die am Donnerstag von der ihr nahestehenden Gruppierung „Dschund al Chilafah“ (Die Soldaten des Kalifats) veröffentlichte Bekennerbotschaft, könnte auch Merah Verbindungen unterhalten haben.

## ***Vom Geheimdienst vorgeladen***

Der französische Geheimdienst war von Merahs Afghanistan-Reisen unterrichtet. Im November 2010 war Merah bei einer Verkehrskontrolle in Kandahar aufgegriffen und unter nicht geklärten Umständen nach Frankreich ausgewiesen worden. Merah kehrte Mitte August 2011 nach Wasiristan zurück, dort soll er nach

eigenen Worten in einem Al-Qaida-Trainingslager ausgebildet worden sein. Er infizierte sich aber nach zwei Monaten mit Hepatitis A und kehrte zur medizinischen Behandlung nach Frankreich zurück.

Im November 2011 wurde er von Geheimdienst vorgeladen, aber er redete sich mit Urlaubsphotos heraus und behauptete, er sei nur als Tourist durch Afghanistan gereist. Außenminister Alain Juppé versprach nun eine „Überprüfung“, bei der es zu klären gelte, wieso Merahs hanebüchene Erklärung hingenommen wurde.

Merah geriet zu Jahresbeginn wieder in Konflikt mit der Polizei. Er wurde ohne gültigen Führerschein am Steuer eines Autos kontrolliert und zu einem Monat Haft ohne Bewährung verurteilt. Im April hätte er vor dem Haftrichter erscheinen sollen.

In seinen letzten 31 Stunden hat Merah sich im Gespräch mit dem Verhandlungsführers der Raid-Polizeieinheit der Erschießung der drei Soldaten in Toulouse und Montauban sowie der drei jüdischen Kinder und des Rabbiners vor der jüdischen Schule in Toulouse bezichtigt.

Mit einer Kamera vom Typ „GoPro“, das gab Staatsanwalt Molins bekannt, filmte Merah alle seine Taten; das Filmmaterial liegt den Ermittlern vor. Er rühmte sich, die französische Republik „in die Knie gezwungen“ zu haben. Er habe sich gegen den Einsatz der französischen Armee in Afghanistan sowie das Verbot der Ganzkörperverschleierung auflehnen sowie palästinensische Kinder „rächen“ wollen.



© Getty Images

Polizisten in der Nähe des „Belle Paule“-Mietshauses am Mittwoch in Toulouse

Zu keinem Zeitpunkt drückte Merah Bedauern oder Schuldgefühle aus. Vielmehr bekundete er den Willen, mit dem Töten fortzufahren. Nach seinen Worten hatte er am Mittwochmorgen geplant, den Chef der Toulouser Kriminalpolizei sowie einen Geheimdienstbeamten zu erschießen, beide Franzosen muslimischen Glaubens. In seiner Wohnung lagerte Merah ein großes Waffenarsenal und Handgranaten. Unklar bleibt, wie er als Sozialhilfeempfänger in der Lage war, sich mehrere Autos und Waffen zu beschaffen sowie verschiedene Wohnungen zu unterhalten. „Er sagt, er habe immer allein gehandelt“, sagte Staatsanwalt Molins.

Seine extreme Gewaltbereitschaft bekamen die Raid-Elitepolizisten zu spüren. Bei einem ersten Überwältigungsversuch in der Nacht zu Mittwoch verletzte er vier Polizisten. Beim abschließenden Sturm auf sein Versteck am Donnerstagvormittag traf er zwei Polizisten, bis er beim Sprung von seinem Balkon aus dem Hochparterre von Scharfschützen erschossen wurde.

Quelle: F.A.Z.

## Trade policy in the EU

### [Protect trade, or protect Sarkozy?](#)

The Economist Charlemagne Mar 22nd 2012, 0:07 by The Economist|Brussels

Funny thing, those hard-fought EU summit statements. Sometimes the most thunderous declarations mean nothing. But sometimes there are those ambiguous little words turn into something big. Such is the case with the preamble of the [communiqué](#) (PDF) of the summit in September 2010:

The European Council discussed how to give new momentum to the Union's external relations, taking full advantage of the opportunities provided by the Lisbon Treaty. It agreed on the need for Europe to promote its interests and values more assertively and in a spirit of reciprocity and mutual benefit.

“Reciprocity” was left undefined. But now we know what it means. The European Commission yesterday (March 21st) issued a much fought-over proposal to give itself the power to close its public-procurement markets to companies from countries deemed not to reciprocate in allowing European firms to compete for their public contracts.

The Commission insists this is not about protectionism, but about becoming an adult in the big bad world. It is about arming oneself to force others to open the door to European companies in a market that accounts for anything up to 20% of a country's GDP. It is, above all, about confronting China.

"The EU should no longer be naïve and should aim for fairness and reciprocity in world trade," said Michel Barnier, the (French) single-market commissioner who co-sponsored the initiative with Karel De Gucht, the (Belgian) trade commissioner.

My forthcoming column this week deals with the threat of protectionism. For now, I want to delve into some of the detail, and the internal process that led to this deeply flawed proposal.

With difficulty, perhaps, one might believe the Commission's claim to be seeking greater market access if the proposal had included only Mr De Gucht's bit. After all, he is from Belgium's Liberal party and has negotiated many a trade deal. Articles 8, 9 and 10 of the text (the official version is not yet out, but a Commission release is [here](#) PDF and my copy of the text is [here](#) PDF) set out an orderly procedure for the Commission to investigate market access in other countries, seek redress through negotiation and, only at the end, impose temporary and targeted retaliatory measures. These could include excluding tenders with more than 50% of goods and services from the sinning country, or a price penalty on the offending part of the tender.

Mr Barnier's contribution to the effort, Article 6, is more worrying. It gives governments, municipalities and other local bodies the power to exclude bidders from offending countries (with permission from the Commission). This would apply to contracts above €5m (accounting for 60% of public-procurement contracts subject to EU-wide bidding) and where bids contain 50% or more goods and services from non-reciprocal countries.

This local freedom to exclude bids threatens to fragment the EU's single market that Mr Barnier is supposed to be defending. Not surprisingly, the article was the most contested by heads of cabinet on Monday, and by the commissioners themselves on Wednesday.

More alarming, the 50% rule in both procedures means that European firms that may make up the other half of bids could be penalised.

The proposal has run into opposition from the Commission's legal services. And despite several changes, the Commission's own Impact Assessment Board “could not give a positive opinion”. Of those consulted by the

Commission, a substantial minority said they disagreed with any new legislation, including two-thirds of contracting entities and government bodies. The rest disagreed over what action should be taken.

Perhaps the most damning opinion came from Germany. Its response to the move, circulated privately, declares bluntly: “The proposal is unacceptable and should be rejected”. (see [next post](#) for the detail)

So to summarise: the proposal raises fears that it may spark a protectionist trade war, it endangers the single market, it raises questions about its legality, it worries those most charged with ensuring value-for-money in public contracts, it is opposed by Europe's most successful exporter and, according to the Commission's best experts, it probably will not achieve its declared objective.

So how did such a poorly conceived project get through the Commission's college, and why now? During the internal debates, many argued for the proposal to be redrafted because it was patently a mess. At least, the critics said, remove Article 6 entirely. But it stayed in, and the college was split more or less down the middle, with opponents including Cathy Ashton (the British commissioner), Cecilia Malmström (Swedish), Olli Rehn (Finnish), Stefan Füle (Czech) and, to a lesser degree, Günther Öttinger (German).

The decisive push came from José Manuel Barroso, the president of the European Commission. This a curious step for him. He is usually considered to be a liberal on economic matters, albeit not a very forceful one.

His motives may well lie across the border in France, where the presidential election campaign has at times seemed to be a [contest](#) over who could be most critical of the EU. President Nicolas Sarkozy has been beating the drum for protectionism, and for renationalising border controls in the Schengen free-travel area (his speech is [here](#) PDF). His Socialist challenger, François Hollande, wants to renegotiate the newly-agreed fragile fiscal compact to enhance fiscal discipline.

Perhaps Mr Barroso was browbeaten by the French president, or perhaps he concluded Mr Sarkozy was the lesser evil and decided to give his struggling campaign a helping hand.

It is no secret in Brussels that two men dislike each other. But at least they are from the same political “family” of centre-right parties, the European People's Party. One diplomat suggests: “The EPP connection is stronger than people imagine.”

## Trade policy in the EU

### Germany's blast at Barroso

The Economist Charlemagne Mar 22nd 2012, 0:25 by The Economist|Brussels

MY [previous post](#) on the Commission's flawed proposal on giving itself the power to retaliate against countries that restrict European firms access to public-procurement markets mentions the strong opposition of Germany.

It is striking that Germany finds nothing good to say about an idea so assiduously pursued by France, its closest partner. It may be because Germany runs the EU's biggest trade surplus, so has most to lose from a trade war. Or it may be that it understands that *délocalisation*, which so worries France (with its big trade deficit), is precisely what has helped Germany gain competitiveness by creating a global supply chain that controls production costs.

The full document is [here](#) (DOC) The highlights:

*- While fully agreeing with the aim of the proposal, to strengthen the EU's leverage in negotiations with third countries, we disagree with the tactical approach. It would be difficult to argue against "buy American" while installing "buy European" at the same time. The proposal would seriously damage the credibility of the EU in its fight against protectionist measures established elsewhere.*

*- The EU's leverage in negotiations with third countries can be strengthened by other means.*

*- The proposal causes the risk of retaliatory measures by third countries.*

*- [It] would create a "fortress Europe" at a time when the EU is depending on open markets to work our way out of the crisis. The major aim of public procurement is "best value for taxpayer's money". To achieving this aim, we need more competition on the procurement markets, not less.*

*- The proposal would also seriously endanger the internal market and distort competition between EU companies.*

*- In a globalised economy components of EU products are frequently produced in third countries. This is especially the case in the following sectors: IT-industry, electronic industry, engineering industry and automotive sector. The possible exclusion of tenders could therefore endanger the leading position of many EU companies in several sectors. The Commission proposal would also have a particularly negative impact on small and medium-sized companies.*

*- The proposal would create new bureaucratic burden on contracting authorities and companies, instead of making procurement procedures more simple.*

NYT March 21, 2012

## German Bond Prices Decline, Unsettling Confidence in a Safe Haven

By [JACK EWING](#)

FRANKFURT — Havens can pose their own risks.

That is the reality that holders of Germany's government bonds now must face. The value of German bonds — considered a shelter from Europe's debt storm during the last two years — has started to fall, now that investors sense a calming in other European waters.

On Wednesday the yield — or effective interest rate demanded by markets — on the benchmark 10-year German bond rose as high as 2.07 percent, an 18 percent increase from last week. Later in the day, it fell back somewhat, to 1.98 percent.

Because bond yields rise as their prices fall, that means investors holding them now feel proportionately poorer than they did last week. A lot of those holders are big European banks, which have enough problems already without having to worry about their bunds, as German bonds are known.

The spiking yields partly reflect a shift by hedge funds and asset managers into debt issued by countries like Italy and Spain. Those offer a much higher interest rate — but are evidently not considered quite as risky as they were just a few months ago, as Europe shows signs of having muddled through the worst of the crisis.

As long as that crisis was raging, Germany's relatively robust economy and aura of financial discipline made its bunds seem such a safe bet that the yield fell well below the rate of inflation as their prices rose.

Investors were effectively paying the German government to keep their money safe — as holders of United States Treasury bonds have been doing in recent years. (Holders of Treasuries are also now experiencing [a similar decline](#) in the market value of their haven assets.)

The change in European sentiment is good news for Italy and Spain because it means at least some investors no longer regard their bonds as impaired.

Italy's 10-year bond was yielding 4.9 percent Wednesday — still a higher interest rate than Germany's, but well off the 7 percent interest rates and more that investors were demanding that Italy pay last November.

But there is a dark side for European banks, which have loaded up on haven bunds the last two years. Europe's 90 biggest banks had holdings of German government debt that regulators valued last June at 489 billion euros (\$645 billion).

Some analysts even speak of a bursting bund bubble.

“The bund is probably the most widely held asset in European banks,” said Carl Weinberg, chief economist at High Frequency Economics in Valhalla, N.Y. “Any further decay in a widely held asset like bunds would be unwelcome, and would contribute to a contraction in credit that I think is the next big problem for Europe.”

One problem is that many banks booked gains from German bonds when they underwent official stress tests last summer. The profits helped offset other losses and reduced pressure on the banks to raise more capital. It could be a problem for some banks if those bund profits proved to be ephemeral.

Some economists and European policy makers have watched the decline in German bonds with concern.

Otmar Issing, the former chief economist of the European Central Bank, who remains influential with central bankers, said in a conference in Frankfurt on Tuesday that the price of bunds and United States Treasuries had become “distorted” because of their haven status.

Peter Praet, a member of the executive board of the European Central Bank, said at the same conference that banks had been benefiting until recently from the safety status of their German bonds, which made it easier for them to satisfy regulators' demands that the banks reduce risk.

As a sign of the bunds' rising value on the open market last year, the yield on the 10-year bunds went from about 3.5 percent in April to as low as 1.67 percent in September. Now some of those gains are turning into losses.

“What is the potential impact of that distortion?” Mr. Praet asked.

The answer is probably that no one knows. Detailed information on banks' current bond holdings is lacking.

Many will certainly benefit from the recovery by Italian and Spanish bonds, as well as the return of relative calm to European financial markets. But any big shift in such a huge market, especially when prices had reached levels widely considered to be extreme, offers a potential for disruption.

Much depends on how much more bund prices fall, and their yields rise.

Gianluca Salford and Aditya Chordia, analysts at J.P. Morgan in London, forecast in a note to clients this week that the yield on the 10-year bund would not rise above 2.2 percent. That would be about the same level as in December.

Some analysts even say that moderately higher yields on German bonds would be healthy. The resulting decline in the value of the bonds "is not necessarily pleasant news for German banks," which have large holdings of their own country's debt, said Nicolas Véron, a senior fellow at Bruegel, a research organization in Brussels.

But, "I'm not too worried given the levels we have which are not very high," Mr. Véron said. "If we went to significantly higher bond yields, 3 or 4 percent, it would be an entirely different situation. But we're not there and I'm not sure we're going there."

An auction of German bonds on Wednesday showed that they retain their allure.

The government sold debt maturing in two years at a yield of 0.31 percent. Shorter-term bonds almost always have lower interest rates than longer-term bonds. That was up from 0.25 percent at the previous auction on Feb. 22, but still well below the 0.51 percent that buyers bid last September.

Germany also further burnished its reputation as a fiscally prudent country on Wednesday, as Chancellor Angela Merkel's cabinet approved a budget plan that aims to cut the government deficit to just 0.35 percent of gross domestic product in 2014, two years earlier than previously planned.

The ratio was 1 percent for 2011 — compared with 8.5 percent for Spain.

And yet, a disruptive lurch in German bond prices is still a risk. Hedge funds and asset managers, who are the most active traders, stand to make immense profits by dumping German bunds and buying longer-term bonds from so-called peripheral countries like Spain and Italy.

These investors are betting that the worst of the debt crisis is over, and yields of peripheral country debt will continue to fall in relation to German debt.

"If you time this right, this will continue being the trade of the year," said Mark T. Müller, a managing director at Credit Suisse in Frankfurt who specializes in debt. "Bunds are probably overvalued and some other countries are undervalued. There is money on the table."

The most common explanation for the rise in German bond yields is that they are coming back to more normal levels as fear of a euro zone Armageddon subsides.

But another reason for the yield surge may be that investors see potential weaknesses in Germany. If the crisis heats up again, as many analysts say it will, Germany is the country that would bear the greatest share of the cost. Its creditworthiness could then slip.

"Whenever there is a disbursement to a Greece program or a Portuguese program, Germany is on the hook for roughly one quarter of the bill," said Mr. Weinberg of High Frequency Economics.

He is also skeptical about another premise for Germany's status as a refuge from the financial crisis: that it has a robust economy. Mr. Weinberg noted that the German economy shrank in the last quarter of 2011, and that recent data shows a slowdown in orders to German manufacturers.

"Based on the numbers I see," Mr. Weinberg said, "the notion that Germany is safe as an economy doesn't hold any water."

07. Juli 2008, 00:00 Uhr

## Tour de France

### *"Hundsgewöhnliche Proletarier"*

Der Philosoph und Hobbyfahrer Peter Sloterdijk über den Zauber der Tour de France, die Profanität des Dopings und die zerstörerische Kraft dänischer Nihilisten.

**SPIEGEL:** Herr Sloterdijk, Sie haben vor zwei Jahren den Mont Ventoux mit dem Rad erklommen, einen der mythischen Berge der Tour de France und 1900 Meter hoch. Warum?

**Sloterdijk:** Vielleicht um zu beweisen, dass Herren um die 60 noch nicht ganz zum alten Eisen gerechnet werden müssen. Die Beweisnot war akut: Man ist ja mit einem intuitiven Bild seiner Gesamtlebensspanne ausgestattet, und trotz des angeborenen Leichtsinns, der uns hilft, die ablaufende Zeit nicht immer wahrzunehmen, gibt es Zäsuren, an denen man meint zu spüren, wie es im freien Fall dahingeht. 60 zu werden ist so eine Zäsur.

**SPIEGEL:** Und waren Sie gedopt?

**Sloterdijk:** Keine Spur, mein holländischer Freund und ich haben uns so viel Zeit gelassen, dass der sportliche Wert des Unternehmens nicht übertrieben hoch zu veranschlagen war, viel niedriger jedenfalls als bei Sportlern, die immer am Limit und ohne Absteigen hochfahren.

**SPIEGEL:** Wie lange haben Sie gebraucht?

**Sloterdijk:** So um die zweieinhalb Stunden. Man muss wissen, dass der Mont Ventoux eine sehr bizarre abweisende Aura hat. Wenn man die Vegetationsgrenze erreicht, ist man plötzlich in einer lunaren Landschaft. Die Rennradfahrer spüren davon natürlich nicht viel, weil sie vor Anstrengung blind sind. Wir Amateure waren am letzten Aufstieg so phänomenal langsam, dass man ständig diese todeszonenhafte Stimmung des Gipfelbereichs gespürt hat. Wenn man dann auch noch an dem Denkmal für den armen Simpson vorbeifährt, der da 1967 kurz vor dem Gipfel verendete, ist man schon ziemlich demoralisiert und denkt für ein paar Sekunden über die Sinnhaftigkeit des Unternehmens nach.

**SPIEGEL:** Warum ist Radfahren Ihr Sport geworden?

**Sloterdijk:** Eher zufällig. Ich war früher mehr ein Läufer, aber ich habe mit der Zeit bemerkt, dass die Gelenke das nicht gern haben. Inzwischen hat sich meine Vorliebe fürs Radfahren so weit rumgesprochen, dass mir Kollegen zum Geburtstag ein Gelbes Trikot geschenkt haben.

**SPIEGEL:** Wie viel fahren Sie?

**Sloterdijk:** Da kommen in einem Sommer schon ein paar tausend Kilometer zusammen. Radfahren bedeutet für mich eine Rückkehr zu dem alten Savannen-Adam, der bei der Jagd den ganzen Tag läuft und dabei immer high ist.

**SPIEGEL:** Bekommt man auf dem Mont Ventoux ein Gefühl dafür, was ein Radprofi beim Erzwingen eines solchen Berges leisten muss?

**Sloterdijk:** Es geht noch weiter: Man begreift, dass das, was diese Männer leisten, alles übersteigt, was Normalsterbliche begreifen können. Das erinnert fast an ein theologisches Studium: Man braucht den ersten Grad der Einweihung, um zu verstehen, dass man nichts versteht. Das Geistreichste, was je über die Tour geschrieben wurde, stammt von dem frühen Roland Barthes, der nicht zufällig eine regelrechte Theologie des Radsports entwickelt. In seinem Essay über das Epos namens Tour de France findet man einen Passus, worin er den Mont Ventoux wie einen Gott des Bösen beschreibt, der Opfer fordert. Barthes setzt die Helden des Radsports mit den Kriegern Homers in der Ilias gleich. Für ihn wiederholt sich das Urduell zwischen Hektor und Achilles unter den Fahrern am Berg. In der Ebene kämpfen schließlich jeder, aber wer am schlimmsten Berg bis zuletzt zweikampffähig bleibt, ist schon darum Hektor oder Achilles.

**SPIEGEL:** Barthes schreibt in diesem Essay aus dem Jahr 1957 bereits über Doping.

**Sloterdijk:** In seinen Augen war das Doping unverzeihlich, weil es eine Profanisierung bedeutete. Barthes erbaute sich an der Vorstellung, dass die Kraft, mit der der Fahrer die schwersten Abschnitte meistert, nicht nur aus ihm selbst kommt.

**SPIEGEL:** Sondern von den Göttern?

**Sloterdijk:** Etwas in dieser Art, ja. Da soll ein numinoser Sprung passieren, wie man es zuletzt 2003 an Lance Armstrong auf der Pyrenäenstufe nach Luz Ardiden beobachten konnte, als sein Lenker bei einem Anstieg in der Plastiktüte eines Zuschauers hängenblieb, so dass er stürzte, elf Kilometer vor dem Ziel. Daraufhin geschah das, was Barthes ein halbes Jahrhundert zuvor den "Jump" genannt hatte. Ein plötzlicher Energiestoß, der Armstrong erlaubte, mit dem Zorn des Achilles noch einmal anzugreifen. Der trieb ihn zum Gipfel und an allen Konkurrenten vorbei.

**Die Fahrer sind plötzlich hundsgewöhnliche Berufstätige**

**SPIEGEL:** Armstrong war vielleicht gedopt?

**Sloterdijk:** Wie alle Übrigen, doch das spielte in dieser Szene keine wesentliche Rolle - der Jump war authentisch. Man versteht übrigens sehr gut, warum Barthes im Doping ein Sakrileg sah: Das war für ihn, als stehle man Gott das Vorrecht des Funkens. Dass Barthes letztlich recht hatte, hat man im vorigen Jahr bei der Tour de France grausam erlebt. Plötzlich ist der Schleier hochgezogen, und man sieht keine Kämpfer mehr, nur noch Radproletarier bei einem dubiosen Job. Die Poesie ist dahin, das Erhabene ist eingeebnet, die Fahrer sind plötzlich hundsgewöhnliche Berufstätige, sie leben nicht mehr in der Sphäre des Glanzes, sie sind nur noch Fachidioten für Sprinten, Rollen, Klettern. Noch ärger ist die Vulgarität, mit der ein früherer Tour-de-France-Sieger wie Bjarne Riis seine Enttarnung als Doper kommentierte: "Das Gelbe Trikot liegt in einem Pappkarton in meiner Garage. Ihr könnt es abholen."

**SPIEGEL:** Das tut Ihnen weh?

**Sloterdijk:** So etwas hätte nie gesagt werden dürfen, das ist dänischer Nihilismus in Vollendung. So reden letzte Menschen bei der letzten Ungezogenheit. Der große Radfahrer von früher war ein Nietzscheaner in den Bergen gewesen, jemand, den man beobachtete, wie er die Schwerkraft besiegte und Übermensch wurde. Jetzt tritt der Pseudoübermensch als letzter Mensch auf und rülpst in alle Mikrofone. Selbst das Symbol seines größten Erfolges bedeutet ihm weniger als nichts. Es stellt sich heraus, dass es für ihn nie diese höhere Dimension gegeben hat, kein Ehrgefühl, kein symbolisches Mehr, kein Glanz, keine Spannung von oben - das Trikot nur ein sinnloser Fetzen. Wenn man die Ehrendimension des Sports und seine Symbole herabzieht, ist alles vorbei. Eine so dreckige Bemerkung aus dem Mund eines Fahrers zu hören, der einmal weit oben war, ist etwas vom Fürchterlichsten.

**SPIEGEL:** Sie glaubten, Sie sehen Hektor und Achilles, unterstützt von den Göttern, und in Wahrheit waren es Bjarne Riis und Jan Ullrich, wahrscheinlich mit Epo im Blut. Sind Sie enttäuscht?

**Sloterdijk:** Nicht wirklich. Seit ich selbst ein wenig Rad fahre, weiß ich, dass es wohl unmöglich ist, wenn ein Fahrer auf einer Bergetappe sechs Stunden lang eine Durchschnittsleistung von 280 Watt auf die Pedale bringt, mit Phasen von 450 Watt und mehr an den schweren Steigungen. Schon physiologisch geht das nicht ohne chemische Helfer. Wer die ausschalten will, schaltet letztlich die Idee der Spitzenleistung als solcher aus.

**SPIEGEL:** Soll man das Doping freigegeben?

**Sloterdijk:** Es wäre plausibel und ist doch völlig unmöglich. Man hat die Wahl zwischen zwei Unmöglichkeiten, wie bei jedem starken Dilemma. Im Grunde erinnert die Situation im Radsport heute, und im Hochleistungszirkus überhaupt, daran, wie die frühen Christen den Römern die Freude an ihren grausamen Spielen verdorben haben. Mir scheint, man muss heute tatsächlich in so weiten Analogien denken. Der Widerstand der Christen gegen die römischen Spiele zog sich über mehrere hundert Jahre hin, doch zuletzt setzten sie sich durch, und die Spiele verschwanden. Heute ist es nicht das Christentum, das den Spielen zusetzt, sondern die Gesundheitsreligion und ihre Ärzte-Priesterschaft, aber der Effekt ist der gleiche. Deutschland steht heute im Zentrum der neuen Reaktion gegen die Spiele. Ein Land, in dem nicht mehr gedopt werden darf und wo alle Sportler hygienische Protestanten werden müssen.

**SPIEGEL:** In Italien und Spanien hält man nicht viel vom deutschen Anti-Doping-Kampf.

**Sloterdijk:** Dort gehört die katholische Tradition der fröhlichen Selbstzerstörung zur Volkskultur. Die Italiener können es einfach nicht fassen, dass da oben im Norden schon wieder protestantische Barbaren ihr Unwesen treiben. Die glauben im Ernst, wir sind verrückt geworden. Doch Italiener und Spanier sind Angehörige einer Kultur, in der die Abspaltung des Scheins vom Sein zur populären Metaphysik gehört. Die Deutschen, speziell die protestantischen, wollen dagegen die Wörter und die Dinge wieder zur Deckung bringen. Wir sind, glaube ich, die einzige Nation auf der Welt, wo man an ehrliche Neuanfänge glaubt. Wir bleiben unberechenbar, 1945 wurden wir demokratisch, 2007 dopingfrei.

**SPIEGEL:** Ein Neuanfang ist nicht möglich?

**Sloterdijk:** Man muss eher mit einem endlosen Fortgang der Malaise rechnen, folglich mit einem allmählichen Ruin der Sportidee überhaupt. Mitten in dem weltweiten Körperboom spürt doch jeder, dass da etwas zu Ende geht. In fast allen Disziplinen sind die Rekorde in den physiologischen Grenzbereich vorgestoßen. Bei den Olympischen Spielen in Peking steht der größte Aufmarsch der Gedopten bevor, seit der erste Mensch einen Stein schleuderte. Doch der Verdacht frisst alles an, zuletzt sogar die Freude an den Siegen der eigenen Landsleute - die nach wie vor den Schlüsselaffect für die Anteilnahme an Sportereignissen liefert.

**SPIEGEL:** Die besten Brüste, die wir sehen, sind gemacht. Die stärksten sexuellen Höchstleistungen sind durch Viagra befeuert. Warum regen wir uns über Sportler auf, die Vergleichbares tun?

**Sloterdijk:** Das hat einen klar benennbaren Grund: Der Sport verhält sich zum Alltag wie das Heilige zum Profanen. Er bildet eine Modellwelt, in der sich alles, was man aus der Durchschnittswelt kennt, in einer höheren Verdichtung darstellt. Hier gelten dieselben Werte wie anderswo, aber eben in Reindarstellung. Deswegen ist dort der Gedanke der reinen Leistung bedeutsamer als überall sonst. In der Grauzone des Normalen ist der Betrug normal, in der Modellwelt muss er verpönt sein. Diese von klaren Regeln umrahmte Sonderwelt ist von sich her als künstliche Sphäre reiner Leistung verfasst und deswegen steht sie unter einem besonderen Auftrag. In ihr feiert die meritokratische Gesellschaft ihre Grundsätze. Sie ist darum, wenn man so will, eine immanent transzendente Zone. Sportler können keine Heiligen und keine Priester sein, aber sie müssen wenigstens als Heldendarsteller etwas taugen - und wenn sie das nicht mehr wollen oder können, dann sind sie wie alle Übrigen - und wir können sie auf Hartz IV schicken.

### **Das jahrzehntelange Lügen der Radsportwelt**

**SPIEGEL:** War das jahrzehntelange Lügen der Radsportwelt also eigentlich sinnvoll, um die Transzendenz zu erhalten?

**Sloterdijk:** Der Radsport ist auch hierin strukturell katholisch: ohne Heuchelei nicht überlebensfähig. Eine Reformation der Tour de France bleibt unvorstellbar, weil man dann lauter Ernüchterte auf die Piste schicken würde, das wäre der Natur des Ereignisses nicht gemäß. Die Tour ist einer der wenigen Mythen des 20. Jahrhunderts, der bis vor kurzem noch halbwegs funktionierte.

**SPIEGEL:** Deutsche Radsport-Teams versuchen, den Sport zu säubern. Geht das?

**Sloterdijk:** Rolf Aldag wurde im vergangenen Jahr mit einem Bonmot zitiert: Man sollte diesmal den letzten drei die Medaillen geben. Das drückt eine ziemlich tiefe Einsicht in die moralische Situation der Tour aus. Nur: Wenn die Letzten die Ersten sein sollen, dann treiben wir nicht mehr Sport, sondern eine Barmherzigkeitsübung. Aus Niederlagen Siege zu machen ist und bleibt eine kulturell unwahrscheinliche Operation. In Italien hat man die Bestrebungen der Deutschen mit einem maoistischen Umerziehungslager verglichen, durch das die geständigen Fahrer hindurchgegangen seien.

**SPIEGEL:** Es gab in der Bundesrepublik lange die Illusion, dass nur die anderen, die Russen, die DDR, die Amerikaner dopingmäßig die Bösen sind.

**Sloterdijk:** Die Chemisierung der Gesellschaft ist ein globales Phänomen - und vor allem: Sie hat die breite Mitte erfasst. Man muss hierzu das Buch "No Limit" von Ines Geipel lesen, der ehemaligen DDR-Weltrekordlerin in der Sprintstaffel: Das zeigt, wie die Dinge, die im nächsten Monat in Peking passieren werden, in einen weltweiten Trend eingebettet sind. Mir hat mein Trainer schon vor ein paar Jahren erzählt, dass man in kaum einer Disziplin mehr ohne Doping auch nur über die Bezirksebene hinauskommt - und alle sind sich darüber völlig im Klaren. Nur Berufsheuchler wie Rudolf Scharping mussten so tun, als brähe für sie die Welt zusammen, als Jan Ullrich sich erwischen ließ. Was für ein Unfug! Seit langem ist doch jedem klar, dass ein Sportprofi immer einen zweiten Beruf ausüben muss, den des Vorbilddarstellers. Die Professionalisierung macht vor der Lüge nicht halt. Wer nicht heucheln kann, kann auch nicht Rad fahren.

**SPIEGEL:** Könnte es sein, dass gedopte Sportler uns Normalsterbliche verachten, weil wir uns unserer Beschränktheit ergeben, die Grenzen unseres Körpers und die Grenzen der Schöpfung akzeptieren, während sie erkannt haben, wie man aus ihnen heraustreten kann?

**Sloterdijk:** Exzellente Frage. Können die Trainierten den Graben zwischen sich und den Untrainierten nur mit Verachtung auffüllen? Viel spricht dafür. Immer wenn ein sehr gesteigerter Mensch zwischen Nichtskönnern herumläuft, klafft eine unbehagliche Diskrepanz auf. Deswegen legen sich Sportler neben der Nie-gedopt-Lüge oft noch eine zweite Heuchelei zu: Sie wollen um alles in der Welt so tun, als wären sie ganz normale Leute. Ihr zweiter Zusatzsport ist die Simulation von Normalität. Kommunistische Intellektuelle hatten die Nummer seinerzeit auch im Repertoire.

**SPIEGEL:** Sind Fahrer wie Jörg Jaksche, die alles bekennen, heldenfähig?

**Sloterdijk:** Er gehört zu denen, die in das protestantische Lager übergewechselt sind - und die neuen Protestanten sind zurzeit noch eine unwillkommene Minderheit. In den nächsten 100 Jahren werden wir immer Doppelsport haben. Zuerst den Wettkampf selbst und dann die Enttarnung der Schwindler. Auf diese Weise kriegen wir zwei Programme gleichzeitig geboten. Auch deswegen erinnert die Situation der Anti-Doping-Partei an die der Christen in der römischen Arena. Sie werden zwar weiterhin zum Vergnügen des Publikums von den Löwen gefressen, aber aus dem Maul des besten Löwen hängt schon ein Arm mit erhobenem Zeigefinger heraus - mit einer unangenehmen Botschaft: Wenn ihr so etwas sehen wollt, dann seid ihr moralisch am Ende!

**SPIEGEL:** Es gibt Hobbyfahrer, die schlucken Paracetamol oder Voltaren, auch Epo, bevor sie auf Tour gehen. Sie auch?

**Sloterdijk:** Ich hätte keine prinzipiellen Hemmungen, aber ich setze auf innere Regulierungen. Der menschliche Körper ist ein endokrinologisches Gesamtkunstwerk, man muss ihn nur richtig stimulieren, und er dankt es dir mit einer Symphonie von Innen-Drogen.

**SPIEGEL:** Tragen Sie eigentlich das Gelbe Trikot, das Ihnen die Kollegen zum Geburtstag geschenkt haben?

**Sloterdijk:** Sehr gerne sogar. Erstens passt es mir halbwegs, zweitens hat man das Gefühl, als fahre man wie ein lebendes Alarmsignal durch die Landschaft.

**SPIEGEL:** Außerdem ist man den Göttern damit ein Stück näher, oder?

**Sloterdijk:** Ach, man wird schnell entzaubert. Da draußen fährt jeder Zweite in Gelb.

**SPIEGEL:** Herr Sloterdijk, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führten die SPIEGEL-Redakteure Lothar Gorris und Dirk Kurbjuweit

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,564072,00.html>

# Networks

## It's easier to be heard in a crowd

The Economist Mar 19th 2012, 14:27 by R.A. | WASHINGTON

BRUEGEL is a European economics think tank that has just launched a [blog](#). It's a very nice blog, as it happens; click [here](#) for a nice roundup of European views on the new fiscal compact. One of the things I appreciate about the blog is its authors' awareness that the room in which they're shouting is strikingly empty. In a post entitled "[Europeans can't blog](#)", Jérémie Cohen-Setton, Martin Kessler, and Shahin Vallée write:

It is striking to note that the online debate about European economic issues mostly takes place on American blogs. A couple of European blogs have contributed to change this landscape, but the European blogosphere remains behind the US in terms of quality and density of discussion.

As Ronny Patz noted in a recent post (hat tip to the European blogs aggregator [bloggingportal](#)), European blogs are still very much “unconnected”. That is, they use hyperlinks far less than their American counterparts or do it and in a way that doesn't create two-way debate. In brief, Europe has bloggers, but no blogosphere: it lacks a living ecosystem to exchange and debate. Of most leading European blogs, only 1 in 5 were linked to other online content. This is a pretty striking number but one that is somewhat consistent with the use that Europeans make of blogs (ie. just another media but not an interactive one).

The trouble is, if you take the interactivity out of the blogosphere, you essentially eliminate most of its potential value. The interconnectedness of the blogosphere allows it to take advantage of increasing returns to scale—the more participation in the conversation there is, the more value there is to *everyone* to participating in the conversation. The potential audience for any post becomes larger, which encourages writers to write more and better posts, of the sort likely to be linked into greater readership. As the extent of the conversation increases, there are more opportunities for specialisation—investment in narrow areas of expertise that make the blogosphere a richer and deeper place. There are some offsetting costs like congestion; given the scarcity of time and attention additional blog posts do crowd out others at some point. Yet in most cases—certainly in America's economic blogosphere—the whole is vastly more productive than the sum of the parts.

Frequent linking is especially critical in smaller markets. A national, native-language blogosphere in Europe will find it difficult to reap value from the English-language blogosphere. If native-language blogs aren't talking to each other, then there's no one to talk to and the room goes quiet. Nothing is as chilling to argument and discussion as the sense that no one may be paying attention.

How did America's economics blogosphere develop the necessary density? Early buy-in by important economists mattered, but the growth of the community has been more driven, in my opinion, by an aggressive horde of strivers. Economists, journalists, and would-be pundits with less access to traditional outlets (newspapers, conferences, and journals) were attracted by the low barriers to entry of the web. This ready group of writers created sufficient “liquidity” of opinion to drive an effective conversation, the value of which has subsequently pulled in other respected voices.

And of course, the economics blogosphere came of age in the fires of financial crisis and recession. Given the worldwide interest in and debate over the crisis in Europe, now would be an opportune time for European bloggers to deepen their interactivity and build a discussion more like that across the Atlantic.

## Stuck in Recession, Italy Takes on Labor Laws That Divide the Generations

By [RACHEL DONADIO](#)

ROME — Assunta Linza, a bright-eyed 33-year-old with a college degree in psychology, has been unemployed since June, after losing a temporary job as a call-center operator. Her father, who is 60 and has a fifth-grade education, took early retirement with full benefits at age 42 from a job as a workman at the Italian state railway company.

“Everyone said that kids should study to get ahead, but I graduated with highest honors, and the only thing my degree is good for is to hang on the wall,” Ms. Linza said dryly.

The Linza family is emblematic of a yawning generational divide that experts say is crippling the Italian labor market. While older workers came of age with guaranteed jobs and ironclad contracts granting generous pensions and full benefits, younger Italians — the best-educated in the country’s history — are now paying the price. They are lucky to find temporary work, which offers few benefits or stability.

It is precisely that two-tier labor market that Prime Minister [Mario Monti](#) is proposing to correct with changes to Italian law that are the subject of intense, politically delicate negotiations. The government is proposing measures to make it easier for companies to hire and fire, and to create shorter-term contracts with greater pension and unemployment benefits, a middle ground in a divided market.

Labor unions are resisting some changes, but Mr. Monti has said he expects an accord as soon as this week on measures that would then require parliamentary approval.

Labor reform has long been a third rail in [Italy](#), where unions, business groups and countless governments have invested in the status quo to protect their constituents, at the expense of economic growth. Without such changes, experts say, Italy is headed toward an economic and social implosion, with a rise in under-the-table work and a looming pension crunch, now that Italy bases pensions on years of social security contributions and not a worker’s final salary at retirement age.

Economists say that Italy’s employment rate and productivity have been stunted by high labor costs and that lowering the cost of firing workers and increasing protections for shorter-term contracts would encourage companies to hire, stimulating growth.

“Reforming contracts, unemployment benefits and salary levels would permit labor productivity to rise, which would in turn permit the country to grow,” said Tito Boeri, an economist at Bocconi University in Milan. “It is a central theme for improving a country like Italy.”

Italy is already in recession, and its economy is expected to contract by 2.2 percent this year, according to the International Monetary Fund. Mr. Monti, a technocrat appointed in November to turn around Italy’s flagging economy, said from the outset that he intended to recalibrate the system.

“We have to get away from a dual labor market where some are overly protected, while others totally lack protection and benefits when unemployed,” the prime minister said shortly after taking office. He said that “equity and growth” would be the watchwords of his government, and that he aimed to increase employment among young people and women.

Such changes would be welcomed by Ms. Linza, who, like so many in her generation, feels thwarted, overly reliant on her parents and uncertain of her future. She once dreamed of working with autistic children, but started at a call center when she could not find work in her field. She is currently on a semipaid furlough, which she went on after her company moved its operations outside Rome, where labor costs are lower.

“My father can’t believe how his 30-year-old daughter, who got her degree at age 23” — young by Italian standards — “is unemployed, while he, with a fifth-grade education, in 1970 won a state competition and could choose between becoming a policeman or working for the state railway,” Ms. Linza said.

Her father took early retirement in the mid-1990s from his job as an electrical technician in the southern region of Calabria, where the family is from. The state railway company, Ferrovie dello Stato, offered early retirement with full pensions to many workers as a way of reducing its staff and cutting costs in the period before Italy joined the euro zone.

It is the prospect of having to pay for these golden parachutes — known as “buon uscite,” or “good exits” — when they let workers go that makes employers afraid to hire them for full-time positions in the first place. Instead, Italian companies today are quick to hire younger workers on a range of temporary contracts and internships that the Italian government created nearly a decade ago to make the market more flexible. Those changes resulted in the two-tiered system.

The most delicate topic on Mr. Monti’s agenda is the infamous Article 18 of the Italian labor statute of the 1970s, long a sticking point in labor talks. It states that workers cannot be fired without just cause and, if fired, can sue their companies to be reinstated — cases they generally win in Italy’s employee-friendly courts. While such cases are pending in the notoriously slow legal system, companies are required to keep fired workers on the payroll, a system that critics say rewards the clever at the expense of a company’s solvency.

Last week, Mr. Monti held talks with the party leaders supporting his coalition in an effort to reach a consensus on the issue before completing the measures to be put to a vote in Parliament. In a statement after the meeting, the government said it was working to simplify labor contracts and revise the norms governing layoffs, “distinguishing between firing for discriminatory reasons, for disciplinary and for exclusively economic reasons.”

Mr. Boeri, the economist, said that some of the proposed changes to Article 18 appeared to be a compromise that would satisfy neither workers, because protections would be reduced, nor employers, because some laid-off workers could still sue to be reinstated. “This reform risks being” something “which changes everything in order not to change anything,” he said.

Labor unions in particular have said that changes to labor laws would effect the entire economy and society. For instance, today, Italy’s conservative banks will not approve mortgages for most middle-class borrowers unless they have a guaranteed contract, an issue that has not been resolved in talks.

Mr. Monti’s labor overhaul is something of a make-or-break moment for Italian labor unions, which still hold sway over negotiating national labor contracts and have held a series of demonstrations against the changes. But today, the unions represent more retirees than workers, and younger Italians have come to see them as part of the problem.

“I am sorry that the unions are desperate, I am sorry that people in their 60s are desperate because they raised the pension age,” said Eleonora Voltolina, who edits the Web site [Republic of Interns](#), which calls attention to young people’s plight in the Italian labor market. “But we’re a generation that won’t even see a pension.

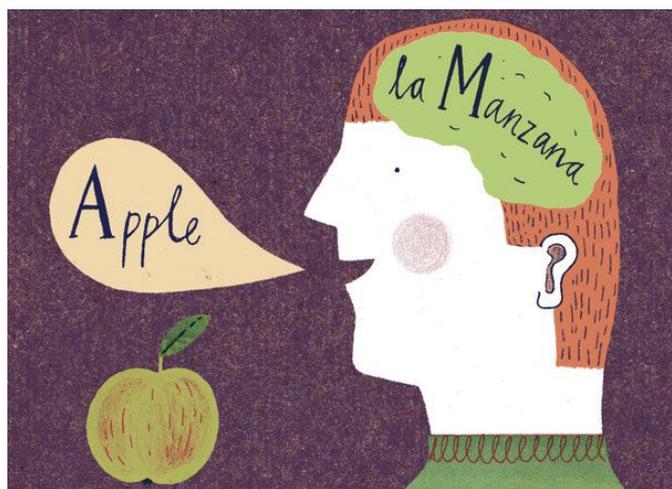
“They don’t realize there’s a system that’s falling apart. I hope the government goes ahead like a tank and doesn’t hold back on this.”

The reason the system has not yet fallen apart is simple. “The Italian state took advantage of the fact that the family is the welfare state,” Ms. Voltolina said. “There is no cultural barrier to an Italian family maintaining a kid of 20, 30 or 40 years old.”

Ms. Linza and her husband, who works as a nurse, now have a mortgage to pay, which they got thanks to the help of their families. “For my generation there was the welfare of the parents,” she said. “My kids won’t have it because I don’t save any money. That’s when the revolution might start.”

Gaia Pianigiani contributed reporting.

## Why Bilinguals Are Smarter



Harriet Russell

By [YUDHIJIT BHATTACHARJEE](#)

NYT Published: March 17, 2012

SPEAKING two languages rather than just one has obvious practical benefits in an increasingly globalized world. But in recent years, scientists have begun to show that the advantages of bilingualism are even more fundamental than being able to converse with a wider range of people. Being bilingual, it turns out, makes you smarter. It can have a profound effect on your brain, improving cognitive skills not related to language and even shielding against dementia in old age.

This view of bilingualism is remarkably different from the understanding of bilingualism through much of the 20th century. Researchers, educators and policy makers long considered a second language to be an interference, cognitively speaking, that hindered a child's academic and intellectual development.

They were not wrong about the interference: there is ample evidence that in a bilingual's brain both language systems are active even when he is using only one language, thus creating situations in which one system obstructs the other. But this interference, researchers are finding out, isn't so much a handicap as a blessing in disguise. It forces the brain to resolve internal conflict, giving the mind a workout that strengthens its cognitive muscles.

Bilinguals, for instance, seem to be more adept than monolinguals at solving certain kinds of mental puzzles. In [a 2004 study](#) by the psychologists Ellen Bialystok and Michelle Martin-Rhee, bilingual and monolingual preschoolers were asked to sort blue circles and red squares presented on a computer screen into two digital bins — one marked with a blue square and the other marked with a red circle.

In the first task, the children had to sort the shapes by color, placing blue circles in the bin marked with the blue square and red squares in the bin marked with the red circle. Both groups did this with comparable ease. Next, the children were asked to sort by shape, which was more challenging because it required placing the images in a bin marked with a conflicting color. The bilinguals were quicker at performing this task.

The collective evidence from a number of such studies suggests that the bilingual experience improves the brain's so-called executive function — a command system that directs the attention processes that we use for planning, solving problems and performing various other mentally demanding tasks. These processes include ignoring distractions to stay focused, switching attention willfully from one thing to another and holding information in mind — like remembering a sequence of directions while driving.

Why does the tussle between two simultaneously active language systems improve these aspects of cognition? Until recently, researchers thought the bilingual advantage stemmed primarily from an ability for *inhibition* that was honed by the exercise of suppressing one language system: this suppression, it was thought, would help train the bilingual mind to ignore distractions in other contexts. But that explanation increasingly appears to be inadequate, since studies have shown that bilinguals perform better than monolinguals even at tasks that do not require inhibition, like threading a line through an ascending series of numbers scattered randomly on a page.

The key difference between bilinguals and monolinguals may be more basic: a heightened ability to monitor the environment. “Bilinguals have to switch languages quite often — you may talk to your father in one language and to your mother in another language,” says Albert Costa, a researcher at the University of Pompea Fabra in Spain. “It requires keeping track of changes around you in the same way that we monitor our surroundings when driving.” In a study comparing German-Italian bilinguals with Italian monolinguals on monitoring tasks, Mr. Costa and his colleagues found that the bilingual subjects not only performed better, but they also did so with less activity in parts of the brain involved in monitoring, indicating that they were more efficient at it.

The bilingual experience appears to influence the brain from infancy to old age (and there is reason to believe that it may also apply to those who learn a second language later in life).

In [a 2009 study led by Agnes Kovacs](#) of the International School for Advanced Studies in Trieste, Italy, 7-month-old babies exposed to two languages from birth were compared with peers raised with one language. In an initial set of trials, the infants were presented with an audio cue and then shown a puppet on one side of a screen. Both infant groups learned to look at that side of the screen in anticipation of the puppet. But in a later set of trials, when the puppet began appearing on the opposite side of the screen, the babies exposed to a bilingual environment quickly learned to switch their anticipatory gaze in the new direction while the other babies did not.

Bilingualism’s effects also extend into the twilight years. In a recent study of 44 elderly Spanish-English bilinguals, scientists led by the neuropsychologist Tamar Gollan of the University of California, San Diego, found that individuals with a higher degree of bilingualism — measured through a comparative evaluation of proficiency in each language — were more resistant than others to the onset of dementia and other symptoms of Alzheimer’s disease: the higher the degree of bilingualism, the later the age of onset.

Nobody ever doubted the power of language. But who would have imagined that the words we hear and the sentences we speak might be leaving such a deep imprint?

Yudhijit Bhattacharjee is a staff writer at Science.

# Yazid Sabeg : "Avec la rénovation urbaine, on refait du ghetto, mais en plus propre"

LE MONDE | 16.03.2012 à 15h08 • Mis à jour le 16.03.2012 à 15h28

Par Propos recueillis par Arthur Frayer



Yazid Sabeg, commissaire à la diversité et à l'égalité des chances depuis décembre 2008, est président du comité d'évaluation et de suivi de l'Agence nationale de la rénovation urbaine (ANRU).

## La question des [banlieues](#) peine à s'[imposer](#) dans la campagne présidentielle. Pourquoi ?

La plupart des candidats considèrent que l'électorat des quartiers de banlieue a une valeur politique faible. Ces populations sont plutôt résignées et attendent peu de la [politique](#). Elles ne sont pas organisées pour [revendiquer](#) et pas vraiment représentées, car la diversité n'a intégré ni le Parlement ni les champs de représentation sociale. Le mouvement associatif qui revendique leur représentation n'a qu'un [pouvoir](#) protestataire et sa capacité d'influence est faible.

De plus, les banlieues sont perçues par l'opinion comme un problème insoluble qui a échappé au contrôle politique. On ne se rend pas compte, pourtant, que l'investissement que l'on ne consent pas aujourd'hui, notamment en faveur des jeunes, se traduira par des [pathologies](#) sociales, telles que le chômage ou la délinquance, d'un coût infiniment plus élevé et que nous paierons dans dix ou quinze ans. L'enjeu est notre cohésion nationale en considérant nos banlieues comme des forces vives à part entière.

## Quel bilan tirez-vous de la politique de [Nicolas Sarkozy](#) sur les banlieues ?

Le "plan Marshall" des banlieues, dont [Nicolas Sarkozy](#) n'était d'ailleurs pas l'inspirateur, a été une erreur. [Penser](#) régler le problème des quartiers avec des politiques d'exception et des plans ponctuels est une vue de l'esprit. Et toute politique dans ce domaine se heurte à des résistances persistantes.

Avec le discours de Palaiseau de décembre 2008, Nicolas Sarkozy a mis en oeuvre une stratégie volontariste pour que l'égalité des chances soit un déterminant des politiques de droit commun. Les objectifs ambitieux qui étaient fixés n'ont pas tous été atteints mais des choses ont avancé.

La rénovation urbaine est une réalité alors que le Budget bloquait son financement. La lutte contre les discriminations piétine mais la mesure de la diversité est désormais possible. La réussite éducative progresse, les internats ont vu le jour, le nombre des boursiers dans les classes préparatoires s'est fortement accru, l'ouverture sociale des grandes écoles n'a pas beaucoup progressé et la réforme du lycée n'a rien prévu pour les filières à fort enjeu sociologique, telles que les sections technologiques ou pro. Tout le monde a aussi pris conscience des limites d'une politique de l'emploi spécifique pour les jeunes des quartiers. L'emploi est une problématique plus large qui requiert une action globale en faveur de tous les jeunes, même s'il faut certainement un accompagnement renforcé pour ceux des quartiers.

## **L'Etat sera-t-il en mesure de [financer](#) un plan de rénovation urbaine 2 (PRU 2) alors qu'il ne finance déjà plus le PRU 1 ?**

Des investissements importants ont déjà été consentis et l'engagement de l'Etat pour les prochaines années est effectif. Les crédits de paiement dépensés à ce jour sont de 1,3 milliard d'euros (y compris plan de relance et [Grand Paris](#)). En 2012, c'est 1,6 milliard d'euros qui seront payés. Toutefois, l'Etat, depuis deux ans, n'est plus le financeur direct. Le 1 % logement et les bailleurs sociaux se sont substitués à lui. De 2012 à 2019, pour clôturer le PRU1, ce sont 7 milliards d'euros, dont 2 milliards de crédits d'Etat et 5 milliards d'euros du 1 % [logement](#) qui seront nécessaires. Le coût global du PRU1 de [Jean-Louis Borloo](#) s'établira au final à 42 milliards d'euros.

Pour le PRU2 que le président de la République se propose d'[engager](#) au cours des huit à dix prochaines années et à raison de 800 millions annuels, dont 300 millions de crédits d'Etat et 500 millions de crédits action logement (1 % logement), il s'agira de [renouveler](#) l'urbanisme et l'habitat de 200 quartiers. Il faudra [trouver](#) de nouveaux modes de financement, notamment privés. Des grands groupes de BTP ou des fonds d'investissement sont intéressés à [investir](#) dans les cités.

## **L'objectif prioritaire de la rénovation urbaine était de [favoriser](#) la mixité sociale dans les quartiers en difficulté. Estimez-vous que le but a été atteint ?**

Non, on est clairement passé à côté de l'objectif. On a essentiellement refait du ghetto mais en plus propre. Auparavant, on repoussait les pauvres et les migrants toujours plus loin ; là, on les a maintenus sur place mais sans [diversifier](#) la population. Il aurait fallu [reconstruire](#) 75 % de logements sociaux hors des zones urbaines sensibles (ZUS) alors que nous n'en avons reconstruit, hors site, que 40 % à peine et moins encore en Ile-de-France.

Nous avons commis une erreur en pensant la rénovation urbaine à l'échelle du quartier alors que c'est au niveau des agglomérations et des intercommunalités, voire même des départements, que le sujet doit être traité. Il n'y a pas de solidarité intercommunale suffisante pour équilibrer la distribution des logements sociaux. C'est l'échec de la loi SRU. Il aurait aussi fallu que la rénovation urbaine soit un projet plus global, qui considère les [transports](#) et l'école et pas seulement le logement.

Ces échecs sont à méditer. Mais la volonté demeure. En tout cas, Nicolas Sarkozy, qui est encore aux affaires, a la possibilité de [placer](#) la dimension sociale de la banlieue au coeur du débat politique. Il faut [sortir](#) des généralités et [prendre](#) la mesure de la gravité de la situation. Déclarer que *"la République va [revenir](#) dans les quartiers"* pour tout régler ne constitue en réalité qu'un simple avatar !

Propos recueillis par Arthur Frayer

## «Invoquer le modèle allemand tient de la pensée magique»

Le Figaro Par [Laura Raim](#) Mis à jour le 13/03/2012 à 12:16 | publié le 16/02/2012 à 11:29 [Réactions](#) (47)



Crédits photo : Remy de la Mauviniere/AP

**INTERVIEW - «Imiter un modèle extérieur a toujours été une tentation française» a déclaré mardi François Hollande. De fait, avant le modèle allemand, aujourd'hui porté aux nues, les modèles japonais, danois, anglais ont été vantés. Que révèle cette recherche effrénée en France du modèle étranger salvateur? Ayant effectué de multiples séjours au Japon, en Argentine, au Danemark et en Allemagne, l'économiste Robert Boyer, directeur d'études à l'EHESS, est un fin connaisseur des différents types de capitalisme.**

**LE FIGARO - Quels ont été successivement les différents modèles vantés en France depuis une quarantaine d'années?**

**Robert Boyer** - Dans les années 70, le jeune Giscard d'Estaing se déclarait adepte du modèle social-démocrate dans sa variante suédoise. De même, la loi élaborée en 1971 par Jacques Delors sur la [formation professionnelle](#) s'inspirait -déjà- du système allemand. Ce fut ensuite au tour du modèle japonais, mobilisé pour moderniser l'organisation du travail et redresser la compétitivité des firmes.

Le [président de la République](#) actuel n'a pas lésiné sur le nombre de modèles invoqués pour réformer l'économie et la société. D'abord, le dynamisme renouvelé des Etats-Unis et de l'Angleterre est attribué à la conjonction de l'innovation financière et du Workfare. Puis, la flexicurité danoise est mobilisée pour renouer le dialogue avec les partenaires sociaux, alors que ce modèle s'oppose sur la plupart des points au modèle anglo-saxon, par la générosité des allocations chômage et le rôle primordial de la formation qui permet l'accès à des emplois à hauts salaires et facilite les reconversions.

Lorsque s'effondre le marché mondial en 2008, la récession est beaucoup plus marquée en Allemagne, au Japon et en Corée, c'est-à-dire les bons élèves en matière de compétitivité et dynamique des exportations: vive donc le modèle étatique français qui assure une meilleure stabilité grâce à une croissance tirée par la consommation domestique. *The Economist* lui-même en vient à noter les mérites d'une régulation à la française. Enfin, c'est le retour du phoenix allemand lorsqu'il apparaît que la reprise y est beaucoup plus vigoureuse qu'en France.

**Est-ce même pertinent et possible d'adopter un modèle étranger?**

Il y a en apparence une logique à se référer aux entreprises qui réussissent dans le contexte d'une concurrence accrue du fait de la mondialisation et des exigences des financiers en matière de rendement de leur capital. Mais il s'agit trop souvent d'appliquer au secteur public et à l'action de l'État le principe d'étalonnage- le fameux benchmarking- en vigueur pour les entreprises, alors que les critères du champ politique ne sont pas les mêmes: l'efficacité économique dans un cas, légitimité grâce à la qualité de la réponse aux demandes des citoyens dans l'autre.

L'invocation d'un modèle, quel qu'il soit, tient plus de la rhétorique et de la pensée magique que d'une analyse et d'une stratégie réalistes. Le plus souvent ce sont des observateurs lointains qui, constatant les remarquables performances d'une économie, les attribuent à telle ou telle spécificité sociale ou institutionnelle. Mais dès que la conjoncture se retourne, force est de constater que l'on n'avait pas compris la nature exacte de la supériorité du pays tant admiré. Ainsi s'évanouissent la plupart des modèles, la crise de 2008 induisant par exemple une relativisation du modèle anglo-saxon et la mise en évidence des excès de la finance.

Il est de toute façon spécialement problématique d'importer telle quelle la totalité des composantes d'un modèle, car cette stratégie vient se heurter aux routines des entreprises, au compromis socio-politique propre à chaque société et à une configuration productive bien différente: n'est-il pas risqué de viser un capitalisme de type anglais si l'on ne dispose pas d'une place financière à vocation mondiale? Que vont conclure les acteurs de l'économie si on leur propose peu après de converger vers le modèle industrialiste rhénan?

### **La France est-elle «complexée»?**

En effet, les récurrents changements de modèle de référence ou, pire, l'invocation simultanée de principes contradictoires témoigne du désarroi des élites françaises, quant au choix puis au maintien d'une stratégie adaptée, viable et acceptée par l'opinion publique. C'est cette valse hésitation qui explique pour une large part les difficultés présentes de la société française. Les pays qui réussissent- l'Allemagne, la Chine, l'Inde le Brésil- partagent un trait commun: la confiance de leur élite et de l'opinion publique en les vertus de leur organisation sociale et politique.

A l'inverse, les États-Unis souffrent du défaut opposé: ils croient à leur exceptionnalisme et apprennent difficilement du monde qui les entoure. Le Japon occuperait une position intermédiaire puisque l'éclatement de la bulle des années 80 a déstabilisé son capitalisme industrialiste et jeté le doute sur la pérennité de son modèle, mais il a une longue expérience d'acclimatation aux innovations venues d'ailleurs.

### **Est-il malgré tout possible de s'inspirer de «bonnes pratiques» venues d'autres pays?**

C'est possible, mais s'amorce alors un lent processus d'adaptation du modèle initial qui finit par déboucher sur une configuration originale différente tant de la configuration domestique du passé que du modèle pris pour référence. Après la Seconde Guerre mondiale par exemple, aussi bien en France qu'au Japon, les gouvernements visent à implanter les méthodes américaines de la production de masse. Pourtant, leur économie finit par converger vers deux formes de capitalisme largement distinctes de celle du capitalisme de marché américain. C'est une grande leçon pour l'Europe: il est vain d'espérer une convergence vers un même modèle qui serait celui du capitalisme rhénan.

### **Arrive-t-il dans d'autres pays que ce soit le modèle français, celui de l'État social, qui soit invoqué?**

De fait, pendant plus de trois décennies le capitalisme à forte impulsion étatique a pu, avec succès, relever le niveau de vie tout en s'insérant dans le marché mondial. Pour autant, il est rare que le modèle français soit cité comme référence. Seuls quelques intellectuels américains osent encore montrer qu'au-delà des apparences les Français réalisent une synthèse assez réussie entre efficacité économique- par exemple la productivité horaire dans l'industrie est l'une des plus élevée au monde- et qualité de la vie, bien plus satisfaisante que ce qui prévaut aux États-Unis. Mais c'est une infime minorité, car domine l'idée que les États-Unis sont et demeureront les leaders dans l'exploration de la modernité.

## Jens Weidmann : Was steckt hinter den Target2-Salden?

FAZ 12.03.2012 · Bundesbankpräsident Weidmann meldet sich in der Targetdebatte zu Wort. Der Schlüssel zur Lösung der Schuldenkrise liege nicht bei den Notenbanken, schreibt er in einem Gastbeitrag für die F.A.Z.

Von Jens Weidmann



© REUTERS Jens Weidmann

Derzeit wird unter dem Schlagwort Target2 der Beitrag des Eurosystems zur Eindämmung der Staatsschuldenkrise kritisch hinterfragt. Doch was steckt hinter diesem schillernden Begriff, der von vielen mit zusätzlichen Risiken für den Steuerzahler gleichgesetzt wird?

Target2 ist sozusagen das Leitungsnetz, in dem Liquidität im Euroraum zirkuliert. Mit diesem Zahlungssystem wird in der Währungsunion grenzüberschreitend Zentralbankgeld zwischen den nationalen Notenbanken übertragen. Diese Liquidität entsteht in den einzelnen Ländern insbesondere über die Refinanzierungsgeschäfte der nationalen Notenbanken mit den Geschäftsbanken. Die Übertragung wird ausgelöst, wenn aus einem Land Zentralbankgeld in ein anderes Land überwiesen wird. Dabei entstehen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB), die als eine Art Clearingstelle fungiert. Bei der überweisenden Notenbank entsteht eine Verbindlichkeit - ein negativer Target2-Saldo. Die empfangende Notenbank erhält eine Forderung - hier entsteht ein positiver Target2-Saldo. Wäre die Geldpolitik im Euroraum bei der EZB zentralisiert, gäbe es zwar keine Target2-Salden, dies würde aber für sich genommen noch nichts an den Risiken aus der Liquiditätsbereitstellung ändern.

In der Zeit vor der Finanzkrise waren diese Salden weitgehend ausgeglichen. Von den nationalen Notenbanken wurde den Banken über Refinanzierungsgeschäfte im Wesentlichen Liquidität für die Mindestreserve und das umlaufende Bargeld zur Verfügung gestellt. Grenzüberschreitender Finanzierungsbedarf der Banken wurde in der Regel durch private Kapitalströme befriedigt, durch Interbankenkredite zum Beispiel. Seit Ausbruch der Finanzkrise, vor allem aber durch die Staatsschuldenkrise, schwand in einigen Ländern das Vertrauen in die Staatsfinanzen und in die jeweiligen Bankensysteme. Private Refinanzierungsquellen, einschließlich des Interbankenmarktes, wurden weniger ergiebig, erschienen zu teuer oder versiegten nahezu ganz. Um den Liquiditätsbedarf abzudecken, der beispielsweise aus Warenkäufen oder Kapitalabflüssen resultierte, wurden verstärkt Mittel beim Eurosystem aufgenommen. Das ist möglich, weil das Eurosystem seit Ausbruch der Finanzkrise seine Liquiditätsbereitstellung sukzessiv ausgeweitet hat: Liquidität wurde gegen Sicherheiten in unbegrenztem Umfang (Vollzuteilung), zu einem niedrigen Zins und zu deutlich längeren Laufzeiten bereitgestellt. Außerdem wurden die Anforderungen an die geforderten Sicherheiten, unter anderem Ratingschwellen, spürbar abgesenkt.

Die Rolle der Liquiditätsbereitstellung hat sich damit deutlich verändert: Es wird nicht mehr nur das erforderliche Minimum an Zentralbankgeld bereitgestellt, sondern das Eurosystem ersetzt in größerem Maße den Interbankenmarkt und andere grenzüberschreitende Kapitalströme.

Das Gesamtvolumen der Refinanzierungsgeschäfte hat von rund 460 Milliarden Euro unmittelbar vor Ausbruch der Finanzkrise auf nunmehr über 1100 Milliarden Euro zugenommen, die mittlere Laufzeit ist von wenigen Wochen auf fast drei Jahre gestiegen. Zugleich ist der Anteil der Peripherieländer am Refinanzierungsvolumen von einem Sechstel auf rund zwei Drittel gestiegen. Durch den anhaltenden Nettoabfluss von Liquidität aus den Peripherieländern haben diese Target2-Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 750 Milliarden Euro aufgebaut.

Es ist die Aufgabe des Eurosystems, Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen - an solvente Banken gegen ausreichende Sicherheiten und ohne Gefährdung der Preisniveaustabilität. Dadurch wird die Kreditversorgung der Wirtschaft sichergestellt, und es kann auch die Finanzmarktstabilität gestärkt werden. Es gilt aber gleichzeitig, die Trennung zwischen Geld- und Finanzpolitik zu wahren und insbesondere das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu achten. Es ist nicht Aufgabe der Geldpolitik, marode Banken künstlich am Leben zu erhalten oder die Zahlungsfähigkeit von Staaten abzusichern. Entscheidungen über die Umverteilung größerer Solvenzrisiken von Banken oder Staaten zwischen den Steuerzahlern der Mitgliedsländer dürfen nur gewählte Regierungen und Parlamente treffen. Die Abgrenzung zwischen Liquiditätsengpässen und Solvenzrisiken bei Banken ist sicherlich nicht immer trennscharf möglich, und gerade in krisenhaften Situationen ist vorübergehend eine gewisse Flexibilität angezeigt. Dadurch steigen dann aber auch die Risiken in den Notenbankbilanzen, und es können gravierende Fehlanreize gesetzt werden.

Die Zunahme von Target2-Salden kann somit durchaus Ausdruck einer Geldpolitik sein, die im Rahmen ihres Mandats entstehenden Liquiditätskrisen Rechnung trägt. Die Kritik an den Salden per se ist insofern - und dies hat die Bundesbank immer wieder betont - nicht sachgerecht. Für mich stellen die Target2-Forderungen der Bundesbank auch kein eigenständiges Risiko dar, weil ich ein Auseinanderbrechen der Währungsunion schlichtweg für absurd halte.

Ob und wie stark Verluste aus der Liquiditätsbereitstellung auf die Bundesbankbilanz durchschlagen, hängt nicht von der Höhe der Target2-Forderungen der Bundesbank ab. Dies gilt auch für den hypothetischen und in der Öffentlichkeit breit diskutierten potentiellen Austritt eines Landes mit negativen Target2-Salden. Auch in einem solchen Fall, von dem ich nicht ausgehe, ist das Risiko ursächlich in der Art und dem Umfang der Liquiditätsbereitstellung begründet. Hierbei könnte es zu teilweisen Forderungsausfällen bei der EZB kommen. Verluste der EZB wären aber gegebenenfalls von allen Notenbanken des Eurosystems zu tragen - unabhängig von deren Target2-Saldo.

Es besteht aber im Eurosystem breite Einigkeit, dass die geldpolitischen Sondermaßnahmen begrenzt und befristet sind und dass sie keinesfalls einen Vorwand liefern dürfen, die notwendigen Reformen im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik aufzuschieben. Für mich ist es ein zentrales Anliegen, dass hierdurch keine Stabilitätsrisiken entstehen, etwa wenn der Eindruck entstünde, die Geldpolitik gerate ins Schlepptau der Finanzpolitik. Die Risiken, die das Eurosystem übernimmt, sind zu einem gewissen Grad unvermeidlich, aber wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass sie in vertretbaren Grenzen bleiben. Dazu trägt auch bei, dass das Eurosystem zügig ein Konzept entwickelt, wie die umfangreiche Liquiditätsversorgung durch die Notenbanken zeitgerecht zurückgeführt wird, damit daraus keine Inflationsgefahr entsteht. Der Schlüssel zur Lösung der Krise liegt am Ende nicht bei den Notenbanken, sondern bei den Mitgliedstaaten.

**Jens Weidmann** ist seit Mai 2011 **Präsident der Deutschen Bundesbank**

Quelle: F.A.Z.

## Les Suisses disent «non» à plus de vacances

Par  Marie Maurisse Mis à jour le 11/03/2012

### ***Un référendum rejette la proposition de passer de quatre à six semaines de congés payés par an.***

Les citoyens suisses ont dit «non», par référendum, à l'instauration de «six semaines de vacances pour tous», soit quinze jours de congés payés en plus. L'initiative populaire lancée par les syndicats a été rejetée par 67% des votants. Le texte réclamait le passage à six semaines de congés obligatoires au minimum, alors que la Constitution fédérale en autorise quatre depuis 1984.

Le résultat n'a surpris personne: les milieux économiques et le Parlement s'étaient prononcés contre. L'argumentaire des initiants reposait sur la dégradation des conditions de travail. «Mais le calendrier économique n'était pas favorable et les adversaires ont joué sur la peur», réagit Josiane Aubert, vice-présidente de Travail suisse, le groupe à l'origine du référendum.

### **«Plus que les Français? Impensable!»**

Dans le camp adverse, le président de la Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie, Bernard Rüeger, se dit «fier que le citoyen suisse ait conscience que travailler moins provoque pauvreté et désindustrialisation».

«Nous aurions été les champions du monde des vacances, plus que les Français, c'est dire...», ironise à la Télévision suisse Cristina Gaggini, directrice romande d'Économie suisse, une association patronale. Les Helvètes refusent plus de vacances «parce qu'au fond, tout au fond de leur mémoire, subsiste encore l'idée que les vacances sont l'invention paresseuse d'une poignée de nantis », indique le journal *Le Temps*.

03/06/2012 05:43 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## Euro Crisis Crucible

### *Rift Grows Between Germany's Bundesbank and ECB*

By [Sven Böll](#), Martin Hesse, Christian Reiermann, [Michael Sauga](#) and [Anne Seith](#)

There are growing divisions among European Central Bank leadership about how to handle the euro crisis, not to mention between the ECB and the Bundesbank, Germany's central bank. While ECB head Mario Draghi is pleased with his recent decision to flood the markets with cheap money, Bundesbank President Jens Weidmann warns of the dangers.

By the time European Central Bank (ECB) President Mario Draghi made his appearance at the most recent G-20 meeting in Mexico City, most participants were already thinking about the long trip home, but he still had no trouble spreading a bit of good cheer. "Super Mario" casually sat on a dark chair and, with an impish smile on his face, explained in a gentle voice why his loose monetary policy -- which he himself has dubbed "Big Bertha" -- is precisely what's needed. "The euro is now a safer place than it was at the time of the last G-20 summit in Cannes," he said.

Shortly after he returned home, Draghi used his wonder weapon again. Last week, the ECB [pumped more than half a trillion euros into the markets](#) to maintain the money flow in the monetary zone. Europe has experienced a painful lack of liquidity ever since a large number of northern European banks reacted to the euro crisis by severing nearly all lines of credit to financial institutions in the south. Now, with the help of Draghi's second cash injection within just a few weeks, ailing southern European banks were once again able to grant loans and purchase sovereign bonds from their home countries.

Although this has eased the ongoing debt crisis on the Continent, and made Draghi into "Europe's rescuer" in the eyes of many politicians and financial managers, one of his leading partners views this approach with growing concern. Only two days before Draghi made his G-20 presentation, Jens Weidmann, president of Germany's central bank, the Bundesbank, spoke at the Mexico summit, and he had an entirely different message for his listeners. "The crisis cannot be resolved solely by throwing money at it," he said.

There is a rift among top-ranking officials at the [ECB](#), and it also extends between the majority of the ECB's Governing Council and the Bundesbank. First, two leading German ECB officials -- chief economist Jürgen Stark and Bundesbank President Axel Weber -- resigned because the monetary authority was buying up sovereign bonds from Greece and Portugal. Then Weber's successor Weidmann objected to the ECB's purchase of government bonds from heavily indebted Italy.

Now, Weidmann is rebelling against the manner in which Draghi is giving European banks one new cash injection after another. Although Weidmann admits that the measures are basically correct, their conditions are "very generous," he complains -- and expresses his total opposition to this policy in the jargon of the central bankers: "This can particularly become a problem if banks are discouraged from taking action to restructure their balance sheets and strengthen their capital base."

### **New Escalation**

Only a few weeks ago, it looked as though Draghi's arrival in office would usher in an era of harmony at Frankfurt's Eurotower, the ECB headquarters. Germany's monetary policy hardliners had resigned, and even Germany's mass circulation *Bild* newspaper welcomed the former head of Italy's central bank as "quite German," and even as "very Prussian." But the conflict between Europe's two most important monetary policymakers has become increasingly apparent, and it's compounded almost on a weekly basis by contentious

new issues. One day Weidmann votes against special conditions for the ECB with regard to the Greek debt haircut, the next day he objects to the long maturities on Draghi's loans to banks.

Last week, the conflict escalated to a new level. Weidmann complained in a letter to ECB President Draghi that the central bank was accepting increasingly lower-grade collateral in exchange for its cash injections. This poses a danger, he warned, as the central banks in the north of the euro zone are owed ever growing amounts of money by their counterparts in the south. If the euro zone broke apart, the Bundesbank would be left holding a good deal of its bad debt from so-called TARGET2 loans, which currently amount to some €500 billion (\$660 billion), he warned.

This may sound somewhat technical to most laypeople, but among leading ECB officials the letter was seen as violating a taboo. TARGET2 refers to the central banks' internal payment system, which has accumulated massive imbalances during the course of the [euro crisis](#). These inequalities aren't problematic as long as the monetary union remains intact. So far, the Bundesbank has always played down this risk. But Weidmann's about-face is a "disastrous signal," say ECB executives because, for the first time ever, the Bundesbank "is no longer ruling out a break-up of the euro zone."

On the surface, the wrangling revolves around loan conditions and interest rates, but in reality it has to do with the basic course of European monetary policy: the question being whether a debt crisis can be combated with even more debt, or whether it will spark the next, possibly even greater crisis.

Although debt and cheap money triggered the global financial crisis, the central banks of the US, Japan and the UK continue to reduce interest rates, flood the markets with liquidity and make it easier for companies, banks and countries to acquire new debts (see graphic).

## **First Signs of Inflation**

But what boosts the economy and stock markets over the short term also entails significant risks over the long term, at least according to the Bank for International Settlements (BIS), which acts as an umbrella organization for the central banks. The Basel-based institution, which already predicted the big crisis back in 2003, is now warning nearly as urgently against the dangers of the lax monetary policies that prevail today. The Swiss bank says that such policies remove the incentive for political reforms, increase the risk of price bubbles on stock exchanges and real estate markets, and make it increasingly difficult to return to normal conditions. BIS Deputy General Manager Hervé Hannoun recently spoke of the "illusion of unlimited intervention." He said that this solution could have the ugly result of a "surprising inflation" rate.

Bundesbank President Weidmann takes a similar view as he notes with concern how ECB President Draghi has emulated the lax monetary policy of the US Federal Reserve since he took office last November. One of Draghi's first official acts was to lower the base lending rate -- and when it came to drafting his bank program, he ignored all requests by the Bundesbank to limit the duration and scope of the measures. Sources at the Bundesbank say that although Draghi admittedly takes pleasure in repeatedly praising Germany's culture of stability, they contend that there's a marked discrepancy between his words and actions.

These concerns are understandable now that statisticians are registering the first signs of inflation. In February, the inflation rate in the euro zone didn't decline, as expected, but instead rose by 2.7 percent, primarily due to the rising price of gasoline. Furthermore, on other markets where investors like to speculate with cheap money from the central bank, prices are currently rising -- in the German real estate sector, for example.

The impact of this development is felt on a daily basis by Florian Koch, owner of the Berlin branch of the real estate firm Dahler & Company. On a gray March afternoon, Koch is standing in front of the Bertolt Brecht monument, near the Berliner Ensemble, home of the theater company established by the leftist playwright in East Berlin shortly after World War II. Behind the Brecht statue, an investor is building a decadent capitalist manifesto made of concrete, steel and glass, which will include a concierge service, a health spa and a private café.

The basement floor hasn't even been completed, but half of the luxury apartments have already been sold -- at premium prices of nearly €15,000 per square meter (\$1,840 per square foot). "Two years ago, such prices in Berlin were unimaginable," says Koch. "But today they're not unusual for the high-end sector." During the first six months of 2011 alone, investors purchased €4.5 billion in real estate and land in Berlin for -- an increase of 60 percent over the previous year.

### **Too Much Money**

It's a similar story in major cities across Germany. Once one of the most sluggish real estate markets in the world, where prices in many areas have tended to fall rather than rise, Germany has suddenly become a hot tip for international property speculators. Andrew Bosomworth, an investment analyst for Allianz subsidiary PIMCO, is concerned about this development. "The housing market is being swept clean. Germany is now in the same situation as Spain and Ireland at the beginning of the monetary union: Real interest rates are too low and the (ECB's) monetary policy is too lax for Germany. This could be the beginning of the next bubble."

A credit analyst at a large German bank says that cheap loans are primarily driving this unhealthy development. "If we continue like this, we'll have a subprime problem in Germany in five years." Subprime loans are the mortgages that were widely granted in the US until 2007, in many cases to impoverished debtors who later defaulted in droves.

Fear breeds fear -- as is the case with the fear of inflation. Since so many people are afraid of the euro losing its value, they're investing their money in material assets, causing prices to rise -- not only for buildings and land, but also for artwork, vintage cars and timepieces. Only three years ago, for instance, Berlin merchant Falko Modla was selling watches made in the former East Germany for €85 apiece. "Now, the price range starts at €300," he says. Certain rare models go for €500 and more. "Today's market is prepared to pay the price," he says.

There's simply too much money around. Indeed, all concerns are pushed aside on the stock and commodity markets and investors are buying like mad. Ever since the announcement of Draghi's cash injections, the German stock index, the DAX, has risen by 20 percent -- and prices for copper, aluminum and zinc have also increased sharply. The price of oil has jumped by 15 percent and a fine ounce of gold costs roughly 10 percent more than it did two months ago.

If additional cheap loans of this type are granted to banks, "there's a big danger that new bubbles will form on the commodity markets," says Eugen Weinberg, a commodity analyst at Commerzbank. He says the recent stock market rally is already "alarming."

Although many experts are critical of the recent trend, the financial industry is delighted. It's a golden opportunity for banks and funds when they can use cheap loans from the ECB to go hunting for lucrative returns. This increases profits, but it also solidifies unhealthy business practices.

### **Cash as Camouflage**

That is also happening under Draghi's monetary program, which has done nothing to change the fundamental problem plaguing the European financial sector: The banks no longer trust each other. For their part, German banks are hoarding huge sums that they park in so-called overnight deposits at the ECB. Meanwhile, financial institutions in Italy and, of course, Greece are left high and dry. Even banks in France are repeatedly having problems acquiring fresh capital.

The ECB's supportive measures will "win time" at best, says Michael Kemmer, general manager of the Association of German Banks. But they can by no means replace the private bank market, he argues.

If there's anyone who knows precisely what Kemmer means, it's Commerzbank CEO Martin Blessing. The Frankfurt banker has watched helplessly while his bank's ailing subsidiary Eurohypo has ruined his annual results, year after year. Eurohypo is a relic from bygone days. Initially, it set out to make a fortune by

bankrolling, of all things, sovereign states and real estate deals -- a business model that has probably been relegated to the dustbin of history since the outbreak of the financial crisis. What remains is a bloated, toxic balance sheet amounting to €200 billion, brimming with sovereign bonds and real estate loans from troubled states like Spain, Italy and Greece.

Eurohypo should actually be liquidated. Nevertheless, Draghi has given the bank some breathing room, once again. The real estate bank borrowed €10 billion from the ECB to pay off internal loans from Commerzbank. Likewise, the Düsseldorf-based IKB Deutsche Industriebank, which hasn't really gotten back on its feet since it nearly collapsed in 2007, has also reportedly taken a handout from the ECB. Analysts say that the French-Belgian Dexia bank, which recently produced losses of €11.6 billion and is now finally about to be broken up, has only been kept alive thanks to regular ECB contributions.

That's the nice thing about Draghi's money. It covers up problems -- camouflaging those faced not just by bankers, but also by politicians. Many governments in the Mediterranean region ran into trouble during the euro crisis when investors no longer wanted to purchase sovereign bonds from heavily indebted southern European countries, causing their interest rates to go through the roof. The bailout operation launched by the ECB, consisting of purchasing large quantities of government bonds from these crisis-ridden states, was met with decisive resistance from the Germans, though.

### **Big Price Tag**

Draghi's monetary program also produced a gentle solution to this problem. The banks used a portion of the funds that flowed to them from the ECB to make lucrative extra deals. They purchased billions of euros worth of sovereign bonds from ailing countries. They pay the low interest rate of 1.0 percent on the central bank loan, while Italian and Spanish government bonds produce yields of five percent. The difference is pocketed as profit.

Apparently, everyone is given a helping hand -- ailing banks as well as debt-ridden countries. But this approach is only effective if the governments use the time gained to put their budgets in order. If they go bankrupt, however, taxpayers will also have to bear the losses for banks that have gotten into trouble.

"The program may have a calming effect in the short term, but it is a calm which could be deceptive," Weidmann said recently.

The calm also comes with a hefty price tag. In addition to pumping increasing amounts of money into the financial system for progressively longer maturity periods, the ECB has in exchange accepted more and more dubious collateral, dangerously escalating the conflict between Weidmann and Draghi.

Now, the ECB balance sheets contain large quantities of the notorious junk bonds that dragged down many banks during the financial crisis. Many financial institutions have even cobbled together their own new credit derivatives from dubious real estate loans in order to trade them for new loans from the central bank.

The bankers have really put their imagination to work in coming up with a growing range of creative, new forms of collateral. For instance, with the friendly support of their home governments, financial institutions are making increasingly excessive use of a legal loophole that has long been largely ignored: They issue their own bonds and have them stamped with state guarantees in exchange for a minor fee, all for the purpose of submitting them to the ECB as collateral.

### **Draghi Aware of Risks**

Putting this formula to use, in December alone Italian banks printed their own new bonds worth €40 billion, which they exchanged for cash. The central bankers have also turned a blind eye to the value of many sovereign bonds. When the rating agencies awarded Greek, Portuguese and Irish bonds with junk status, the ECB promptly decided to entirely ignore this information so it could continue to count them as collateral.

Draghi feels that the risks on his balance sheet are "well managed." Experts at the Bundesbank, though, have serious doubts about this, particularly since in a number of ailing countries cash-strapped banks are even allowed to submit mortgages, consumer loans and inferior quality corporate loans in exchange for fresh, cheap money. To make matters worse, there are no proper rating procedures for such collateral. "The central banks of the euro system are taking substantial risks in their balance sheets that are at the limit of their mandates," says Weidmann.

The head of the Bundesbank also favors helping the banks with extra money to avoid the threat of a credit crunch. But to limit the harmful side effects of the program, Weidmann is urging higher interest rates, shorter maturities and new rules for bank financing. He says that the most recent concessions to cash-strapped banks, allowing them to pawn off corporate and consumer loans, should be withdrawn immediately.

Draghi knows the risks of his policies. But he's not entirely wrong when he points out that his initiatives have turned around the mood in the euro zone. This makes the criticism from the neighboring institution in Frankfurt all the more difficult to understand. How can it be, he often asks, that he is celebrated around the world, and yet only the Germans are taking a critical stance?

In any case, he knows that he enjoys the support of the majority of the ECB Governing Council. Head of the French central bank, for example Christian Noyer, opposes a hasty change in the conditions for loans. "I wouldn't opt to tighten the standards for collateral at the moment -- we can do this once the crisis is over," he says.

## **Rifts Widen**

Not surprisingly, the mood is tense between the two Frankfurt monetary authorities. At the Bundesbank, they like to call Draghi the "investment banker" because, following his tenure at US investment bank Goldman Sachs, he pays too much attention to the needs of the financial industry, they allege.

At the same time, the bankers in the other euro countries are growing tired of regularly receiving statements by the Bundesbank in which Weidmann's team of legal experts express their concerns about the ECB's crisis management. "The Bundesbank shoots down every proposal in a completely destructive manner," is the message even from central banks that are well-disposed toward the Germans. Other institutions more politely refer to a "massive overemphasis" on the part of the legal team.

The rifts between Europe's monetary watchdogs are getting wider. In the Eurotower, the Germans are seen as stubbornly sticking to their principles. On the other hand, the officials of the Bundesbank are concerned that their traditional monetary policy line -- which was originally supposed to serve as the model for the ECB -- is being gradually pushed aside during the crisis. When former ECB chief economist Jürgen Stark resigned, he admitted in frustration: "I'm not satisfied with the way this monetary union has developed." The mandate of the ECB has been "extended to the extreme," he said.

Weidmann sees it as his duty to change that. But the balance of power is against him. At the head of the ECB, there are no less than two representatives of financially weak, crisis-ridden countries: Mario Draghi and his deputy Vítor Constâncio of Portugal. That alone would have been unthinkable just a few years ago. In the top decision-making circle, the ECB Executive Board, three of the six members are from southern Europe -- and two more come from the heavily indebted countries of Belgium and France.

## **Next in Line**

The superior strength of the southern Europeans is also disquieting for other northerners. The Finns, Austrians and Germans intend to at least partly roll back this revolution. On March 12, the council of finance ministers is scheduled to vote on a successor to outgoing ECB Executive Board member José Manuel González-Páramo -- and Luxembourg's Yves Mersch is widely tipped to take the Spaniard's place.

Nevertheless, many central bankers are no longer willing to be pressed into the trite old categories of hawks and doves. The ECB Governing Council is now primarily occupied by pragmatists who switch from one coalition to the other. Even the new German on the Governing Council, Jörg Asmussen, matches this description. Back in the days when Weidmann and Asmussen were still top government officials in Berlin -- one in the Chancellery, the other at the Finance Ministry -- they both had the reputation for being an unbeatable duo. German newspapers called them "the men in the shadows."

But today Asmussen acts as a kind of foreign minister for the ECB, and thus owes his loyalty not to his old friend Weidmann, but rather to a new ally: his boss Draghi.

If Weidmann intends to push through his positions, he'll have to count on other allies such as the head of the Finnish central bank, Erkki Liikanen, and his Dutch colleague, Klaas Knot.

Weidmann is counting on another long-term outcome anyway. In seven years, a successor will have to be found for the 64-year-old Draghi. When that happens, there will be no way to circumvent Germany, which has waived opportunities on two occasions to take the position. Weidmann, 43, would not only be the right age, he'd also have the right profile -- as a stalwart representative of the Bundesbank tradition.

*Translated from the German by Paul Cohen.*

- <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,819255,00.html>

03/06/2012 12:02 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## The Hundred-Billion-Euro Bomb

### *Euro-Zone Central Bank System Massively Imbalanced*

By [Stefan Kaiser](#)

More than a year ago, German economist Hans-Werner Sinn discovered a gigantic risk on the balance sheets of Germany's central bank. Were the euro zone to collapse, Bundesbank losses could be half a trillion euros -- more than one-and-a-half times the size of the country's annual budget.

The crucial clue came from the same man whose signature once adorned the deutsche mark: Helmut Schlesinger, former president of Germany's central bank, the Bundesbank. He was the one who pointed Hans-Werner Sinn, an economist in Munich, in the direction of a strange entry in the Bundesbank's statistics: In late 2010, records showed claims on other euro-zone central banks totaling over €300 billion (\$400 billion). Curious, Sinn began to dig deeper. What he found exceeded his worst expectations.

"In the beginning, all I had was this number, and I didn't really know what it meant," says Sinn, who is president of the Munich-based Ifo Institute for Economic Research. "The Bundesbank told me those were irrelevant balances. But that didn't reassure me."

Sinn spoke with specialists at various central banks and with colleagues in his field. "Each person knew a little bit," Sinn explains, "and I had to fit the pieces of the puzzle together. It was real detective work."

After weeks of work, Sinn had assembled enough pieces to create a picture that would make any one shudder: Since the 2007 financial crisis, immense imbalances have formed within the otherwise harmless payment system that exists between the central banks of the 17 euro-zone member states. While Italy, Spain, Ireland, Portugal and Greece, all hit hard by the debt crisis, show deficits totaling over €600 billion, the claims owed the Bundesbank have climbed to €498 billion.

### 'Caught in a Trap'

As long as the monetary union continues to exist, this isn't a catastrophe. The money is virtual, created by central banks, and its existence doesn't mean that an equivalent amount is lacking elsewhere. But as soon as a country leaves the euro zone, or the currency union collapses entirely, things get critical.

"We're caught in a trap," Sinn says. "If the euro breaks apart, we're left with an outstanding balance of nearly €500 billion, owed by a system that no longer exists." That figure, €500 billion, is more than one and a half times Germany's annual federal budget.

This, though, is the worst-case scenario, and would only apply if the euro zone falls apart entirely. A far more realistic possibility is that one country, such as Greece, would leave the monetary union. In this case, all of the other euro-zone central banks would have to bear the Greek central bank's debt together. Germany's Bundesbank, in accordance with its share of the European Central Bank (ECB), would assume about 28 percent. With Greek debt at €108 billion, Germany's share would be approximately €30 billion.

Sinn loves to be provocative. In this case, though, it seems he truly has serious concerns. Sitting at a restaurant in Berlin's government quarter with his laptop open on the table in front of him, he uses the tip of his coffee spoon to trace the yellow and blue lines that snake across the screen. These lines are meant to show the extent to which the euro zone has gone off track.

"This is dangerous," Sinn says, his eyes flashing. These outstanding balances owed by other central banks open Germany up to blackmail, he explains. "Now everyone knows we have to save the euro, at almost any cost."

His thesis sounds dramatic, yet so far Sinn hasn't managed to get the general public interested in the problem, which is only slowly spreading beyond economic circles. He has made it into the major newspapers, but the mass-circulation tabloid *Bild* won't be publishing Sinn's discovery on its front page any time soon.

Sinn certainly isn't shy about making himself heard. He's a welcome guest on talk shows because he makes his case clearly and sums it up in pithy sound bites. But that approach doesn't work with Sinn's current subject, which is too complex for a talk show. Then there's the name of the payment system between the central banks -- "TARGET2" -- which sounds about as exciting as the title of an accounting seminar.

## **The Genesis of the Problem**

In theory, the system ought to be as harmless as it sounds. TARGET2 is meant to help process the payment claims between central banks that result with every cross-border bank transfer within the monetary union. As long as the economy is in balance and goods and money are flowing in all directions, the balances always even back out. Even if a country imports more goods than it exports, it is generally able to make up the difference through capital inflow from abroad, keeping TARGET2 balances at or near zero. This was the case until the beginning of 2007.

Here's an example: A Greek business buys a truck from a German company. The Greek company's local bank in Thessaloniki transfers the payment for the truck to the German company's bank in Stuttgart. Because the payment is carried out through the two countries' central banks, this creates a liability on the part of Greece's central bank toward the ECB within the Target2 system, while the German Bundesbank now has a claim from the ECB for the same amount.

The balance evens out when money flows from Germany to Greece, as happened most years before the crisis: The commercial bank in Greece would borrow the money it needed for its loan to the Greek business, for example, from a German bank.

That, in itself, is a problem. Since countries such as Greece, Spain and Portugal have for years imported more than they exported, even before the crisis they relied on capital inflow from abroad to pay for the goods and services they bought. Germany, on the other hand, has consistently produced export surpluses, which means it has to export capital as well.

Such imbalances cause difficulties in the long term, even in good times. But in a financial crisis, they can potentially lead to catastrophe because the cash flow between banks suddenly falters. This is what has happened since 2007:

- Banks in all of the euro zone countries have had to hold onto their money. They withdrew from supposedly unstable countries, and loans that expired were not renewed.
- The fears of the wealthy also came into play: Concerned that their money might soon lose its value, they began to pull out of Greece, Ireland and Portugal, then later Spain and Italy as well. This left banks in those countries with a smaller pool of savings they could pass on as loans.
- The result of all this was that Greece and the other countries in crisis no longer had enough money to fund all of their imports. If Greek banks wanted to offer further loans, for example to pay for the purchase of German or Dutch products, they had to borrow from their central bank.
- The central bank, in turn, simply created money out of nothing, charging it to the entire euro zone as an outstanding claim within the TARGET2 system. "These countries simply pull money off the printing press," Sinn complains.

Even worse, the central banks also grew increasingly lax in the collateral they required for loans they made to banks in their country. Whereas in the past they accepted only government bonds with top-level credit ratings, now they began to accept second and third-tier securities. This can be seen clearly in the statistics: Just between

2005 and 2010, the volume of securities accepted by central banks rose from €8 billion to €14 billion -- and has likely increased even more since then.

Especially those banks in crisis countries, which are already reliant on their central banks, now submit even their worst securities. Greek banks, for example, have primarily their own country's sovereign bonds on their books. No one on the free market wants these securities, but the Greek central bank continues to accept them as collateral, issuing new money to the banks in exchange. "Private cash flow is replaced by public cash flow," Sinn explains.

This becomes dangerous if those securities ever need to be used, for example if Greece leaves the monetary union or declares bankruptcy. At that point, Greek bonds would be valueless, and the probability that Greece's central bank will be able to repay its debts to the euro system becomes miniscule.

### **'If Only One Person Says It, It Can't Be True'**

At first, Sinn took a great deal of criticism for his beliefs. There was something of an outcry among economists the first time he published details of his thoughts in the *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, partly because not all of those thoughts were as clearly formulated as they are in his most recent paper on the subject. He was exaggerating and artificially playing up the risks, other economists said. The Bundesbank itself also initially dismissed the divergent balances as more or less harmless. Sinn was essentially alone in his views.

"Everyone thought: If only one person says it, it can't be true," Sinn says. Still, the economist says, he never doubted his own interpretation of the facts. And by this point most of the critical voices have fallen silent.

"I spent two weeks looking into the subject," says one German economics professor. "Mr. Sinn is right. The analysis is brilliant." Others concede, though some through gritted teeth, that the risks of the TARGET2 balances do seem to be higher than they originally thought.

The ECB, meanwhile, has confirmed the principles behind Sinn's analysis, but draws considerably more innocuous conclusions, at least publicly. The fact that central bank funds within the euro system are distributed so unevenly, according to the ECB, actually helps promote stability, since financially solid banks even "in countries with financial strains" are able to satisfy their liquidity needs.

That statement only seems reassuring on first glance. In plain language, what it means is that commercial banks in crisis-stricken European countries are forced to rely on funds from their central banks because they can no longer get money anywhere else.

### **Eurobonds Would Help Solve the Problem**

It is difficult to come up with ways to reduce risk without plunging the euro zone into chaos -- which is precisely what would happen if central banks in crisis countries were forced to pay back their debts overnight. Sinn suggests tightening regulations on the collateral banks use to borrow money from central banks. In the medium term, he says, central banks could be forced to regularly settle their liabilities with valuable securities, which is common practice in the Federal Reserve System in the US.

Another option for reducing risk in central banks would be to shift aid from monetary policy to fiscal policy, for example through the introduction of eurobonds. That, though, is a route Sinn would rather not consider. Instead, he advocates tougher methods.

"The rules need to be stricter," he says. "Anybody who can't comply with them doesn't belong in the euro zone." Sinn, as ever, the provocateur.

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,818966,00.html>

## Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gesunken

05.03.2012 · Im vergangenen Jahr haben in Deutschland 108.900 Frauen abgetrieben. Das sind 1600 weniger als 2010. Der Großteil der Schwangerschaftsabbrüche erfolgte ambulant.

Im vergangenen Jahr haben weniger Frauen als 2010 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Mit 108.900 waren es 1,4 Prozent oder knapp 1.600 weniger als 2010, als noch 110.431 Abtreibungen registriert wurden, teilte das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mit. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist seit 2004 in Deutschland rückläufig.

Knapp drei Viertel der betroffenen Frauen waren zwischen 18 und 34 Jahren alt, 14 Prozent zwischen 35 und 39 Jahren. 40 Jahre und älter waren fast acht Prozent der Frauen, die sich zur Abtreibung entschlossen. Der Anteil der unter 18-Jährigen betrug vier Prozent. Hier ging die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 450 auf rund 4.000 zurück.

97 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche erfolgten nach der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung. Demnach müssen sich die Frauen vor dem Eingriff bei einer anerkannten Stelle beraten lassen. In drei Prozent der Fälle waren die Schwangerschaftsabbrüche medizinisch oder kriminologisch begründet. Mehr als zwei Drittel der Abbrüche wurden mit der sogenannten Absaugmethode vorgenommen.

Ein Großteil der Eingriffe erfolgte ambulant, davon 80 Prozent in gynäkologischen Praxen und 18 Prozent in Krankenhäusern. Sechs Prozent der Frauen ließen den Eingriff in einem Bundesland vornehmen, in dem sie nicht wohnten. Im vierten Quartal 2011 wurden rund 26.300 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das waren rund 1,3 Prozent weniger als im vierten Quartal 2010.

Quelle: AP

## Les IVG en hausse chez les femmes de moins de 25 ans

Par [Agnès Leclair](#) Mis à jour le 07/03/2011 à 12:39 | publié le 06/03/2011

### ***Des spécialistes suggèrent une politique de prévention auprès des plus jeunes.***

En France, le nombre d'IVG ne baisse pas au fil des années, regrettent les uns. Le droit à l'interruption volontaire de grossesse est menacé, clament les autres. Trente-six ans après l'adoption de la loi Veil, dix ans après la loi Aubry qui a rallongé le délai légal d'intervention de 10 à 12 semaines et supprimé l'autorisation parentale pour les mineures, le sujet reste sensible. Ce lundi, le professeur Israël Nisand, gynécologue obstétricien du CHU de Strasbourg, fait le point sur les nouveaux enjeux de l'IVG en 2011 dans une conférence organisée à Paris. «Actuellement, une grossesse sur trois est non désirée, contre une sur deux il y a dix ans. Dans cette situation, les femmes décident de l'interrompre six fois sur dix», précise le célèbre spécialiste.

Dans l'opinion, le droit à l'avortement ne laisse pas les Françaises indifférentes. 83% d'entre elles se disent toujours prêtes à [se mobiliser pour défendre ce droit](#), selon une enquête réalisée pour l'occasion par OpinionWay pour le laboratoire Nordic Pharma. 7% des sondées pensent pour leur part que l'IVG ne devrait en aucun cas être autorisée. Le Pr Nisand, lui, plaide pour une meilleure politique de prévention auprès des plus jeunes. 237.000 IVG ont été réalisées en France en 2009 et, précise le gynécologue, «selon les derniers chiffres, les IVG sont en hausse chez les femmes de moins de 25 ans. Environ 15.000 sont pratiqués tous les ans sur des mineures».

«Terminer sa première histoire d'amour par une IVG, c'est un chemin initiatique désolant et potentiellement traumatisant. La moitié des [IVG de mineures](#) pourraient être évitées. Car, en France, cet acte est anonyme et gratuit, tandis que l'accès à la pilule contraceptive ne l'est pas. Nous préférons faire des IVG confidentielles plutôt que proposer une contraception confidentielle. C'est une honte !» s'indigne Israël Nisand, qui estime que le sujet de la sexualité des adolescents reste encore tabou. À Strasbourg, son service Info-Ado permet aux jeunes filles de moins de 18 ans de se faire prescrire la pilule gratuitement via une feuille de Sécurité sociale anonyme. Résultat: les IVG sur des mineurs seraient deux fois moins nombreuses qu'au niveau national, avance-t-il.

## **Pour une contraception gratuite et anonyme des mineures**

Et de lancer un appel aux politiques pour généraliser un système similaire. Il est soutenu par la députée UMP Bérengère Poletti. Déjà [auteur de plusieurs amendements](#) pour améliorer l'information sur la contraception et la formation des médecins, elle va proposer une mise en place au niveau national de la contraception gratuite et anonyme pour les mineures dans un rapport parlementaire prévu au printemps. Cette question ne peut être traitée au niveau régional comme l'a proposé [Ségolène Royal](#) en Poitou-Charentes, juge la parlementaire. «La loi de 2001 sur l'éducation à la sexualité et l'information sur la contraception dans les collèges est inégalement appliquée. Il faut mieux informer les adolescents, précise-t-elle. Certains craignent de les précipiter prématurément dans une vie adulte, mais c'est un faux problème. L'âge du premier rapport sexuel reste stable.»

Enfin, pour le Pr Nisand, un autre droit n'est pas respecté: celui de l'accès des femmes à l'IVG médicamenteuse au-delà d'un délai de huit semaines. «En dix ans, nous sommes passés de 30% d'IVG médicamenteuses à près de 50%. Mais quand on offre le choix aux femmes, si elles savent qu'elles seront accompagnées, 90% décident d'éviter l'IVG chirurgicale.»

---

## **Chaque année, 4500 adolescentes deviennent mères**

Environ 4500 adolescentes donnent naissance à un enfant chaque année en France. Ces grossesses menées à terme, désirées ou non, et dont le nombre est désormais stable, suscitent toujours un grand désarroi. «Les grossesses de mineures sont vécues par les professionnels de santé comme un échec du système. Elles déstabilisent, remarque Florence Francillon, sage-femme et vice-présidente de Gynécologie sans frontières (GSF), à l'origine d'un colloque consacré, vendredi au Sénat, aux maternités adolescentes. Ce sont des grossesses très particulières, souvent à risque, qui nécessitent une prise en charge globale adaptée.» Or trop peu de centres multidisciplinaires ont, selon l'association, la capacité d'accueillir ces mères adolescentes pendant leur grossesse et après la naissance de leur bébé.

### **Un vrai désir de grossesse**

Pour certaines jeunes femmes, la grossesse est le résultat d'un échec de contraception, parfois lors du premier rapport sexuel. D'autres ont cherché à se rassurer sur leur fertilité. «On s'aperçoit très vite que ces maternités a priori accidentelles répondent en fait à un vrai désir d'être enceinte, parce que cela permet d'accéder à un statut et à un accompagnement des adultes», note le Dr Richard Beddock, vice-président de GSF. Médicalement, ces grossesses n'entraînent pas de risque accru de complication obstétricale, à condition d'être bien suivies. Mais la moitié de ces jeunes filles fument et nombreuses sont celles qui se mettent en danger. «On retrouve la plupart du temps des antécédents de violence dans leur histoire, des carences affectives ou une mauvaise estime de soi, pointe Florence Francillon. Ces situations peuvent aussi se rencontrer dans des milieux sociaux favorisés, lorsque les parents sont absents par exemple.» La plupart des adolescentes étaient en échec scolaire avant leur grossesse. Seule la moitié d'entre elles reprend l'école et 35% de ces jeunes filles auront un autre enfant dans les deux ans suivant la naissance de leur premier bébé...

## Wettbewerbsfähigkeit

### Irland schafft die Wende, Griechenland nicht

FAZ 05.03.2012 · Während sich Irland unter den Krisenländern wacker schlägt, gelingt Griechenland die Wende bislang nicht. Auch in Spanien, Italien und Portugal geht der notwendige Anpassungsprozess nur schleppend voran.

Von [Philip Plickert](#)

Im Jahr 2010 blieben die Preisentwicklungen der meisten Krisenländer unterhalb der des Euro-Durchschnitts, nur Irland hat es geschafft, die Preise für selbst erzeugte Waren zu senken

Damit Europas Krisenländer an der Peripherie wirtschaftlich wieder auf die Füße kommen, müssen sie ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Neuere Daten zeigen, dass Irland die ökonomische Wende schaffen kann, während Griechenland hinterherhinkt. Die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Peripherie hat darunter gelitten, dass die Lohnstückkosten über Jahre rasant gestiegen sind. Im ersten Jahrzehnt nach Beginn der Währungsunion legten sie in Griechenland um gut 40 Prozent zu, in Irland sogar um bis zu 50 Prozent, in Spanien, Portugal und Italien um mehr als 30 Prozent. Dagegen stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland nur sehr moderat um 7 Prozent. Die Folge: Die Produkte der Peripherie wurden auf dem Weltmarkt zu teuer, der Export fiel weit hinter den Import zurück.

Um aus der Krise herauszukommen und wieder international wettbewerbsfähig zu werden, müssten die Produktionskosten langsamer steigen oder sogar sinken. Sie würden dann „real abwerten“, wie es in der Ökonomensprache heißt. Dann könnten diese Länder mehr exportieren und ihr Leistungsbilanzdefizit abbauen. Der notwendige Anpassungsprozess geht aber nur schleppend voran. „Die Wirtschaftsstruktur eines Landes ist sehr träge“, sagt Rolf Langhammer, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel.

### ***Irland als Vorbild für die Krisenstaaten***

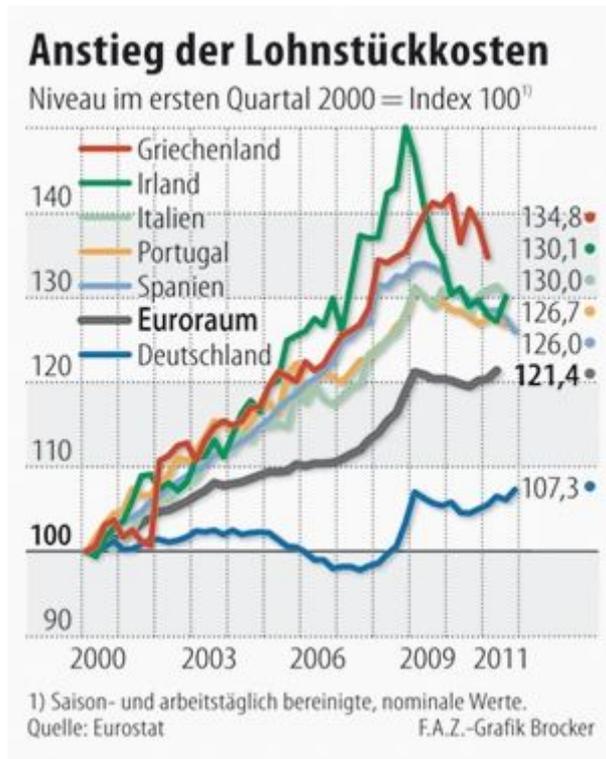
Im Jahr 2010 blieben die Preisentwicklungen der meisten Krisenländern - ausgedrückt im sogenannten BIP-Deflator - unterhalb der des Euro-Durchschnitts. Neuere Zahlen des europäischen Statistikamtes Eurostat zeichnen aber ein verschlechtertes Bild. Einzig Irland hat es geschafft, die Preise für selbst erzeugte Waren zu senken, im dritten Quartal 2011 um 1,6 Prozent unter den Vorjahresstand.

Das Land sticht auch dadurch hervor, dass es die Umkehr zu einer positiven Leistungsbilanz geschafft hat: 2008 betrug sein Defizit noch 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), im vergangenen Jahr erzielte es erstmals seit längerem einen leichten Überschuss. Und nach drei Rezessionsjahren ist die irische Wirtschaft 2011 leicht gewachsen.

### ***Sorgenkind Griechenland***

Hingegen gelingt Griechenland die Wende bislang nicht. Sein Leistungsbilanzdefizit betrug 2008 rund 14 Prozent des BIP. Von diesem sehr schlechten Wert, der international in entwickelten Ländern als einmalig gilt, hat es sich bislang nur schleppend entfernt. Im vergangenen Jahr betrug das Leistungsbilanzdefizit nach Angaben des Internationalen Währungsfonds 8,4 Prozent des BIP, obwohl die Wirtschaft dramatisch geschrumpft ist (seit 2009 um ungefähr 15 Prozent).

Inzwischen wird das Defizit hauptsächlich finanziert durch internationale öffentliche Kredite und die Target-Kredite im Eurosystem. Die Preisentwicklung gibt ebenfalls nicht viel Anlass zu Optimismus: Im ersten Quartal 2011, so die jüngsten verfügbaren Daten, zeigte der BIP-Deflator einen Anstieg um 0,4 Prozent an, nur geringfügig weniger als im Euro-Durchschnitt.



Die Lohnstückkosten in den Euro-Krisenländern sowie in Deutschland haben sich seit 2000 sehr unterschiedlich entwickelt.

### ***Unterschiedliche Erklärungsansätze***

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, vermutet, dass die Exporteure in Griechenland zu schwach sind und sich eine starke Lobby von Importeuren gegen eine deutliche Senkung von Preisen stemme. IfW-Ökonom Langhammer hat eine andere Erklärung: Während Irland einen großen Sektor mit international gehandelten Gütern hat und damit im rauen Preiswettbewerb des Weltmarkts steht, hat Griechenland „einen riesigen Sektor nichthandelbarer Güter, vor allem den aufgeblähten öffentlichen Dienst“.

Und der ist vom internationalen Preiswettbewerb nicht tangiert. Ein besserer Indikator als der BIP-Deflator seien indes die Lohnstückkosten, meint Langhammer. Hier zeigt sich zwar, dass Griechenland die Zügel anzieht: Seit Anfang 2009 sind die Löhne relativ zur Produktivität um rund 3 Prozentpunkte gesunken. Das Land ist damit aber immer noch weit davon entfernt, die Wettbewerbsfähigkeitslücke zum Ausland zu schließen.

Quelle: F.A.Z.

# Deutschland in der Euro-Krise: In der Falle

04.03.2012 · „Wie ihr euch auch entscheidet, ihr werdet es bereuen“: Das ist der neue Wappenspruch der Republik. Welchen Weg auch immer Deutschland in der Euro-Krise einschlägt - es wird schuld sein.

Von [Michael Martens](#)



© dapd Am Ende des Weges, auf den die „großen Europäer“ Deutschland geführt haben, könnte das Land recht einsam dastehen. Merkel unterzeichnet den Fiskalpakt

Nach europäischen Maßstäben ist Deutschland eine Führungsmacht, und die Deutschen erfahren nun, was das bedeutet. „Wie ihr euch auch entscheidet, ihr werdet es bereuen“ - das ist der neue Wappenspruch der Republik. Deutschland könnte am Ende als der größte politische Verlierer der Euro-Krise dastehen, ganz gleich, welchen Weg es einschlägt.

Was den Deutschen blüht, zeigt sich nicht nur, derzeit aber am deutlichsten in Griechenland. Solange Athen die Austeritätspolitik durchhält, wird sich die Wut vieler Griechen gegen Deutschland von Monat zu Monat steigern. „Bis 2020 werden wir zu Sklaven der Deutschen geworden sein“, klagte unlängst ein griechischer Ingenieur auf einer Athener Demonstration.

## ***Schuld sind immer die anderen***

Damit gab er wieder, was den Griechen von vielen ihrer Medien und gewählten Repräsentanten seit dem Sichtbarwerden der Krise eingeflüstert wird. Das zentrale Projekt der politischen Klasse Griechenlands besteht seit zwei Jahren in dem Versuch, von ihrem Versagen abzulenken. Das ist verständlich. So funktioniert Politik. Schuld sind immer die anderen, in diesem Fall eben die Deutschen. Deshalb wird sich das „Germany-Bashing“ in dem Maße radikalieren, in dem die griechische „Elite“ (die man nur in Anführungszeichen als solche bezeichnen sollte) um ihren Machterhalt und den Verbleib des Landes in der Eurozone kämpft.

Sollte Griechenland sich eines Tages außerhalb der gemeinsam Währungszone wiederfinden, wird es erst recht heißen: Die Deutschen sind schuld. Erst haben sie uns ausgepresst, und als nichts mehr zu holen war, stießen sie uns in den Abgrund. Schon aus Selbsterhaltungsgründen werden Athener Politiker diese Darstellung verbreiten. Es ist nebensächlich, dass sie falsch ist. Mythen sind fast immer stärker als Fakten.

## ***Europäer fühlen sich als Bürger entmündigt***

Allerdings kommen die Anschuldigungen nicht nur vom griechischen Boulevard. Unlängst erschien in „Foreign Affairs“, der renommiertesten politischen Zeitschrift der Welt, ein Aufsatz über das angebliche Versagen Deutschlands im Umgang mit der Euro-Krise. Die Autoren bemängelten unter anderem die Rolle der „von Deutschland dominierten Europäischen Zentralbank“. Dass Deutschland und Staaten mit ähnlichen Interessen, etwa die Niederlande, in der EZB ständig überstimmt werden, von Dominanz also nicht die Rede sein kann, spielt keine Rolle, Grund: siehe oben. Am Ende des Weges, auf den die „großen Europäer“ Deutschland geführt haben, könnte das Land recht einsam dastehen.

Umso erstaunlicher ist die Anmaßung, mit der die deutschen Rettungseuropäer alle, die auf Konstruktionsfehler der Eurozone hinweisen, als schlechte Europäer, Provinzlinge, gar potentielle Kriegstreiber hinstellen. Das Unlautere ihrer Argumentation liegt in der Gleichsetzung von Europa mit dem Euro. Immer mehr Europäer fühlen sich als Bürger von „Europa“ entmündigt, bezeichnenderweise sowohl in Geber- als auch in Nehmerstaaten. Die Stimmungslage in Griechenland und Deutschland - wobei beide jeweils für eine ganze Gruppe von Staaten stehen - lässt befürchten, dass gerade die Ermahnungen sogenannter großer Europäer das europäische Projekt stärker gefährden als jene, die konstruktive Kritik daran üben.

### ***Europa ist ein Friedensprojekt, alles andere ist verhandelbar***

Der Euro sollte Europa „unumkehrbar“ machen. Doch indem sie ihren politischen Willen über die ökonomische Vernunft stellten, legten die Väter des Euro einen gefährlichen Sprengsatz an die Fundamente Europas. Zwar ist die EU noch lange nicht die „EUdSSR“, als die sie in Internetforen verunglimpft wird. Aber die Beglückungspropaganda der Euronisten hat etwas Beängstigendes. Dem europäischen Menschen, so die Parole am europäischen Elitenstammtisch, mangle es am nötigen fortschrittlichen Bewusstsein zur Einsicht in den Segen der Gemeinschaftswährung - weshalb die Avantgarde einstweilen gegen seinen Willen Politik betreiben müsse.

Doch die renitenten Europäer hatten es noch nie gern, wenn man sie zu ihrem Glück zwingen wollte. An der mangelnden Beherrschung dieser Einsicht sind schon andere Reiche zerbrochen. Deshalb ist es hilfreich, sich an die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses zu erinnern: Europa ist ein Friedensprojekt. Alles andere ist verhandelbar. So wie sich gestrige Politiker das Recht nahmen, Europa zu gestalten, so werden sich auch künftige Generationen dieses Recht nicht nehmen lassen. Das gilt besonders für die Frage, welche Staaten ihre Währung miteinander teilen wollen. Und ob gemeinsame Werte nicht besser bei getrennten Konten zu bewahren sind. Damit es am Ende nicht heißt: Bleibt der Euro, scheitert Europa. Für das Zusammenleben der Europäer gilt nämlich die alte Handwerkerweisheit, laut der man Schrauben nicht mit übermäßiger Gewalt festziehen dürfe. Denn nach fest kommt ab.

Quelle: F.A.S.

## French-German Border Shapes More Than Territory

By [STEVEN ERLANGER](#)

SÉLESTAT, France — This ancient town in the center of Alsace boasts the extraordinary Humanist Library, dating from the 15th century. But less proudly, Sélestat also has an unemployment rate of about 8 percent, much higher than towns just across the border in [Germany](#).

Emmendingen, a German town of 27,000 that is only slightly larger than Sélestat and barely 20 miles away, has an unemployment rate of under 3 percent. Among those under 25 years of age, the unemployment rate in Sélestat is 23 percent; in Emmendingen, it is 7 percent.

The divergent economic circumstances of these two towns are striking, particularly given the cross-border cultural ties in the region. The reasons for the disparities, much debated, have emerged as a focal point of the French presidential campaign.

Fighting for his re-election, President [Nicolas Sarkozy](#) of France has said with characteristic bluntness that the French should become more like the Germans. In a recent joint television interview with Chancellor [Angela Merkel](#) of Germany, he raised Gallic eyebrows by mentioning the word Germany or German at least 15 times, or about once a minute.

But the issue for Mr. Sarkozy is job creation. Unemployment in France is at a 12-year high and rising. Germany's unemployment rate, at 7.4 percent, is at its lowest point since reunification in 1991.

If re-elected, Mr. Sarkozy proposes a national referendum to approve a more flexible labor market, featuring a German-style apprenticeship. He wants to allow more part-time work, like the Germans, and to subsidize more jobs for youth and raise the [value-added tax](#) to reduce the cost of social-welfare charges for employers, as the Germans do, too.

His Socialist opponent, François Hollande, rejects most of those ideas, preferring more traditional Socialist responses like more state spending on education and job creation. Many French admire the Germans but do not want to emulate them.

“We appreciate their rigor and discipline, but that’s not all there is in life,” said Alexandre Boer, 52, who works here in Sélestat with young people facing long-term unemployment. “We’re not in 1945 anymore. That was also the German model.”

Mr. Sarkozy and Mrs. Merkel have had a strained relationship, but it has [improved markedly in the pressure cooker of the euro crisis](#), and Mrs. Merkel once had plans to campaign for him. But she appeared to back off recently when it seemed that her open support might hurt Mr. Sarkozy more than help, by wounding French pride and making him look like a supplicant.

Nevertheless, Mr. Sarkozy is betting that the problems in the French economy, where youth unemployment is 23 percent nationwide and exports are declining, are so profound that voters will overcome their deep-seated reluctance and be more receptive to at least a variation on the German model. But it is not always clear what that would entail, and whether the French would ever stand for it.

One thing is abundantly clear, however. The German economy has powered far ahead of France's, and the gap is widening every year. Germany has maintained its industrial base and competitive edge, both technologically and in terms of cost, while France lacks a large sector of medium-size industrial enterprises and depends much more on services. The French share of global exports has steadily fallen, while the German share has steadily risen.

French salaries have increased in real terms while German salaries have fallen, making French workers more expensive and thus less productive and competitive. French social protections for the unemployed are also much more lavish, especially after the Germans pushed through the so-called Hartz reforms, which largely limited unemployment benefits to 12 months. In France, the duration is 23 months for those under 50 and three years for those over 50, many of whom never work again.

In part to pay for those benefits, the cost to business of an hour's labor is 11 percent higher in France. But there is less job security in Germany, and more Germans do part-time work. The Germans do not have a centrally fixed minimum wage, as the French do.

The practical results of these trends are visible in these border towns, where the shape of industry — largely small- to medium-size metal-working companies or factories — is similar. For example, there are 10 times as many job offers a month on the German side as on the French one, said Norbert Mattusch, who works on cross-border cooperation for the German Federal Employment Agency in Freiburg.

While some Germans cross the border to work in France, few French do the same, except for seasonal labor at the large amusement park nearby, [Europa-Park](#), the largest in Germany and the third-largest in Europe, which draws many French-speaking customers.

“We have job openings right now for 70 drivers of heavy trucks,” Mr. Mattusch said. “But the big problem is that the French don't speak German,” so they cannot qualify for the jobs, and young people here no longer speak the Alsatian dialect, once used on both sides of the border. The mayor of Emmendingen, Stefan Schlatterer, says that “there is a job here for anyone who can count to ten,” but one needs to count in German.

Salaries on the German side are higher for similar work, goods are cheaper, the cost of hiring a full-time employee is lower and the relationship between German workers and their bosses is more supple and flexible, freer of the centralized regulations, ministries and unions characteristic of France.

But while the French may admire German rigor, they are reluctant to make some of the same sacrifices, including longer hours and less job security.

Boris Gourdial, director of the Freiburg branch of the German Federal Employment Agency, said that mentalities were different, despite shared history and proximity. “The French work to live and the Germans live to work,” he said, a cliché that still resonates.

His French colleague, Roxane Pierrel, who runs the employment office in Sélestat, smiles politely. She points out that the French have more children than the Germans and more women are in the work force, which swells the numbers looking for work. But she acknowledges that the Germans are doing better at job training for young people, especially with a nationwide apprenticeship system that Mr. Sarkozy wants to introduce more widely in France. “The systems may be different,” she said. “But all the enterprises on both sides of the border are looking for competence.”

Many labor experts single out the German apprenticeship system as a major competitive advantage. It takes young people out of the university track at 16 and trains them in industrial skills, as they simultaneously study for a technical degree and work for a salary. They often get full-time jobs with companies that have invested in training.

Unlike in the rest of France, there is a vestigial apprenticeship system in Alsace, which was at different times a part of Germany. But it is closer to a French “alternance” model of vocational training, which also combines education and work, but is less widespread among companies and less popular.

Many French parents and their children still regard a vocational degree or apprenticeship — instead of a university degree — as a sign of stupidity or failure, Ms. Pierrel said. “We have to convince young people,

since it's not well accepted in the family," she said. In France, "it means being a bad student. In Germany, it doesn't devalue someone."

But she is beginning to see a change, she said. "Companies here are working with schools to promote apprenticeships," and more young people see the advantage of a salary at a decent job as preferable to unemployment.

Marcel Bauer, the mayor of Sélestat and its 21,000 people, also sees a change. He says he is proud of the local apprenticeship system, which he thinks should be developed in the rest of France. But unlike in Germany, where the states and localities can set many of their own rules, in France, he said, "the national Education Ministry wants to keep all control."

Mr. Bauer also bemoans the constant labor warfare in France. "German workers accept that they must make efforts in a crisis, and work less and earn less to keep their jobs." But "with us," he said, "it's an immediate battle and a strike and people in the streets."

Mr. Bauer, mayor since 2001, has also been promoting more bilingual classes, so local students will learn some German. He has been trying to promote more regional partnership with the Germans, including with Emmendingen's mayor, Mr. Schlatterer.

Both mayors speak emotionally of the importance of French-German cooperation. "I feel the center of the European idea is the really close partnership between France and Germany," Mr. Schlatterer said. "When France and Germany are close to one another, Europe works."

Maïa de la Baume contributed reporting.

## „Dicke Bertha“: Nur bedingt durchschlagskräftig

F.A.Z. 01.03.2012 · In der Euro-Schuldenkrise machen grimmige Kriegsmetaphern die Runde: Erst „Feuerkraft“ und „Bazooka“, jetzt die „Dicke Bertha“. Ein kurzer historischer Rückblick.

Von [Stephan Löwenstein](#)



© INTERFOTO

Dicke Bertha mit Mannschaft an der Westfront im Ersten Weltkrieg

Mit grimmigen Kriegsmetaphern versuchen manche Akteure in der Euro-Schuldenkrise, ihren Rettungsinstrumenten rhetorisch Durchschlagskraft zu verleihen. Ein nie gekanntes Kaliber hatte in der Tat die „**Dicke Bertha**“, die EZB-Chef Mario Draghi nun zur Namenspatronin für das Programm der Geldschwemme erkoren hat. Sie war ein schwerer Mörser aus der Schmiede der Firma Krupp. Im ersten Weltkrieg wurde sie zum Beschuss von belgischen und französischen Festungen eingesetzt.

Für den Namen, unter dem die Waffe populär wurde, stand angeblich die Frau des Firmengründers, Berta Krupp, unfreiwillig Patin. Dabei entsprach der militärische Wert der „Dicken Bertha“ nicht ihrer Bekanntheit und dem Prestige, das ihr Generale und Politiker beimaßen. Denn die Granaten vom Kaliber 42 Zentimeter durchschlugen zwar altmodische Bunkerdecken und machten Aufbauten dem Erdboden gleich, scheiterten aber an modernem Stahlbeton, wie er in der Festung Verdun verbaut war. Zugleich war das Geschütz durch sein Gewicht (42 Tonnen, in der Schienenversion 150 Tonnen) schwerfällig und durch seine Kosten ruinös: Jedes Geschütz kostete eine Million Mark und war für nur 2000 Schuss ausgelegt.

Die „**Bazooka**“ dagegen, noch so eine martialische Euro-Metapher, ist noch heute in allen Streitkräften in Gebrauch. Sie ist eine leichte, auf der Schulter abzufeuernde Panzerfaust ohne Rückstoß. Allerdings ist sie nicht nur nach vorne gefährlich, man sollte auch nicht dahinterstehen, wenn sie abgefeuert wird. Sonst drohen schwere Verbrennungen im Raketenstrahl.

lów.

Quelle: F.A.Z.

# Hans-Werner Sinn: Der Dickschädel unter den Wirtschaftsprofessoren

F.A.S. 03.03.2012 · Er ist der ökonomische Stichwortgeber der Nation. Hartnäckig kämpft er für seine Überzeugung: So lange, bis jeder weiß, was Target 2 heißt

Von [Christian Siedenbiedel](#)

Ein dunkler Anzug mit Weste, den Kopf mit dem markanten Bart ein wenig zurückgeneigt, die Augen kampflustig blitzend: So kennt Fernseh-Deutschland Hans-Werner Sinn. Der 63 Jahre alte Ökonom und Chef des Münchener Ifo-Instituts ist Stammgast in den Talkshows von Günther Jauch bis Sigmund Gottlieb. Alle laden ihn ein - weil Sinn selbst die frechste Frage vollkommen ironiefrei aus der Perspektive von Angebot und Nachfrage beantwortet.

Seit einem Jahr allerdings kämpft Sinn für ein Thema, das zu sperrig ist für Talkshows - und das selbst viele seiner Professoren-Kollegen nur nach eingehender akademischer Analyse verdaulich finden. Der Ökonom warnt vor Milliarden-Risiken in der Bilanz der Deutschen Bundesbank. „Target 2“ ist der sperrige Name eines Verrechnungssystems für grenzüberschreitende Zahlungen in Europa, das bis vor kurzem selbst im engeren Zirkel der Notenbankexperten allenfalls in Grundzügen bekannt war.

## ***Der Ökonom liebt die Rolle des öffentlichen Intellektuellen. Einen guten Streit genießt er***

Sinn denkt, sagt, schreibt, dass durch die Schuldenkrise in Europa in diesem Target-System für Deutschland Risiken in einer Größenordnung von mehr als einer halben Billion Euro entstanden seien. Wenn in absehbarer Zeit ein Land aus dem Euro austreten sollte oder der Euro zerbräche, werde Deutschland Unsummen verlieren.

Die Unermüdlichkeit, mit der Sinn seine Warnung vorträgt, ist typisch für den gebürtigen Westfalen. Menschen aus dieser Region sagt man Sturheit nach. Sinn ist der Dickschädel unter den deutschen Wirtschaftsprofessoren. „Er kann nerven und ausgesprochen penetrant sein, wenn er ein Thema ins öffentliche Bewusstsein bringen will“, sagt ein Wegbegleiter von der Universität. Es ist nicht das schlechteste Vorgehen, wenn man etwas durchzusetzen will - schon in der Bibel wird bekanntlich von einer Witwe berichtet, die allein durch Hartnäckigkeit bei einem Richter zu ihrem Recht kam.



© Hinweisgeber: Helmut Schlesinger stand von 1991 bis 1993 an der Spitze der Bundesbank.

Der Pensionär hat Hans-Werner Sinn auf die Target-Salden aufmerksam gemacht.

Den entscheidenden Hinweis auf „Target 2“ bekam Sinn ausgerechnet von einem früheren Präsidenten der Deutschen Bundesbank. „Im Spätsommer 2010 hat mich Helmut Schlesinger auf die Salden hingewiesen“, erinnert Sinn sich. Dem 87-jährigen Pensionär war in der Bilanz seiner früheren Institution ein geheimnisvoller Posten aufgefallen: Forderungen der Bundesbank im dreistelligen Milliardenbereich gegen das System der europäischen Notenbanken. Schlesinger konnte sich nicht erklären, was dahintersteckt. Sinn auch nicht - aber genau das reizte den Jagdinstinkt des Wissenschaftlers. „Seitdem hat mich das Thema verfolgt“, sagt Sinn. Man könnte auch sagen: Seitdem hat Sinn alle mit dem Thema verfolgt.

## ***„Deutschland könnte durch Target 2 eine halbe Billion Euro verlieren“***

Die Bundesbank selbst wiegelte zunächst ab und wollte in „Target 2“ keinen Grund zur Besorgnis sehen. Es handele sich um „irrelevante Salden“, ließ sie damals verlauten, allenfalls von statistischer Bedeutung. Doch ein Hans-Werner Sinn lässt sich nicht abpeisen. Im Gegenteil: Wenn er auf Widerstände stößt, nimmt seine Energie noch zu. Innerhalb seines Forschungsinstituts stellte Sinn vier Hypothesen auf, was hinter den geheimnisvollen Salden stecken könnte. Seine Kollegen bat er, alle Argumente vorzutragen, die eine dieser Thesen falsifizieren könnten.

Wenige Wochen später hatte Sinn die Detektivarbeit so weit abgeschlossen, dass er einen ersten Artikel mit den Salden-Zahlen für die „Wirtschaftswoche“ verfasste. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ließ er die inhaltliche Erklärung folgen.

Sinns Befund war ebenso erschreckend wie umstritten: Viele Länder Südeuropas haben über „Target 2“ hohe Schulden bei der Europäischen Zentralbank aufgebaut. Umgekehrt habe die Bundesbank gewaltige Forderungen gegen die EZB. Sinn warnte, das könnte dramatische Folgen haben, wenn ein Land aus dem Euroraum austreten sollte oder der Euro zerbräche: Im ersten Fall wären „nur“ die Schulden des austretenden Landes weg. Die Ausfälle würden auf die restlichen Länder umgelegt. Zerbräche aber der Euro selbst, würden womöglich alle Forderung der Bundesbank gegen das System hinfällig. „Deutschland könnte rund eine halbe Billion Euro verlieren“, sagt Sinn.

Die Darlegungen der Professors sorgten für Aufsehen - und viel Widerspruch. Er übertreibe, sagten die einen. Er habe grobe Fehler in der Analyse gemacht, sagten die anderen. Sinn aber kämpfte weiter. Sinn ließ sich nicht beirren, schrieb Gastbeiträge, gab Interviews und blogt ohne Ende im Internet.

Ende vergangener Woche nun konnte Sinn vermelden: „Das ist der Durchbruch. Die Bundesregierung kann über das Thema nun nicht mehr hinwegsehen.“ Was war passiert? Bundesbankpräsident Jens Weidmann hatte in einem Brief an den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, vor den Gefahren aus „Target 2“ gewarnt. Er fordert konkrete Schritte und strengere Sicherheitsregeln, damit die Risiken nicht immer größer würden.

Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel habe die Target-Salden jetzt im Blick, hört man aus Berlin. Aus Sinn, dem nervigen Professor, ist in der öffentlichen Wahrnehmung nun Sinn, der kluge Warner, geworden.

Wieder einmal, muss man sagen: Ein Gefühl für relevante Themen zeigte „Deutschlands klügster Wirtschaftsprofessor“, wie die „Bild“-Zeitung ihn einst getauft hat, in den mehr als 20 Jahren seines öffentlichen Wirkens immer wieder. Einen Ruf als fachlich versierter Ökonom hatte Sinn seit langem - in Deutschland wie international.

Martin Feldstein von der Harvard University etwa ist stets voll des Lobes für „Hans-Wörnör“. Und ein junger Professoren-Kollege, der nicht genannt werden will, nennt Sinn sogar den „größten deutschen Ökonomen seiner Generation“.

Doch hohes Ansehen innerhalb der akademischen Welt war ihm nie genug. Sinn hat früh die Rolle des ökonomischen Stichwortgebers der Republik ergriffen: „Basar-Ökonomie“ heißt eine dieser handlichen Formeln, die besagt, dass deutsche Produkte immer mehr ausländische Wertschöpfung enthalten. 1991, nach der Wiedervereinigung, hat er zusammen mit Ehefrau Gerlinde, einer Ökonomin, mit der er seit 1971 verheiratet ist, unter dem Titel „Kaltstart“ wirtschaftspolitische Fehler bei der deutschen Vereinigung anprangert. In dem Bestseller „Ist Deutschland noch zu retten?“ forderte Sinn später eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes. Er sieht sich damit heute - in der ihm eigenen Bescheidenheit - als wahren Vater von Gerhard Schröders „Agenda 2010“.

Auch zum Klimaschutz meldete der begeisterte Hobby-Gärtner Sinn sich zu Wort. In dem Buch „Das grüne Paradoxon“ kritisierte er, Energiesparen sei nutzlos, solange die Ölscheichs stur blieben und ihr Angebot nicht

verknäpften. Die Energie werde dann schlicht woanders verbraucht. Es fiel auf, mit welcher Akribie der Ökonom sich dabei in Details etwa der Windradtechnik hineingefuchst hat. Auch das gehört zum Dickkopf - Hartnäckigkeit bei der Recherche.

In Sinns Buch „Kasino-Kapitalismus“ bekamen es 2009 die Banker ab. Wobei Sinn nie zu erwähnen vergaß, dass er vor der Finanzkrise immer schon gewarnt habe - nämlich in seiner Doktorarbeit, Ende der siebziger Jahre.

Sinn pflegt den Habitus eines öffentlichen Intellektuellen, der mit einer gesicherten Professorenstelle im Rücken wenig taktisch-politische Rücksichten nehmen muss - anders als die immer ängstlich auf ihre Wiederwahl bedachten Politiker. Konfliktscheu ist er jedenfalls nicht: „Einen guten, sachlichen Streit kann ich genießen“, sagt er.

### ***Auch zum Klimaschutz meldet Sinn, der Hobby-Gärtner, sich gerne zu Wort***

Natürlich sind Sinns öffentliche Auftritte auch Marketing - für sich, seine Bücher und sein Institut. Und wenn er unpopuläre Themen wie „Target 2“ aufgreift, steckt darin die Spekulation, daraus könnte etwas werden. So hartnäckig aber, wie Sinn das betreibt, geht das nur mit einem gewissen Sendungsbewusstsein. Als junger Mann habe er eigentlich Missionar werden wollen, hat Sinn einmal erwähnt. Darauf soll seine Frau entgegnet haben: „Aber Hans-Werner, das bist Du doch.“

Eine gewisse Liebe zur Provokation jedenfalls ist ein durchgängiges Motiv in Sinns Leben. So ist „HWS“, wie er gern unterschreibt, für viele eine Reizfigur. Vor allem Politiker aus dem linken Spektrum sehen in dem Talkshow-Dauergast den Inbegriff des verhassten Neoliberalismus: Jemanden, der ökonomische Prinzipien absolut setzt und es im Gegenzug an Empathie und Herz fehlen lässt.

Sinn selbst bezeichnet sich als Sympathisanten der ordoliberalen Lehre. Zugleich weiß er von wechselhaften Lob und Tadel aus den verschiedenen politischen Lagern zu berichten. „Für die aktivierende Sozialhilfe wurde ich von vielen Linken kritisiert, für das grüne Paradoxon von den Grünen“ sagt er. „In dem Buch ‚Kasino-Kapitalismus‘ dagegen trete ich für mehr Regulierung ein - das entsprach dann wieder eher linken Positionen.“

In der Debatte um die Euro-Schuldenkrise warnt Sinn vor allem vor den Gefahren für Deutschland. Früh kokettierte er mit einem Euro-Austritt Griechenlands. Der Professor übernimmt damit die ansonsten weitgehend vakante Rolle eines Kämpfers für deutsche Ersparnisse und Zukunftschancen der jungen Generation. Eine Position, die ihm die Kritik einbrachte, die Welt aus einem nationalen Blickwinkel zu betrachten. Dem widerspricht Sinn nicht. „Als Beamter habe ich sogar einen Eid darauf geleistet, möglichst Schaden vom deutschen Volke abzuwenden.“

### **Der Mensch**

**Hans-Werner Sinn** wird 1948 im westfälischen Brake geboren. Erste Erfahrungen mit Wirtschaft macht er im väterlichen **Taxi-Betrieb**. Nach dem Abitur studiert Sinn Volkswirtschaftslehre in Münster, wird in Mannheim promoviert und habilitiert sich. Seit 1984 ist er **Wirtschaftsprofessor** in München. Er leitet dort mittlerweile auch das Ifo-Institut und das von ihm aufgebaute „**Center for Economic Studies**“(CES). Von 1997 bis 2000 war Sinn Vorsitzender des **Vereins für Socialpolitik**. Zu seinen bekanntesten Büchern gehören „Kaltstart“ (1991), „Ist Deutschland noch zu retten?“ (2003), „Die Basar-Ökonomie“ (2005), „Das grüne Paradoxon“ (2008) und „Kasino-Kapitalismus“ (2009).

### **Das Ifo-Institut**

Das Ifo-Institut wurde 1949 als **Informations- und Forschungsstelle** (Ifo) für Wirtschaftsbeobachtung mit Mitteln des bayerischen Innenministeriums gegründet. Als Hans-Werner **Sinn dort 1999 die Leitung übernahm**, war das Institut praktisch pleite. Der **Wissenschaftsrat** hatte das Institut von einer reinen Forschungseinrichtung in den Status einer forschungsbasierten Serviceeinrichtung umgewandelt, was einen Verlust von 25 Prozent der Zuschüsse bedeutete. Sinn führte das Institut dichter an die Universität heran und

konzentrierte die Arbeit auf politisch bedeutsame Bereiche wie Sozialpolitik und Konjunktur. Bekannt ist vor allem der **Ifo-Geschäftsklimaindex**.

Quelle: F.A.S.

## Anstrengend, aber gut: Ein Hoch auf die Freiheit

F.A.S. 02.03.2012 · Die Freiheit hat es schwer: Lieber schwärmen die Deutschen von Gleichheit und Gerechtigkeit. Mit Joachim Gauck könnte nun alles anders werden. Ein Essay.

Von [Rainer Hank](#)

Wir haben uns so sehr an sie gewöhnt: Freiheit ist ein Wort, das durch seine allzu häufige Benutzung in Festreden inzwischen einigermaßen abgenutzt daherkommt. Freiheit gilt in einer "liberalen Gesellschaft" als selbstverständlich. Welch ein Irrtum!

Hirnforscher arbeiten jedenfalls schon seit geraumer Zeit daran, die Freiheit in eine Chimäre zu verwandeln, in reines Wunschdenken, weil alles Wirkliche doch längst in irgendwelchen Hirnsubstanzen materialisiert und entsprechend determiniert sei. Einen Beweis, so der Philosoph Robert Spaemann, für die Unfreiheit des menschlichen Wollens haben die Hirnforscher bisher allerdings noch nicht erbracht. Weil man sich aber auch einen "Freiheitsbeweis" ebenso wenig vorstellen kann, wäre es klug zu fragen, womit man besser leben kann. Freiheit lässt sich nicht beweisen, man muss sich für sie entscheiden.



© Verlag

Das Buch von FAS-Redakteur Rainer Hank, aus dem dieser Essay über die Freiheit stammt, gibt es seit Montag im Buchhandel.

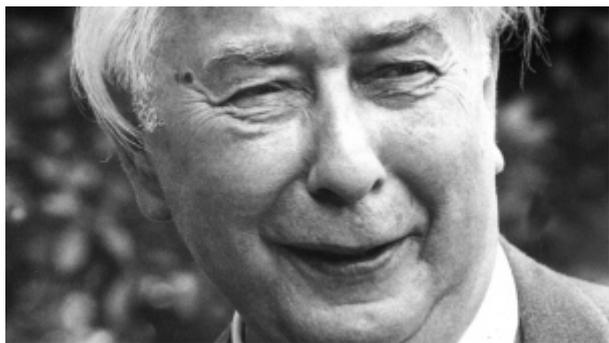
Dass es klug ist, sich für die Freiheit zu entscheiden, dafür gibt es Gründe. Vor allem einen: Wenn wir nicht von Freiheit ausgehen, wäre niemand für sein Tun verantwortlich, wäre also auch niemand dafür verantwortlich zu machen. Der Mörder nicht für seinen Mord, die Liebenden nicht für ihre Liebe und die Griechen nicht für ihre Staatsschulden. Alle können sich schön herausreden. Haftung und Verantwortung, Grundvoraussetzung jeglichen menschlichen Zusammenlebens, aber auch Fundament einer sozialen Marktwirtschaft, kann man nur verlangen in einer Welt, in der es Freiheit gibt. Entscheidungen, Akte des Wollens also, die dem Handeln Urheberschaft zuweisen, ergeben in einer Welt des Determinismus keinen Sinn.

Doch auch wer sich für Freiheit entschieden hat, ist damit noch nicht am Ziel. Im Gegenteil: Dann fängt der Streit erst an. "Freiheit", sagt der Frankfurter Philosoph Axel Honneth, ein Habermas-Schüler, sei "einer der am stärksten umkämpften Begriffe der gesellschaftlichen Moderne", gerade weil es keiner sonst mit ihm aufnehmen kann, weil es aber auch kein anderer zu solch philosophischer Vormachtstellung gebracht hat.

### ***Freiheit ist nicht Laisser-faire***

Was also ist Freiheit? Freiheit ist eben Freiheit. Doch wo bleibt das Positive? Da lässt die Freiheit die Menschen allein. "You have to catch it yourself", antwortete Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten: "Das müsst ihr schon selbst wissen." Andernfalls wäre die Freiheit ja nicht die Freiheit, sondern erziehende Eltern, die dem Kind sagen, wo es langzugehen hat. Freiheit ist eben schwer auszuhalten? Die Menschen, insbesondere die Menschen in Deutschland, setzten in den Listen ihrer Wertevorlieben denn auch die Gleichheit und Brüderlichkeit allemal höher an als die scheinbar selbstverständliche, aber unkonkrete

Freiheit. Von einem "unreflektierten Antiliberalismus" der Deutschen sprach schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss. Joachim Gauck weiß, in welchem Land wir leben.



© dpa

„Deutschland hat einen unreflektierten Antiliberalismus.“: Theodor Heuss

Der englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill nennt in seiner Grundsatzschrift "On Liberty" (1859) die Freiheit den "ersten und stärksten Wunsch der menschlichen Natur". Freiheit ist für Mill jene scharfe Grenzziehung, die es (jedermann, auch und vor allem dem Staat oder der herrschenden "Tyrannei der Mehrheit" in einer Demokratie) verbietet, sich in die Entscheidungen und Handlungen der Bürger einzumischen und ihnen Vorgaben zu machen. Freiheit ist das Recht und die Möglichkeit, zu tun und zu lassen, was jemand will. Mill fügt sogleich hinzu, dass dieses Recht nur und allein dann eingeschränkt werden dürfe, wenn die Freiheit des einen den anderen schädige: Denn die Freiheit des Wolfes führe eben auch oftmals zum Tod des Schafes. Freiheit ist nicht Laissez-faire.

Das "Negative" der Freiheit, die gerade nicht "positiv" vorgibt, was zu tun und zu lassen ist, hat immer schon Anlass zu Missverständnissen gegeben. Was ist das für eine Freiheit, die allen Menschen erlaubt, vor dem Kölner Dom zu betteln, so heißt der polemische Einwurf, der an das Diktum von Anatole France erinnert, die Gleichheit vor dem Gesetz verbiete es Reichen wie Armen, unter Brücken zu schlafen.

Wer Freiheit als Egozentrik der Reichen desavouiert, verrät, was er davon hält: nichts. Das Negative der Freiheit ist gerade ihr Positives. Der englische Historiker Quentin Skinner erweitert die klassisch liberale Definition, wonach negative Freiheit die Abwesenheit von Hindernissen sei, um den Zusatz, sie müsse vor allem "Abwesenheit von Abhängigkeit" sein. Ein freier Mann ist eben kein Knecht, er ist mündig. Ein "Freeman", so Skinner, ist sein eigener Herr, "niemandem sonst verpflichtet, jemand, der auf Augenhöhe ist, der gleichberechtigt argumentieren und verhandeln kann, ohne jemals die Notwendigkeit zu verspüren, den Hut zu ziehen oder das Knie zu beugen. Demzufolge schreibt man freien Menschen jene Achtung - und Selbstachtung - zu, die daraus resultiert, als jemand zu gelten, der ein offenes Wort führt und unparteiisch einzig danach handelt, was ihm Vernunft und Gewissen diktieren."

### ***Frei zu sein ist anstrengend***

Freiheit verkörpert das Ideal bürgerlich-erwachsener Tugend. Wir haben die Fähigkeit, uns selbst zu bestimmen und selbstbestimmt zu handeln. Wer die Fähigkeit zur Selbstbestimmung hat, weiß um die Gefahr der Fremdbestimmung nicht nur durch äußere Autoritäten, sondern auch durch eigene Triebe und Begierden. Wer autonom handelt, ist sich gleichwohl der inneren Widersprüchlichkeit bewusst, weiß auch, dass er seinen Leidenschaften unterliegen kann, kennt aber zugleich seine Chance, sich selbst die Gesetze seines Handelns zu geben und ihnen gemäß tätig zu werden. Freiheit ist der bleibende Anspruch, sein eigener Autor und sein Subjekt zu sein trotz aller emotionalen Unruhe und irrationalen Selbstwidersprüchlichkeit. Es ist der Sieg meines Willens über die Begierden. Es ist die Überzeugung, dass das eigene Leben mehr ist als die passive Erfahrung dessen, was einer Person zustößt und wovon sie wehrlos überwältigt wird.



© F.A.Z.

Der Markt bietet (überraschenderweise darin der Liebe verwandt) die Chance zur Ausübung der menschlichen Freiheit und verlangt zugleich ihre freie Beschränkung (Axel Honneth). Denn gefordert ist wechselseitige Anerkennung der am Tausch beteiligten Subjekte: Sie müssen sich als frei anerkennen (der Handel kann, muss aber nicht zustande kommen), sich aber auch kooperativ aufeinander beziehen. Im Gegenüber nehmen sie denjenigen wahr, der durch Angebot oder Nachfrage die Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährleistet. Der Markt ist Freiheit und zugleich Nötigung zur Interaktion, die von den Teilnehmern Kooperation verlangt.

Frei zu sein ist anstrengend. Kein Wunder, dass die Freiheitszumutung von vielen als Überforderung erfahren und, wo immer möglich, gemieden wird.

### **„Zwei feindliche Leidenschaften“**

Das Freiheitspathos trifft auf die Ambivalenz der menschlichen Natur, die nicht weiß, ob sie der Freiheit gewachsen ist. Diesen Zwiespalt hat schon Alexis de Tocqueville bemerkt: Durch "zwei feindliche Leidenschaften" würden die Zeitgenossen im Innersten bedrängt. "Sie haben das Bedürfnis, geführt zu werden, und das Verlangen, frei zu bleiben. Da sie weder den einen noch den anderen dieser entgegengesetzten Triebe ausrotten können, trachten sie, beide zu gleicher Zeit zu befriedigen." Genau in jener Ambivalenz liegt für Tocqueville der Antrieb zur Erfindung der Demokratie. Sie ermöglicht es den Menschen, den Paternalismus des Staates als aus ihrem eigenen Willen entsprungen zu deuten. Die Bürger haben jene, die sie bevormunden, selbst dazu ermächtigt.

Die demokratische Illusion dieser Selbstwahl wird freilich von den Herrschenden gnadenlos ausgenutzt, meint Tocqueville: als Legitimation der Despotie. Sie, die demokratischen Herrscher, nehmen sich gerne das Mandat ihrer Wähler, verstehen sich zwar nicht wie früher als Tyrannen (sie sind ja Demokraten), gebärden sich jetzt aber als "Vormünder" ihrer Bürger, quasi die demokratische Spielart der Tyrannis.

Diese Entmündigung verursacht hohe Kosten. Will der Staat die Bürger entlasten und ihnen ihre Freiheit abnehmen, so braucht er dafür Geld. Dabei kann der Staat immer nur ausgeben, was er vorher eingenommen hat (Steuern und Abgaben) oder was er später einnehmen wird und vorher mit Schulden finanziert hat. So wachsen nicht nur die Staatsausgaben und die Steuern der Wohlfahrtsstaaten seit eineinhalb Jahrhunderten. Es wachsen auch die Staatsschulden. Irgendwoher muss das viele Geld kommen, das die Fürsorge und der Wohlstand der Bürger die Bürger kostet. Und je mehr die Staaten ihren Bürgern bindend versprechen, umso mehr schrumpft paradoxerweise auch der Spielraum demokratischer Staatsgestaltung.



© F.A.Z.

Demokratische Staaten wiegen ihre Bürger in der Illusion, jeder könne alles und immer noch mehr bekommen und (kaum) einer müsse dafür zahlen. Unzählige An-spruchsgruppen greifen auf eine gemeinsame, aber knappe fiskalische Ressource zu. Wie auf der Allmende, der Gemeindewiese, kommt es auch im Wohlfahrtsstaat zu Übernutzung. Die Quellen der Einzahlung und die Mündungen der Auszahlungen sind weit voneinander entfernt. Kommunen und Länder holen sich das Geld beim Bund. Der Osten holt es sich im Westen. Das Saarland und die Stadt Berlin lassen sich ihren Finanzbedarf in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg auszahlen. Und die Griechen und Portugiesen zechen auf Kosten Brüssels, will sagen auf Kosten der Deutschen und der Franzosen, die die Strukturfonds auffüllen, wenn sie leer geworden sind.

Das ist kein Unfall, sondern systemisch bedingt. Die Staaten verstehen sich als Agenturen der Umverteilung. Nicht Ausgabenpartys um der Wählerstimmenmaximierung willen würden die Herrschenden ihr Geschäft nennen, sondern Umverteilung um der Gleichheit und der Gerechtigkeit willen.

Mit den Stichworten Gleichheit und Gerechtigkeit haben sie treffsicher den Nerv ihrer Bürger erwischt. "Niemand soll aufgrund von Dingen, die er nicht kann, schlechter gestellt werden als andere." So ungefähr heißt der kategorische Imperativ der Gleichheit. Wer so redet (und es sind die meisten), verstehe sich als Egalitarist. Egalitaristische Theorien bestimmen das einem jeden Zustehende relational oder komparativ, also stets mit Blick auf andere.

### ***Das schiefe Bild vom gebackenen Kuchen***

Für Egalitaristen versteht Gleichheit sich von selbst. Sie ist Ausweis der Gerechtigkeit. Nicht die Gleichheit, sondern die Ungleichheit muss begründet werden. Um dies zu beweisen, haben die Egalitaristen stets eine schlagende (auf Isaiah Berlin zurückgehende) Geschichte parat, und die geht so: Eine Mutter will einen Kuchen unter ihren Kindern verteilen. Angenommen, alle Kinder wollen ein möglichst großes Stück. Wie soll die Mutter den Kuchen verteilen? Wenn keines der Kinder einen überzeugenden Grund dafür nennen kann, warum es ein größeres Stück als die anderen bekommen soll, dann müsse der Kuchen in gleich große Stücke geteilt werden, sagt diese Geschichte. Gleichverteilung, soll man aus diesem Beispiel schließen, hat Vorrang. Ungleichheit ist eine Ausnahme, die der Begründung bedarf.

Man sollte nicht zu rasch vor diesem Beispiel kapitulieren. Denn so verführerisch es auf den ersten Blick scheint, so sehr gerät beim zweiten Nachdenken alles ins Rutschen. Es fängt schon mit der Geschichte selbst an. Würden nicht in der Realität alle Kinder stets überzeugende Gründe vorbringen, warum gerade ihnen ein besonders großes Stück des Kuchens zusteht? Der Älteste würde argumentieren, sein Kalorienbedarf sei schließlich größer als jener der jüngsten Schwester. Die Jüngste könnte gerade umgekehrt argumentieren und auf Nachholbedarf plädieren. Und die Mittlere würde die Argumentationsebene wechseln und daran erinnern, sie habe der Mutter beim Backen geholfen, was, weil die anderen sich gedrückt haben, selbstverständlich den Anspruch auf ein großes Stück begründe.

Bei weiterem Nachdenken fällt auf, wie schief das Bild insgesamt konstruiert ist. Die "Mutter" mit ihrem Gleichheitskuchen setzt nämlich jene paternalistische Umverteilungswelt schon voraus, die ihre Geschichte erst begründen will. Die paradiesische Urszene dieser Welt ist von Anfang an als zu verteilernder Kuchen erzählt. Der Kuchen ist schon gebacken und muss nur noch verteilt werden. Ein Schlaraffenland (die Welt der Mütter!), wo wie durch ein Wunder immer wieder ein neuer Kuchen da ist, wenn der alte gegessen ist. Egalitaristen begründen die Welt als Verteilungs-, nicht als Freiheitsthema. Die Zutaten zum Kuchen gibt es frei Haus. Wie aus dem Nichts oder wie aus dem Märchen erscheint die gute Mutter mit ihrem Kuchen. "Wir sind nicht in der Lage von Kindern, denen jemand Kuchenstücke austeilte und in letzter Minute schlecht geschnittene Stücke berichtigt", sagt Robert Nozick, dem wir eine brillante Theorie der Freiheit und des Staates verdanken.

### ***Je größer die Umverteilung, umso kleiner das Volumen der Umverteilung***

Alles sähe anders aus, würde man den Kuchen nicht schon in einer Welt des Schlaraffenlandes als fertig voraussetzen, sondern annehmen, dass er erst in einer Welt der Knappheit gebacken werden muss. Denn einiges spricht dafür, dass die Annahmen über die Verteilung Auswirkungen auf den Prozess der Herstellung haben. Wenn wir an alle das gleiche Stück vom Kuchen verteilen, dann bekommen wir nur einen sehr kleinen Kuchen. Und alle verlieren viel Wohlfahrt. Am Ende wird das Wohlfahrtsniveau womöglich sogar bei allen geringer ausfallen als bei ungleicher Verteilung - und alle stünden schlechter da.

Wie kann das kommen? Zwei Effekte würden sich im Vorhinein bereits auswirken: Wenn, wie in der realen Welt üblich, nicht alle das Gleiche zur Herstellung des Kuchens beitragen (wäre es so, hätten wir gar kein Verteilungs- und Gleichheitsproblem), müssten die einen erwarten, dass sie hinterher weniger erhalten, als sie eingebracht haben, bei den anderen wäre es umgekehrt. Diese Erwartung würde bei beiden Gruppen die Arbeitsanreize verändern. Die "Reichen" würden sich etwas weniger anstrengen: Denn je mehr sie sich anstrengen, umso mehr würde ihnen genommen.

Bei den "Armen" wäre es nicht anders: Denn sie hoffen ja darauf, dass ihnen die Differenz kompensiert wird. Daraus folgt die Regel: Je größer die Umverteilung, umso kleiner das Volumen der Umverteilung. Im schlimmsten Fall würden die Reichen mehr Energie und Kraft dafür aufwenden, die Umverteilung zu unterlaufen, anstatt sich in ihrer eigentlichen Arbeit anzustrengen.

### ***Okuns „löchriger Eimer“***

Noch etwas kommt hinzu: Die Verteilung selbst ist mit Kosten der Transaktion verbunden. Dazu muss man sich ein bisschen von der häuslichen Kaffeesituation lösen. In einer größeren Welt braucht es eine Art Administration, die die Verteilung übernimmt. Klassischerweise nennen wir das Steuer- und Sozialsystem. Der Ökonom Arthur Okun sah einen leaky bucket, einen "löchrigen Eimer", in dem das Geld von Reich zu Arm transportiert wird und immer weniger wird.

Die Illusion der Egalitaristen besteht darin, dass sie meinen, man brauche den Kuchen nur zu verteilen, und nicht berücksichtigen, dass die Herstellung Auswirkungen auf die Verteilung hat und die Verteilung selbst mit Kosten verbunden ist. Das ist wohl gemerkt noch kein Argument gegen Umverteilung. Es ist nur ein Argument gegen die Naivität der Umverteiler, die meinen, auf die Debatte des Widerspruchs (Trade-off) zwischen Effizienz und Gleichheit - die eigentliche Gerechtigkeitsdebatte - verzichten zu können.

Es geht den Egalitaristen um die allseitige Entschädigung für unverdientes Pech: Weniger angeborene Talente, schlechte Eltern oder eine unangenehme Persönlichkeit zu besitzen, unter Unfällen oder Krankheiten zu leiden, das alles muss, weil nicht selbst verschuldet, eingeebnet werden. Doch abgesehen davon, welcher tiefer Eingriff in die Privatsphäre damit verbunden ist, setzen diese Prinzipien nicht nur eine Norm der Gleichheit voraus, sondern auch ein Wissen um den Normalfall, von dem her Abweichungen bestimmt werden können. Hier kommt abschätziges Mitleid zum Ausdruck mit denen, die der Staat als minderwertig brandmarkt. Zugleich wird der Neid sanktioniert als die Basis für Güterumverteilung von den Glücklichen zu den Glücklosen. "Solche Prinzipien stigmatisieren die Glücklosen, erweisen aber auch den Glücklichen keine Achtung, weil sie

ihnen nicht erklären können, warum sie der Neid anderer überhaupt zu irgendetwas verpflichten müsste", schreibt die Philosophin Elizabeth Anderson.

### ***Jede Egalisierung ist Ausgangspunkt neuer Ungleichheiten***

Der fundamentale Irrtum des Egalitarismus liegt nach einem provokanten Ausspruch Harry G. Frankfurts in der Annahme, es sei moralisch entscheidend, ob eine Person weniger als eine andere hat, unabhängig davon, wie viel jeder der beiden hat. Ohnehin ist die Annahme, Gleichheit lasse sich herstellen, indem man (unverschuldete) Ungleichheiten korrigiere, eine Illusion: Denn jede Egalisierung ist Ausgangspunkt und Quelle neuer Ungleichheiten. Gäbe man verschiedenen Menschen die gleiche Menge Geld, so würden die Vorsichtigen daraus einen größeren Gewinn ziehen als die Unvorsichtigen und Verschwenderischen. Vielleicht kommt es aber auch ganz anders? Dann hätten die Risikofreudigen den größten Vorteil der Egalisierungsaktion. Da die Individuen unterschiedliche Talente, Ziele, soziale Identitäten und Lebensumstände haben, bleibt das Ziel der Egalisierung stets eine sinnlose Sisyphosarbeit. Immer müssen die Egalisierer nacharbeiten. Denn es sind ungleiche Menschen, die Unterschiedliches aus ihren Talenten machen und denen das Schicksal unterschiedlich hold ist.

Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine heißt deshalb der Wahlspruch derer, für die die Freiheit vor der Gleichheit rangiert. Wer Gleichheit herstellen will, das wusste schon David Hume, kriegt am Ende nicht nur mehr Ungleichheit: Er landet auch in der Armut.

Eine von der Freiheit her entworfene Theorie der Gerechtigkeit verlangt von den Menschen, dass sie Ungleichheiten aushalten, sie diese weniger als demotivierend, sondern als anspornend erfahren. Das ist nicht leicht, weil Menschen nicht nur stark, sondern auch schwach sind und es unmenschlich wäre, dies nicht zu berücksichtigen. Als Preis für diese Leistung verspricht die Freiheit vor allem die Erfahrung der Lust an der Freiheit selbst: Stolz, Lebensmut und Antrieb stärken das Individuum und bauen darauf, dass Selbstbestimmung, welche die Freiheit voraussetzen muss, sich auch lohnt. Zugleich, aber erst an zweiter Stelle, wird die Theorie der Freiheit insistieren, dass ihr Gerechtigkeitskonzept, weil effizienter, auch mehr Wohlstand für alle (also auch für die Ärmeren) schafft. Und sie wird die Freunde der Verteilung warnen, dass die Realität längst den Neid zum Herrscher einer auf den Hund gekommenen Idee von Gerechtigkeit hat verkommen lassen.

#### **Was Joachim Gauck über die Freiheit sagt**

"Für mich ist der Wert der Freiheit von allergrößter Bedeutung - und das sieht man im linken Spektrum zuweilen doch ganz anders."

"Wir tun einem Menschen keinen Gefallen, wenn wir ihm die Anstrengungen ersparen."

"Jeder sollte sich fragen, ob wir den Mut immer ausrichten für die Freiheit."

"Wir stellen uns nicht gern die Frage, ob Solidarität und Fürsorglichkeit nicht auch dazu beitragen, uns erschlaffen zu lassen."

"Wir rufen: Vater Staat, sei väterlich! Da läuft man Gefahr, in den Status des Kindes herabzusinken."

"Die Freude an der Freiheit hat sich in Furcht vor der Freiheit verwandelt."

"Es schwächt die Schwachen, wenn wir nichts mehr von ihnen erwarten."

Quelle: F.A.S.

# Draghis Bertha

FAZ 02.03.2012 · EZB-Chef Mario Draghi hat mit der „Dicken Bertha“ gefeuert. Den schweren Mörser aus dem ersten Weltkrieg hat er als Metapher für eine nie dagewesene Geldschwemme gewählt. Ist die Schuldenkrise jetzt vorbei?

Von [Holger Steltzner](#)



© INTERFOTO

Dicke Bertha mit Mannschaft an der Westfront im Ersten Weltkrieg

Endlich herrscht in Brüssel wieder entspannte Gipfelroutine. Keine Nachtsitzungen mehr, kein Zittern vor den Märkten, dafür vollmundige Ankündigungen. Ab heute wird wieder das Wirtschaftswachstum gesteigert, haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen. Ist die Schuldenkrise vorbei? Könnte man meinen. Die Renditen spanischer und italienischer Staatsanleihen sind im Sturzflug und die Aktienkurse von Banken schnellen nach oben. Was ist passiert?

Die „Dicke Bertha“ hat gefeuert. Den schweren Mörser aus dem ersten Weltkrieg mit unglaublichem Kaliber hat Mario Draghi als treffende Metapher für eine nie dagewesene Geldschwemme der Europäischen Zentralbank gewählt - und durchschlagende politische und kommunikative Wirkung erzielt. Den ersten Schuss in Form eines Dreijahrestenders von fast einer halben Billion Euro quittierten Banken und Anleger noch mit stiller Freude. Der [zweite Schuss](#) von mehr als einer halben Billion (nun unter dem Kriegsnamen Bertha) erlöste die Euro-Retter. Jetzt streiten sie nicht länger über Sparpakete und fehlende Wettbewerbsfähigkeit. Dank der „Bertha“ des EZB-Präsidenten machen sogar Wackelbanken wieder Gewinn, indem sie mit billigem Geld der Zentralbank die Krisenstaaten finanzieren und den Zinsaufschlag einstreichen. Banken lieben den „free lunch“, den risikolosen Gewinn, für den die EZB zur Not mit Käufen von Staatsanleihen sorgt. So groß wie behauptet können Kreditklemme und Liquiditätsmangel nicht sein, wenn man sieht, [wie viel Geld die Banken bei der EZB parken](#) und wie stabil die Wirtschaftsentwicklung in Euroland ist.

Nicht nur den Banken, sondern auch den Krisenstaaten nimmt die EZB den Druck zur Anpassung. Das zeigen die unverändert hohen Preise und Defizite in Griechenland oder Spanien. Ungeachtet aller Sparversprechen geben diese Staaten einfach weiter mehr Geld aus, als sie einnehmen. Heute füllt die Lücke nicht mehr der klassische Kredit, sondern die Zentralbank mit ihrem Zahlungssystem Target. Darüber kann ein Krisenstaat so wie ein Privatmann beim Kiosk um die Ecke anschreiben lassen, nur unbegrenzt, etwa bei der Bundesbank.

Mit dem Fiskalpakt werde künftig alles gut, versprechen die Rettungseuropäer. Doch wieso soll ein zwischenstaatliches Abkommen besser wirken als der völkerrechtliche Vertrag von Maastricht? Warum soll ein Krisenstaat wettbewerbsfähig werden, wenn er sich nicht mehr am Markt zu finanzieren braucht und andere sein Defizit automatisch ausgleichen?

Quelle: F.A.Z.

## Mario Draghis: „Dicke Bertha“ Banken leihen sich Rekordsumme von EZB

29.02.2012 · Im mit Spannung erwarteten Dreijahrestender der Europäischen Zentralbank haben sich 800 Banken im Euroraum zusammen 529,5 Milliarden Euro geliehen.

Die unter der Schuldenkrise leidenden Banken haben von der Europäischen Zentralbank eine neue Geldspritze bekommen. Die Banken haben sich bei dem mit Spannung erwarteten Dreijahrestender der Europäischen Zentralbank (EZB) kräftig mit Liquidität eingedeckt. Wie die EZB mitteilte, erhielt sie von 800 zumeist südeuropäischen Instituten Gebote über 530 Milliarden Euro, die voll bedient wurden. Analysten hatten mit einer Nachfrage von rund 450 Milliarden Euro gerechnet. Die Spanne der Erwartungen hatte zwischen 250 und 750 Milliarden gelegen.

Für die Geldhäuser ist das Angebot der EZB äußerst verlockend: Für den ungewöhnlich langen Zeitraum von drei Jahren können sie unbegrenzt Mittel leihen - und das zum günstigen Zins von aktuell 1,0 Prozent. Mit der Liquiditätsoffensive will die EZB eine Kreditklemme im Euroraum verhindern. Vor allem in den Krisenländern der Währungszone sind die Banken zunehmend von privaten Mittelzuflüssen abgeschnitten, was die Konjunktur dort weiter abzuwürgen droht.

Ein umstrittener Nebeneffekt des Dreijahrestenders, den EZB-Präsident Mario Draghi im Interview mit der F.A.Z. als „Dicke Bertha“ bezeichnet hat, ist, dass viele Banken von einem Teil des Geldes auch dieses Mal wieder Staatsanleihen kaufen dürften. Das legen zumindest neue Daten der EZB nahe. Spanische Banken haben ihren Bestand von Staatsanleihen der Euroländer im Januar um die Rekordsumme von 23,1 Milliarden auf 229,6 Milliarden Euro erhöht, wie aus Daten der EZB hervorgeht. Zehnjährige italienische Staatsanleihen rentierten mit rund 5,5 Prozent, während ein Kredit bei der Zentralbank für den Leitzins von derzeit 1 Prozent zu haben ist. Schon im Dezember setzte sich für diese Art von Geschäft im Händlerjargon die Bezeichnung „Sarko-Trade“ durch, benannt nach dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der in Bezug auf die Ausweitung der Krisenhilfen der EZB sagte: „Das bedeutet, dass jetzt jeder Staat zu seinen Banken gehen kann, die Liquidität zu ihrer Verfügung haben werden.“

Seit der ersten großen EZB-Geldspritze im Dezember hat sich die Situation an den europäischen Anleihemärkten deutlich entspannt. Experten sind sich einig, dass die großzügige Liquiditätsversorgung des Bankensystems daran einen erheblichen Anteil hat.

Das Geschäft wird am 1. März wertgestellt und am 26. Februar 2015 fällig. An den Aktien- und Anleihemärkten wurde die Geldspritze der EZB reserviert aufgenommen. Der Euro fiel leicht und auch die Ausschläge auf spanische und italienische Anleihezinsen blieben im überschaubaren Bereich. Die Anleger reagierten leicht enttäuscht, man hätte etwas mehr erwartet, hieß es aus dem Handel.



© dapd

Auch beim zweiten Langfristendergeschäft, der „Dicken Bertha“, haben die Banken eifrig zugriffen

Im Dezember des vergangenen Jahres hatten 523 Institute eine Summe von 489 Milliarden Euro abgerufen. Der Nettoeffekt war jedoch geringer, weil viele Banken kurzfristige EZB-Kredite durch das dreijährige Geschäft ersetzen. Analysten kalkulierten, dass der Nettoeffekt damals bei gut 200 Milliarden Euro lag. Nach Schätzungen dürften diesmal EZB-Kredite mit kürzeren Laufzeiten in Höhe von rund 220 Milliarden Euro

ersetzt werden. Gleichwohl führte die Geldflut vom Dezember zu einer deutlichen Entspannung der Schuldenkrise in der Peripherie der Eurozone und löste eine Rallye an den Aktienmärkten aus.

Draghis Waffen: „Bazooka“ und „Dicke Bertha“

Die Europäische Zentralbank kämpft mit verschiedenen Waffen in der Schuldenkrise. Schon im Dezember hat die EZB den Banken fast 500 Milliarden Euro für die ungewöhnlich lange Zeit von drei Jahren geliehen. Die Wirkung dieses Dreijahrestenders sei im Dezember unterschätzt worden, sagte EZB-Präsident Mario Draghi kürzlich im Interview mit der F.A.Z., „weil viele eine Ausweitung der Staatsanleihenkäufe von der EZB erwarteten, die berühmte „**Bazooka**“. Vielleicht hätte ich den Tender als „**Dicke Bertha**“ ankündigen sollen, dann hätten alle zugehört.“

Unter dem Schlagwort „Bazooka-Lösung“ macht seit Monaten die Forderung die Runde, mit möglichst großem Kaliber die Euro-Schuldenkrise zu bekämpfen und ein für allemal einzudämmen. Den Anhängern der „Bazooka“ - einer Panzerfaust - schwebt nicht nur ein stärkeres Engagement der Europäischen Zentralbank (EZB) in europäischen Staatsanleihen vor. Sie wollen das maximal mögliche Hilfsvolumen auf 750 Milliarden Euro aufstocken oder notfalls auf 1,5 Billionen Euro verdreifachen. Die „Dicke Bertha“, eine riesige Kanone, war eines der bekanntesten Geschütze im Ersten Weltkrieg.

Quelle: FAZ.NET mit Dow Jones, Reuters

# Urteil zum EFSF-Sondergremium: Karlsruhe stärkt Rechte des Bundestags bei Euro-Rettung

28.02.2012 · Die Schaffung des sogenannten Neuner-Gremiums für eilige Entscheidungen zur Euro-Rettung ist im wesentlichen mit dem Grundgesetz unvereinbar - das entschied der Zweite Senat des Verfassungsgerichts am Dienstag. Die Richter sehen durch den Ausschluss aller übrigen Abgeordneten deren Rechte verletzt.

Von [Reinhard Müller](#)

Das Bundesverfassungsgericht hat die Mitwirkungsrechte der Bundestagsabgeordneten gestärkt: Die Schaffung des sogenannten Neuner-Gremiums für eilige oder vertrauliche Entscheidungen zur Euro-Rettung ist im wesentlichen mit dem Grundgesetz unvereinbar. Das entschied der Zweite Senat am Dienstag auf die Klage der SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Dankert und Swen Schulz. Die Karlsruher Richter sehen durch den Ausschluss aller übrigen Abgeordneten deren Rechte verletzt.

Bundestagspräsident Lammert (CDU) gab sich überzeugt, dass das Parlament die Regelung „in einer vernünftigen Zeit“ überarbeiten werde. Größere Änderungen des Gesetzes seien nicht erforderlich. Das Gremium sollte in besonders heiklen Fällen Entscheidungen zum Euro-Rettungsschirm EFSF treffen. Die neun Mitglieder waren schon aus dem Kreis der 41 Mitglieder des Haushaltsausschusses gewählt. Doch bereits im Oktober hatte das Bundesverfassungsgericht den beiden klagenden Abgeordneten in einem Eilverfahren Recht gegeben.

Rechtmäßig sei das Gesetz nur insoweit, entschieden die Karlsruher Richter jetzt, als es dem Neuner-Gremium Entscheidungsbefugnisse für den Fall des Ankaufs von Staatsanleihen durch die EFSF am Sekundärmarkt verleihe. Das sei „ausnahmsweise aus Gründen der besonderen Vertraulichkeit gerechtfertigt“. Denn ein Bekanntwerden auch nur der Planung einer solchen Notmaßnahme könnte deren Erfolg „vereiteln“. Grundsätzlich aber bedürfe der weitgehende „Entzug“ von Abgeordnetenrechten besonderer Gründe und müsse verhältnismäßig sein. Zwar könne der Bundestag prinzipiell in besonders eiligen oder vertraulichen Fällen „Vorkehrungen für ein zügiges Handeln“ treffen. Es seien aber keine Gründe erkennbar geworden, deretwegen ein „kleinstmögliches Untergremium“ notwendig wäre, um rasch zusammentreten zu können.



© Reuters

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle

„Der geringere Verwaltungsaufwand für die Ladung von nur neun Mitgliedern des Gremiums reicht hierzu nicht aus“, heißt es im Urteil. Im Falle besonderer Eilbedürftigkeit – die eine Einberufung des Plenums ausschließt – käme nun „allenfalls eine Befassung des Haushaltsausschusses in Betracht“. Somit ist die Regelung, wonach bei Notmaßnahmen zur Verhinderung von „Ansteckungsgefahren“ „regelmäßig“ besondere Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit vorliegt, nicht mit den sich aus dem Abgeordnetenstatus ergebenden Rechten vereinbar. Gegen eine Eilbedürftigkeit spricht nach Karlsruher Ansicht auch, dass für die Mitglieder des Sondergremiums keine Stellvertreter vorgesehen sind „und daher bereits die Verhinderung weniger Mitglieder zu seiner Beschlussunfähigkeit führen könnte.“



© reuters

Die Richter in Karlsruhe urteilten am Dienstag, der geheim tagende Ausschuss verstoße überwiegend gegen die Rechte der Abgeordneten.

### [Zum Video](#)

Auch muss nun die Zusammensetzung des Gremiums geändert werden. Es muss die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen widerspiegeln. Das Gericht habe bei seiner Entscheidung die Funktionsfähigkeit des Bundestags in der Finanzkrise im Blick behalten, hob Gerichtspräsident Voßkuhle bei der Verkündung des Urteils hervor. Die Einrichtung des Gremiums gehöre zum Selbstorganisationsrecht des Parlaments. Der Ausschluss der in einem solchen Untergremium nicht vertretenen Abgeordneten lässt sich demnach grundsätzlich mit an der Funktionsfähigkeit des Parlaments orientierten Gründen rechtfertigen. „Funktionsfähigkeit ist aber kein Selbstzweck, sondern bleibt bezogen auf das Ziel, möglichst viel parlamentarische Legitimation zu ermöglichen.“ (Aktenzeichen 2 BvE 8/11).



© REUTERS

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Danckert (l.) und Swen Schulz hatten geklagt.

Quelle: FAZ.NET



Endbestand zu tilgen ist. Dieses Detail impliziert, dass Target-Salden auch nach dem Stichtag stehenbleiben können. Dennoch wird der Anstieg der Salden ganz erheblich gedämpft.

### ***Es ist unattraktiv, Target-Kredite in Anspruch zu nehmen***

Das zeigt die obenstehende Abbildung. Sie vergleicht den gesamten Zeitverlauf der Summe aller Target- und ISA-Forderungen in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt. Man erkennt sehr deutlich, dass die Salden in den Vereinigten Staaten während der Finanzkrise wesentlich langsamer anstiegen als in der Eurozone. Das liegt zum einen daran, dass es in Amerika unattraktiv ist, die Target-Kredite in Anspruch zu nehmen, und die defizitären District-Feds versuchen, ihre Schulden selbst zu reduzieren, bevor sie im April Anteile am Clearing-Portfolio verlieren. Die deutlich sichtbare Abnahme der Salden in den Monaten vor dem April 2009 ist auf diesen Effekt zurückzuführen. Zum anderen kommt eine Bremswirkung durch die erzwungene Tilgung zustande, wenn es nicht gelingt, die Salden durch eigene Maßnahmen rechtzeitig abzubauen. So haben im April 2010 im Umfang von etwa 190 Milliarden Dollar ISA-Tilgungen stattgefunden. Auch im April des Jahres 2011 wurde getilgt, aber nur wenig, denn die ISA-Zuwächse waren im Vorjahr laufend gefallen und erst zu Jahresbeginn wieder gestiegen.

Ende 2011 lagen die amerikanischen Salden bei 337 Milliarden Dollar oder 2,3 Prozent des BIP, während die Target-Forderungen im Eurosystem Ende November 2011 782 Milliarden Euro oder 8,5 Prozent des BIP der Eurozone ausmachten. Relativ gesehen waren die europäischen Salden also etwa viermal so groß wie die amerikanischen, und dies, obwohl die Finanzkrise in den Vereinigten Staaten begann und die Fed viel mehr Geld in die Wirtschaft gepumpt hat als die EZB. Wollte man der Bundesbank für die während der Krise aufgebauten Target-Forderungen (Mai 2006 bis April 2012) eine Tilgung nach den amerikanischen Regeln zubilligen, so könnte sie nun schätzungsweise mit etwa 320 Milliarden Euro an goldbesicherten Wertpapieren rechnen.

### ***Vom Regen in die Traufe***

Die Frage ist freilich, wie man das amerikanische System auf Europa übertragen könnte. Sicherlich wäre es keine Lösung, den Defizitländern die Tilgung mit normalen Staatspapieren aus eigener Herstellung zu erlauben. Dann käme man, wie Jörg Krämer von der Commerzbank richtig feststellt, vom Regen in die Traufe.

Die European Economic Advisory Group at CESifo - acht Ökonomen aus sieben Ländern - hat in ihrem elften Jahresbericht, der jetzt veröffentlicht wird, vorgeschlagen, in der Eurozone ein System von kurzfristigen staatlichen Pfandbriefen (Euro Standard Bills) zu schaffen, die nach einheitlichen Kriterien vom jeweiligen Nationalstaat mit Immobilien oder vorrangigen Ansprüchen auf zukünftige Steuereinnahmen besichert sind. Diese Pfandbriefe können nach Meinung des Rates zur jährlichen Tilgung der Target-Salden verwendet werden.

Eine einfache Minimallösung, die ebenfalls Wirkung entfalten könnte, hat der frühere Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger vorgeschlagen. Er will die Target-Salden mit progressiv gestaffelten Strafzinsen belasten, die dann von den Defizitländern an die Überschussländer abgetreten werden. Auf jeden Fall braucht die Eurozone ein System von Stoßdämpfern, welche die extremen Ausschläge bei den Target-Krediten abfedern. Der Überziehungskredit beim privaten Girokonto ist auch nicht beliebig zu haben.

Quelle: F.A.Z.

## Analyse der Commerzbank: Target-Saldo zwingt zur Transferunion

FAZ 28.02.2012 · Allein die Bundesbank hält Forderungen von zuletzt knapp 500 Milliarden Euro gegenüber den Notenbanken finanzschwacher Länder. Viele Ökonomen sehen darin enormen Sprengstoff, auch die Commerzbank warnt: Je höher die Summen, desto schwächer die Verhandlungsposition der Gläubiger.

Von [Stefan Ruhkamp](#)

[Artikel](#) [Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(3\)](#)



© dpa

Die Notenbanken der finanzschwachen Länder wie Portugal, Griechenland, Spanien, Irland oder Italien haben Verbindlichkeiten von mehr als 800 Milliarden Euro aufgetürmt.

Die Commerzbank zeichnet ein düsteres Bild für die Zukunft der Währungsunion. Trotz lobenswerter Reformansätze in einigen Ländern sei die Transferunion südlicher Prägung vorgezeichnet, schreibt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, in einer Analyse, und begründet diese Prognose mit den Ungleichgewichten innerhalb des Euroraums und den daraus resultierenden riesigen Target-Forderungen in den Bilanzen der Notenbanken der finanzstarken Länder.

### ***Bundesbank türmt Forderungen von 500 Milliarden Euro auf***

Die Target-Salden entstehen über das Zahlungsverkehrssystem des Euroraums. Vor der Krise glichen sich Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Notenbanken nahezu aus, weil die Banken in Defizitländern das für Importe und Kapitalabflüsse überwiesene Geld per privaten Kredit zurückerhalten haben. Seit Beginn der Krise ist der Rückfluss wegen des Misstrauens auf dem Bankenmarkt gestört. Finanziert wird jetzt direkt über die Notenbanken. Dadurch haben sich bei den Notenbanken der finanzschwachen Länder wie Portugal, Griechenland, Spanien, Irland oder Italien Verbindlichkeiten von mehr als 800 Milliarden Euro aufgetürmt. Auf der Gegenseite hält allein die Bundesbank Forderungen von zuletzt knapp 500 Milliarden Euro. Relativ zur Größe sind die Positionen in Luxemburg und den Niederlanden noch umfangreicher.

Bei einem Zerfall der Währungsunion wären die Bilanzen dieser Notenbanken bedroht - und mithin das gesamte Geldsystem, schreibt Krämer in seiner Analyse. "Je mehr die Target-Salden steigen, desto weniger können sich die Zentralbanken ein Scheitern der Währungsunion leisten." Deshalb seien die riesigen Forderungen und Verbindlichkeiten eher Klebstoff denn Sprengstoff für die Währungsunion. Der Druck auf die Zentralbank wachse deshalb, je stärker die Staatsschuldenkrise mit der Notenpresse übertüncht werde. Der bevorstehende Dreijahrestender werde deshalb nicht der letzte bleiben. Womöglich werde es künftig sogar Geschäfte mit noch längerer Laufzeit geben.

### ***Je größer die Salden, desto schwächer die Gläubiger***

Diese indirekte Staatsfinanzierung könne die EZB auf Dauer aber nicht durchhalten. Dann müssten die Regierungen wieder handeln und sich der Grundfrage der Währungsunion stellen. Auf der einen Seite ständen unter anderen Deutschland, die Niederlande und Österreich, die finanzielle Eigenverantwortung, Fiskalregeln

und Wettbewerb wollten, auf der anderen Seite die meisten südlichen Länder und Frankreich, die weniger Reformen, Gemeinschaftsanleihen und schwächere Fiskalregeln bevorzugten. Je größer die Target-Salden würden, argumentiert Krämer, desto mehr werde die Position der finanzstarken Länder in diesem Konflikt geschwächt.

Eine Transferunion werde im Durchschnitt der Mitgliedsländer zu höheren Steuern führen, sagt Krämer voraus. Das werde die Leistungsanreize reduzieren und das Wirtschaftswachstum schwächen. Mehr Arbeitslosigkeit und höhere Inflationsraten seien zu erwarten. Die in den Peripherieländern zu erwartenden Reformen könnten die beschriebenen negativen Folgen nicht ausgleichen.

Quelle: F.A.Z.

## Bundesverfassungsgericht: EFSF-Sondergremium in Teilen verfassungswidrig

FAZ 28.02.2012 · Dringende Entscheidungen über Euro-Hilfsmaßnahmen dürfen nicht von einem Sondergremium des Bundestags aus nur neun Abgeordneten getroffen werden. Lediglich bei Entscheidungen zum Ankauf von Staatsanleihen durch die EFSF sei das Gremium mit der Verfassung vereinbar, entschied der Zweite Senat in Karlsruhe.

Bundestagsabgeordnete müssen an Entscheidungen zur Euro-Rettung stärker beteiligt werden. Der Bundestag darf dies nicht auf Kleinstgremien übertragen, wie das Bundesverfassungsgericht in einem am Dienstag verkündeten Urteil entschied.

Das Gericht erklärte eine wichtige Verfahrensregel für die deutsche Beteiligung an Maßnahmen des Euro-Rettungsschirms EFSF im Wesentlichen für unwirksam (2 BvE 8/11). Eine Entscheidung durch das Gremium bleibt aber zulässig, soweit es um Ankäufe von Staatsanleihen auf dem Finanzmarkt geht. Bei solchen Maßnahmen sei es aus Gründen der Vertraulichkeit gerechtfertigt, wenn nicht der gesamte Bundestag, sondern nur ein kleines Gremium entscheidet.

Das Parlament hatte sich entschieden, sein Recht in Fällen besonderer Eilbedürftigkeit und Vertraulichkeit auf ein Neuner-Gremium zu übertragen. Dessen Mitglieder wählt das Plenum des Parlaments aus den 41 Abgeordneten des Haushaltsausschusses.



© reuters

Die Richter in Karlsruhe urteilten am Dienstag, der geheim tagende Ausschuss verstoße überwiegend gegen die Rechte der Abgeordneten.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sieht die haushaltspolitische Verantwortung des Parlaments durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Euro-Hilfen bestätigt. Die Karlsruher Richter hätten abermals „das Recht und die Pflicht des Deutschen Bundestages“ unterstrichen, „über die wesentlichen Elemente der Euro-Rettungspakte zu entscheiden“, sagte Lammert am Dienstag in Berlin. Der Bundestag werde der Forderung der Richter nachkommen und die bisherige Regelung in den beanstandeten Punkten „nachjustieren“.

Die geforderten Änderungen würden nun „in weiteren parlamentarischen Beratungen“ vorbereitet, erklärte Lammert. Als Ziele nannte er dabei, „die Handlungsfähigkeit des Bundestages auch in besonderen Fällen notwendiger Vertraulichkeit zu gewährleisten und dabei der Haushaltsverantwortung des Bundestages und seiner Mitglieder im größtmöglichen Maße gerecht zu werden“. Die SPD bewertete das Urteil aus Karlsruhe ähnlich.

Das Gericht „stärkt die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages und reduziert die Zuständigkeit des sogenannten Neuner-Gremiums auf das absolut notwendige Minimum“, erklärte Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. „Dadurch werden die Eurorettungsmaßnahmen transparenter und für die Menschen nachvollziehbarer.“

## ***Grüne: Rechte der Abgeordneten werden gestärkt***

Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck begrüßte das Urteil als Stärkung der Rechte von Abgeordneten. Die Bundesregierung habe vor dem Gericht nicht überzeugend darlegen können, warum statt des Neuner-Gremiums „nicht ebenso das Gesamtparlament oder in bestimmten Fällen auch der Haushaltsausschuss befasst werden“ könne, erklärte Beck. Karlsruhe habe die „pauschale Regelvermutung der Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit für Notmaßnahmen“ zurückgewiesen und damit einen Kritikpunkt der Grünen aufgegriffen.

Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke hob hervor, dass das Karlsruher Gericht die Einrichtung eines kleinen Entscheidungsgremiums aus Abgeordneten für dringende Fälle bei der Euro-Rettung „als grundsätzlich verfassungskonform anerkannt“ habe. Die FDP begrüße die „Präzisierungen“ des Gerichts und wolle sie „zeitnah umsetzen“.

Das Gericht habe bei der Entscheidung die Funktionsfähigkeit des Bundestags in der Finanzkrise sehr wohl im Blick behalten, betonte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle. In der Begründung des Urteils hieß es, die Verlagerung von eiligen Entscheidungen auf das Sondergremium aus nur neun Abgeordneten schließe sie von den Entscheidungen aus und verletze deshalb ihre Abgeordnetenrechte. „Funktionsfähigkeit ist aber kein Selbstzweck, sondern bleibt bezogen auf das Ziel, möglichst viel parlamentarische Legitimation zu ermöglichen“, sagte Voßkuhle.

Das Sondergremium mit bislang neun Abgeordneten muss demnach größer werden und die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag widerspiegeln, damit es notfalls schnell und vertraulich über den Ankauf ausländischer Staatsanleihen entscheiden kann. Das Sondergremium sollte in besonders eiligen oder vertraulichen Fällen anstelle des Bundestags-Plenums oder des Haushaltsausschusses Entscheidungen zum Euro-Rettungsschirm EFSF treffen.

Bei solchen Maßnahmen sei es aus Gründen der Geheimschutzes gerechtfertigt, wenn nicht der gesamte Bundestag, sondern nur ein kleines Gremium entscheidet. Wenn auch nur die Planung einer solchen Notmaßnahme bekanntwürde, könnte das den Erfolg gefährden.

Wenn auch nur die Planung einer solchen Notmaßnahme bekanntwürde, könnte das den Erfolg gefährden. Deshalb sei davon auszugehen, „dass die Vorbereitung einer solchen Notmaßnahme, also auch deren Beratung und ein diesbezüglicher Zustimmungsbeschluss, absoluter Vertraulichkeit unterliegen müssen“. Dafür müsse sich aber die Besetzung ändern, verlangen die Richter: Der Ausschuss müsse so zusammengesetzt sein, dass jede Fraktion nach dem „Grundsatz der Spiegelbildlichkeit“ entsprechend ihrer Stärke im Plenum vertreten ist.

Die Richter betonten, dass grundsätzlich alle Abgeordneten des Bundestag an den Entscheidungen des Parlaments beteiligt sein müssten. „Der (...) Grundsatz der repräsentativen Demokratie gewährleistet für jeden Abgeordneten die Gleichheit im Status als Vertreter des ganzen Volkes“, so die Richter. Die Entscheidung im kleinen Kreis schließe „die nicht im Sondergremium vertretenen Abgeordneten von wesentlichen, die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestags berührenden Entscheidungen in vollem Umfang aus“.

Eilbedürftigkeit allein reiche hingegen nicht aus, so die Richter. Es seien keine Gründe erkennbar, weswegen die Verlagerung auf ein kleinstmögliches Gremium nötig wäre, um besonders rasch zusammentreten zu können. Überdies seien für alle Maßnahmen des Rettungsschirms umfangreiche Vorbereitungen erforderlich.

Geklagt hatten in Karlsruhe die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Danckert und Swen Schulz - und im Eilverfahren hatten sie schon Erfolg gehabt: Ende Oktober des vergangenen Jahres untersagte der Zweite Senat einstweilen, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages von dem Sondergremium wahrgenommen werden.

Im September des vergangenen Jahres hatte Karlsruhe entschieden, dass durch Griechenland-Hilfe und Euro-Rettungsschirm die Haushaltsautonomie des Bundestages nicht in unzulässiger Weise beeinträchtigt werde.

Doch sei die Regierung dazu verpflichtet, vor der Übernahme von Gewährleistungen die Zustimmung des Haushaltsausschusses einzuholen.

(Az: 2 BvE 8/11)

Quelle: FAZ.NET

02/27/2012 05:19 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## ***We Have Become the New Villain***

A Commentary By Jan Fleischhauer

The German parliament is set to approve a new multibillion euro bailout package for Greece on Monday, but instead of thanks, southern Europeans are expressing their dislike of us. Germans will have to get used to their new role: We have become the Americans of Europe.

Here's an idea. Police reports used to exclude the ethnic origins of the perpetrators of crimes. Why not apply that practice to reporting the euro crisis? We could stop mentioning which countries are getting aid. Instead of writing about the Greeks or Portuguese, we could just refer to the recipient as a southern European country -- or, better yet, of our fellow European citizens in the south.

Perhaps that would serve to improve the mood in Europe.

You have to be very careful about what you say these days. One careless statement and suddenly you can get crushed by a wave of emotions. I know what I'm talking about. After the cruise ship accident near Giglio in Italy, I made a few irreverent comments about Italians that seemed to outrage half of Italy. The Italian ambassador in Berlin even gave me a dressing down. I'm just happy that Italy is part of the Schengen Zone. After reading what had been written about me in the Italian press, I don't know whether they would have let me back into the country.

In my defense, I can say that I am not the only person who has unwittingly triggered a diplomatic imbroglio in these difficult times. Who would have thought that people in Athens also listen to SWR 2 radio? But German Finance Minister Wolfgang Schäuble had barely finished an interview with the public radio broadcaster from his southern German home region about the reform efforts of Greek politicians before he was [accused of disparaging the Greeks](#). "Who is this Herr Schäuble who insults Greece?" Greek President Karolos Papoulias roared back at Berlin. Schäuble, too, apparently underestimated how easy it is to insult people in the south.

### **The Chancellor in a Nazi Uniform**

Sentiment towards the Germans isn't very good in the region right now. Hardly a day goes by without Chancellor Angela Merkel being depicted in a Nazi uniform somewhere. Swastikas are a common sight as well. It doesn't seem to help at all that we faithfully approve one aid package after the other. If calculations by experts are true, then we are far beyond the point where we are just providing loan guarantees.

A good deal of the €130 billion expected to be approved by the German parliament on Monday will never be seen again. But if you read the editorial pages of newspapers in the crisis regions, for whom this money is intended, you would be led to believe that we are out to achieve what our grandfathers failed to do 70 years ago (and this despite the fact that research into Hitler outside of Greece is fairly unanimous in the belief that National Socialism didn't launch its tyranny of Europe with a bailout package).

### **The Viciousness of Inferiority**

It won't be long before they start burning German flags. But wait, they're already doing that. Previously we had only known that from Arab countries, where the youth would take every opportunity to run through the streets to rage against that great Satan, the USA. But that's how things go when others consider a country to be too successful, too self-confident and too strong. We've now become the Americans of Europe. The role reversal won't be an easy one either -- it is already safe to say that today. We Germans are accustomed to having people admire us for our efficiency and industriousness -- and not to hate us for it.

But before we complain too much about all this ingratitude, we should remind ourselves that we ourselves spent years passing the buck. As long as the global villain was America, the Germans joined in when it came to feeling good at the expense of others. The Americans also had every reason to expect a little more gratitude -- after all, it was their soldiers who had to intervene when a dictator somewhere lived out his bloody fantasies while the international community stood by wringing its hands.

People came to secretly rely on the USA as a global cop in the same way that Germany's neighbors are now expecting the Germans to save the euro. Unfortunately, however, the feeling of inferiority can be just as vicious as that of superiority.

### **Buying Your Neighbor's Sympathy**

Of course, one can try to make oneself seem smaller than one really is. But this self-denial doesn't work. The Americans weren't much more popular under Jimmy Carter than they were under Ronald Reagan despite the fact that the man from Georgia was kind-hearted and plagued by so many moral scruples that his preference probably would have been to just stop governing. Obama's election also didn't do a whole lot to help the US' image in the longer term. A giant can't conceal his size for long.

One can also attempt to buy the sympathies of one's neighbors. In a certain respect, that is exactly the policy that Germany has pursued in Europe for decades. That's why there is no lack of politicians focusing on European policy who recommend the continuation of that policy -- which would essentially mean nothing less than assuming greater amounts of debt from its European partners through a stronger intervention by the European Central Bank or through euro bonds. But it appears the sums are too great to ease tempers through a simple bank transfer. After all, this is no longer about paying for a few wasted subsidies like the EU's infamous milk lakes and butter mountains that German money was being used to plug or clear away. It is about budget shortfalls so massive that the economies of entire countries are being swallowed by them.

We will probably just have to get used to the fact that, for a time, Germany won't be very popular in some countries in Europe. In the worst case scenario, we could spend our next holiday in America for a change. Or we could just claim we are Swiss -- as nobody seems to have any problems with them at the moment.

*Jan Fleischhauer is the author of "'Der Schwarze Kanal," or "The Black Channel," SPIEGEL ONLINE's weekly conservative political column. Black is a reference to the political color of Chancellor Angela Merkel's political party, the center-right Christian Democratic Union.*

### **URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,817887,00.html>

## Griechenland-Hilfen: Risiko und Abenteuer

27.02.2012 · Angela Merkels Rettungspolitik sei gescheitert, sagt die Opposition – und stimmt ihr zu. Die Zweifel am Kurs der Kanzlerin wachsen jedoch auch in der Koalition.

Von [Berthold Kohler](#)

Risiken müsse sie gelegentlich eingehen, sagte die Bundeskanzlerin vor der Verabschiedung des zweiten Hilfspaketes für Griechenland, Abenteuer aber verbiete ihr der Amtseid. Damit begründete sie das Festhalten an ihrer bisherigen Linie in der europäischen Schuldenkrise und ihr Nein zu alternativen Vorschlägen, die vom mehr oder minder freiwilligen Austritt Griechenlands aus der Eurozone bis zum Einstellen der Milliardentransfers mit der unmittelbaren Folge des Staatsbankrotts reichen.

Was noch akzeptables Risiko und was schon Abenteuer ist, legt freilich auch in diesem Fall nicht das Grundgesetz fest. Es handelt sich bei dieser Einteilung um eine politische, wie auch die Entscheidung für den einen wie den anderen Kurs eine höchst politische ist – andernfalls hätte die Kanzlerin einen Tag lang einen Verfassungsbrecher im Kabinett gehabt, noch dazu auf dem Posten des Innenministers.

Der hat widerrufen müssen, weil die Kanzlerin darauf besteht, dass ihr Weg nicht nur zur Sanierung Griechenlands, sondern der ganzen EU mit geringeren Gefahren verbunden sei, verglichen mit den Ratschlägen, die ein schreckliches Ende dem endlosen Schrecken vorziehen. Noch findet sich im Bundestag eine große Mehrheit, die der Erzählung der Kanzlerin vom kleineren Übel Glauben schenkt – gegen manchen Rat aus der Wirtschaftswissenschaft und wider eine weitverbreitete und wachsende Skepsis im Volk. Gegen diese sind gerade Volksvertreter nicht immun. Nicht nur Friedrichs Stoßseufzer zeigt, wie tief die Zweifel an den Erfolgsaussichten von Frau Merkels Rettungspolitik sich auch schon in die Reihen der Koalition hineingefressen haben: die „Kanzlermehrheit“ kann sie dafür nicht mehr mobilisieren.

So ähnelt der Kampf um den Euro immer mehr einem Zweifrontenkrieg mit unbekannter Dauer, aber der doppelten Gefahr des Zusammenbruchs: Wie lange halten Staaten wie Griechenland die verlangte, in vielen Punkten illusionäre Reformpolitik durch, die mitunter noch gar nicht begonnen wurde? Und wie lange werden die Steuerzahler in den Geberländern derartige politisch-ökonomische Großexperimente finanzieren wollen und können? Der Möglicherweise-Kanzlerkandidat der SPD Steinbrück sprach schon davon, dass die Strategie der Kanzlerin gescheitert sei. Etwas Besseres, als dem Antrag der Regierung zuzustimmen, fiel aber auch Sozialdemokraten und Grünen nicht ein.

Quelle: F.A.Z.

## Kommentar: Euro-Umverteilung

27.02.2012 · Die Euro-Retter sind Geisel ihrer verfehlten Politik. Griechenlands Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen. Doch zum wiederholten Male werden alle Augen zugeedrückt.

Von [Holger Steltzner](#)



© dpa Wer einmal alle Augen zudrückt, macht das auch ein zweites, drittes, viertes Mal - im Bundestag wird abgestimmt

In der Debatte im Bundestag vor dem ersten Kreditpaket für Griechenland (110 Milliarden Euro) forderte Angela Merkel vor zwei Jahren, reformunwillige Krisenstaaten müssten künftig aus der Eurozone ausgeschlossen werden können. „Ich bin wie die Bundeskanzlerin der Meinung, dass die Möglichkeit eines Ausscheidens als letztes Glied einer Handlungskette dazugehört“, sagte damals sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Und was passiert heute, wenn Innenminister Hans-Peter Friedrich mit Recht sagt, außerhalb der Währungsunion seien die Chancen Griechenlands, wettbewerbsfähig zu werden, größer? Dann wird er behandelt wie ein Aussätziger. Die Reaktion der Kanzlerin und die Weisung aus München, wie gefälligst der Abgeordnete Friedrich in Berlin abzustimmen habe, zeigen: **Die Euro-Retter sind Geisel ihrer verfehlten Politik.**

Griechenlands Schulden kann man nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen. Die Defizite sind so hoch wie zuvor, Kosten und Preise auch, von Wettbewerbsfähigkeit keine Spur. Niemand klärt auf, wo das viele Geld aus dem ersten Paket versickert ist. Selbst griechische Abgeordnete glauben nicht an Rettung und bringen ihr Privatvermögen ins Ausland.

Doch der Bundestag winkt das nächste Kreditpaket (130 Milliarden) durch. Wer einmal alle Augen zudrückt, macht das auch ein zweites, drittes, viertes Mal, wie Schäuble zuvor einräumte. Das mag für Abgeordnete gelten, doch unter Wählern wächst die Wut. **Wer glaubt noch Schäubles Beteuerung, die Rettung koste kein Geld, die Währungsunion sei keine Transferunion?**

### ***Banken holen sich ihre Gewinne vom Steuerzahler***

Die EZB und die Rettungseuropäer wollen keine Debatte über **die Vergemeinschaftung der Haftung über Notenbankbilanzen** zulassen. Dort werden Risiken umverteilt, gegen die sich die Kredite für Hellas wie die Erdnüsse der Deutschen Bank ausnehmen. Deren Chefvolkswirt beschreibt das Geschäftsmodell wie folgt: Banken reichen mit Aufschlag billiges Zentralbankgeld an Staaten weiter und holen sich so ihre Gewinne vom Steuerzahler.

Das reichliche Zentralbankgeld mindert den Anpassungsdruck von Banken und Staaten. Darüber hinaus finanziert die EZB über ihr Zahlungssystem die Kapitalflucht aus dem Süden. Doch das scheint den Bundestag nicht zu kümmern. Sonst wäre dort über die Zahlungsbilanzkredite von inzwischen mehr als 800 Milliarden Euro gesprochen worden.

Quelle: F.A.Z.

# La fin du modèle social européen est déclarée



**Le patron de la Banque centrale européenne annonce la mort du modèle social européen... et se prépare à faire un nouveau chèque de 500 milliards d'euros aux banques. Bienvenue dans le "QE World" ou comment les banques centrales soutiennent massivement le rétablissement de la confiance, au prix d'une austérité sans précédent.**

"Le modèle social européen est mort" ! Jamais un banquier central n'avait parlé avec autant de brutalité de la crise que nous traversons. Les propos tenus par l'Italien Mario Draghi, le successeur de Jean-Claude Trichet, dans le long entretien qu'il a accordé au Wall Street Journal vendredi 24 février ([lire la retranscription ici](#)), sont tellement violents, par ce qu'ils impliquent, qu'il n'aurait sans jamais pu les tenir ailleurs que dans la « bible » de la finance mondiale. Même Jean-Claude Trichet avait plus de précautions de langage quand il tentait d'expliquer aux peuples européens ce qui les attend.

Pour Mario Draghi, ancien banquier de Goldman Sachs et nouvelle statue du Commandeur de la monnaie en Europe, sauver l'euro aura un prix élevé. Selon lui, il n'y a "pas d'échappatoire" possible à la mise en œuvre de politiques d'austérité très dures dans tous les pays surendettés et cela implique de renoncer à un modèle social fondé sur la sécurité de l'emploi et une redistribution sociale généreuse. Ce modèle sur lequel l'Europe a basé sa prospérité depuis la seconde guerre mondiale a disparu (« has gone »), estime Mario Draghi qui rappelle aux journalistes du WSJ la formule de l'économiste allemand Rudi Dornbusch : "Les Européens sont si riches qu'ils peuvent se permettre de payer les gens pour ne pas travailler".

## Provocation

L'intervention du patron de la BCE pourrait sembler une provocation, une semaine avant que la banque centrale ne renouvelle un deuxième chèque de 500 milliards d'euros aux banques qui viendront mercredi 29 février emprunter de l'argent au guichet illimité qu'elle a mis en place pour sauver l'euro. Comment échapper, avec de tels propos, à la critique montante selon laquelle le système est en train de sacrifier les peuples pour sauver les banques ? Les arguments mis en avant par Mario Draghi sont sans appel : tout recul sur les ambitions des programmes de désendettement publics provoquera une immédiate réaction des marchés qui pousseront les taux d'intérêt payés par les Etats à la hausse, rendant encore plus difficile, sinon impossible, le rétablissement des finances publiques. C'est ce qui est arrivé à la Grèce et a failli se produire au Portugal, en Espagne, en Italie. Les propos de Mario Draghi ne sont évidemment pas sans lien avec le calendrier électoral européen. En avril en Grèce, en mai en France, au printemps 2013 en Italie, les peuples vont voter pour choisir leur destin. En expliquant, à la façon d'une Margaret Thatcher des temps modernes, que quel que soit le résultat du vote, les gouvernements élus n'auront pas d'autre alternative que de poursuivre des politiques de rigueur extrêmes, de mener des réformes structurelles du marché du travail et de démanteler encore un peu plus leur modèle social, le président de la BCE affiche la couleur. Et qu'on ne vienne pas lui dire que l'accalmie actuelle sur les marchés signifie que la crise est finie. La preuve que ce n'est pas le cas viendra mercredi, quand les banques viendront chercher auprès de la banque centrale le soutien sans lequel le système financier ne peut pas tenir. Sans la perfusion des banques centrales, aux Etats-Unis avec le "Quantitative easing" de la Fed, en Europe avec le LTRO de la BCE, tout s'écroulerait ! Même la Chine en est réduite à soutenir ses banques en difficultés. Bienvenue dans le monde cruel du « QE world ».

**"Redressement national" de la "France forte"**

Par cette prise de position très dure, Mario Draghi appelle à une prise de conscience. Mieux vaut selon lui en passer par une purge sévère et des réformes structurelles tout de suite pour rétablir la confiance des marchés que de vivre dix années terribles sous leur pression. C'est le choix fait par Mario Monti en Italie, avec succès jusqu'à présent puisqu'en cent jours, cet autre ancien de Goldman Sachs a réussi à sortir son pays de l'œil du cyclone, en changeant comme jamais le visage de l'Italie. La leçon vaut pour les autres pays. En France, François Hollande annonce-t-il autre chose quand il parle de "redressement national", même s'il continue en même temps de faire croire que la gauche française saurait mieux préserver le modèle social que les gauches européennes ? Et Nicolas Sarkozy, qui en appelle au « courage » pour rétablir une « France forte », ne prépare-t-il pas, sans le dire clairement, un nouveau programme d'austérité pour l'après-élection ? Si on écoute Mario Draghi, le modèle social français aura bien du mal à survivre à 2012. la question est au cœur de la campagne mais chut, il ne faut pas le dire... trop fort !

# Draghi buries European social model

27 February 2012

[La Tribune](#) Paris



Faber

**At a time when the ECB is preparing to write a further €500 billion cheque for the banks, the ECB President has declared that over-indebted countries will have no option but to implement draconian austerity policies if they are to overcome the crisis. Shocking words, which, French business daily La Tribune argues, are nonetheless justified.**

[Philippe Mabilie](#)

"The European social model has already gone". Never has a central banker spoken with such brutality about the ongoing crisis. The remarks made by Italian Mario Draghi who has succeeded Jean-Claude Trichet at the head of the ECB, in a [long interview](#) with the Wall Street Journal on Friday 24 February, are so overwhelming in their implications that they probably could not have been published elsewhere than in the newspaper revered as the "bible" of global finance. Even Jean-Claude Trichet chose his words more carefully when attempting to explain what the future holds for the peoples of Europe.

For Mario Draghi, a former Goldman Sachs banker who now commands the fate of Europe's single currency, the bid to save the euro will come at a high cost. Specifically, there will be "no escape" from tough austerity measures in all of the over-indebted countries; and this will necessarily involve giving up a social model based on job security and generous safety nets.

The model that provided the basis for European prosperity since the Second World War "has gone," argues Mario Draghi who reminds the WSJ journalist that the situation described in the famous quote from German economist Rudi Dornbusch – "the Europeans are so rich they can afford to pay everybody for not working" – no longer applies.

The ECB President's remarks could be construed as provocative at a time when the European Central Bank is about to write a further €500 billion cheque for the banks, which, on Wednesday 29 February, will be offered unlimited credit as part of a further scheme to save the euro. In the light of such statements, how can he expect to face down increasingly vocal criticism of measures that sacrifice populations in order to save financial institutions?

However, the argument put forward Mario Draghi is incontrovertible: any “backtracking on fiscal targets [for debt reduction] would elicit an immediate reaction by the market” that would push up interest rates for sovereign states, making it even more difficult, or even impossible for them to clean up their books. This is what happened in Greece, and what almost happened in Portugal, Spain, and Italy.

## **An immediate and unflinching clean-up**

We should also bear in mind that Mario Draghi’s remarks are obviously linked to the electoral schedule in Europe: in April in Greece, in May in France, and in the spring of 2013 in Italy, voters will be called on to choose their destiny. In explaining, like a modern-day Margaret Thatcher, that regardless of the outcome of these votes, new governments will have no alternative but to adopt stringent austerity policies, push through structural labour market reforms and further dismantle welfare systems, the ECB President aims to put an end to any ambiguity.

He further refuses to be swayed by any assertion that the current calm on the markets indicates that the crisis is over. Proof that this is not the case will be evident on Wednesday 29 February, when the banks will seek to obtain the ECB support without which the financial system would no longer be sustainable. Without cash injections from central banks – in the form of quantitative easing (QE) and a federal funds rate that is close to zero in the US, and the ECB’s [Long Term Refinancing Operation](#) (LTRO) in Europe – the entire financial system would collapse. Even China has been forced to bailout beleaguered banks. Welcome to the cruel realities of the new "QE world."

In adopting this harsh position, Mario Draghi intends to raise awareness of the fact that it is in our interest to accept an immediate and unflinching clean-up of balance sheets and the structural reforms required to restore market confidence rather than to embark on another decade fraught with the terrible pressure that results from the absence of that confidence. This is the strategy that has been adopted by Mario Monti, which has proved to be highly successful. In less than 100 days, the former Goldman Sachs advisor has permanently changed the face of Italy, which he has steered out of the eye of the storm. Other countries would do well to follow his example.

Translated from the French by **Mark McGovern**

# La Grèce devra-t-elle rembourser des hedge funds au nom des droits de l'homme?

L'Expansion.com - publié le 19/01/2012 à 17:55

***Sommés d'accepter l'effacement de 50% de leurs créances sur la Grèce, des fonds spéculatifs américains envisagent d'attaquer le pays devant la Cour européenne des droits de l'homme. Explications.***



Charles Dallara, le président de l'Institut international de la finance et son collègue Jean Lemierre sortant d'une réunion sur la dette avec le premier ministre grec le 18 janvier 2012.

REUTERS/John Kolesidis

Voilà qui ne devrait pas améliorer l'image des financiers internationaux... [Selon le New York Times](#), des hedge funds, autrement dit des fonds spéculatifs, envisagent de poursuivre la Grèce devant la Cour européenne des droits de l'homme. Alors que le pays [négocie l'effacement de 50% de sa dette](#) auprès des créanciers privés, ils estiment en effet que cette restructuration forcée (une modification rétroactive des conditions de l'emprunt) constitue une atteinte au droit de la propriété... Lequel fait partie des droits de l'homme. Selon des juristes, le cas serait donc bien susceptible d'être porté devant la Cour de justice de Strasbourg. Pas sûr que les Grecs soumis à une violente cure d'austérité soient sensibles à cette revendication humaniste.

Les hedge funds sont en effet accusés d'être les [principaux obstacles à la réussite d'un accord](#) dans la négociation actuellement en cours à Athènes. Il s'agit en effet de convaincre les créanciers privés d'échanger quelque 200 milliards d'euros d'obligations arrivant à échéance d'ici 2014 contre des titres ne valant plus que la moitié de ce montant. Si le principe de cet effacement est acquis, les modalités, à savoir le taux d'intérêt des nouvelles obligations, constitue l'élément clé de la discussion. Alors qu'un accord entre les banques et la Grèce semble possible dans une fourchette de 4 à 5%, les hedge funds exigent plus de 5%. Au risque de rendre la charge de la dette toujours insupportable pour le pays, comme l'a d'ailleurs fait valoir le FMI.

Un tel recours devant la Cour des droits de l'homme risque toutefois de prendre du temps et de coûter des millions d'euros de frais d'avocats aux hedge funds qui le tenteraient. Mais des procédures similaires ont été gagnées en Amérique Latine, indique le New York Times. [L'Argentine](#), qui a fait défaut sur sa dette en 2002, serait ainsi toujours confrontée à des plaintes de créanciers qui l'empêcheraient de revenir lever de l'argent sur les marchés financiers.

## Schuldenschnitt: Griechischer Charme

25.02.2012 · Wenn Griechenland mit Argentinien verglichen wird, schallt ein „unzumutbar“ aus dem Euroraum. Dabei hat die Rosskur dort funktioniert. Üppige Rettungspakete bedurfte es dazu nicht.

Von [Rainer Hank](#)

[Artikel Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(0\)](#)



© dpa

Schäuble stimmt die Bürger schon auf das nächste Paket ein

Einmal angenommen, Griechenland wäre als Land außerhalb der Währungsunion in Schwierigkeiten geraten, etwa so wie Argentinien im Jahr 2001. Längst wäre das Land nach den Regeln des für Staatspleiten zuständigen Pariser Clubs umgeschuldet worden. Dazu gehören die Abwertung der Währung, ein generelles Verschuldungsverbot oder wahlweise deutlich verschärfte Kreditbedingungen für Neuschulden und ein von den Gläubigern überwacht strenges Effizienzprogramm. Bei Argentinien hat die Rosskur funktioniert. Das Land ist heute in leidlich guter Verfassung. Gipfeltage und -nächte internationaler Regierungskonferenzen samt üppiger Rettungspakete und Solidaritätsbekundungen bedurfte es dazu nicht.

### ***Üppige Rettungspakete zu günstigeren Konditionen***

„Unzumutbar“ schallt es heute aus dem Euroraum, wenn man den Griechen Argentinien als Vorbild präsentiert. Einen Schuldenschnitt gibt es für die Griechen jetzt zwar auch, freilich diktiert von den Schuldnern. Die Freiwilligkeit der Gläubiger entspricht – nach einem Bonmot von Commerzbank-Chef Blessing – in ungefähr der Freiwilligkeit eines Geständnisses vor der Inquisition. Weder Pfand noch anderes erhalten sie im Gegenzug für ihren Verzicht. Und anstatt die Zinsen zu erhöhen, offerieren die Euroländer dem Pleitestaat üppige Rettungspakete zu günstigeren Konditionen, als der Markt sie bietet.

Wenn es wenigstens hülfe! Schon jetzt addieren sich Griechenhilfe I und II auf 240 Milliarden Euro. Und noch bevor der Bundestag an diesem Montag darüber berät, stimmt der deutsche Finanzminister die Bürger schon auf das nächste Paket ein. Wenn Schäuble das sagt, wird wohl was dran sein. Er sollte freilich gelegentlich auch sagen, warum unablässig gutes Geld schlechtem Geld hinterhergeworfen wird. Gelbe Karte ohne Rote Karte verdirbt die Spielkultur, sagt der Marburger Ökonom Alfred Schüller. Der Mann hat Recht.

Quelle: F.A.S.

# Griechischer Anleihentausch: Der Zwang zur Umschuldung ist rechtlich zweifelhaft

FAZ 25.02.2012 · Jetzt kommt die Umschuldung. Griechenland tauscht seine Staatsanleihen gegen neue, die weniger wert sind. Was Anleger wissen müssen.

Von [Patrick Bernau](#)



Trümmer bei Athen

Jetzt wird's ernst für die Besitzer griechischer Staatsanleihen. Nach wochenlangen Verhandlungen mit den Anleihegläubigern beginnt Griechenland jetzt mit seiner Umschuldung. Am späten Freitagabend hat die griechische Regierung ihr Umtauschangebot veröffentlicht. Jetzt müssen sich die Besitzer der Papiere entscheiden, ob sie sich an dem vereinbarten Umtausch der Anleihen beteiligen wollen.

[Hier geht es zum Tauschangebot mit F.A.S.-Kommentar.](#)

Die wichtigsten Daten des Tauschangebots liegen inzwischen auf dem Tisch. Pro 1000 Euro Nennwert bekommt jeder Aktienbesitzer eine Anleihe des Euro-Rettungsfonds EFSF mit einem Nennwert von 150 Euro, die innerhalb von zwei Jahren fällig wird. Dazu kommt eine Anleihe von Griechenland mit dem Nennwert von 315 Euro, die erst 2042 zur Rückzahlung fällig wird. Für diese Anleihe zahlen die Griechen Zinsen: anfangs 2 Prozent im Jahr, von 2016 an 3 Prozent, von 2022 an 4,3 Prozent. Zudem hat Griechenland weitere Zinsen in Aussicht gestellt, wenn die griechische Wirtschaft besser läuft als erhofft - Details dazu gibt es bisher aber noch nicht. Für Zinsen, die zwischen Freitag und dem tatsächlichen Anleihen-Tauschdatum anfallen, erhalten die Gläubiger kurzfristige Anleihen des Rettungsfonds, die nach sechs Monaten fällig werden.

Freiwillig ist der Umtausch nicht. Das griechische Parlament hat vergangene Woche ein Gesetz beschlossen, das einen Zwang möglich macht - auch für Anleihen unter griechischem Recht, die diese Möglichkeit bisher nicht vorsahen. Für die wenigen Anleihen nach britischem Recht gab es diese Klausel bereits - jetzt können also fast alle griechischen Anleihen per Zwang getauscht werden.

## ***Solange der Zwang nicht kommt, können Anleger pokern***

Nach den neuen Regeln würde die Umschuldung dann Zwang, wenn ihr eine Zweidrittelmehrheit zustimmt in einer Abstimmung, an der sich die Hälfte der Anleihenbesitzer beteiligen. Privatanleger müssen sich um diese Abstimmung nur wenige Gedanken machen. Sie können sogar hoffen: Falls Griechenland mehr als 90 Prozent seiner privaten Gläubiger vom freiwilligen Umtausch überzeugen kann, könnte das Land möglicherweise auf einen Tausch der restlichen Anleger verzichten.

Falls der Zwang kommt, können Anleger über eine Klage nachdenken. Anwälte sagen, der Zwang sei rechtlich zweifelhaft, weil damit die Anleihebedingungen nachträglich geändert werden. Ob eine Klage allerdings viel bringt, ist fraglich: Bei Staatspleiten wird nur selten Staatseigentum gepfändet.

Doch solange der Zwang nicht kommt, können Anleger noch pokern. Wer nicht umtauschen möchte, kann seine Anleihe erst mal behalten. Vermutlich bringt das keine Nachteile. Die griechische Regierung hat

jedenfalls angekündigt, die Bedingungen für die freiwillige und die erzwungene Umschuldung sollten ungefähr gleich sein.

Es kann sich aber lohnen, die Anleihe freiwillig zu tauschen. So mancher Experte schätzt, dass Griechenland auch nach der aktuellen Umschuldung auf längere Sicht nicht gerettet ist. Selbst wenn Anleger jetzt dem Zwang entgehen, könnte später eine neue Runde der Umschuldung kommen - dann zu schlechteren Konditionen. Anleihen, die noch über mehrere Jahre laufen, sollten wahrscheinlich getauscht werden. Für diese Anleihen ist das neue Angebot vermutlich besser als das, das die Besitzer in einer möglichen nächsten Runde der Umschuldung bekommen könnten.

Mit Anleihen, die bald fällig werden, können Anleger sich den Tausch Aufwand sparen und eher darauf spekulieren, dass sie in nächster Zeit doch noch irgendwie den vollen Kreditbetrag zurückbekommen.

Die Tauschfrist läuft voraussichtlich zwei Wochen, bis zum 12. März. Auf der Internetseite [www.greekbonds.gr](http://www.greekbonds.gr) will die Regierung demnächst weitere Details zum Ablauf veröffentlichen. Anleger können sich aber vermutlich auch einfach an ihre Depotbank wenden.

Quelle: F.A.S.

## Europe says goodbye to solidarity

24 February 2012

[Financial Times](#) London



Italian PM Mario Monti, Greek PM Lucas Papademos, German chancellor Angela Merkel, French president Nicolas Sarkozy and European Central Bank chief Mario Draghi.

**Ingram Pinn**

**The solidarity that has always been at the heart of the European project is based upon hard-headed self interest. For the union to survive the current crisis, it needs to relearn this simple principle.**

[Philip Stephens](#)

Some words are the property of continental Europeans. You do not hear many Brits or Americans talking about “solidarity”. The expression belongs to the soggy (to Anglo-Saxon minds) consensualism of social market capitalism and to prophets of European unity. What’s happened lately is that solidarity has dissolved. This explains why the euro, and the European Union, are in so much trouble.

Another week, another sticking plaster. The deal to prop up Greece has bought some more time. The important thing – or so we are led to believe – is that the wound has been cauterised. Again. Yet, it should be blindingly obvious to all that, in the great scheme of things, the latest bail-out is a sideshow.

Two things are needed if Greece is to avoid catastrophic economic and social collapse. They apply whether it stays in or leaves the euro. The first is sufficient political resolve within Greece to reform radically the state and economy; the second is a reciprocal willingness among other Europeans to foot a sizeable bill for the failures and fraud of past Greek governments.

The pertinent question is whether such a bargain is available. The omens are not encouraging. Behind the name-calling that marks out Greece’s relationship with its eurozone partners lies a complete breakdown of trust. Many Europeans – and I am not talking only about Germans – do not believe that politicians in Athens will keep their promises; many Greeks think that the draconian austerity demanded as the price of debt relief is calculated to punish rather than rehabilitate. A fair observer would probably say that both sides have a point.

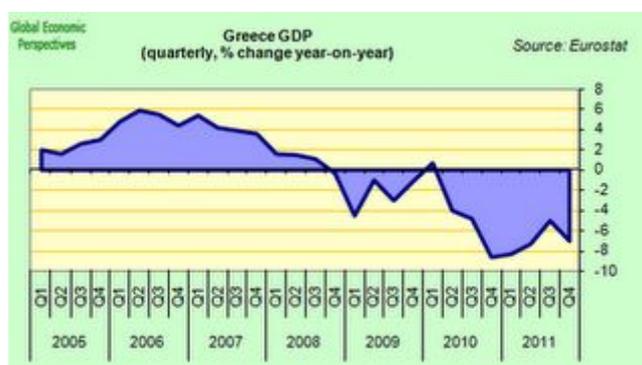
## For Whom the Bailout Tolls

Author: [Edward Hugh](#) · February 21st, 2012 · [Comments \(4\)](#) Share This Print 9 34

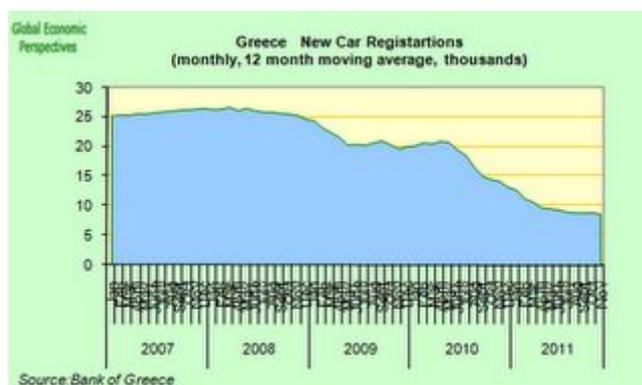
“On an optimistic view, that a deal was struck implies that neither side was ultimately willing to risk a Greek exit because they recognise that no one fully understands all the ramifications of such a decision. Under this scenario, when pressure again builds, the authorities will do the same: let Greece remain in the euro, even if it fails to keep to its adjustment programme. So, the reality of “bail-out II” means that, if the situation becomes critical, there will be a bail-out III”. Sushil Wadhvani, [writing in the Financial Times](#)

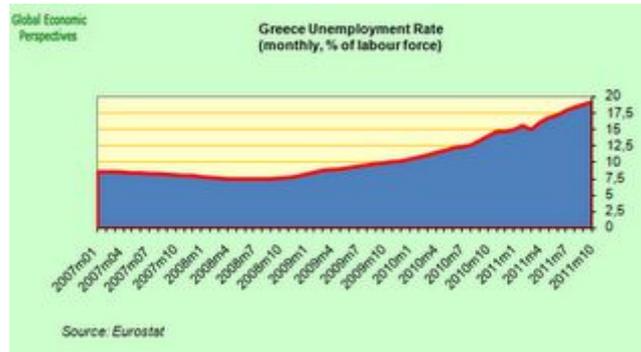
So Greece has finally been awarded a second bailout. One may wish the country will live to tell the tale.

[According to IMF DG Christine Lagarde](#), speaking at the post agreement press conference, “It’s not an easy (program), it’s an ambitious one,”. Never a truer word was said, and certainly not in jest. Not only is the program an ambitious one, it is more than probably a “pie in the sky” one too. The objective of 120% for Greek debt in GDP is totally unrealistic, not only because it won’t be attained (it won’t), but because even if it were the country would still be in an unsustainable situation in 2020. So this is hardly something to be proud of, or look forward to.



And then there is growth. Ah yes, growth. No one really has any idea how this will be achieved, and of course without it even the (un)ambitious 120% goal is way out of reach. But beyond the details, I have serious doubts whether Greece itself is now rescuable. I don’t mean the financial dimension, I mean whether or not the country will even raise its head again. The social fabric and the country’s reputation is being so destroyed, that it is hard to see serious investors getting back into the country again, with or without that much needed internal devaluation. At the end of the day the Greek bailout is not for the Greeks at all. Certainly they will see very little of the money, and there will be none whatsoever to help restart their withering economy. The Greek bailout is to protect the rest. It is a vain attempt to let Greece go its course (or even die) while preventing the contagious smell from reaching Spain or Italy. The only real creditors now are the official sector. This is not a bailout, it is a “cordon sanitaire”.





The outcome is already almost guaranteed – young people tired of continually being unable to find work commensurate with their skills will simply vote with their feet and leave, leaving an ever more unsustainable pension and health system for the Troika to manage. A common story these days along Europe’s periphery, but still, Greece definitely seems destined to be the worst of worst cases scenario.



Perhaps the best simple summary of what just happened was written by Annika Breidhardt and Jan Strupczewski [in their Reuters report](#):

“The complex deal wrought in overnight negotiations buys time to stabilize the 17-nation currency bloc and strengthen its financial firewalls, but it leaves deep doubts about Greece’s ability to recover and avoid default in the longer term”.

We have just bought some time for the rest of us, while Greece is sent off to default and beyond. The Troika representatives didn’t “sign off” on the new deal, they effectively washed their hands of the whole messy situation. Naturally Greece won’t be able to comply with the conditions, and at the next review, or the one after, the country will be face to face with the inevitable.

## The Details

- Greece has agreed to be placed under permanent surveillance by an increased European presence on the ground, and it will have to deposit funds in an escrow account to service its debt to guarantee repayments. effectively this will rule out future defaults against the private sector. This is why Europe’s leaders think this agreement will end contagion, there will be nothing to “contage”. But the problem

simply becomes worse, since any default now will be against the official sector, and they are not nice, friendly people to default on.

- The European Central Bank agreed to help the process by distributing its profits from bond-buying. A Eurogroup statement said the ECB would pass up profits it made from buying Greek bonds over the past two years to national central banks for their governments to pass on to Athens “to further improve the sustainability of Greece’s public debt.” The bond holdings of the ECB and national central banks from their investment portfolios (about 12 billion Euros) and the Security Markets Programme (around 40-45 billion Euros) are to be swapped for instruments that appear to be exempt from any future Collective Action Clauses. They will be repaid at face value, albeit with an understanding that the profits accruing from this repayment plus coupon payments will be transferred to governments via the various National Central Banks. This money can then be passed to Greece in the form of a transfer. The importance of this arrangement is that it reinforces the subordination of private sector bond holders to central bank buying. Moreover, it is not clear that there is any obligation for the national governments to give these income flows from Greek restructuring back to Greece, and if this proves to be the case this outcome would simply amplify the subordination of private investors.
- Private bondholders are being asked to accept more losses than originally postulated. Private sector holders of Greek debt will take losses of 53.5 percent on the nominal value of their bonds. They had previously agreed to a 50 percent nominal writedown, which equated to around a 70 percent loss on the net present value of the debt. This being said, all is still far from clear. The IMF document detailing the underlying economic assumptions for Greece assumes a 95% participation rate in the PSI. This outcome seems unlikely, especially in light of the increased haircut for private investors in the new deal, which was implemented in order to reduce Greek debt/GDP to the targeted 120% by 2020 from the 129% it would reach according to earlier PSI assumptions. What this implies is that those dreaded Collective Action Clauses may still be needed sometime early next month to ensure no hold-outs, and if this happens it is quite possible that CDS will trigger. So we are not out of the woods yet, it seems.
- The latest IMF document reaffirms its view that Greece is unlikely to be able to access the market in its own name during the programme period until at least 2020, “and it is assumed that financing needs are met by Greece’s European partners on standard EFSF borrowing terms”, if good policies are maintained. One problem the IMF mentions here is important, and that is the fact that future debt issuance would be subordinated to the currently being restructured pool of debt. This would obviously make it hard to sell bonds to new investors even in the most favourable of circumstances.
- As if this wasn’t enough in the way of headaches, the latest IMF document also suggests that Greece is likely to need additional funding well before 2020. The Fund outlines two scenarios: a “base” case whereby Greece may need an additional 50 billion Euros during the period 2015-20 given that the new 136 billion Euro support package will only meet Greece’s funding needs until 2014. They also cite a more bearish case involving slower-than-targeted growth and fiscal consolidation, whereby debt/GDP only declines to 160% by 2020 rather than the targeted 120%, in which case Greece would require a further 109 billion. Hence far from having put Greece off the EU radar, the new debt deal only marks the end of the beginning, and we still need to get through to the beginning of the end.
- In terms of timescale, the private creditor bond exchange is expected to be launched on March 8 and complete three days later, according to Greek sources. That means a 14.5-billion-euro bond repayment due on March 20 would be restructured, allowing Greece to avoid default.

In fact the important point to note is that the vast majority of the funds in the current program will be used to finance the bond swap and ensure Greece’s banking system remains stable; some 30 billion euros will go to “sweeteners” to get the private sector to sign up to the swap, and 23 billion will go to recapitalize Greek banks. A further 35 billion or so will allow Greece to finance the buying back of the bonds. As [Annika Breidhardt and Jan Strupczewski point out in their article](#), next to nothing will go directly to help the Greek economy.

The main purpose of exercise – apart from trying to close off contagion - was to reduce Greece’s debt to a level that the IMF would be able to continue funding. It will be recalled that the whole second bailout issue was put on the table when the IMF reported that it would be unable to continue with the first bailout since its own regulations stipulated it could not continue to make programme payments to a country whose debt path was not sustainable. Their economists must have had to swallow some to be willing to sign off on the sustainability of this one. But such are the political pressures people are facing.

## **The Sacrificial Lamb**

It is hard to remember a time when such an important decision was taken with so many of those involved expressing the view the solution was not going to work. Thus conservative leader Antonis Samaras, a strong contender to become next prime minister, stressed that the rescue package’s debt-reduction targets could only be met with economic growth. “Without the rebound and growth of the economy ... not even the immediate fiscal targets can be met, nor can the debt become sustainable in the long-term.”

Hardly inspiring words from the person who is most likely to have to take responsibility for all of this, especially since he appreciates perfectly well that all that growth simply isn’t coming. At some point the economy will stop contracting, but we will certainly not see a significant rebound, but rather a dead cat bounce.

Europe’s leaders, on the other hand, are more concerned about their own backyard than they are about what actually happens to the Greeks. “It’s an important result that removes immediate risks of contagion,” Italian Prime Minister Mario Monti is reported as telling a news conference.

Swedish Finance Minister Anders Borg effectively summed the cynicism of the whole position up like this: “What’s been done is a meaningful step forward. Of course, the Greeks remain stuck in their tragedy; this is a new act in a long drama. “I don’t think we should consider that they are cleared of any problems, but I do think we’ve reduced the Greek problem to just a Greek problem. It is no longer a threat to the recovery in all of Europe, and it is another step forward.”

But as Sushil Wadhvani suggests, rather than overcoming contagion, what the agreement does is give a whole new twist to the issue. In particular, the general impression that has been generated is that Germany’s leadership will now make almost any concession in order not to have to look for the Euro exit door, and the others, starting with the highly intelligent Mario Monti, are beginning to sense this. Even Spain’s Mariano Rajoy has caught-on, and seen he can negotiate a relaxed deficit target for 2011, despite the fact that the country missed last year’s target by a large margin. So we may well now see a chain of events where one country after another sets out to test the patience of the “core”. And in addition (see below), even the Greek contagion problem is a long way from being over.

## **Eternal Life on LTRO “Cool Aid”?**

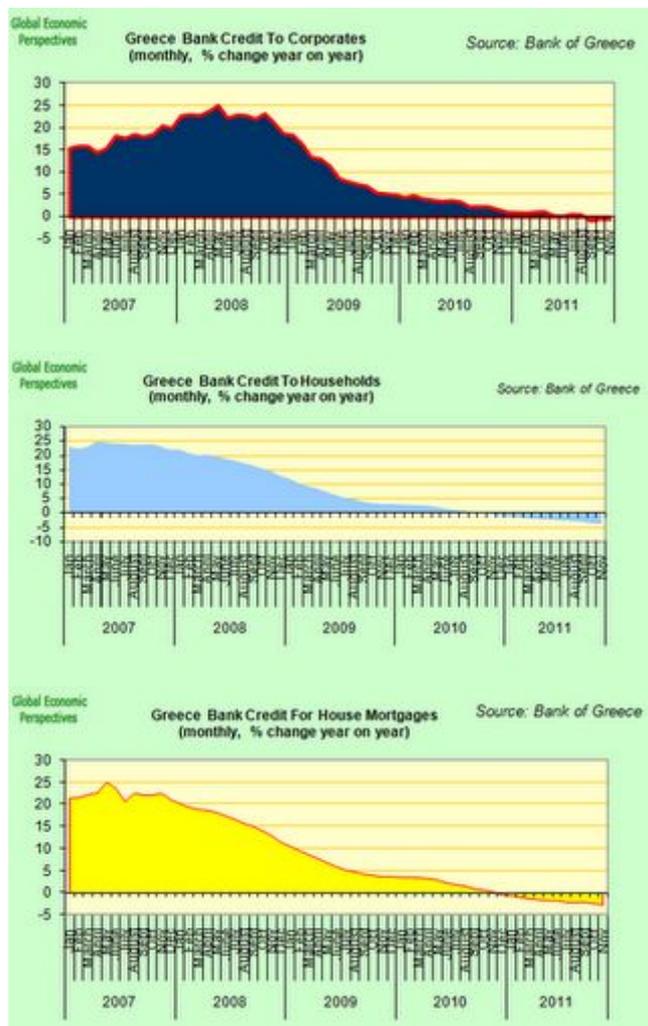
Meanwhile, the impact of recent policy changes at the central bank should not be underestimated, in terms of the durability of this tragedy in multiple acts. In particular, the latest decision to implement two 3 year Long Term Repo Operations has been very important. Indeed it is a short term game changer.

Distressed sovereigns can, for the time being fund themselves, even if the commercial banks are only really inclined to bid at the short end, and may well be exaggerating the extent of spread relief provided by buying short term bonds in an attempt to store liquidity to meet their own future wholesale financing needs.

Basically, the liquidity provided, in conjunction with the all important flexibilisation of the collateral rules, has enabled banks to make provision for their wholesale funding needs right through from now to 2015, at which time there will doubtless be another round of LTROs, and who knows, they could even have a longer term than a mere three years now that the distinction between capital and liquidity has become totally blurred. The days when banks saw it as a stigma to have recourse to ECB liquidity, and when journalists entertained themselves

making fun of packaged used car loans being offered as collateral in Ireland by the Australian bank Macquarie are now long gone, as are the times when anyone really imagined that any sovereign bond from a country losing the minimum rating qualification of at least a single A from one agency would not be available for use as collateral at the central bank.

What the LTROs won't do is stimulate credit in countries where there is little solvent demand for borrowing. Countries like Greece, for example. Crashing the economy without restoring competitiveness means that Athena does not rise from the head of Zeus out of the ashes of created destruction.



But this liquidity policy does knock yet another of the “old chestnut” endgames straight out of the window, since it makes deposit flight within the Euro Area as a whole a much smaller problem. German and other core country deposits can be recycled – via wholesale finance provided at the ECB – as a substitute for the missing peripheral ones. As I say, this measure does not unblock the credit crunch problem, but it does reduce immediate systemic pressure. So, if the Euro system is inherently unstable, and unsustainable, a mire from which no one wants to exit since fear of the unknown always trumps hatred of the known, how does it all finally unwind?

The implicit market assumption the markets are making that Portugal will follow Greece into default comes as no surprise. If Greece is to be given an ongoing debt pardoning programme then surely in Portugal is going to want one too. And then there will be Ireland, and so on. Yet all of this is contemplatable, what is not contemplateable is that the people who live in these unfortunate countries will continue to accept whatever is thrown at them, and then some, come what may. You only need to look over in the direction of Hungary to see that these no-growth austerity programmes have a sell-by date. But what will follow will surely please no one.

## **The Club No One In Their Right Mind Would Leave**

But what about Greece itself? Logic suggests that they will be unable to meet the terms of their new agreement, and that we will soon be back to where we started, .....or will we?

Feelings that what we are seeing today will only constitute a short interlude in a pretty atonal concerto are based on an appreciation of three important factors: a) a recognition that even a reduction of debt to GDP to 120% by 2020 is still not sustainable; b) a recognition that after the formal bailout is awarded there will still be ongoing programme reviews, and the country will struggle to comply with the conditions; and c) the fact that the implementation of the Private Sector Involvement debt swap will probably mean changing the jurisdiction under which Greek debt is denominated from mainly Greek law in the majority to international law in the totality, and that the only creditors left on whom the country can effectively default is now the official sector. This latter point is undoubtedly the most important, although being able to grasp its full implications implies an understanding of the first two.

Essentially, if the unsustainability of the Greek debt path and the inability to comply with conditionality are accepted, then a further default will be inevitable, but such a default will undoubtedly be a very, very hard one, and most likely an uncontrolled one. In the first place if the country were to leave the Euro after the debt swap, then the new Greek bonds could now not be converted to New Drachma (or equivalent) by a weekend session of the Greek parliament, and the country would have to default on bonds denominated in Euros, which would present them with all kinds of problems.

Secondly, given the terms of the debt swap, and the condition of an escrow fund to protect the interests of private bondholders, then the only liabilities on which the country could still default would be those commitments it has with the official sector, which means defaulting on the IMF, the ECB, the EU and Germany. These would not be especially nice people for the country to default on, since if Greece reaches such a point the country would almost surely be made an example of, which means effectively establishing a pariah state.

The EU certainly wouldn't be sending in the social workers and psychologists to help them cope with this massive tragedy, which would evidently create such social and political chaos that investors generally would be inclined to steer clear. Realising this, and having taken the decision not to default now, faced with the alternative of seeking allies among other rogue states (the North Korea path) the country's leaders have probably taken the decision to stay in as long as they can. But then it is worth remembering the old Greek saying that "whom the gods would destroy, they first make mad", by which I mean we could well eventually see extreme factors at play in Greek politics – the extreme right, the extreme left, and the military – before they then all go rolling off the cliff together.

Or maybe Greece will decide to default and stay in the Euro, printing its own Euros at the national central bank along the lines of the Emergency Liquidity Assistance precedent. That would surely create a mighty mess, (they could even carry out the internal devaluation by subsidising Greek wages) and would leave the onus of kicking them out on their European partners.

Whichever the appointed path, such a scenario would have important geopolitical implications, since surely the EU could not let Greece become a nice place, given that then Portugal would immediately say "I want one of those", and so on and so forth along the daisy chain. In the meantime private capital will be steadily forced out of periphery sovereigns like Spain and Italy, and the ECB will ultimately have to provide. But we have already crossed the Rubicon on this, and there is no real turning back. Ongoing debt restructuring will continue, as none of the really troubled economies can either grow or sustain their existing debt. I mean, who can now really believe that Spain won't be asked in six months time to prepare another set of reforms (the latest batch have "destined to fail" written all over them), and six months later another one, and so on, until eventually the country is where Greece is now?

And if the private sector either can't, or won't accept the degree of involvement being asked of it, then the ECB will be taken out of the official sector, and somehow or other find a way to swallow the losses. At least that's the way things could work for the time being.

# Destroying European Democracy?

The principal issue impeding exit is not the one of the presence of sunk costs from years of membership, but rather existence of non-linear credit and currency impacts – in either one or the other direction – impacts which could not be envisaged in the pre-Euro era during which most of the critics of the common currency cut their theoretical teeth.

The only conceivable way a deliberate decision to leave could actually be taken would be as a result of one or more of the respective agents being actually driven “insane” by the constant painful efforts involved in trying to retain the pin in that grenade they are holding as they are driven to ever more desperate efforts in a vain attempt to try to stop it going off in their face. Could, for example, Hungary’s leader Viktor Orban be about to offer us an early prototype for the kind of road map which some of the participants might need to follow in order to reach the point whereby they actively decide to leave? In Hungary’s case, of course, the departure would be from the EU, not the Euro, but the point is effectively the same, since the farewell party would most certainly be acrimonious, where the possibility of regulating the exit would be limited, and where the end product would almost certainly be the creation of a pariah state.

For the inevitably defaulting participants, given the total determination not to have official sector restructuring, leaving the Euro would more or less automatically mean a sharp break with both the EU and the IMF and in all probability the United States. If we take Greece as an example, and assuming the currently proposed PSI debt swap goes forward, the country will almost certainly see the jurisdiction of its debt shifted from national to international law, making converting sovereign debt instruments into New Drachma (or whatever) impossible, and given the creation of an escrow account to pay the private sector creditors, the only meaningful possibilities for default would be against the official sector – the ECB, the IMF and the EU member states – and clearly such a development would not be well received, among other reasons due to the precedents which could be created for other struggling countries who might wish to follow the same path.

So the list of probable allies for an exiting country – Venezuela, Bolivia, and North Korea come to mind, or nearer home Serbia, Belarus and Ukraine – would not be entirely alluring. The difficulty is that after the ending of the cold war, the world is rather short of role models for developed economies who want to pursue unorthodox policies, especially if they are engaged in a disorderly default causing considerable discomfort for most of their “first world” peers at the time in question.

On the other hand, those with more stable, internationally competitive economies will not readily wish to surrender this condition, and since they have clearly benefited significantly from membership of the currency union they will be unlikely to offer themselves as candidates for departure. In a post Euro world they would face the likelihood of trying to export their way forward while labouring under the constraint of a substantially over-valued currency. They need only look over in the direction of Japan to discern the outline of the future that would await them.

So with no one leaving, and each elbowing the other in the rush to say “I’m not going”, there really only is one way all this can end, isn’t there?

02/22/2012 03:06 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## A Growing Following in Germany

### *The Dangerous Success of Radical Young Clerics*

By Matthias Bartsch, Maximilian Popp and Christoph Scheuermann

Imams in Germany have long tended to be older men who preach primarily in Turkish or Arabic. Now, though, officials are worried about a new breed of cleric: young, dynamic and followers of a radical brand of Islam. Their adherents are growing in number.

None of his words are arbitrary. It is a show he has performed many times before. Sheikh Abdul Adhim knows which verses of the Koran appeal to his listeners, and which subjects they want to hear about. "Satan will tempt you with money and drugs" he tells the faithful at Berlin's Al-Nur Mosque. "Only faith in Allah can protect you." The members of the congregation nod. "No one preaches as beautifully as Abdul Adhim," they say.

The 34-year-old Berliner is the most prominent figure in a community of young, radical imams who are gaining importance among German Muslims. They appear in mosques and civic centers, they live in cities like Frankfurt, Bonn and Mönchengladbach, and the Internet is their most important platform. Web-based videos have meant a rapid increase in both popularity and influence in the community. Hundreds of followers regularly make the pilgrimage to Adhim's live rallies, or to those held by 33-year-old Pierre Vogel, from the town of Frechen near Cologne.

Supporters of these young imams say that they are reaching youth who would otherwise be lost to the streets. Critics, however, see men like Adhim and Vogel as foes of democracy, because of the strictly conservative form of Islam they preach. Many are Salafists, adherents of a fundamentalist movement that strictly follows the teachings of the Prophet Muhammad. Salafists reject innovation, frown on interactions with infidels and believe that the only legitimate laws come from God.

Political Salafism, the fastest-growing radical Islamic movement in Germany, primarily attracts second and third generation immigrants. The Federal Office for the Protection of the Constitution (BfV), Germany's domestic intelligence agency, estimates that there are 3,000 to 5,000 Salafists in Germany. The Berlin arm of the BfV has warned that their ideology is almost identical to that of the al-Qaida terrorist network. The debate over how society should deal with the Islamist agitators has re-intensified after Arid U., the man who killed two American servicemen at the Frankfurt Airport in 2011, [was sentenced to life in prison](#) earlier this month. The man reportedly had ties to Salafism.

#### **No Effective Effort**

Followers of Salafist imams consist mainly of "young men, usually unstable individuals from broken families, who are especially likely to have a criminal record," says Mathilde Koller, the head of the BfV branch in the state of North Rhine-Westphalia. "For young people who are seeking guidance, contact with imams of this sort can be the first step down a slippery slope to Islamist violence," says Rauf Ceylan, an expert on religion from the northwestern city of Osnabrück. According to Boris Rhein, the interior minister of the state of Hesse and a member of the center-right Christian Democratic Union (CDU), almost all violence-prone jihadists known to German authorities can be linked to Salafist imams.

But German authorities, from local and state officials to Federal Interior Minister Hans-Peter Friedrich, are unsure what to do about the Salafists. So far, their strategy has been to keep a close watch on them, issue warnings and, if necessary, ban them. As yet, however, there has been no effective effort to examine the motives of those young Muslims flocking to the sermons of imams like Adhim and Vogel.

Adhim denies any connection to militant Islamists. The Berlin branch of the BfV describes him as one of the leading figures of the Salafist movement in Germany, but also as someone who seeks to attain his goals with words rather than violence. Adhim is critical of the imams in traditional mosque communities, who tend to be over 50 and have come from other countries, saying that they have no grasp of the lives of young Muslims in Germany. He says they preach exclusively in Turkish or Arabic.

Adhim was born in Morocco, where his parents still live, working on a fairground in the country's capital Rabat. When he was 19, Adhim came to Germany to study electrical engineering in Berlin. It was his older brother who led him to religion. Now, although he earns his money working as an engineer, he says his goal in life is to spread Islam. He is married to a German convert and has four children. Every Sunday, Adhim explains the Koran to young people at the Al-Nur Mosque -- in German.

### **Outdated and Out of Touch**

Mosques are suffering from similar problems to those facing Catholic and Protestant churches. They are losing members, and they are seen as outdated and out of touch with everyday life. The young, charismatic agitators, on the other hand, know how to reach young people. They offer advice on relationship and drug problems, and they address issues of importance to young people, such as whether energy drinks are consistent with Islamic dietary rules.

The success of men like Adhim and Vogel says a lot about the second and third generation of immigrants, but also about the failures of German integration policy. It is fundamentalist preachers, and not their home country, that have managed to provide young Muslims with a vision.

Last July, Vogel spoke to a predominantly young crowd in Dietzenbach near Frankfurt. The native of the Rhineland region stood on the bed of a white rented truck and raved about paradise, describing it as a place where willing virgins were waiting for the Muslim faithful. "You'll get more of it there than you could ever imagine," he said. It was Vogel's last appearance in Germany, at least for the time being. He is currently spending time in Arab countries to study the Koran, communicating with his fans via YouTube.

Listening to Vogel and watching his videotaped monologues, one could almost believe that the world consists of two dimensions: religious and non-religious, good and bad, heaven and hell.

The main problem with the West, he says in an accent typical of the Rhine region, is the idea that everyone has to realize his full potential and be happy as an individual. He despises individualism, that "Western ideology that tells you not to obey anyone." God, says Vogel, knows best what is good for the individual, which is why people must abide by his rules. "And even if Allah were to instruct you to spend your entire life with one leg against the wall, you would have to do it, because Allah is your god."

### **Convenient Answers**

Vogel's world is clear and his answers are simple. His devotees apparently find this to be quite convenient.

Young Muslims are becoming increasingly attracted to a strictly orthodox and uncompromising form of Islam. Many second and third-generation immigrants are more devout than their parents or grandparents, who came to Germany as guest workers. According to a 2009 study by the Essen Center for Turkish Studies, 75 percent of Muslims of Turkish origin, between the ages of 18 and 29, described themselves as "somewhat" or "very" religious, up from 64 percent nine years earlier.

French political scientist Olivier Roy says that first-generation immigrants were born as Muslims in countries like Lebanon, Egypt and Turkey, so that they were already part of the community of the faithful without having to do anything. Their sons and daughters, on the other hand, grew up in a non-Muslim environment, so that their affiliation with Islam requires validation.

Just as punks in the 1970s distanced themselves from society through their music and appearance, some young Muslims are also distancing themselves from their parents, whose lifestyle they ridicule, through a radical form of religiosity. The success of Salafist youth imams is also a reflection of this generational conflict.

### **The Embodiment of a Self-Confident Islam**

German imam Vogel was a professional boxer before converting to Islam. He was the German junior champion in the light heavyweight division, which gives him the kind of street credibility that a 60-year-old imam from Neu-Ulm in southern Germany can never achieve. "I know it all: amusement arcades, discos, women," says Vogel. "I can be more persuasive when I say that it's better to be married and live a virtuous life."

A number of Muslims feel that the German convert is too vain, and find it presumptuous for Vogel to drive to rallies in a VW SUV with the license plate number HAM-ZA 911. Vogel calls himself Abu Hamza, the name of a warrior who lived in the time of the Prophet Muhammad. The number stands for 9/11, the day of the terrorist attacks on the United States.

His followers agree with Vogel that it's cool to be pious. During his presentations, they hand him their questions, which Vogel then addresses in his monologue. Is gelatin prohibited? Must a Muslim despise the West? When he has finished the questions, Vogel comes up with new ones and sets up a camera. Is stoning in keeping with the times? Do extraterrestrials exist? Vogel says that one reason extraterrestrials cannot exist is that the Prophet, who predicted everything, never mentioned them.

The young imams are servants of Allah and self-promoters in equal measure, but none of them uses the media as skillfully as Vogel. A search for his name on YouTube yields 50,000 hits. Some of the videos placed on the web are jittery, and some were made with cell-phone cameras, which lends them authenticity. In one video Vogel, while driving a car on the autobahn at high speed, implores the German rapper Bushido to abandon his life of money and women and return to Islam. "Brother, you're on the wrong path," Vogel says.

### **'Holocaust against Muslims'**

Talk show hosts invite him to appear on their programs whenever they need a younger, bearded man to goad a group of aging experts with catchy punch lines and provocative statements. Vogel has been on the shows of several major German hosts, including Johannes B. Kerner, Sandra Maischberger and Frank Plasberg. He is the bad guy of the German debate over Islam. It's a role he relishes, partly because he is one of the few Islamists in Germany who have rhetorical skills and want to be on television.

Vogel and the other young imams embody a self-confident Islam. A 2008 study by the Dutch government concludes that Salafists provide their followers with a sense of identity and social cohesion. They seize upon the widespread belief that Muslims are treated unfairly and channel it into their message.

Vogel speaks of a "Holocaust against Muslims." Adhim once warned against a Jewish-American world conspiracy, according to a taped conversation obtained by the State Office of Criminal Investigation in Berlin. The imam accuses the West of lying, hypocrisy and hatred of Muslims. He accused German Chancellor Angela Merkel of helping to finance the war in Gaza, and he called upon all Muslims in the Palestinian Territories to wage jihad against the Jews in Israel. According to Adhim, Hamas militants are not terrorists. Instead, he says: "They are the best of this nation! They are at the front in this nation."

The public prosecutor's office in Berlin launched an investigation against Adhim on suspicion of incitement, but dropped it a short time later. An Islamic scholar who analyzed a speech on behalf of the State Office of Criminal Investigation concluded that although Adhim stirs up emotions, he is not a typical "inflammatory preacher." The scholar also said that the young imam exhibited "great intellectual agility."

### **'Only Just Begun'**

In his speeches, Adhim condemns terror and violence. Nevertheless, security services view the Al-Nur Mosque in Berlin, where he appears regularly, as a meeting place for militant Islamists. The mosque has received funding in the past from a Saudi Arabian foundation suspected of bankrolling terrorism.

Vogel also claims that he convinces young people to renounce violence. But a few radicals see him as a role model. Arid U., the Frankfurt Airport assailant, included "Pierre Vogel" as one of his interests on his Facebook page.

Robert B., the German native who was arrested together with a friend in England in mid-July 2011 after arriving on a ferry with bomb-building plans and jihad instructions in their luggage, was also a follower of Vogel. He had attended one of Vogel's rallies in Hamburg in the summer.

For some young Muslims, imams like Vogel are apparently the gateway drug into an ideology with Islamist overtones, which recognizes violence as a legitimate tool, and not just in war zones.

Can this be prevented? Can the government do more than issue general warnings against radical Salafists as Interior Minister Friedrich does?

Berlin has embarked on a unique approach recently: Politicians are working hand-in-hand with the charismatic imams on integration projects. Adhim spoke at an event called "Hand in Hand against Violence," jointly sponsored by Berlin mosques and the city-state government.

Adhim is proud that the government needed his help. But then he says something that gives one pause. "The struggle for the heads of Muslims has only just begun."

*Translated from the German by Christopher Sultan*

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,816642,00.html>

## Europa in der Krise: Renaissance des Vorurteils

F.A.Z. 22.02.2012 · In Europa macht sich wieder Feindseligkeit breit. Die Deutschen werden wieder als Nazis beschimpft, südliche EU-Mitglieder als faule Säcke und kleine Betrüger. Doch die vielgeschmähten Eliten halten dagegen.

Von [Nikolas Busse](#), Brüssel



© REUTERS Viele Griechen sehen die Schuldigen in Brüssel und Berlin

Die vielleicht bedrückendste Begleiterscheinung der Euro-Krise ist die Renaissance des nationalen Vorurteils. Hemmungslos schlagen sich die europäischen Völker charakterliche Zerrbilder um die Ohren, die man in dieser Ballung lange nicht gehört hat. Die Deutschen sind wieder die Nazis (milde Version: die Bismarcks), während südliche EU-Mitglieder als faule Säcke und kleine Betrüger gelten (Griechen: große Betrüger). In der Presse der Mitgliedstaaten fehlt kein Klischee, vom elektronischen Stammtisch im Internet ganz zu schweigen. Manche Sätze, die da in jüngster Zeit zu lesen waren, erinnern an die Jahre vor und zwischen den Weltkriegen.

Es war nicht zu erwarten, dass eine so tiefgreifende Krise im Plauderton des Frühstücksfernsehens abgehandelt würde. Trotzdem dokumentiert der rauhe Umgang eine Niederlage der EU. Im Grunde scheitert die europäische Einigung auf genau dem Feld, das immer ihr Hauptanliegen war: der Aussöhnung von Völkern, die einander in einer sehr langen gemeinsamen Geschichte mit Argwohn, Neid und Feindseligkeit zu begegnen pflegten. Man mag über das Pathos lächeln, mit dem zuletzt die Generation Kohl das vielzitierte europäische Haus baute, und man kann den Kopf schütteln über die technokratischen Hausmeister in Brüssel - als Ordnungsversuch ist und war die EU trotzdem eine Revolution auf diesem Kontinent.

### ***Griechischer Staat ein erschreckender Sanierungsfall***

Das Euro-Debakel zeigt nun, dass sie das Bewusstsein der Völker nicht wirklich erfasst, sondern bestenfalls gestreift hat. Natürlich gibt es in Europa gewaltige Unterschiede in den Mentalitäten zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Und natürlich ist der griechische Staat ein erschreckender Sanierungsfall, dem nur noch harte Reformen helfen, nicht Schuldzuweisungen an den größten Geber. Aber ist es wirklich schon Ausweis süßen Nichtstuns, wenn die Griechen im Schnitt vier Jahre weniger arbeiten als die Deutschen? Wie fleißig sind dann eigentlich die Deutschen, da die Schweden noch mal drei Jahre länger arbeiten? In Wirklichkeit ähneln sich die europäischen Völker mehr als ihnen bewusst ist. Von Amerika aus gesehen hängen sie alle dem gleichen (teuren) Sozialstaat an, das dynamische China hält jeden Europäer für bequem und unflexibel.



© dpa „Demokratie“ nennt sich die griechische Tageszeitung, die Bundeskanzlerin

Merkel in ein Nazi-Kostüm steckt.

Dass die EU-Bürger einander trotz Binnenmarkt und Freizügigkeit fremd geblieben sind, zeigt, dass die Europapolitik die Beharrungskraft des Nationalgedankens unterschätzt hat. Die Welt lebt noch immer im Zeitalter des Nationalstaats, gemessen an der Menschheitsgeschichte ist er mit seinen zweihundert Jahren blutjung. Aus Bayern, Hessen oder Sachsen sind im Laufe der Jahrzehnte Deutsche geworden, weil sie dieselbe Sprache gesprochen und eine Kultur geteilt haben. Von der Schule über die Ausbildung bis ins Berufsleben teilen die Nationen Europas ihre Erziehungs- und Bildungserlebnisse immer nur mit den Menschen, die innerhalb ihrer Landesgrenzen leben. Das können ein Schüleraustausch, eine Städtepartnerschaft, eine Ferienreise und selbst ein gemeinsames Parlament in Straßburg nicht ausgleichen.

So greifen die Europäer in der Krise auf einen Erfahrungsschatz über ihre Nachbarn zurück, den man eigentlich nach 1945 wegschließen wollte. Für viele Deutsche mag es eine Überraschung sein, aber im Rest Europas ist das Dritte Reich nicht vergessen. Auch der Waffenstillstand 1918 ist bei einigen unserer Nachbarn noch völlig selbstverständlich ein Feiertag. Die schmerzvolle Selbstläuterung, der sich die Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten unterzogen haben, ist im Ausland deutlich weniger bekannt als deutsche Autos. Eine gewisse Grundskepsis gegenüber diesem großen Land in der Mitte des Kontinents, dessen Gründung und Aufstieg die Nachbarn seit dem 19. Jahrhundert mit viel Blut bezahlen mussten, ist gerade in den kleinen europäischen Ländern nie verschwunden.

### ***Politik geht vernünftig mit Meinungsströmungen um***

Die gute Nachricht ist, dass die Politik mit diesen Meinungsströmungen im Großen und Ganzen vernünftig umgeht. Vor allem die Bundeskanzlerin trifft immer wieder den richtigen Ton. Die Krise hat ihr (unerbeten) die Führung Europas in die Hände gelegt, was eine Verantwortung bedeutet, die weit über Deutschland hinausgeht. Kein Kanzler vor ihr hat so etwas je erlebt. Frau Merkels bestimmtes, aber ruhiges und sachliches Auftreten in Brüssel hat ohne Zweifel einiges dazu beigetragen, die EU in ihrer bisher schwersten Stunde zusammenzuhalten. Wieviel eine Vormacht sich verbauen kann, wenn sie rüde und herrisch agiert, haben zuletzt die Vereinigten Staaten erfahren müssen.

In den anderen EU-Staaten wird das schrille Lied bisher vor allem von Hinterbänklern oder extremen Parteien gesungen, auch wenn in Griechenland sicher zu oft vom gekränkten Stolz des Landes die Rede ist. Wie sehr die Eliten verstanden haben, was auf dem Spiel steht, sieht man besonders gut in Polen. Die Regierung Tusk kämpft mit harten Bandagen für ihre Interessen, so wie das alle EU-Länder tun, auch die Deutschen. Das große Reservoir an historischen Verwundungen und anti-deutschen Ressentiments, das ihre Vorgängerregierung so trefflich bediente, zapft der Ministerpräsident aber nicht an. Eine Zukunft hat die EU nur, wenn das in allen Mitgliedstaaten so bleibt.

Quelle: F.A.Z.

20. Februar 2012, 06:43 Uhr

**SPIEGEL ONLINE**

## Starökonom Hans-Werner Sinn

### *"Der Griechenland-Plan ist illusionär"*

Europas Finanzminister wollen das zweite Rettungspaket für Griechenland absegnen. Doch Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn warnt im SPIEGEL-ONLINE-Interview: Das Geld werde nicht dem Land helfen, sondern nur den internationalen Banken. Man solle damit lieber den Austritt aus der Euro-Zone finanzieren.

**SPIEGEL ONLINE:** Die Finanzminister der [Euro-Zone](#) wollen an diesem Montag über ein neues Rettungspaket für [Griechenland](#) entscheiden. Es geht um weitere 130 Milliarden Euro. Kann das Geld Griechenland retten?

**Sinn:** Nein, und das wissen die Politiker auch. Aus ihrer Sicht geht es darum, Zeit bis zur nächsten Wahl zu gewinnen. Aus meiner Sicht verlieren wir damit Zeit.

**SPIEGEL ONLINE:** Warum?

**Sinn:** Weil Griechenlands Außenschulden mit jedem Jahr, das bis zum Austritt aus der Währungsunion verstreicht, weiter anwachsen. Wir entfernen uns immer weiter von der Lösung des Problems. Das Grundproblem ist, dass Griechenland nicht wettbewerbsfähig ist. Die billigen Kredite, die der Euro dem Land gebracht hat, haben die Preise und Löhne künstlich erhöht - und von diesem hohen Niveau muss das Land runter.

**SPIEGEL ONLINE:** Sollten die Euro-Staaten die Hilfen also besser nicht bewilligen?

**Sinn:** Sie sollten ihnen das Geld geben, um den Austritt aus der Währungsunion zu erleichtern. Der griechische Staat könnte mit dem Geld die Banken des Landes verstaatlichen und den Staat vor dem Kollaps bewahren. Bei all den Turbulenzen, die so ein Austritt mit sich bringt, müssen Staat und Banken weiter funktionieren.

**SPIEGEL ONLINE:** Diese Turbulenzen würden auch die griechische Bevölkerung hart treffen.

**Sinn:** Ja, da darf man sich nichts vormachen. Aber die Turbulenzen wären nur temporär, sie würden vielleicht ein bis zwei Jahre dauern. Diese Zeit müsste man mit dem Geld der Staatengemeinschaft überbrücken. Die Drachme wird sich aber sofort abwerten, und die Lage wird sich dann sehr schnell wieder stabilisieren. Nach einem kurzen Gewitter scheint die Sonne wieder.

**SPIEGEL ONLINE:** Was würde der Austritt dem Land konkret bringen?

**Sinn:** Es würde wieder wettbewerbsfähig. Weil griechische Produkte schlagartig billiger würden, würde die Nachfrage umgelenkt, weg vom Import und hin zu eigenen Waren. Die Griechen würden ihre Tomaten und ihr Olivenöl dann nicht mehr aus Holland und Italien, sondern von den eigenen Bauern kaufen. Auch die Touristen, denen das Land in den vergangenen Jahren zu teuer war, kämen zurück. Und es flösse neues Kapital ins Land. Die reichen Griechen, die zig, wenn nicht hunderte von Milliarden Euro in der Schweiz deponiert haben, fänden es angesichts der gesunkenen Immobilienpreise und Löhne wieder interessant, in ihrem eigenen Land in Arbeitsplätze zu investieren.

**SPIEGEL ONLINE:** Bedeutet ein Austritt aus der Währungsunion auch einen Bankrott des Landes?

**Sinn:** Nein, umgekehrt. Der Bankrott erzwingt den Austritt. Die Griechen werden sofort austreten, wenn sie von der Staatengemeinschaft kein Geld mehr bekommen, denn der Konkurs ist im Euro-System nicht zu

bewältigen. Der Staat wäre insolvent, das Bankensystem auch. Der gesamte Zahlungsverkehr würde zusammenbrechen. Das Chaos kann nur dann einigermaßen vermieden werden, wenn Griechenland austritt und die neue Währung sofort abwertet.

**SPIEGEL ONLINE:** Heißt das, man sollte die Griechen zum Austritt zwingen?

**Sinn:** Nein, niemand soll irgendwen zwingen. Aber Griechenland hat auch nicht das Recht auf dauerhafte Alimentation durch die anderen Euro-Staaten, und die Gläubiger Griechenlands haben keinen Anspruch auf Rückzahlung der Schulden durch die Staatengemeinschaft. Jeder muss sich seinen Lebensstandard selbst verdienen, und wer am Risiko verdienen will, muss es auch tragen.

**SPIEGEL ONLINE:** Bräuchte man bei einem Austritt trotzdem noch die harten Sparpakete in Griechenland?

**Sinn:** Was man Sparen nennt, ist in Wahrheit nur eine Verringerung des Schuldenzuwachses. Der Ökonom spricht erst dann von Sparen, wenn man Schulden tilgt. Davon kann in Griechenland noch lange nicht die Rede sein. Richtig ist aber, dass Griechenland sich so an den billigen Kreditfluss aus dem Ausland gewöhnt hat, dass es politisch unmöglich ist, die Preise des Landes durch Lohnkürzungen so weit zu senken, dass es konkurrenzfähig wird.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie stark müsste man dazu kürzen?

**Sinn:** Die griechischen Güter müssten um 30 Prozent billiger werden, um mit der Türkei aufzuschließen. Das geht nur durch Austritt und Abwertung. Ohne Abwertung müsste man Millionen von Preislisten und Lohnkontrakten umschreiben. Das würde die Gewerkschaften radikalieren und das Land an den Rand des Bürgerkriegs treiben. Außerdem würden die Firmen der Realwirtschaft in den Konkurs getrieben, weil ihre Vermögenswerte fallen, während ihre Bankschulden bleiben. Die Bankschulden kriegt man nur durch Abwertung runter. Der Plan, Griechenland im Euro radikal zu sanieren, ist illusionär.

**SPIEGEL ONLINE:** Warum beharren die Euro-Staaten dann so darauf?

**Sinn:** Es geht hier gar nicht so sehr um das Land. Die Griechen werden von den Banken und Finanzinstituten von der [Wall Street](#), aus London und Paris als Geisel genommen, damit das Geld aus den Rettungspaketen weiter fließt - nicht nach Griechenland, sondern in ihre eigenen Taschen.

**SPIEGEL ONLINE:** Was ist mit den Ansteckungseffekten, die eine Pleite oder ein Austritt mit sich bringen würden? Die Finanzmärkte würden womöglich darauf spekulieren, dass es anderen Ländern ähnlich ergeht wie Griechenland.

**Sinn:** Es würde vielleicht Ansteckungseffekte geben. Aber ich halte das Argument für instrumentalisiert von Leuten, die um ihr eigenes Geld fürchten. Es heißt immer "die Welt geht unter, wenn Ihr Deutschen nicht zahlt". In Wahrheit gehen nur die Vermögensportfolios einiger Investoren unter.

*Das Interview führte Stefan Kaiser*

*Hans-Werner Sinn ist Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Direktor des Center for Economic Studies (CEP).*

- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,816291,00.html>

02/20/2012 04:18 PM

**SPIEGEL ONLINE**

## US Economist Kenneth Rogoff

### *'Germany Has Been the Winner in the Globalization Process'*

In an interview with SPIEGEL, Harvard economist Kenneth Rogoff, 58, says it was a mistake to bring all the southern European countries into the common currency. He also argues that Greece should be granted a "sabbatical" from the euro and that a United States of Europe may take shape far sooner than many believe.

**SPIEGEL:** Mr. Rogoff, the eurozone finance ministers are likely to soon provide Greece with new loans totalling €130 billion (\$171 billion), with the aim of stabilizing the country for the next few years. Will that save the euro?

**Rogoff:** It is hardly the final word, even for Greece. The mountain of debt in Greece is simply too big and the country is not competitive. Indeed, it's going to be very difficult to keep Greece in the euro zone.

**SPIEGEL:** But the government has announced tough austerity measures. Pensions are being cut, wages frozen. Those kinds of measures are almost unheard of in Europe.

**Rogoff:** But they're still not enough. To make Greece competitive, wages would have to be halved. That is impossible to implement politically, but without a steep wage cut, the economy will continue to stagnate. Greece urgently needs the prospect of growth. It is currently experiencing its fifth consecutive year of recession. This is a failure of historic dimensions.

**SPIEGEL:** But surely it can't get any worse? Many economists are saying that the crisis in Greece has bottomed out and the worst is over.

**Rogoff:** I would be more cautious. The problem in Greece is not an ordinary recession but a full-blown financial crisis, something which countries usually take a lot longer to recover from. This kind of economic collapse goes much deeper than a normal slowdown. The longer the economy continues to shrink, the more restless the trade unions get, and the more pressure builds up on politicians to put an end to the misery.

**SPIEGEL:** What cure would you prescribe?

**Rogoff:** The government in Athens should be granted a kind of sabbatical from the euro, while otherwise remaining a full member of the European Union. The country would leave the monetary union and reintroduce the drachma, for example. The drachma would immediately trade at deep discount to the euro, making Greece's export and tourism sectors competitive again. Once the country had achieved a higher level of social, political and economic development, it could return to the euro zone.

**SPIEGEL:** Most European politicians seem to dismiss that as unviable. They see a Greek exit as the beginning of the end for the euro zone.

**Rogoff:** I don't see it that way. Of course, Europe would have to assure Greece that it would not be punished in any way for taking such a step. And there would have to be a credible road map for Greece's eventual return.

**SPIEGEL:** If Greece were to leave the euro zone, a wave of panic might engulf other countries struggling with debt, such as Portugal. How can we prevent the contagion from spreading?

**Rogoff:** If Greece leaves the euro, the markets will demand sensible answers to two questions. First, which countries should definitely keep the euro? And second, what price is Europe prepared to pay for that? The problem is that the Europeans don't have convincing answers to those questions.

**SPIEGEL:** What advice would you give Merkel and her counterparts? Should they tear the euro zone apart?

**Rogoff:** No, certainly not. We are talking about bending not breaking, with one or more periphery countries allowed to leave temporarily in order to enjoy greater flexibility. There is currently no simple solution for this unparalleled crisis. The big mistakes were made in the 1990s.

**SPIEGEL:** Does that mean the whole idea of the euro was a mistake?

**Rogoff:** No, a common currency for countries like Germany and France was a reasonable risk, given the political dividends. But it was a grave mistake to bring all the south European states into the euro zone purely for reasons of political union. Most of them were not ready for it economically.

**SPIEGEL:** That may well be, but the fact is that now they are part of the monetary union, and that can't simply be unravelled.

**Rogoff:** Which is why there is only one alternative: Either the euro completely collapses -- with all the catastrophic consequences that would entail -- or the core members of the currency union manage to turn the euro zone into a genuine political union.

**SPIEGEL:** Europe has recently agreed on a fiscal compact committing all members to better budgetary discipline. Is that a step in the right direction?

**Rogoff:** Yes, but it will by no means suffice. All this treaty does is give the markets the temporary illusion that the problems have been solved for now. It has achieved nothing more than that.

**SPIEGEL:** What is needed instead?

**Rogoff:** What the monetary union needs more than anything is a central government, including a finance minister, with significant tax and spending authority. The individual countries should also stop insisting on national control of banking regulation. That is a matter that should be dealt with exclusively at European level.

**SPIEGEL:** Do you honestly believe that the countries in the euro zone can bring themselves to hand over that much more power to Brussels?

**Rogoff:** The terrible thing is that few countries in Europe seem genuinely prepared for that. Those politicians who know what is needed keep quiet, fearing opposition from the voters. But the pressure of this crisis will create a momentum whose scope and impact we cannot yet imagine. At the end of the day, the United States of Europe may well come about a lot quicker than many would have thought.

**SPIEGEL:** With all respect to your optimism, the Europeans are unlikely to play along with that. The popular opinion in most member states is that Europe has far too much power, not too little.

**Rogoff:** Europe is in an interim stage, quite similar to that in late 18th century America. The ratification of the United States constitution in 1788 was preceded by 12 years of a loose confederation, which sometimes worked but usually didn't. Europe is in a similar situation today. States are like people, it is difficult to sustain a stable half-marriage; either you go for it or you forget it.

**SPIEGEL:** Many politicians in Europe think that the introduction of euro bonds would pave the way for a marriage later. Do you share that opinion?

**Rogoff:** No. In the current situation euro bonds would be absolutely the wrong solution. How could Germany protect itself if the French minister of finance makes a few bad decisions? The subject of euro bonds will only become relevant once the political union has been established.

**SPIEGEL:** Economic imbalances within the euro zone are regarded as one of the main reasons behind the current mess. The southern European states accuse the Germans of exporting too much. Do they have a point?

**Rogoff:** That is absurd. Portugal's and Spain's problem isn't Germany, it's China. The south Europeans have to understand that they cannot maintain their current standard of living in the context of globalization without significant economic reform. There are great opportunities for those who can adapt to the new realities.

**SPIEGEL:** That's not really music to Spanish or Italian ears.

**Rogoff:** Perhaps, but I think most Italians and Spaniards well understand the challenges.

**SPIEGEL:** What reforms do the governments need to implement?

**Rogoff:** Wages in southern Europe have risen sharply over the past few years, but these countries traditionally produce relatively simple goods like textiles. They are no longer competitive in a global context, which is why production has shifted to Asia. The Federal Republic of Germany, by contrast, has an innovative industrial sector whose high-quality products are very much in demand in emerging economies. That is why Germany has been the winner in the globalization process, while Portugal, Spain, Italy and others are among the losers.

**SPIEGEL:** That is why some economists have suggested that Germany should increase wages to strengthen demand in Europe. Would you agree with that?

**Rogoff:** No, because Germany faces many competitors outside Europe, who would jump at the chance of seeing a less competitive Germany. There are only two options. First, the south European states have to invest a lot more money in education and aim to produce better-quality goods. At the same time, they also have to lower wages in some industries to keep up with the competition from emerging economies like China, India or Brazil.

**SPIEGEL:** Do you think the euro zone will have the same members in 2015 as it does now?

**Rogoff:** It may well be the case that all current members remain in the euro zone, and that Germany keeps on shouldering the ever-increasing debts of other countries. But the price of such a scenario is very high for all involved: southern Europe would become embroiled in permanent stagnation and the German economy would eventually be dragged down to a slower growth trajectory.

*Interview conducted by Sven Böll and Michael Sauga*

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/business/0,1518,816071,00.html>

## *Interview Jens Weidmann*

# „Die Regierungen müssen den Euro retten - nicht die Notenbanken“

von [Sven Afhüppe](#), [Nicole Bastian](#) und [Norbert Häring](#)

15.02.2012, 16:14 Uhr

Bundesbank-Chef Jens Weidmann kritisiert die Euro-Regierungen: Sie würden den Notenbanken Probleme aufbürden, für die sie selbst verantwortlich seien. Eine EZB-Beteiligung am griechischen Schuldenschnitt schließt er aus.



Als Axel Weber im vergangenen Jahr aus Protest gegen die Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB das Amt des Bundesbank-Präsidenten aufgab, übernahm Jens Weidmann den Posten.

Quelle: dapd

**Handelsblatt: Herr Bundesbank-Präsident, Medizinisch betrachtet, wirkt die Schuldenkrise wie ein Polytrauma: Banken mit zu wenig Kapital, Politiker, die Reformprozesse zu langsam angehen, ein heillos überschuldetes Griechenland, eine aufgeblähte Bilanz der Euro-Notenbanken. Welches Problem bereitet Ihnen am meisten Kopfzerbrechen?**

Die Probleme hängen alle miteinander zusammen. Diese komplexe Situation fordert uns als Notenbank ganz erheblich. Das Eurosystem wird vielfach als die einzig handlungsfähige Institution hingestellt, und deshalb werden Lasten bei den Notenbanken abgeladen, die eigentlich nicht ihre Sache sind.

**Wo muss am schnellsten operiert werden, damit der Patient Euro überlebt?**

Ihr Bild legt nahe, dass es an den Notenbanken ist, das Problem zu lösen. Das ist aber genau nicht der Fall. Zunächst muss die Staatsschuldenkrise bewältigt werden. Der Schlüssel zur Lösung liegt bei der Fiskal- und Wirtschaftspolitik, also den Regierungen – und vor einer

Verwischung dieser Grenze müssen die Notenbanken sich hüten.

### **Also muss vor allem für Griechenland eine Lösung her?**

Griechenland ist ein Faktor, der immer wieder für Verunsicherung sorgt. Aber es geht um viel mehr als um Griechenland oder einzelne andere Länder. Es geht darum, ob der Rahmen der Währungsunion stimmig ist und so langfristig die Zukunft der Währungsunion sichern kann. Die Kernfrage lautet: Wie kann die Währungsunion überleben in einem System, das zunehmend Haftung vergemeinschaftet? Wie sieht die richtige Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität aus?

### **Hätten Sie sich bei den Bemühungen, den juristischen Rahmen der Währungsunion zu härten, mehr Strenge gewünscht?**

Es geht hier nicht um mehr oder weniger Strenge. Es geht darum, solides Haushalten in den einzelnen Ländern sicherzustellen und der Geldpolitik zu ermöglichen, ihre Aufgabe zu erfüllen und für Preisstabilität zu sorgen. Dafür gibt es zwei Wege: Der eine ist der ursprünglich mit den Maastricht-Kriterien beschrittene. Die Einhaltung der Fiskalregeln müsste allerdings gesichert werden. Der zweite Weg würde zu einer substanziell tieferen politischen Integration führen, die gemeinhin als Fiskalunion bezeichnet wird. Die jüngsten Gipfelbeschlüsse haben Zweifel aufgeworfen, dass es dafür die politische Akzeptanz gibt. Ich erkenne keine Bereitschaft, maßgeblich Souveränität in finanzpolitischen Fragen abzugeben.

### **Ist es dann nicht irreführend, wenn die Politik von einer Fiskalunion spricht?**

Ich denke, die Politik sollte klar kommunizieren, dass der verfolgte Weg eben nicht zu einer Fiskalunion führt, sondern die Regeln im bestehenden Rahmen stärkt. Ansonsten könnten Forderungen laut werden, basierend auf dieser angeblichen Fiskalunion die Vergemeinschaftung von Risiken deutlich auszuweiten, etwa durch Euro-Bonds. Das wäre aber das Gegenteil eines stimmigen, zukunftsfähigen Rahmens.

### ***„Es braucht auch eine Verwaltung, die Maßnahmen umsetzt“***



Der 43-jährige Weidmann hat sein volkswirtschaftliches Rüstzeug bei seinem Vorgänger Axel Weber erworben. Weidmann vertritt wie dieser die traditionell stabilitätsorientierte Position der Bundesbank. Quelle: REUTERS

## **Sehen Sie denn den politischen Willen in Athen, die Krise aus eigener Kraft bewältigen zu wollen?**

Das, was jetzt entschieden wurde, ist ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist am Ende aber die Umsetzung der Maßnahmen, und dafür braucht es nicht nur den politischen Willen, sondern auch eine Verwaltung, die die Maßnahmen umsetzt, und eine Bevölkerung, die sie trägt.

### **Das klingt, als hätten Sie Zweifel.**

Die kann man aufgrund der bisherigen Entwicklungen durchaus haben – und deshalb kommt es jetzt darauf an, dass den Ankündigungen Taten folgen. Die Reformen sollen sicherstellen, dass das Land am Ende wieder auf eigenen Füßen steht. Dazu gehört auch eine Wachstumsperspektive. Ohne diese Eigenanstrengungen ergeben die Finanzhilfen keinen Sinn. Das eigentliche Ziel ist, den Staatshaushalt wieder tragfähig und die Volkswirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. Die Finanzhilfen können nur den Weg dahin erleichtern, ersetzen aber keine Reformen.

### **Wie sehen Sie die Chancen, dass das zweite Rettungspaket für Griechenland bald verabschiedet wird?**

Mit den Sonntagnacht gefassten Parlamentsbeschlüssen hat Griechenland eine Bedingung für das zweite Rettungspaket erfüllt. Was insbesondere noch aussteht, sind einige versprochene Maßnahmen am Arbeitsmarkt und ein über die kommenden Wahlen hinaus bindendes Bekenntnis aller führenden Politiker zu den Reformen. Erst wenn all dies klar ist, rechne ich mit einer Entscheidung der Finanzminister.

### **Würde die Währungsunion den Austritt Griechenlands überstehen?**

Klar ist, dass der Austritt eines Landes aus der Währungsunion für sich genommen noch keinen Beitrag zur Problemlösung darstellt. Ein Austritt würde Ansteckungseffekte produzieren, die man schwer abschätzen kann, auch weil er die Natur der Währungsunion verändern würde. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass auch die Rettungsmaßnahmen selbst – mit ihren Bedingungen oder der Nichteinhaltung ihrer Bedingungen – Anreize setzen können, die Ansteckungseffekte bewirken.

### **Was meinen Sie konkret?**

Wenn man auf der einen Seite im Stabilitäts- und Wachstumspakt härtere Sanktionen einführt, aber auf der anderen Seite in Aussicht stellt, dass bei wiederholten Regelverletzungen relativ günstig Hilfe in Anspruch genommen werden kann, schwächt das die Bindungswirkung des Sanktionsmechanismus.

### ***„Unsere Aufgabe ist es nicht, Zeit zu kaufen“***



Jens Weidmann arbeitete als Generalsekretär des wirtschaftspolitischen Sachverständigenrats,

dessen Mitglied Axel Weber ihn 2004 als Abteilungsleiter mit zur Bundesbank nahm. Von dort holte ihn die Bundeskanzlerin als Wirtschaftsberater, bevor er Bundesbank-Präsident wurde.

Quelle: REUTERS

### **Wie lange wird das Eurosystem noch gezwungen sein, Zeit zu erkaufen, bis das Finanzsystem wieder von allein funktioniert?**

Unsere Aufgabe ist es ja nicht, Zeit zu kaufen. Unser Ziel ist es, durch Liquiditätsversorgung die Funktionsfähigkeit des Bankensystems zu erhalten, damit Kredite vergeben werden können.

### **Trifft das auch auf das Kaufprogramm für Staatsanleihen zu?**

Die Mehrheit des Rates hat das Programm mit der gestörten Übertragung geldpolitischer Impulse begründet, aber wir müssen auch sehen, dass manche unkonventionellen Maßnahmen des Eurosystems den Reformdruck mindern. Das Staatsanleihekaufprogramm hat unser Mandat stark gedehnt. Deshalb sollte es so schnell wie möglich ein Ende finden.

### **Wäre es da nicht gut, die gekauften Anleihen an den Rettungsfonds EFSF abzugeben?**

Ich habe kein Problem damit, Risikopositionen, die wir ohnehin nur zögerlich eingegangen sind, wieder aus der Bilanz zu nehmen – solange die Herausnahme zu keinem Verlust führt. Der entscheidende Punkt ist, dass es uns nicht erlaubt ist, auf Forderungen gegenüber einem Staat zu verzichten. Das wäre eine Form der monetären Staatsfinanzierung. Wenn es seitens der Regierungen die Bereitschaft gibt, uns die Anleihen abzukaufen, verweigern wir uns bestimmt nicht dem Gespräch. Aber eine solche Bereitschaft ist nicht zu erkennen.

### **Wenn das Eurosystem die Anleihen bis zur Endfälligkeit hält und diese bedient werden, entstehen Gewinne. Wären Sie bereit, diese per Sonderdividende schnell an die Regierungen auszuschütten?**

Für Ausschüttungen hypothetischer zukünftiger Gewinne gibt es keine Grundlage. Wenn es um die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise auf unsere Bilanz geht, treibt mich eher die Sorge um mögliche Verluste um. Insgesamt haben die Risiken in unserer Bilanz eher zu- und nicht abgenommen.

### **Sollte das Eurosystem hier nicht etwas konzilianter sein?**

Die Diskussion verschleiert, dass auch für die Notenbankbilanz letztlich der Steuerzahler geradesteht. Die Notenbanken dürfen das ihnen anvertraute Vermögen nicht verschenken.

### ***„Am Ende trägt die Risiken der Steuerzahler“***

### **Die Menschen haben Angst, dass für die Risiken in der Bundesbank-Bilanz am Ende der Steuerzahler haftet. Ist das im Ernstfall wirklich so?**

In der Finanzkrise ist unsere Bilanz notwendigerweise stärker risikobehaftet. Es muss darum gehen, diese Risiken zu kontrollieren und möglichst gut einzugrenzen. Am Ende trägt die Risiken der Steuerzahler – und gerade deshalb ist es ja so wichtig, dass wir Notenbanken uns in unserem Handeln auf unser Mandat beschränken und nur Risiken eingehen, die im direkten Zusammenhang mit der Geldpolitik stehen. Wir dürfen hier auch unsere Zuständigkeiten nicht immer weiter auslegen oder auslegen lassen. Wenn wir anfangen, Insolvenzrisiken zwischen Staaten umzuverteilen, dann ist das eindeutig die Domäne der

Parlamente, denn nur sie sind dafür demokratisch legitimiert. Verluste, die bei uns auflaufen, führen dazu, dass die Ausschüttungen der Notenbank an den Finanzminister reduziert werden – und sind somit für den Steuerzahler spürbar.

**Wie wird das bei der Bundesbank für das vergangene Jahr sein?**

Die Bundesbank hat ja bereits in der Vergangenheit Rückstellungen gebildet für die Risiken in ihrer Bilanz und wird im Rahmen der jetzt anstehenden Bilanz die Angemessenheit dieser Rückstellungen überprüfen.

**Das waren damals zusätzliche Rückstellungen von 1,6 Milliarden Euro. Wird es wieder so viel sein?**

Natürlich möchte ich der Bilanzpressekonferenz nicht vorgreifen, aber es liegt auf der Hand, dass wir aufgrund der gestiegenen Risiken eher mehr Rückstellungen brauchen als weniger. Das wirkt sich entsprechend auf die Höhe des Bundesbank-Gewinns aus.

**Die EZB hat kürzlich ihre Rettungspolitik neu justiert. Die Notenbank kauft jetzt weniger Staatsanleihen, hilft dafür den Banken mit Milliardenkrediten. Ist der Weg nicht ebenso riskant?**

Das eine ist kein Ersatz für das andere. Sicher sind die zusätzlichen Kredite an die Banken auch mit Risiken behaftet, die wir möglichst gering halten müssen.

**Die Renditen der Staatsanleihen von Italien und Spanien sind in den letzten Wochen kräftig gesunken. Liegt das nicht an der halben Billion Euro an Dreijahreskrediten, die die EZB den Banken gegeben hat?**

Das mag eine Rolle gespielt haben. Man darf aber auch nicht vergessen, dass die Reformbemühungen zum Beispiel in Italien vorangekommen sind und dass die Investoren die neue Regierung in dieser Beziehung ernst nehmen. Einen ähnlichen Effekt kann man auch in Spanien sehen.

**Sind die Dreijahreskredite zu einem sehr günstigen Zins für Banken mit zweifelhafter Kreditwürdigkeit mit dem Mandat des Eurosystems vereinbar?**

Ja, sie zielen darauf ab, in Zeiten hoher Unsicherheit die Planungssicherheit solventer Banken zu erhöhen und damit die Kreditvergabe zu stützen. Entscheidend ist die Frage der Sicherheiten – sie müssen hohen Qualitätsanforderungen genügen – und die Bepreisung der Dreijahresgeschäfte, es sollten daraus bei den Banken keine neuen Geschäftsbereiche entstehen, die mit neuen stabilitätspolitischen Risiken verbunden sind.

***„Ich sehe keine Inflationsgefahr“***

**Halten Sie denn den Zins für die Dreijahreskredite für adäquat?**

Ich will jetzt nicht im Nachhinein diese Beschlüsse kommentieren. Aber vermutlich hätte man das gesetzte Ziel auch mit einer differenzierteren Bepreisung erreichen können.

**Deutschland hat Forderungen an die EZB von fast 500 Milliarden Euro, den sogenannten Target-2-Saldo, weil vor allem die Banken im Süden der Währungsunion Geld von der EZB holen und es dann nach Deutschland transferieren. Droht deswegen bald hohe Inflation?**

Die insgesamt umfangreiche Liquiditätsbereitstellung kann perspektivisch zu Inflation führen. Angesichts der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum insgesamt sehe ich allerdings bis auf weiteres keine Inflationsgefahr. Das kann sich aber ändern, daher müssen wir die Entwicklung im Auge behalten und die Liquiditätsbereitstellung dann rechtzeitig zurückführen. Uns treiben aber vor allem die Risiken der Liquiditätsbereitstellung selbst um: Machen wir Geschäfte mit Banken, die ausreichend solvent sind, und bieten diese ausreichende Sicherheiten?

**Sie sprechen die Ausweitung der möglichen Sicherheiten für den Drei-Jahres-Tender an?**

Auch Herr Draghi hat konzediert, dass durch die Akzeptanz zusätzlicher Sicherheiten die Risiken steigen. Seine Aussage, dass diese zusätzlichen Risiken gut gemanagt werden, sehe ich als Verpflichtung.

**Herr Draghi hat ja erwähnt, dass es keine Einstimmigkeit gab über die Ausweitung der Sicherheiten. Haben Sie dagegen gestimmt?**

Wir haben die sinnvolle Übereinkunft, dass wir Sitzungsverläufe öffentlich nicht kundtun. Aber ich habe ja schon deutlich gemacht, dass ich die Risiken in unseren Bilanzen mit einiger Sorge sehe und bemüht bin, diese Risiken möglichst gering zu halten.

**Nach den Rücktritten von Axel Weber und Jürgen Stark halten viele den Einfluss Deutschlands im EZB-Rat für geschwächt. Stimmt der Eindruck?**

Es geht nicht um die Vertretung deutscher Interessen. Es geht darum, auf welche Weise wir unserem Mandat gerecht werden, Geldwertstabilität zu wahren.

**Herr Weber und Herr Stark haben den Kampf aufgegeben. Haben Sie mehr Stehvermögen?**

Ich habe mein Amt angetreten im festen Willen, den Achtjahresvertrag auch zu erfüllen, weil ich dadurch die Werte, für die die Bundesbank steht und für die ich persönlich stehe, am besten vertreten kann. Ich habe eine Verantwortung für die Institution Bundesbank und die Bürger dieses Landes.

**Herr Weidmann, wir danken Ihnen für das Interview.**

## JENS WEIDMANN PRÉSIDENT DE LA BUNDESBANK

# « L'Allemagne va-t-elle perdre sa note AAA ? C'est très improbable »

*Le président de la Bundesbank, Jens Weidmann, prévient que l'on ne pourra pas aller beaucoup plus loin dans la mutualisation des risques. Il exclut une nouvelle fois une monétisation de la dette des Etats par la Banque centrale européenne (BCE). Et se dit pratiquement sûr que l'Allemagne conservera sa notation triple A. De son côté, l'allemand Jürgen Stark, membre du directoire et chef économiste de la BCE a souligné hier pour la première fois, lors d'un entretien avec le Financial Times, que sa démission surprise début septembre était liée à son refus du programme de rachat d'obligations publiques par son organisation.*

Le président de la Bundesbank, Jens Weidmann, prévient que l'on ne pourra pas aller beaucoup plus loin dans la mutualisation des risques. Il exclut une nouvelle fois une monétisation de la dette des Etats par la Banque centrale européenne (BCE). Et se dit pratiquement sûr que l'Allemagne conservera sa notation triple A. De son côté, l'allemand Jürgen Stark, membre du directoire et chef économiste de la BCE a souligné hier pour la première fois, lors d'un entretien avec le Financial Times, que sa démission surprise début septembre était liée à son refus du programme de rachat d'obligations publiques par son organisation.

## Attendez-vous un allègement de la pression des marchés sur les pays les plus fragilisés ?

Les décisions récentes peuvent y contribuer. Mais il est essentiel que les gouvernements agissent de manière déterminée pour regagner la confiance perdue par le passé. Cependant, les taux sont plus élevés pour quelques pays, sans que cela soit nécessairement insupportable. L'idée qu'au-delà d'un certain taux, on entre dans des problèmes irrémédiables est, à mon sens, simpliste. D'une manière générale, les taux de financement sont un élément qui incite à un comportement économique solide. De surcroît, il faut prendre en compte le mécanisme de résolution de crise, à savoir le Fonds européen de stabilité financière (FESF) et le Mécanisme européen de stabilité (MES), qui lui succédera. Ils sont conçus pour être utilisés en cas de crise aiguë.

## Quel regard portez-vous sur les agences de notation dans cette crise ?

Les agences de « rating » ne sont que les messagers des mauvaises nouvelles, pas leur cause. S'en prendre au messenger ne va pas résoudre le problème. En même temps, il ne faut pas non plus se placer dans une situation de dépendance. Il est important que règne donc une concurrence entre agences et qu'on ne se repose pas uniquement sur leur jugement.

## Est-il pour vous imaginable que l'Allemagne perde son triple A ?

Pour moi, c'est très improbable. Et après la dégradation des Etats-Unis, on peut se demander si cela aurait un effet si dramatique. Il ne faut pas regarder les verdicts des agences comme le lapin les phares de la voiture.

## **Comment réagissez-vous aux critiques sur l'Allemagne, dont l'économie croîtrait aux dépens des autres ?**

Je ne partage pas ce point de vue. Il y a au coeur de nos économies des processus de marché dont il faut accepter les résultats. Si l'Allemagne est une puissance exportatrice, elle le doit à son industrie compétitive et innovatrice. Nos voisins en Europe profitent d'une Allemagne économiquement forte. En même temps, ce pays a encore un grand besoin de réformes, ne serait-ce que pour répondre à son défi démographique. A y réfléchir, rien de tout cela n'est typiquement allemand. Ce sont des concepts sur lesquels il est bon de réfléchir en commun et de trouver des solutions, au lieu de s'opposer continuellement les uns les autres.

## **La BCE est-elle prête, si la situation s'aggrave encore, à intervenir massivement sur le marché obligataire ?**

Nous avons, en tant que Banque centrale européenne, un mandat très clair : assurer la stabilité de la monnaie. Les traités nous interdisent de financer les Etats via la planche à billets. Ce n'est pas seulement une leçon du passé. C'est aussi une particularité de la zone euro, où les risques de bilan sont répartis entre les contribuables des Etats membres. On ne réussira certainement pas à surmonter la crise de confiance actuelle en violant la loi. L'Europe, ce n'est pas seulement une monnaie unique, c'est aussi un respect commun de l'Etat de droit et du principe de démocratie. Il faut prendre garde, en cherchant une solution à la crise de la dette, à ne pas donner l'impression que l'on piétine ces valeurs. Sinon, les risques de créer des dégâts collatéraux seraient si grands que l'on passerait à côté des objectifs que l'on cherche à atteindre.

## **La BCE va gérer le fonctionnement du FESF. Est-ce un premier pas avant de lui consentir un concours de nature financière ?**

Je vais décevoir ceux qui ont des espoirs en ce sens. Nous voulons, par notre expertise technique, aider le FESF à remplir sa mission, un point c'est tout. Le FESF a des ressources placées sous l'entière responsabilité des pouvoirs publics. Par ailleurs, l'Eurosystème a clairement dit qu'il ne financera pas le MES, même s'il avait une licence bancaire, car il nous est interdit de monétiser la dette d'Etat.

## **Y a-t-il en ce moment une lutte d'influence en Europe pour affaiblir la culture orthodoxe de la BCE, pour lui donner une coloration plus « latine » ?**

D'abord, notre mandat est très clair et il laisse peu de marge d'interprétation. Ensuite, le Conseil des gouverneurs n'est pas construit pour que des nations s'affrontent pour défendre leurs intérêts propres.

## **Est-il acceptable que les banques centrales européennes accordent des prêts bilatéraux au FMI pour que celui-ci, en retour, finance les Etats européens fragilisés ?**

Formulé comme cela, non. La question, c'est comment on procède à cette augmentation des fonds du FMI. Ce que vous suggérez, ce serait un contournement de l'interdiction qui nous est faite de financer les Etats membres. Nous avons dit clairement que nous serions prêts à contribuer à une augmentation des fonds sous certaines conditions : les moyens devraient être déposés sur le compte dit « général » du FMI. Ces moyens sont à la disposition du FMI pour tous ses membres et sont soumis aux règles usuelles de responsabilité. Le caractère global du Fonds devrait s'exprimer par la répartition des charges entre pays situés dans la zone monétaire et ceux à l'extérieur.

[L'intégralité de l'interview sur lesechos.fr/interview](http://lesechos.fr/interview)

**Propos recueillis par Jean-Philippe Lacour, Les Echos**

# Pourquoi le modèle allemand est une mode

LE MONDE ECONOMIE | 20.02.12 | 16h46 • Mis à jour le 20.02.12 | 16h53



## Une du "Monde Economie" du mardi 21 février 2012.DR

Officiellement candidat à la présidentielle depuis le 15 février, Nicolas Sarkozy a multiplié au cours des dernières semaines les références au modèle allemand, notamment à propos des réformes du marché du travail ou de la TVA sociale.

Ce pays n'est pas le premier à être présenté en exemple dans le débat public, en France et ailleurs. Les modèles japonais, américain, britannique, danois ou espagnol ont déjà bien servi, jusqu'à l'usure.

Dans un entretien au *Monde*, à *El Pais* et à *La Repubblica*, en juin 2004, Jean-Claude Trichet, à l'époque président de la Banque centrale européenne (BCE), jugeait que l'écart de productivité expliquait la plus forte croissance américaine - réfutant le rôle des déficits budgétaires ou du dollar faible - et appelait à des réformes structurelles : *"Vous observez, par exemple, en Irlande et aux Pays-Bas ou, en dehors de la zone euro mais avec la même politique monétaire que nous, au Danemark, que des réformes structurelles acceptées par tous les partenaires sociaux ont permis de réduire considérablement le chômage des jeunes."* Il se désolait que la France n'ait pas suivi la flexibilité du modèle irlandais.

Et dans les nombreux entretiens "off" qu'il accordait, il assurait qu'il y avait une manière libérale de défendre les "réformes structurelles", en invoquant les résultats du modèle britannique et irlandais, et une manière sociale-démocrate, à travers le modèle scandinave.

## CHÂTEAUX DE CARTES

Depuis, beaucoup de châteaux de cartes se sont effondrés, et c'est aujourd'hui l'Allemagne qui fait l'objet de toutes les attentions. La mode des modèles n'est pas seulement française mais elle sévit particulièrement chez nous. Mélangeant parfois demi-vérités et partis pris, elle peut servir à justifier des réformes supposément déjà éprouvées. Au risque de plaquer sur des réalités différentes des mesures pas nécessairement représentatives de l'exemple que l'on prétend suivre.

La Grande-Bretagne réformée par Tony Blair a longtemps semblé l'exemple à suivre. Flexibilité du travail, orientation vers les services, baisse des impôts, croissance, etc. Patatras, la belle image s'est brisée, sa dette s'est envolée comme en Irlande, elle a dû nationaliser ses établissements bancaires...

En Espagne, il aura fallu attendre les débuts de la crise pour que les responsables politiques ibériques s'interrogent eux-mêmes à haute voix sur l'origine du "miracle" économique qui se déroulait de l'autre côté des Pyrénées. On comprend nos voisins ibériques : toute l'Europe enviait alors son dynamisme.

*"L'Espagne a longtemps été considérée comme un modèle en Europe... tant que son taux de chômage baissait. A l'inverse, jusqu'en 2007, la stratégie économique allemande de compression des coûts salariaux était jugée suicidaire. Ensuite, le modèle espagnol a été décrié a posteriori, et considéré depuis comme un contre-modèle, celui d'une économie reposant sur un surendettement gonflant le secteur protégé de la construction", analyse Sylvain Broyer, chef économiste adjoint de Natixis. Subitement, le surendettement des ménages et la folie immobilière ont sauté aux yeux des observateurs.*

Aujourd'hui, la restauration de la compétitivité de l'industrie allemande - mise à mal après la réunification - est au contraire jugée comme le modèle à suivre. Pourtant, l'Allemagne a longtemps douté d'elle-même et regardé ailleurs.

L'ex-chancelier Gerhard Schröder (1998-2005) a d'ailleurs invoqué les exemples britannique et néerlandais pour justifier la nécessité de créer des guichets uniques - indemnisation et recherche d'emploi - pour les chômeurs, les "jobs centers". En mars 2007, le chef économiste de la Deutsche Bank, Norbert Walter, déclarait au Monde : *"L'Allemagne est certes sortie de la position de lanterne rouge où elle a été reléguée pendant des années. Mais la présidence actuelle du Conseil européen par Angela Merkel ne peut pas être utilisée pour présenter l'Allemagne comme un modèle. L'Irlande ou la Finlande le sont davantage."*

## **LA CERISE SUR LE GÂTEAU**

Aujourd'hui, beaucoup de citoyens allemands ne reconnaîtraient pas non plus leur pays et ses réformes dans la description qui en est faite en France. Le transfert d'une fraction des cotisations d'assurance-chômage sur un seul point de TVA, en 2007, n'a pas été la clef de voûte des réformes allemandes mais plutôt la cerise sur le gâteau.

Le coeur du retour à la compétitivité a été, dès 2003, un accord de modération salariale, une remise à plat de l'impôt sur les sociétés, des réformes du système de santé et de retraite - avec des hausses de cotisations sociales et un gel des retraites -, ainsi que la nette baisse des prestations chômage dans le cadre de la réforme dite Hartz IV.

Selon une étude de l'office allemand des statistiques Destatis, publiée le 11 janvier, "Ombres et lumière sur le marché du travail", *"le nombre d'emplois dits atypiques - à temps partiel de moins de 20 heures par semaine, incluant les activités marginales, les emplois temporaires et l'intérim - a augmenté de 3,5 millions de 1991 à 2010, tandis que le nombre d'actifs disposant d'un emploi régulier a chuté de près de 3,8 millions"*, peut-on lire.

*"L'Allemagne a bradé son modèle social, explique M. Broyer, spécialiste de l'histoire économique allemande. Pour revenir au plein-emploi, l'Allemagne a avant tout cassé ses standards sociaux. On ne peut pas la copier sans mettre fin à l'Etat-providence. C'est antinomique. Par honnêteté vis-à-vis des chômeurs allemands qui ont dû subir la réforme Hartz IV, il faut dire ce qu'a été réellement cette réforme, très controversée en Allemagne et sur laquelle elle est revenue en partie."*

Demain, Berlin sera confronté au vieillissement et au difficile rééquilibrage de son économie vers la demande domestique... et nous devons alors changer de modèle à suivre !

## **TANT QUE LE CHÔMAGE BAISSÉ**

Tant que le chômage baisse dans un pays - comme au Japon jusqu'à la fin des années 1980, aux Etats-Unis du temps de Ronald Reagan ou dans l'Angleterre de Margaret Thatcher -, le débat public le transforme en modèle. Pourtant, les politiques économiques ont des conséquences dans le temps, et sont des choix de société.

Ces dernières années, des réformes "à l'allemande" ont aussi été réalisées au Japon - plus discrètement - conduisant à une fracture générationnelle entre les salariés protégés et les jeunes, victimes de la crise, et qui contribuent à financer un Etat social dont ils bénéficient peu...

*"Dans le débat français, j'ai le sentiment qu'on instrumentalise des modèles - souvent déformés de façon très manichéenne - plutôt que de définir une politique de long terme pour redresser l'économie. Cela montre que nous avons perdu confiance dans notre modèle : le "toujours plus d'Etat" atteint en effet ses limites, ajoute M. Broyer. Mais au contraire de ce qu'ont fait certaines commissions - scanner les mesures prises à l'étranger pour voir celles que l'on pourrait reproduire -, la France doit inventer sa propre voie."*

La question française, rappelle M. Broyer, ne se résume pas au coût du travail : 40,60 dollars (30,80 euros) de l'heure dans l'industrie contre 43,80 dollars en Allemagne, selon le bureau américain des statistiques sur le travail (BLS).

L'enjeu est davantage de définir et de mener dans la durée une stratégie claire de montée en gamme et d'adaptation de la fiscalité. Or la politique économique française est trop faite de saupoudrages et d'empilement de mesures et d'annonces, par exemple pour le financement des PME.

Comme la plupart de ses voisins européens, la France doit se réinventer et se renouveler pour tirer parti de ses atouts. Le défi est d'y parvenir dans un environnement économique exceptionnellement adverse et sous la pression des marchés financiers.

L'Allemagne de Gerhard Schröder, dans les années 2000, a au contraire bénéficié du dynamisme de ses voisins européens, auxquels s'adressaient les deux tiers de ses exportations. Sans quoi son remède de cheval l'aurait peut-être fait sombrer dans la déflation.

Adrien de Tricornot

Article paru dans l'édition du 21.02.12